hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig 1. Quartal 1997
ISSN 0944-7989
6. Jahrgang

1/97

Themen & Autoren:

Göttinger Vorträge zum Wissenschaftsumbau Ost: **Karl Friedrich Reimers, Sonja Brentjes, Hubert Laitko**

Haushaltspolitik & Hochschulstrukturentwicklung: **Steffen Reiche, Hans Joachim Meyer, Gerd Schuchardt**

Weitere Beiträge von Hans-Jürgen Czerwon, Gudrun Aulerich & Ruth Heidi Stein, Kai Erik Hörig & Thorsten Schomann, Michael Müller-Preußker, Burchard Brentjes u.a.

hochschule ost 1/97

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

1/97

Herausgegeben für den Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim StuRa der Universität Leipzig von Peer Pasternack
Redaktion: Sonja Brentjes, Falk Bretschneider, Frank Geißler, Monika Gibas, Matthias Middell, Peer Pasternack, Georg Schuppener

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PF 920, 04009 Leipzig. Hausanschrift: Augustusplatz 11, 04109 Leipzig. Tel. (0341) 3027 855 und (0171) 614 61 64, Fax (0341) 97 37 859. E-Mail: hso@stura.uni-leipzig.d400.de. *hso* im Internet: http://www.uni-leipzig.de/host/
hochschule ost erscheint quartalsweise.
Schutzgebühren: Einzelheft DM 25,-. Jahresabonnement (4 Ausgaben) DM 98,-. PrivatabonnentInnen DM 42,-. Nichtverdienende DM 31,-. (Abo-Gebühren incl. DM 10,- Versandkosten)
Konto: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.
Die Artikel geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HpÖ bzw. der Redaktion wieder.
Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten (Ausdruck + Diskette) ein. Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.
Gem. § 33 BDSG weisen wir unsere AbonnentInnen darauf hin, daß wir Namen und Anschrift ausschließlich zum Zweck der Abonnementverwaltung maschinell gespeichert haben.
ISSN 0944-7989

INHALT

Editorial 7

THEMA I:
Göttinger Vorträge zum Wissenschaftsumbau Ost

Karl Friedrich Reimers:
Von der DDR-Journalistik an der Karl-Marx-Universität zur Kommunikations- und Medienwissenschaft an der heutigen Universität Leipzig 9

Sonja Brentjes:
"Demokratische Erneuerung" der Leipziger Universität in der Wahrnehmung ihrer Angehörigen 33

Hubert Laitko:
Abwicklungsreminiszenzen. Nach-Denken über das Ende einer Akademie 55

Dokumentation

Zum Kolloquium des Instituts für Wissenschaftsgeschichte der Universität Göttingen im SoSe 1996 82

THEMA II:
Haushaltspolitik & Hochschulstrukturentwicklung

Steffen Reiche:
Hochschulaufbau in Brandenburg 86

Hans Joachim Meyer:
Hochschulentwicklung in Sachsen 94

Gerd Schuchardt:
Hochschulen in Thüringen zwischen langfristigem Ausbau und Sofortmaßnahmen 101

FORUM

Hans-Jürgen Czerwon:
Die Transformation der ostdeutschen Forschungslandschaft. Eine quantitative Untersuchung 110

Gudrun Aulerich & Ruth Heidi Stein:
Wende gut - alles gut? Oder: Sage mir, woher Du kommst... Studierende in Dresden und Dortmund sechs Jahre nach der Wende 124

Kai Erik Hörig & Thorsten Schomann:
Die Entwicklung der studentischen Mitwirkung in Ostdeutschland 145

Michael Müller-Preußker:
Perspektiven für die Naturwissenschaften der Humboldt-Universität in Berlin-Adlershof 153

Burchard Brentjes:
Eine Randnotiz zu einer „Inventur" der „Geisteswissenschaften in Ostdeutschland" von P. Pasternack 160

REAKTIONEN

Peer Pasternack:
Randnotiz zur Randnotiz 168

Alice Stern:
Zu den "Erinnerungen" des Herrn Prof. Burchard Brentjes in *hochschule ost* 3/1996 174

BERICHTE

Über 3 Prozent mehr Studienanfänger – erneut Rückgang bei Ingenieurwissenschaften *(HRK)* 177

Jena: Wie Phönix aus der Asche. Die Metamorphose der ADEH zum JUK *(Axel Burchardt)* 179

DOKUMENTATION

Verfehlte Reformhoffnungen und mißlungene Aufklärung. *Rainer Eckert* über die fehlende Vergangenheitsbewältigung an der Humboldt-Universität 182

Tragische Momente. Zwei Anmerkungen zu einem Artikel von Rainer Eckert:

Dieter Segert über seine Erfahrungen an der HU im Herbst '89 187

Rainer Land über das Projekt "Moderner Sozialismus" 190

PUBLIKATIONEN 194

ZUM SCHLUSS 203

"Tatsache ist, daß kein Mitglied der Universität Jena gegen eine Universitätsneugründung in Erfurt etwas einzuwenden hätte, im Gegenteil: Begrüßt würden auch Neugründungen in Gera, Gotha und Eisenach, ich persönlich denke auch an Apolda. Das Problem ist leider nur: Kann Thüringen das bezahlen?"

Wolfgang Hogrebe (in der F.A.Z. v. 6.12.1996)
zu einem seit längerem anhaltenden Streit

Editorial

Kaum einer, der nach dem Ende der DDR nicht gedacht hätte, nun wäre endlich Schluß mit der unaufhörlichen Denunziation. Schließlich seien hinfort deren Grundlagen entfallen, und man habe ja auch noch anderes zu tun. So dachte man, weil die Welt jetzt besser sein sollte. In einem Bereich freilich drängten sich recht bald Korrekturen auf: In der Wissenschaft, wo die üble Nachrede zum methodischen Arsenal der professionalisierten Wahrheitssuche gehört, hat, was andernorts als verrucht gilt, eine netzwerkstabilisierende, mithin positiv bewertete soziale Funktion.

Nun ging die üble Nachrede anfangs, völlig undifferenziert, gegen ausnahmslos alle Ostwissenschaftler. Auch die der neuen Obrigkeit gegenüber zur Folgsamkeit Neigenden mußten erst einmal hinnehmen, daß die ostdeutschen Hochschulen bis zur Sturmreife delegitimiert wurden. Die anfängliche Rede von der „Forschungswüste" hatten sie nur zaghaft zu parieren gesucht mit der Schilderung ihrer eigenen Unterdrückung, die sie nicht weiter als bis zum Professor hatte kommen lassen. Euphorisch begrüßten sie dann, daß kurz darauf auch „Oasen" in der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft entdeckt wurden - ohne zu bemerken, daß die „Oasen" zugleich eine Referenz an die Wüsten-Metapher waren. Damit hatten sich einige von ihnen für die Mitarbeit an der Umgestaltung der Ost-Hochschulen qualifiziert.

Jetzt waren bloß noch kulturelle Differenzen zu überwinden. Auf der einen Seite stand die vom angelsächsischen Einfluß nicht gänzlich unberührte westdeutsche Beamtenwissenschaft mit ihrem der Pampersindustrie entlehnten Produktmarketing. Auf der anderen die zuvor an den herausragenden Leistungen der Sowjetwissenschaft orientierte zentralplangesteuerte Erkenntnissuche im Dienste der Erfüllung der Hauptaufgabe der Realisierung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Doch vielleicht ließen

sich ja Schnittmengen der darin jeweils entwickelten soziokulturellen Potentiale finden. Sie zu suchen, ist eine der vornehmsten Aufgaben von *hochschule ost*. Daß wir wieder einmal fündig geworden sind, ist auf S. 83 dokumentiert. Bei der vollständigen Aufklärung der dort dankenswerterweise entlarvten Machenschaften wollen wir nicht abseits stehen. Deshalb finden sich zuvor exemplarisch drei Beiträge aus der im Streite stehenden Vorlesungsreihe abgedruckt. (S. 9-81)

Geht es dort um die unmittelbar hinter uns liegende Zeit, widmen wir uns hernach der unmittelbar vor uns liegenden. Drei Minister, allesamt in haushaltspolitisch begründeten Schwierigkeiten, entwerfen mit differenzierter literarischer Eleganz Bilder von wenn nicht blühenden, so doch jedenfalls nicht verwelkenden Wissenschaftslandschaften. (S. 86-109)

p.p.

THEMA I: Göttinger Vorträge zum Wissenschaftsumbau Ost

Von der DDR-Journalistik an der Karl-Marx-Universität zur Kommunikations- und Medienwissenschaft an der heutigen Universität Leipzig

Karl Friedrich Reimers
München-Leipzig

1

Im Winter 1956/57 bemühte sich ein damals 21jähriger Schleswig-Holsteiner aus dem Grenzland zwischen Lübeck und Mecklenburg um die Gastzulassung an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Seine Wunschstudienkombination: Journalistik, Geschichte, Theologie, Kulturwissenschaft. Zwei Hauptbeweggründe waren dabei ausschlaggebend: Zum einen wollte er als Frühmitglied des westlichen Bundes Europäischer Jugend (Junge Europäische Föderalisten) „schlicht und einfach" einmal selbst das Land kennenlernen, in dem jetzt mehrere ihm bekannte Sprecher der West-FDJ ihre neue Heimat hatten, nachdem die zweifellos der SED verpflichtete Freie Deutsche Jugend in den Ländern der jungen Bundesrepublik am 26. Juni 1951 als gegen das Grundgesetz arbeitende, „von außen" gesteuerte Organisation verboten worden war. Zum zweiten zog es ihn an die Alma mater Lipsiensis als die „alte" Studienadresse seiner Vorfahren bis zum eigenen Vater, die dort seit Generationen - bis in die Zeit der Weimarer Republik - vor allem als Theologen und Mediziner ihr akademisches Rüstzeug und den Weg zum sächsisch-weltoffenen Lebensverständnis gefunden hatten.

Schnell wurde ihm klargemacht, daß die am 5. Mai 1953 in „Karl-

Marx-Universität" (KMU) umbenannte, international lange respektierte Hohe Schule Leipzigs schon unerwartet viel mit einer aus dem östlichen Berlin zentral administrierten Parteiinstitution der SED und nur noch enttäuschend wenig mit dem zu tun hatte, was wir in Europa unter einem Haus des gelehrten Disputes, der erkenntnistheoretisch begründeten Forschung und der dem intellektuellen Streiten verschriebenen Lehre verstehen. Kurz und gut (oder auch schlecht), in ihrem Absolutheitsanspruch handelte die SED als selbstgerechte Herrschaftsorganisation durchaus konsequent, als sie 1957 entschied, einen solchen europäischen, auch noch christlichen Jungföderalisten aus dem nördlichen Westen als Jahresgast an der KMU Leipzig nicht zu tolerieren - in dem Jahr zumal, das der FDJ die verpflichtende Losung bringen sollte, die Interessen der ganzen (ost)deutschen Jugend in sich zu vereinigen und „die sozialistische Jugendorganisation der DDR" zu sein.

2

Großer Sprung: Nach dem Studium in Bonn, Köln, Berlin (FU und gleichzeitig Humboldt-Universität, bis zum Mauerbau), schließlich in Hamburg wurde der „Nicht-Leipziger von 1956/57" als Institutswissenschaftler nach Göttingen berufen. Dort konnte er in den Hochschuljahren 1964-1974, bald kontinuierlich in der nebenamtlichen Lehre vor allem an der Georg-August-Universität, den international orientierten Perspektiv-Zyklus „Zweimal Deutschland seit 1945 in den Massenmedien" entwickeln, der sich dann ab 1975 in München und Tutzing systematisch weiter ausbauen ließ. In diesen Zusammenhängen entstand ab 1964/65 Jahr um Jahr eine Langzeitsammlung über Agitation, Propaganda und „sonstige" Journalistik im SED-gelenkten, zentral organisierten Kommunikationssystem der DDR, deren reicher Quellenschatz zu einer unersetzbaren - leicht abzurufenden - Orientierungshilfe bei den Veränderungen im östlichen Deutschland ab 1988, dann 1989 werden sollte - ein wissenschaftlich und zugleich menschlich für die Nachbarschaft DDR aufgeschlossener Bundesbürger mußte wirklich nicht völlig von allem, was im „weiteren Vorfeld" und dann im näheren Ereignisquartier der Maueröffnung vom 9. November 1989 und danach geschehen ist, überrascht werden.

3

So hatte es schon eine ganz gewisse, ziemlich unabweisbare, auf jeden Fall zeitgenössische Logik, als der Sächsische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. sc. phil. Hans Joachim Meyer (Humboldt-Universität zu Berlin), dem seit langem DDR-sensibilisierten Ordinarius

für Kommunikations- und Medienwissenschaft in der universitären Abteilung I der Bayerischen Medienhochschule HFF München am 20. Februar 1991 aus Dresden folgenden Kollegial- und Berufungsbrief schrieb:

„...bezugnehmend auf unsere fernmündliche Absprache möchte ich Sie um die Übernahme der Aufgaben eines Gründungsdekans der Fakultät für Journalistik an der Universität Leipzig bitten und Ihnen nochmals herzlich für Ihre Bereitschaft danken, bei der Neugestaltung des Hochschulbereiches in Sachsen mitzuwirken.

In Ihrer Eigenschaft als Gründungsdekan hätten Sie den Vorsitz der Gründungskommission, deren Auftrag es wäre, die Lehrstuhl- bzw. Institutsstruktur, die Personalausstattung und die sächlichen Bedingungen des Fachbereiches sowie deren Aufbau in einem Gründungskonzept der Sächsischen Staatsregierung vorzuschlagen. Weitere Aufgaben wären, die Neuberufung bzw. Neueinstellung von Hochschullehrern und wissenschaftlichen Mitarbeitern der früheren Sektion Soziologie [lies: Journalistik - KFR] auf der Grundlage unabhängiger Gutachterkommissionen zu empfehlen, die danach nicht besetzten Lehrstühle auszuschreiben, für die Berufungen Kommissionen nach den vom Wissenschaftsrat empfohlenen Regeln vorzuschlagen sowie auf der Basis der Vorschläge dieser Kommission dem Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Dreiervorschläge zur Berufung zu unterbreiten.

Zur Gründungskommission gehören neben dem Gründungsdekan mindestens sechs weitere Professoren, von denen mindestens einer aus den neuen Bundesländern kommen sollte, sowie je drei Repräsentanten der wissenschaftlichen Mitarbeiter und der Studentenschaft. Für die Berufung von Professoren aus den alten Bundesländern in die Gründungskommission ist mir Ihr Rat sehr wichtig. Obwohl für den laufenden Studienbetrieb ein Studienprogramm unter Leitung von Prof. Dr. Pörschke eingesetzt wurde, ist eine aktive Einwirkung des Gründungsdekans auf die Gestaltung und Weiterentwicklung des aktuellen Studienbetriebs wünschenswert.

Herrn Staatsminister Zehetmair werde ich um Zustimmung bitten, für Sie eine Lösung zu finden, die (...) durch Reduzierung von Lehrverpflichtungen bei gleichzeitiger Sicherung Ihrer Vertretung in München die Tätigkeit in Leipzig möglich macht.

In dieser für das Gelingen der deutschen Einigung so entscheidenden Phase wäre Ihr Entschluß, diese gewiß nicht einfache Aufgabe zu übernehmen, für uns eine außerordentliche Hilfe... ".

4

In ihrer eigenen Orientierungssuche waren die einstweilen aufgrund Ministerbeschluß zum Teil weiter mitverantwortlichen „Altleipziger" aus der nicht mehr existierenden KMU-Sektion Journalistik gerade noch dabei, nach westlichen Übergangs-Partnern in fachwissenschaftlichen Hochschulinstituten vor allem der alten Bundesländer Ausschau zu halten. Für Februar 1991 war eine weitere Ost-West-Studienberatung im

Leipzig-nahen Bamberg vorgesehen. Unter der Handlungsadresse „Karl-Marx-Universität Leipzig, Studienprogramm Journalistik" wurde am 11.2.1991 aus dem Hochhaus am Karl-Marx-Platz eine „Übersicht über das beabsichtigte Lehrangebot" verschickt, zu der wir einleitend formuliert finden:

„Mit diesem Material wenden wir uns an akademische Ausbildungsstätten für Journalisten in den alten Bundesländern mit der Bitte um Unterstützung bei der Gestaltung eines vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft vorgesehenen Studienprogramms Journalistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig für das Sommersemester 1991. Dieses Programm soll - anknüpfend an bisher absolvierte Elemente des Studiums - unter den gegenwärtigen provisori-schen Bedingungen in Leipzig die Fortsetzung von Lehre und Prüfungen ent-sprechend den generellen Anforderungen an die akademische Journalistenausbildung in der Bundesrepublik gewährleisten und den Anschluß an die Tätigkeit einer wahrscheinlich im Herbst dieses Jahres neu zu gründenden Einrichtung schaffen.

Im folgenden wird der Entwurf eines solchen Studienprogramms unterbreitet, der kritisch an der Struktur des im Herbst 1990 eingeführten Ausbildungsprogramms und an den mit seiner beginnenden Realisierung gewonnenen Erfahrungen anknüpft, Anregungen aus den Studiengängen der alten Bundes-länder aufgreift und die von Leipziger Journalistikstudenten formulierten Erwartungen zum Ausdruck bringt (...).

Wir bitten - neben der Meinungsäußerung zum Gesamtprogramm - um freundliche Prüfung, welche Unterstützung durch Gastlehrkräfte jeweils gewährt oder vermittelt werden kann. Außerdem besteht Interesse an einer begleitenden Diskussion mit den Gästen über Grundorientierungen von Ausbildung und Forschung auf unserem Gebiet."

Nach Strukturhinweisen zu Angeboten für Studierende anderer Fachrichtungen mit Journalistik als Zweitfach und einer Übersicht über Prüfungen und sonstige Leistungsnachweise - nach Studienjahren gegliedert - folgt in den Leipziger Übergangs-Materialien vom 11.2.1991 dann ein wichtiger Passus zum Abschluß der Diplom-Verfahren für das 4. Studienjahr, der deutlich werden läßt, wie sehr alles „mitten im Fluß" kooperativ von den verschiedenen Verantwortungsseiten auf seinen Weg gebracht sein wollte:

"Das 4. Studienjahr hat mit dem Ende des WS 1990/91 die Hauptprüfungen abgeschlossen. Am 31.5.1991 sind die Diplomarbeiten einzureichen, deren Betreuung von den Wissenschaftlern der [aufgelösten] Sektion auf der Grundlage ihrer bis 31.3. befristeten Arbeitsverträge gewährleistet wird. Mit der Leitung der Universität ist zu klären, auf welcher arbeitsrechtlichen Grundlage die Begutachtung der Diplomarbeiten und die Besetzung der Diplomkommissionen zu sichern ist. Kollegen aus den alten Bundesländern bieten wir die Mitwirkung in diesen Kommissionen an, die ihre Tätigkeit - Vorbereitung und Durchführung der Verteidigungen der Diplomarbeiten - Mitte Juni 1991 beginnen und bis ca. 15.7.1991 abschließen können. Es handelt sich darum, umfassend oder stichprobenweise Arbeiten und Gutachten zu sichten und an den Verteidigungen teilzunehmen."

Mit anderen Worten: Es ging im wesentlichen darum, für die in Leipzig ohne Unterbrechung weiterimmatrikulierten Journalistik-Studierenden ein Lehr- und Prüfungsangebot zu organisieren, das ihnen den qualifizierenden Übergang in die Neuvereinigungs-Bundesrepublik von 1990 möglich machen sollte. Das konnte aber nur erreicht werden, wenn sich unter den bis 1990 Verantwortlichen und den ab 1990/91 Maßgebenden ein Stück gemeinsamer Zeit-Vernunft auf den Weg bringen ließ.

5

Im Rückblick wird immer klarer, daß der 28.2.1991 am frühbewährten „Runden Reimers-Tisch" unter dem Dach der Kommunikations- und Medienwissenschaft in der HFF München die wichtigsten Vorzeichen setzen sollte (einzelne Gruppen von Studierenden aus Leipzig hatten sich hier aus eigener Initiative schon häufiger vertrauensvoll eingefunden). Es kam zu einer ersten Begegnung zwischen dem designierten Leipzig-Gründungsdekan, der sich aber noch nicht fest hatte verpflichten lassen, und drei aus Leipzig Entsandten: Prof. Dr. sc. Hans Poerschke, Beauftragter für das Übergangs-Studienprogramm; Dr. Sigrid Hoyer für die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Übergangs-Kollegium); Thomas Datt für die Studierenden. In diesem gründlichen, menschlich offenen, aber unmißverstehbar problemsensiblen Zukunftsgespräch sollte spürbar werden, welche unterschiedlichen Weltbilder, Lebensverständnisse, Sozialisationen, vor allem auch Ansprüche und Mentalitäten nun aufeinander zugehen - und daß wir diesen risikobeladenen Versuch unbedingt auf uns nehmen müßten. Die immer wieder provozierende Frage: Welche Alternative(n) hätte es denn gegeben?

Dem Journalistik-Altkollegium aus der KMU-Zeit und den in ihrer großen Mehrheit von diesem Kollegium noch - unbestritten - in hohem Perspektiv-Konsens mit der zentral aus Berlin operierenden SED handverlesenen Studierenden konnte es freilich nicht leicht fallen, sich nun in der Landes-Universität Leipzig des neuerstandenen Freistaates Sachsen wiederzufinden: Herr des Geschehens war jetzt kein absolutistischer Lenkungsapparat ohne demokratische Kontrolle mehr, stattdessen der Verfassungs-Souverän, repräsentiert durch seine am 14. Oktober 1990 im freien politischen Wettbewerb und in geheimer, nichtobservierter Abstimmung demokratisch gewählten 160 Abgeordneten im Sächsischen Landtag - unter ihnen 17 aus der Landesliste der SED-Nach-

folgekombination Linke Liste/PDS (CDU 92, SPD 32, Bündnis 90/Die Grünen 10, FDP 9).

6

Im Sinne des Minister-Berufungsschreibens vom 20.2.1991 fiel dem ab April '91 in Leipzig amtierenden Gründungsdekan nun als erstes die in der Startphase entscheidende Aufgabe zu, nach Wissenschaftspersönlichkeiten Ausschau zu halten, in deren Lebenslauf hohe fachliche Kompetenz und persönliche, auch politische Unabhängigkeit schöpferisch zueinanderfinden. Die individuelle Integrität und „Unbestechlichkeit" war besonders wichtig, weil innerhalb kurzer Zeit alle nur denkbaren, vielschichtig begründeten Ambitionen aus der bisherigen Bundesrepublik spürbar wurden, den Umbruch in der DDR nun auf der Gestaltungsebene der neuen Bundesländer für jeweils eigene „strategische Perspektivinteressen" zu nutzen, wohlgekleidet in altruistisch formulierte „Personalvorschläge" und organisatorische Unterstützungsangebote. Das hinter dieser Andeutung deponierte Kontroverskapitel der Umbruchjahre von 1988/89 bis 1993/94 bleibt einer eingehenden Darstellung - nach gebührendem Ereignisabstand - vorbehalten, bei aller Versuchung, es hier schon zur Beleuchtung der Situation erklärungsdialektisch mit ins Spiel zu bringen.

7

Wichtig war zunächst die „Reichsunmittelbarkeit": Der Gründungsdekan hatte jederzeit direkten Zugang zum Staatsminister in Dresden, war nicht auf die sonst üblichen Ministerialdurchgänge angewiesen. Diese günstige Ausgangsposition kam wiederum den örtlichen Beratungen mit dem Reform-Rektoratskollegium der Universität Leipzig und dem Reform-Senat, mit der Übergangs-Fakultät für Kultur-, Sprach- und Erziehungswissenschaften und mit dem örtlichen Kernkollegium im vorläufigen Fachbereich für Kommunikations- und Medienwissenschaften in hohem Maße zugute.

Einem verantwortungsbewußten Gründungsdekan mit europäisch-föderalistischer Grundperspektive - eben „Nord-Süd-Euro-Wossi" - konnte es in der Leipziger „Alt"/"Neu"-Parallel- oder Doppelsituation erst einmal nur um folgendes gehen: das mit dem Sommer '91 ohnehin auslaufende Übergangs-Lehrprogramm wohlwollend-kritisch zu begleiten und hochschuldidaktisch auszuwerten; den leider auffallend verspäteten (oder zu spät wahrnehmbar artikulierten?) Reforminitiativen unter den Studierenden und etlichen Wissenschaftlern aufgeschlossen und unvoreingenommen zu begegnen; um so konzeptioneller, dynamischer

und mit persönlicher Klarheit die neue Universitätszeit am ältesten Hochschulort der östlichen Bundesländer ab Wintersemester 1991/92 auf einen tragfähigen Weg zu bringen. Dabei wurde zu einer wichtigen Hilfe an Ort und Stelle, daß Diplom-Journalist Wolfgang Ludwig, unterstützt vor allem von Ilona Malter, sich darauf einzurichten wußte, mit dem nun Hauptverantwortlichen „von draußen" als bewährter Fachmann für die Organisation von Lehre und Prüfungen aktiv und im Verhalten unvoreingenommen zusammenzuarbeiten.

Die kurzen Abstimmungswege zwischen Leipzig und Dresden haben es zugleich möglich werden lassen, innerhalb weniger Wochen eine Gründungskommission zu berufen, die in sich eine schnell fruchtbar werdende Ost-West-Vielfalt und einen so ganz seltenen Wissenschaftspluralismus vereinigen konnte. Neben dem hier berichtenden Gründungsdekan als Vorsitzendem, bayerischer Ordinarius für Kommunikations- und Medienwissenschaft in München, wurden aus den alten Bundesländern in die Kommission berufen: Prof. Dr. Barbara Baerns, Hochschullehrerin an der Freien Universität Berlin (besonders im Hinblick auf den beabsichtigten neuen Leipzig-Schwerpunkt Öffentlichkeitsarbeit/PR); Prof. Dr. Günther Rager, Hochschullehrer an der Universität Dortmund (in erster Linie mit Blick auf den zu reformierenden Journalistik-Schwerpunkt); Prof. Dr. Winfried Schulz, Nürnberger Ordinarius für Kommunikations- und Politikwissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg (vor allem für die empirisch wie für die historisch-kritisch orientierte Forschung); sowie Prof. Dr. Franz R. Stuke, Hochschullehrer an der Ruhr-Universität Bochum (mit besonderem Blick auf den neuen Leipzig-Schwerpunkt Medienpädagogik/Weiterbildung).

Aufgrund der Abstimmungen im örtlichen Altkollegium aus der KMU-Zeit konnten zwei bisherige Leipziger Hochschullehrer („mindestens einer aus den neuen Bundesländern" wurde erwartet) in die Kommission berufen werden: Prof. Dr. sc. phil. Bernd Okun (Erkenntnistheorie, davor Dialektischer und historischer Materialismus, schließlich Theorie der sozialen Kommunikation) und Prof. Dr. sc. pol. Hans Poerschke (Theoretische Grundlagen des Journalismus). Das wissenschaftliche Mitarbeiterkollegium wurde durch Dr. rer. pol. Sigrid Hoyer (Bereich Grundlagen der journalistischen Methodik), Dr. rer. pol. Gerhard Piskol (Bereich Internale Mediensysteme, zuvor Journalismus imperialistischer Länder) und Dr. rer. pol. Ursula Wächter (Bereich Grundlagen der journalistischen Methodik) in der Kommission vertreten. Die Journalistik-Studierenden hatten Kathrin Karsten, Steffen Przybyl und Andreas Rook in die Gründungskommission entsandt. So war in für die Leipziger Journalistiksituation bemerkenswerter 8-Personen-

Vielfalt dafür Sorge getragen, daß die östlichen Lebenserfahrungen und Zukunftserwartungen in den Strukturberatungen mit den 5 westlichen Hochschulvertretern aus sehr unterschiedlichen Ländern und Wissenschaftsrichtungen der bisherigen Bundesrepublik auf ein breit angelegtes Reflexions-Terrain setzen konnten. Diese weiterblickende Kommissions-Konstruktion war zweifellos eine gute Entscheidung, von der die Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Reform-Universität Leipzig erfreulich schnell profitieren sollte.

8

Für die Startphase in die neue Leipziger Universitätszeit war es besonders wichtig, daß sich zwei Persönlichkeiten dafür gewinnen ließen, ihren bisherigen Lebensrhythmus abrupt zu unterbrechen und „über Nacht" in Leipzig gemeinsam mit dem Gründungsdekan rund um die Uhr zu arbeiten - beratend, planend, verhandelnd, lehrend, prüfend: zum einen Prof. Dr. Gertraud Linz, hochanerkannte und vielfältig profilierte Expertin der ARD/ZDF-Institution für die Zentrale Fortbildung der Programm-Mitarbeiter (ZFP), seit 1992 dann erste aufgrund öffentlicher Auswahl berufene Leipziger Universitätsprofessorin für Allgemeine und Spezielle Journalistik; zum anderen Prof. Dr. Gerhard Maletzke, international geschätzter Nestor unserer Vielfelderdisziplin, entpflichteter Medienforscher des Süddeutschen Rundfunks Stuttgart und Hochschullehrer an der Universität Stuttgart-Hohenheim.

Orientierungsperspektiven und konkrete Hilfe werden für diese schwierige Zeit auch vielen anderen prominenten Universitätsköpfen der Publizistik-, Kommunikations- und Medienwissenschaften in der alten Bundesrepublik verdankt, die alle sicher sein dürfen, dafür mit gehörigem Zeitabstand noch angemessen gewürdigt zu werden; hier seien schon jetzt vor allem Prof. Dr. Kurt Koszyk, Emeritus der Universität Dortmund, Prof. Dr. Dr. Otto B. Roegele, Emeritus der Ludwig-Maximilians-Universität München und seinerzeit Gründungspräsident der HFF München, sowie Prof. Dr. Hertha Sturm, Universität Koblenz-Landau, als erste namentlich hervorgehoben, ohne deren intensives Mitberaten der befreiende Weg heraus aus der marxistisch-leninistischen Berufssektion für zukünftige Parteiarbeiter in der zentral gelenkten Agitation, Propaganda und Öffentlichkeitsorganisation noch schwerer gewesen wäre. Beim unvoreingenommenen, fairen, sorgfältigen Umgang mit den DDR-Lebensläufen in der KMU-Sektion haben sich Prof. Dr. Dr. Manfred Rühl, Universität Bamberg, und nicht zuletzt der Kollege Dr. Wilfried Scharf vom Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Göttingen bemerkenswert kollegiale Verdienste

um den verständnisvollen Dialog zwischen den „zweimal Deutschen" in Leipzig erworben.

Ein ganz eigenes Gewicht ist gleich ab Anfang 1991 dem häufigen, nachdenklichen Austausch zum einen mit der Münchner Universitätskollegin Prof. Dr. Ursula E. Koch, Nachfolgerin Otto B. Roegeles auf dem Altlehrstuhl für Kommunikationswissenschaft (Zeitungswissenschaft), zum anderen mit Prof. Dr. Heinz Pürer, kommunikations- und medienwissenschaftlicher Ordinarius für Journalistik an der Universität München, zugefallen. Das wirklich Ungewöhnliche aber war die gar nicht selbstverständliche Art und Weise, in der das Leipzig-Engagement vom Kollegium der Hochschule für Fernsehen und Film in München mitgetragen wurde: in einer ersten Linie von Prof. Dr. Helmut Oeller als Hochschulpräsidenten, vom Rundfunkintendanten Prof. Dr. Albert Scharf (heute Hochschulpräsident) als Vorsitzendem des Hochschulstudienkreises Medienrecht und nebenamtlichem Vorstand der Hochschulabteilung I, und von der unermüdlich helfenden Hochschulkanzlerin Sabine Walz-Jaeger; in einer noch näher liegenden Intensität aber vom Geschäftsführenden Wissenschaftlichen Mitarbeiter und Lehrbeauftragten Dr. Rüdiger Steinmetz, zugleich Habilitand in Medien- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Marburg. Als frischhabilitiertem Marburger Privatdozenten ist es Rüdiger Steinmetz dann verdient gelungen, in offener akademischer Konkurrenz mit Erfolg für die neue Leipziger Universitätsprofessur „Medienwissenschaft und Medienkultur" zu kandidieren. (Als erster Inhaber dieser Profilprofessur konnte er dem Gründungsdekan wiederum mit hohem Einsatz „den Rücken freihalten", als dieser 1993 überraschend aus gesundheitlichen Gründen für einige Zeit in München bleiben mußte).

9

Die ostdeutsche Einheitspartei hatte ihre zentrale Nachwuchseinrichtung für die SED-sozialistische Kommunikation an der KMU Leipzig konsequent in mehreren Phasen geradezu opulent mit Personalstellen bedacht. In der Schlußphase der SED-Verantwortungszeit 1989/1990 gehörten zum Sektionskollegium: als Hochschullehrer 8 Professoren (mit Lehrstuhl), 2 außerordentliche Professoren und 17 Dozenten (insgesamt 27 Planstellen im Universitäthaushalt); als wissenschaftliche Mitarbeiter insgesamt 58 Assistenten, Oberassistenten und Lehrkräfte im Hochschuldienst. Diesen 85 hauptamtlichen Sektionswissenschaftlern waren 1990 insgesamt 506 Diplom-Studierende in allen Studienphasen - darunter zum erstenmal zwei Neuimmatrikulierte aus den alten Bundesländern - anvertraut. Einfache Rechnung: Auf einen Sektions-

mitarbeiter entfielen statistisch seinerzeit „soeben" sechs Studierende - „paradiesische Zustände" (wenn man so will) im europäischen Hochschulvergleich.

Die KMU-Sektion war zu ihrer Endzeit in fünf Wissenschaftsbereiche (WBs) gegliedert. WB I: „Theoretische Grundlagen und Geschichte des Journalismus", geleitet von Prof. Dr. sc. Hans Poerschke; hier waren die Lehrstühle für Theoretische Grundlagen des Journalismus (Poerschke) und für Geschichte des Journalismus (Prof. Dr. sc. Günter Raue) angesiedelt, sowie der Lehrstuhlbereich für Journalistische Massenmedien und Kultur (Doz. Dr. sc. Siegfried Schmidt); zu diesem ersten Wissenschaftsbereich gehörten sechs Hochschullehrer und 14 wissenschaftliche Mitarbeiter. WB II: „Grundlagen der journalistischen Methodik", geleitet von Prof. Dr. sc. Karl-Heinz Röhr; zu diesem zählten die Lehrstühle für Grundlagen der journalistischen Methodik (Röhr) und für Psychologie der Massenkommunikation (Prof. Dr. habil. Fritz Beckert); in diesem Wissenschaftsbereich waren neun Hochschullehrer und acht Wissenschaftliche Mitarbeiter tätig.

WB III: „Medienspezifik im Journalismus", geleitet von Prof. Dr. sc. Klaus Preisigke; zu diesem Spezifikbereich gehörten die Lehrstühle für Theorie und Praxis des Presse- und Agenturjournalismus (Doz. Dr. sc. Wolfgang Tiedke), für Theorie und Praxis des Rundfunkfournalismus (Doz. Dr. sc. Rainer Gummelt), für Theorie und Praxis des Fernsehjournalismus (Preisigke) sowie für Journalistische Massenmedien und politische Massenarbeit (Prof. Dr. Gerhard Fuchs); hier konnten sich neun Hochschullehrer und - sage und schreibe - 16 Wissenschaftliche Mitarbeiter ihren fachlichen Profilentwicklungen widmen.

WB IV: „Sprache und Journalismus", geleitet von Doz. Dr. sc. Wolfgang Böttger; in diesen besonders praxiswichtigen Bereich gehörte der Lehrstuhl für Theorie und Praxis des journalistischen Sprachgebrauchs (Böttger); insgesamt waren hier vergleichsweise nur wenige Sektionsmitglieder tätig: ein Hochschullehrer und sechs Wissenschaftliche Mitarbeiter. Schließlich WB V: „Journalismus des Auslands", Leitung 1989/90 offen; hier hatten die Lehrstühle für Internationale Entwicklungstendenzen der Massenmedien (Prof. Dr. Wolfgang Wittenbecher) und für den Journalismus imperialistischer Länder (Doz. Dr. Edmund Schulz) ihre Profilierungsfelder; neben drei Hochschullehrern konnten in diesem Bereich sechs Wissenschaftliche Mitarbeiter ihre nächsten Qualifizierungsschritte vorbereiten.

Nehmen wir nun noch die sechs Mitarbeiterinnen im Sektions-Schreibbüro dazu, außerdem die Gruppe Druck/Vertrieb mit ebenfalls sechs Planstellen, Studiotechnik und Fotolabor mit sechs Angestellten,

die 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Lenkungsbereiches Direktorat/Verwaltung/Studienorganisation, am Ende Dokumentation/Archiv mit neun Mitarbeiterinnen und die sechs in der Sektion tätigen Sprachmittlerinnen: Da wußte und weiß jeder Vernünftige auch unter den bis 1990 am Leipziger Karl-Marx-Platz Verantwortlichen, daß eine solche Einrichtung schon „in sich" nicht aufrechtzuerhalten war - völlig unabhängig von wissenschaftsreformerischen oder gar politischen Gründen der Umbruchzeit ab 1989.

10

Die von den Reformgremien der Universität und vom Staatsminister in mehrwöchigen Beratungen schließlich gutgeheißene Gründungskommission fand sich schon am 30. und 31. Mai 1991 zu ihrer ersten ordentlichen Sitzung in Leipzig ein. Der „Bauplan" des Gründungsdekans wurde nach zahlreichen Profildiskussionen, die viel weniger außerwissenschaftliche Ost-West-Widersprüche als wissenschaftstheoretische und strukturlogische Positionsunterschiede sichtbar machten, in seinem Wesentlichen akzeptiert, am Ende mit viel Nachdruck unterstützt:

1. (a) Als früheste Hochschul-Institutsadresse der Zeitungs-, Publizistik-, Kommunikations- und Medienwissenschaft hat die Universität Leipzig einen wohlbegründeten Anspruch darauf, in ihrer jetzigen Erneuerung nach weiterführenden Perspektiven für den offenen Dialog zwischen Theorie und Praxis, selbstverantworteter Forschung und deren wissenschaftlich begleiteter Anwendung zu suchen. Jede berufspraktische Ausbildung an einer wissenschaftlichen Hochschule kann nur sinnvoll und zweckmäßig sein, wenn sie ihre Grundlage im akademischen Wettbewerb zwischen konkurrierenden Erkenntnisentwicklungen findet; sonst sollte sie ihren Platz im Kreis der berufsvorbereitenden Fachschulen suchen.

(b) Die journalistischen Berufsfelder sind wie andere einer ständigen Veränderung durch die modernen Technikentwicklungen unterworfen und decken heute nur noch einen enger gewordenen Teilbereich in der Vielfalt moderner Kommunikations- und Medienberufe ab. Als älteste wissenschaftliche Hochschule in den neuen Ländern der Bundesrepublik von 1990 hat die Universität Leipzig nun die ungewöhnliche Chance, einen interdisziplinär orientierten Bauplan zu verfolgen, in dem die so auf wechselseitige Ergänzung und Kooperation angewiesenen kommunikations- und medienwissenschaftlichen Disziplinen sich unter einem gemeinsamen Dach wiederfinden können.

(c) Die Leipziger Journalistik soll konsequent im Sinne der Freiheit von Forschung, Lehre, Kunst und Kommunikation aus ihrer ideologi-

schen Fixierung und politischen Instrumentalisierung in den SED-Herrschaftsjahrzehnten herausgelöst und ganz neu für den schöpferischen Wissenschaftspluralismus geöffnet werden. Dabei wird sie sich in einem herausfordernden Wettbewerb mit benachbarten Kommunikator-Studiengängen im gemeinsamen akademischen Quartier behaupten müssen.

(d) Studierende, die noch voneinander getrennt nach östlich-einheitssozialistischen Lebensvorgaben oder in westlich-pluraler Vielfalt aufgewachsen sind, sollen sich nun an der Reformuniversität Leipzig gemeinsam wissenschaftlich auf die Ausübung der heutigen Medien- und Kommunikationsberufe vorbereiten können. Das seit Jahrhunderten international aufgeschlossene Leipzig als „Hochschul- und Begegnungs-Hauptort im mittleren deutschen Osten" wird ihnen mit seiner urbanen Kraft dabei behilflich sein, nun nach den Wegen zu suchen, auf denen gemeinsam mit der schwierigen Gegenwarts-Geschichte der heutigen deutschen Europäer umgegangen werden kann.

2. Zum gemeinsamen Umgang mit der zeitgenössischen Geschichte gehört eine gegenseitige Würdigung der unterschiedlichen Lebensläufe, beginnend im Kollegium. In einem solchen Verständigungssinn - frei von falscher Nachsicht - soll Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der bis zum Herbst 1990 existierenden Sektion an der KMU eine faire Chance gegeben werden, sich im offenen fachlichen Wettbewerb für eine Mitarbeit im neu entstehenden Universitätsbereich für die Kommunikations- und Medienwissenschaften zu plazieren; eine der Voraussetzungen dafür wird sein, daß sie eine empfehlende Würdigung in den bevorstehenden - nicht von der Gründungskommission ausgehenden - Personalbegutachtungen erfahren.

3. Die vom Gründungsdekan angeregte „Verantwortungspause zum Nachdenken" wird zunächst grundsätzlich begrüßt, dann aber bald als nicht realisierbar eingeschätzt. Der Druck vieler paralleler Zukunftsentscheidungen auf mehreren politischen und universitären Ebenen gleichzeitig wollte eine ruhige(re) Reflexion nicht zulassen. Auch wußten die Studentensprecher beeindruckend hervorzuheben, daß eine solche - im Prinzip von ihnen genauso begrüßte - Denk-Pause zu der ungewollten Image-Unterscheidung zwischen „Absolventen davor" und „Absolventen danach" führen könnte, möglicherweise müßte.

4. Der neue kommunikations- und medienwissenschaftliche Universitätsbereich soll mehrere Diplom- und Magister-Studiengänge in - zunächst - völlig offenen Fächerverbindungen entwickeln. Zu unentschlossen diskutiert geblieben ist die Überlegung, ein gemeinsames Leipziger Grund(lagen)studium Kommunikations- und Medienwissenschaft bis zum 4. Semester für alle Fachrichtungen anzubieten, das

anstelle bisheriger Zwischen- oder Vordiplom-Prüfungen zum grundlegenden Bakkalaureat (B.A.) führt. Folgende, als interdisziplinärer Zusammenhang gedachte Grundstruktur wird als erstes angestrebt:

I: Historische und Systematische Kommunikationswissenschaft (2 hauptamtliche Professuren, 2 Honorar-Professuren, 1 „Projekt-Professur"). II: Empirische Kommunikations- und Medienforschung (2 hauptamtliche Professuren, 2 Honorar-Professuren). III: Allgemeine und Spezielle Journalistik (2 hauptamtliche Professuren, 2 Honorar-Professuren, 2 außerplanmäßige Professuren). IV: Medienwissenschaft und Medienkultur, mit Medienpädagogik/Weiterbildung und Buchwissenschaft (3 hauptamtliche Professuren, 3 Honorar-Professuren, 2 außerplanmäßige Professuren, 1 Gastprofessur). V: Öffentlichkeitsarbeit/PR (1 hauptamtliche Professur, 2 Honorar-Professuren, 1 Gastprofessur, 1 außerplanmäßige Professur).

5. Erfreulich schnelle Zustimmung fanden auch drei andere Perspektivansätze des Gründungsdekans: Als eine der wenigen „alten" akademischen Hauptadressen in Deutschland für die wissenschaftliche und kulturelle Kooperation mit ost- und südosteuropäischen Partnern soll die Reform-Universität Leipzig in ihrer neuen Institution für die Kommunikations- und Medienwissenschaft ein interdisziplinär angelegtes „Zentrum für Medien und Kommunikation" (ZMK) aufbauen, das der fächerübergreifenden Begegnung in Forschung und Lehre einen beständigen Rahmen bietet. Mit ebenfalls vorrangigem Blick auf Ost- und Südosteuropa soll zugleich der Integrationsbereich Archiv/Bibliothek/Dokumentation (A/B/D) im neuen Universitätsprofil für die Leipziger Kommunikations- und Medienwissenschaft verankert werden. Angesichts der sich abzeichnenden medienpolitischen Entwicklungen - besonders für Hörfunk und Fernsehen - im Freistaat Sachsen soll im übrigen auf der einen Seite eine frühe Verbindung zum gerade entstehenden Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) mit Hauptsitz Leipzig angebahnt werden, zum anderen alles Vorbereitende dafür geschehen, daß schon bald ein universitätseigener Sender (Radio) möglich wird, von dem auch die berufsqualifizierende Hochschulausbildung in allen neuen Studiengängen zu profitieren vermag.

6. Zunächst zögerlich bis „ungläubig" aufgenommen, findet dann schließlich folgender Planungsansatz geradezu bis ins Schwärmerische führende Akklamation und begeistere Unterstützung: Mitten im Ersten Weltkrieg hat der seinerzeit bereits emeritierte, damals 69jährige Wirtschaftswissenschaftler, Sozialforscher und Historiker Karl Bücher 1916 an der Alma mater Lipsiensis das erste deutsche Hochschulinstitut unseres Faches eingerichtet; mitten im „deutschen Umbruch" unserer Zeit, 75

Jahre nach Büchers Gründung, sollten nun im Herbst 1991 als Beginn einer neuen Pluralismus-Kontinuität zum erstenmal „Internationale Leipziger Hochschultage für Medien und Kommunikation" veranstaltet werden.

Die I. Hochschultage haben tatsächlich vom 1. bis/mit 3. November 1991 stattgefunden, zur Freude aller Verantwortlichen außerordentlich erfolgreich und mit vielen stimulierenden Signalwirkungen: „Unser Jahrhundert in den Medien. 75 Jahre Universitätsinstitut". Dieses Konzept sollte sich erfreulich bewähren: Im heutigen Institut werden für den Herbst 1996 bereits die VI. Internationalen Leipziger Hochschultage vorbereitet, die vermutlich dem hier naheliegenden Schwerpunkt „80 Jahre Leipziger Fachgeschichte" gewidmet sein dürften.

11

Immer wieder kommt die Frage auf, ob es nicht lebensklüger und konsequenter gewesen wäre, von der Kooperation auch nur eines einzigen Mitarbeiters aus dem einstmals so entschieden der SED verpflichteten Journalistik-Altkollegium abzusehen und stattdessen „radikal" Neues zu beginnen. So fragen vor allem, was sicher gut zu verstehen ist, Neubundesbürger, denen und deren Familien vom Machtapparat der SED Verfolgung und bitterer Schmerz zugefügt wurden. Diesen Menschen gehört meine persönliche Nähe und herzliche Sympathie; ich vermute, daß ich als christlicher, evangelischer DDR-Bürger zu ihnen gehört hätte, von der autoritären Lenkungsorganisation SED durch deren deutsch-tüchtigen SSD im MfS rund um die Uhr „aufmerksam begleitet".

Nur: Hatten wir in der inner-deutschen Geschichte seit der so verheerenden Machtübergabe an die Hitler-Bewegung nicht genügend an „radikal Neuem"? Was und wer bestimmt die Grenzen zwischen Gesinnungstätern und Mitläufern, Hauptschuldigen und Mitverantwortlichen? Sollten nach dem friedlichen Übergang aus dem SED-Staat in die östliche Bundesrepublik, den ostdeutsche Demokraten sich mit anderen mutigen Freiheitsliebenden selbst ertrotzt haben, nun neue Aus-Grenzungen veranstaltet werden - und in wessen Namen? Zur Gerechtigkeit führen nur weite Wege; die bleiben anstrengend und verlangen Ausdauer.

Gemeinsam mit den damaligen Erst-Vertretungsprofessorinnen Dr. Gertraud Linz (Journalistik) und Dr. habil. Ulrike Six (Empirische Kommunikations- und Medienforschung), sowie mit unserem Nestor Prof. Dr. Gerhard Maletzke (Systematische Kommunikationswissenschaft) und mit dem Vertretungsprofessor Dr. habil. Rüdiger Steinmetz (Medienwissenschaft und Medienkultur) kann ich als Gründungsdekan dankbar auf eine menschlich anspruchsvolle und zugleich fachlich solide Zusammenarbeit mit den verschiedenen Übergangspartnern aus der aufgelösten Sektion zurückblicken. Das Kommentierte Vorlesungsverzeichnis zum Sommersemester 1992 weist beispielsweise gut situativ aus, worum es dabei ging:

Dem damaligen „Einstweiligen Leitungskollegium" gehörten aus dem Altkollegium an: Doz. Dipl.-Psych. Dr. Günter Fischer, Oberass. Dipl.-Journ. Wolfgang Ludwig (verantwortlich für die Studienabteilung/Organisation), Oberass. Dr. Gerhard Piskol (Mitarbeit im Gründungsdekanat), Ass. Dr. habil. Tilo Prase (Berater im Gründungsdekanat), Doz. Dr. habil. Klaus Puder und Doz. Dr. habil. Siegfried Schmidt. Örtliche Beauftragte des Gründungsdekans waren die wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen Dr. Antje Enigk (Startkooperationen mit dem Mitteldeutschen Rundfunk), Dr. Margarete Keilacker (Archiv/Bibliothek/Dokumentation/Internationale Hochschultage), Dr. Grazyna-Maria Peter (Öffentlichkeitsarbeit, Internationale Beziehungen, Sonderveranstaltungen) und Dr. Jürgen Schlimper (Historische/Systematische Kommunikationswissenschaft, Dokumentationen, Hochschultage).

Schließlich, bleiben wir konkret: Was wäre aus dem Dekanatsbüro bei dem vorgegebenen, vielfachen Entscheidungsdruck geworden, wenn dort nicht Gisela Schönemann weiter hätte geschäftsführend und vor allem ortskundig wirken können, obwohl sie schon das Sekretariat des (letzten) Direktors der KMU-Sektion Journalistik betreut hatte? Und ohne Gisela Persdorf, die hocherfahrene und umsichtige Leiterin des (früheren zentralen Sektions-, nun Übergangs-Fachbereichs-)Schreibbüros „für alle", wäre ein großer Teil der Innen- wie der Außenkommunikation überhaupt nicht zu verwirklichen gewesen. Vertrauen auf Gegenseitigkeit hat hier viele Früchte getragen und gute Vorzeichen für die nächste Zeit setzen können - bei so mancher Einsicht in die Weltbild-Unterschiede, die wohl bleiben werden, aber nicht mehr trennen sollten.

12

Großer Situations-Schlußsprung für die Diskussion in Göttingen '96: Mit der ersten Phase des Wintersemesters 1993/94 konnte die Errichtung der 14 neuen Fakultäten der heutigen Universität Leipzig und der neuen Fakultätsinstitute abgeschlossen werden. In einer wohldurchdachten Fächerverknüpfung zwischen sechs kooperierenden Instituten findet die Kommunikations- und Medienwissenschaft sich nun gemeinsam mit den Disziplinen Politikwissenschaft, Soziologie, Kulturwissenschaften, Philosophie sowie Logik und Wissenschaftstheorie in der neuen Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie wieder.

Wo 1991 unter schwierigsten Übergangs-Bedingungen noch 370

(darunter 31 ausländische) Ortsstudierende und zusätzlich 120 Fernstudenten betreut, unterrichtet und geprüft werden wollten, studieren 1994/95 bereits 1.545 Immatrikulierte (Diplom und Magister) in allen fünf Institutsabteilungen bei 11 hauptamtlichen Professoren/Dozenten, 3 Honorarprofessoren und insgesamt nahezu 30 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Akustische Ortssymbolik: Nicht zuletzt im Leipziger Uni-Radio „Mephisto" ist jetzt täglich nachzuhören, was 1991-93 auf dem herausfordernden Wechsel-Weg von der SED-DDR-Journalistik im KMU-Hochhaus am Karl-Marx-Platz hin zur Kommunikations- und Medienwissenschaft im Universitätshochhaus am Leipziger Augustusplatz vorangebracht werden konnte.

Wissenschaft läßt sich in verschiedenen beruflichen Zusammenhängen betreiben. Wer sich für die Aufgabe eines Hochschullehrers entschieden hat, lebt gemeinsam mit Studierenden und findet im lehrenden wie im weiterlernenden Umgang mit ihnen sein „eigentliches Amt". In diesem Sinne war die für beide Seiten herausfordernde Begegnung mit den Studierenden in Leipzig, aus der schnell ein vertrauensvolles Zusammenkommen und Zusammenwirken erwachsen sollte, für den Professor aus München ein tiefgreifendes Geschehen, ja: ein Glück. Hätten wir uns nicht verstanden und dann gegenseitig vorangebracht, dann wäre es unmöglich gewesen, als Gründungshauptverantwortlicher zu wirken. Ein großes Kapitel! Ein anderer persönlicher, dreigliedriger Schlußsatz: Für den „verhinderten Uni-Leipziger von 1956/57" bleibt es eine tiefe menschliche Freude, daß es gelingen sollte, gerade die Alma mater Lipsiensis mit ihrer nun vieles versprechenden Kommunikations- und Medienwissenschaft ins große Konzert der europäischen Profiluniversitäten „heimzuholen"; besonders dankbar stimmt dabei das reichmachende Vertrauen, das dem Gründungshauptverantwortlichen in schwierigster Verständigungszeit von den Altleipzigerinnen und Altleipzigern entgegengebracht wurde; das bleibt ein weiterwirkendes Geschenk.

Karl-Friedrich Reimers, Prof. Dr., war Gründungsdirektor der Kommunikations- und Medienwissenschaften an der Universität Leipzig und lehrt Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Hochschule für Fernsehen und Film München

Anmerkungen:

* Vortrag in der Georg-August-Universität Göttingen, Institut für Wissenschaftsgeschichte, Sommersemester 1996, Fassung mit Anmerkungen. - Diesem Göttinger Instituts-Vortrag liegt meine persönliche Leipzig-Sammlung von Oktober 1990 (erste offizielle Leipziger Gastvorlesung im Karl-Bücher-Gästezyklus) bis März 1994 (Abschluß des ersten Institutssemesters in der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie) zugrunde. Die Vorlauf-Sammlung von April 1988 bis September 1990 (Berlin/DDR, Babelsberg/Potsdam, Leipzig, München, Tutzing) wird bei der Gesamtdarstellung - Publikation voraussichtlich 1998 - mitberücksichtigt sein.

[1] Dieses FDJ-Verbot vom Juni 1951 fand in der Jugendring-Arbeit der demokratisch-europäisch orientierten Jugendgruppen der jungen Bundesrepublik keineswegs durchgehend die Zustimmung, die erhofft worden war. Im Deutschland der „grünen Grenzen" nach den zwölf Jahren des NS-Terrors waren die Nachwachsenden mehr an Begegnung, Dialog, Toleranz interessiert als an neuen „inneren Abgrenzungen". Vielen Bedenken - vor allem aus den europäisch engagierten Verbänden - zum Trotz wurde das Verbot aber im Juli 1954 bestätigt; Kalter Krieg mit seinen ideologischen Feldzügen war angesagt.

[2] Diese Losung hatte der Zentralrat der FDJ auf seiner 16. Tagung am 25.4.1957 ausgegeben. Seitdem zeichnete sich eine fortschreitende Tendenz zum Alleinanspruch auf die Jugend ab, die schließlich im Juni 1963 mit dem „umfassenden" FDJ-Statut ihren politisch-konsequenten Höhepunkt erreichen konnte. Verständigungen waren danach nur noch möglich, wenn der „wissenschaftliche Sozialismus" im verpflichtenden Sinn des Marxismus-Leninismus und dessen herrschaftspragmatischer Handhabung durch die SED als Kommunikationsgrundlage akzeptiert wurde.

[3] Ausgangsrahmen dafür war in erster Linie das internationale Forschungs-, Dokumentations- und Editionsprogramm „Filmdokumente zur Zeitgeschichte" im zentralen Länder- (später auch Bundes-) Institut für den Wissenschaftlichen Film (IWF), Göttingen. An der Georg-August-Universität zeigten sich vor allem Historiker, Sozialwissenschaftler, Germanisten und Pädagogen für diesen Ansatz aufgeschlossen. Damit korrespondierte die Hamburger Nachwuchs-Initiative von 1963 (Gerhard Maletzke/Karl Friedrich Reimers), die als offenes Hochschulprogramm „Studienkreis Geschichte und Publizistik" (mit bestimmten Start-Schwerpunkten in Film, Hörfunk und Fernsehen) eigene, früh in die internationale Kommunikation eingehende Forschungslinien entwickeln und schon ab 1964 ihren festen Sitz in Göttingen einrichten konnte; ab 1975/76 fand dieses Nachwuchsprogramm dann am Lehrstuhl für Kommunikations- und Medienwissenschaft der HFF München sein akademisches Langzeitquartier; von 1976/77 bis 1993/94 war zugleich die Akademie für politische Bildung Tutzing am Starnberger See Partnerinstitut des Studienkreises und der HFF-Forschung mit einer wissenschaftlich wie pädagogisch ungewöhnlich fruchtbaren Kooperation, für die vor allem dem weitblickenden Politikwissenschaftler Prof. Dr. Manfred Hättich als damaligem Akademiedirektor und dem fachwissenschaftlichen Akademiedozenten Hans Friedrich als Hauptpartner zu danken bleibt. - Siehe hierzu wissenschaftsgeschichtlich: Moltmann, Günter / Karl Friedrich Reimers (Hg., Göttingen/Zürich/Frankfurt a.M. 1970): Zeitgeschichte im Film- und Tondokument. 17 historische, pädagogische und sozialwissenschaftliche Beiträge. Musterschmidt-Verlag. Sowie: Reimers, Karl Friedrich/Hans Friedrich (Ed., München 1982): Zeitgeschichte in Film und Fernsehen. Contemporary History in Film and Television. Analyse, Dokumentation, Didaktik. (= Studies in History, Film and Society.3). Verlag Ölschläger.

[4] Beim wissenschaftsgeschichtlichen Kontextstudium können hier besonders aufschlußreich sein: Reimers, Karl Friedrich/Monika Lerch-Stumpf/Rüdiger Steinmetz (Hg., München 1983): Zweimal Deutschland seit 1945 im Film und Fernsehen. I: Von der Kino-Wochenschau zum Aktuellen Fernsehen. Diskussion und Materialien. (=kommunikation audiovisuell. Beiträge aus der HFF München. 3). Verlag Ölschläger. Sowie: Dieselben (Hg., München 1985): Zweimal Deutschland seit 1945 im Film

und Fernsehen. II: Audiovisuelle Medien in der Politischen Bildung. Mit aktueller Filmografie. (=kommunikation audiovisuell. Beiträge aus der HFF München. 4). Verlag Ölschläger.

[5] Staatliche Hochschule für Fernsehen und Film (HFF) zu München; gegründet 1966, Eröffnung des Studienprogramms 1967. Universitärer Wissenschaftsbereich I: Abteilung für Kommunikationswissenschaft und Ergänzungsstudium, mit Projektebereich Medienforschung/HFF und Perspektiv-Programm Hochschulkolleg; bis 1990/91 kontinuierliche Lehr-, Projekt- und Prüfungs-Kooperationen mit dem Institut für Kommunikationswissenschaft (Zeitungswissenschaft) der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München, seit 1991 mit der Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Universität Leipzig.

[6] Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft [und Kunst], Der Minister, Archivstr. 1, O-8060 Dresden, den 20.2.91, an Herrn Prof. Dr. Karl Friedrich Reimers [Lehrstuhl Kommunikations- und Medienwissenschaft], Hochschule für Fernsehen und Film, Frankenthaler Str. 23, W-8000 München 90. - Staatsminister H.J. Meyer war zuvor u.a. für die Hochschulen zuständiger DDR-Minister im demokratischen Kabinett Lothar de Maizière, April - Oktober 1990; zwischen ihm als engagiertem Diaspora-Katholiken aus Rostock und dem evangelisch-lutherisch im „eigentlich benachbarten" Lübeck geprägten Gründungsdekan gab es vom Beginn an eine nahe-liegende „hanseatisch-ökumenische Basisverständigung", die vieles lebensklug erleichtert hat.

[7] Gemeint: Sektion Journalistik. - Die Bezeichnungs-Korrekturen aus der DDR-Schlußphase sollten im gerade erst mit seiner Aufbauarbeit beginnenden Dresdner Staatsministerium zunächst immer wieder einmal mißverstehbare Benennungen mit sich bringen. Berücksichtigt werden wollte auf mehreren Ebenen gleichzeitig: Die KMU-Sektion „Wissenschaftlicher Kommunismus" war vom demokratischen DDR-Minister für Bildung (jetzt Sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst) 1990 in die Sektion „Politikwissenschaft und Soziologie" umbenannt worden. Aus der Sektion „Marxismus-Leninismus" wiederum sollte die Sektion „Gesellschaftstheorien" hervorgehen, die schließlich aufgelöst wurde. Auch das konsequent marxistisch-leninistisch konzipierte „Franz-Mehring-Institut" konnte in einer wissenschaftspluralistisch angelegten Hohen Schule so nicht weitergeführt werden; erhalten blieb zunächst die Teileinheit „Arbeitsgruppe MEGA-Edition" (Marx-Engels-Gesamtausgabe). Welche Wissenschaftler-Schicksale sich hinter diesen organisatorischen Veränderungen der Umbruchzeit „verbergen", macht ein gründlicherer Blick ins KMU-Personalverzeichnis 1990 (Herbstsemester 1990/91 in der damaligen DDR-Veranstaltungsordnung) schnell erahnbar, besonders unter Einbeziehung des sechsseitigen Nachtrags. Zur Sektion Journalistik siehe dort S. 39-41.

[8] Prof. Dr. sc. Hans Poerschke, letzter geschäftsführend tätiger Direktor der KMU-Sektion (Wahl durch das Journalistik-Altkollegium „im Übergang" und die Studierenden in der Schlußphase des DDR-Umbruchs); heute vor allem bekannt durch sein Wirken für die PDS in verschiedenen Initiativen und Gremien, besonders im Rundfunkrat der Drei-Länder-Anstalt Mitteldeutscher Rundfunk (MDR) im Freistaat Sachsen, im Bundesland Sachsen-Anhalt und im Freistaat Thüringen. Siehe auch Anm. 11.

[9] Karl-Marx-Universität Leipzig, Studienprogramm Journalistik, 11.2.1991: Material zur Beratung der Studienkommission am 18.2.1991 in Bamberg; S.1.

[10] A.a.O.; S.3/4.

[11] Alle drei hatten offensichtlich in dieser schwierigen Situation zum erstenmal direkten Kontakt mit der DDR-sensiblen, zeitgeschichtlich vergleichenden Kommunikations- und Medienforschung in der HFF München, über die sie bis dahin nur bemerkenswert wenig zu wissen schienen; die unmittelbaren Vorlauf-Begegnungen der Jahre 1989 und 1990 mit der nun nicht mehr existierenden KMU-Sektion Journalistik waren vor allem über Prof. Dr. sc. Günter Raue (seinerzeit Lehrstuhl für Geschichte des Journalismus), Prof. Dr. sc. Klaus Preisigke (seinerzeit Lehrstuhl für Theorie und Praxis des Fernsehjournalismus) und Dr. Tilo Prase (seinerzeit Assistent am Lehrstuhl Preisigke) auf ihren Weg gekommen, doch offenbar relativ wenig spezifisch weiterkommuniziert. Das „Leipziger München-Wissen" der KMU-Sektion bis Herbst 1990 entsprach, so sieht es jedenfalls heute aus, nicht annähernd dem Informationsstatus, der im östlichen Berlin (Humboldt-Universität, Staatliches Filmarchiv, Staatliche Komitees für Fernsehen und Rundfunk, Akademien) oder in Potsdam-Babelsberg (Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf", Medienwissenschaft/Medienforschung) leicht zu finden war. (Ein anderes, ziemlich ermutigendes Zeitkapitel sind die „früh weitblickenden" studentischen Besuche aus Babelsberg, Ost-Berlin und Leipzig in München, auf die hier nicht auch noch eingegangen werden kann).

[12] Bei jüngsten, vertrauensvollen Begegnungen mit Leipziger Journalistik-Absolventen der Übergangszeit 1991-93 kam unerwartbar und engagiert zur Sprache, welche innere Anstrengung es doch etlichen unter ihnen abverlangt hat und bis heute immer wieder von neuem abfordert, sich „plötzlich auf der falschen Seite" wiedergefunden zu haben. Sich in dem veränderten, bis dahin „ganz eigenen" Land alltagspragmatisch neu zu orientieren und lebensklug einzurichten, war für viele aufgrund der tragfähigen Praxisanteile der Leipziger Ausbildung verhältnismäßig unschwer; um so problematischer ist es für viele von ihnen aber offenbar nach wie vor, einer politischen Weltanschauungs- und Kampforganisation wie der SED verschrieben (oder wenigstens intensiv nahe) gewesen zu sein, deren unerbittlicher Absolutheits-Anspruch, noch dazu mit einem von Selbstzweifeln bemerkenswert fernen Wissenschaftshabitus deklariert, sie um ihre im tieferen Grunde humanistischen Lebensideale betrogen hat. Gerade von ihnen ist heute, im sechsten Neuvereinigungsjahr, überraschend offen zu hören, daß sie jetzt durchaus - jedenfalls bis zu einem gewissen Grad - verstehen würden, wenn die Volksvertreter im Sächsischen Landtag 1990/91 beschlossen hätten, die Leipziger Hochschuljournalistik nach den Jahrzehnten der zentralistischen SED-Herrschaft erst einmal ganz einzustellen; um so deutlicher wird dabei stets von neuem Anerkennung und Freude darüber geäußert, daß es gelingen konnte, die 1916 mit Karl Büchers Institutsgründung beginnende Fachgeschichte an der Universität Leipzig nach der NS-Terror-Zeit und den dann bald folgenden SED-Journalistik-Jahrzehnten nun ab 1991 in den heutigen Institutsverbund Kommunikations- und Medienwissenschaft einmünden zu lassen.

[13] Es gehörten Humor, einige „Schlitzohrigkeit mit blauen Augen", viel Langmut und ein kräftiger Schuß Eisen im Verhandlungsblut dazu, ganz klar und unmißverstehbar all' den „Situationsdraufgängern" zu begegnen, die mit teilweise abenteuerlichsten Argumentationsmustern das Gründungsdekanat für die Kommunikations- und Medienwissenschaften - „bisher Journalistik" - auf der 6. Etage des Leipziger Uni-versitätshochhauses gleich ab März '91 zu überraschen und fast tätigkeitswörtlich „heimzusuchen" bemüht waren. Politisch-selbstherrliche Bundesbürger, die man noch kurz zuvor vermutlich ohne Erfolg gefragt hätte, wo denn die heutigen Ostdeutschen „eigentlich" leben und wie deren andere deutsche Wirklichkeit zeitgeschichtlich verstanden werden könnte, reklamierten für sich über Nacht den Status des frühen, hochausgewiesenen Experten und standen so pochend vor der

Tür. Wissenschaftler, denen in den alten Bundesländern meistens aus triftigen Gründen die Qualifikation für eine anspruchsvolle Professur unmöglich war, fühlten sich nun dazu berufen, „im Osten" hochschulstrategische Pilot- und Profilaufgaben zu übernehmen (nicht selten mit der dazupassenden „fremdgestifteten Gründungsplanstelle" im politisch-geschäftstüchtigen Zeitgepäck). Journalisten schließlich, zumal aus der öffentlich-rechtlichen Funkpublizistik, deren Berufsweg in der bisherigen Bundesrepublik eher durch die persönliche Nähe zu einer Partei und durch medienpolitische Anpassungswendigkeit als durch fachliche Profilleistungen gekennzeichnet war, sahen sich jetzt eitel und karrierespekulativ dazu berufen, „für den Osten neue Maß-stäbe" zu setzen. Wahrlich ein weites Feld, Spreu und Weizen schwierig vermischt. - Eine quellenfundierte Gesamtdarstellung aus der Sicht des Gründungshauptverantwortlichen soll 1998, im vierten Jahr nach der Umbruchphase 1990/91 - 1993/94, als Buch veröffentlicht werden. -

[14] Die wichtigsten Partner in der Reform-Universitätsleitung und in der neuen Verwaltungsleitung der Hochschule: Prof. Dr. sc. nat. Cornelius Weiss, Theoretischer Chemiker, als Rektor; Prof. Dr. theol. Dr. phil. Günther Wartenberg, Neutestamentler und Kirchenhistoriker der neueren Zeit, als Prorektor für Lehre und Studium und Verantwortlicher für die Geisteswissenschaften; Prof. Dr. sc. nat. Adolf Kühnel, Theoretischer Physiker, als Prorektor für Forschung und Wissenschaftsentwicklung und einer der Hauptinitiatoren des Zentrums für Höhere Studien (ZHS); Universitätskanzler Peter Gutjahr-Löser, zuvor in der Generalverwaltung München der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) zur Förderung der Wissenschaften; schließlich Dr. Fritz König als Leiter des in dieser Zeit der Veränderungen besonders wichtigen Personaldezernates. - Das verwandte Lebens-, Kultur- und Wissenschaftsverständnis hat im übrigen zu schneller Gemeinsamkeit mit dem Leipziger Kirchenhistoriker (und Schriftsteller) Prof. Dr. sc. theol. Dr. phil. Kurt Nowak geführt, der 1978 in der KMU-Sektion Theologie habilitiert wurde, dort seit 1987 als Prof. wirkte und heute als o. Prof. an der wiedereingerichteten Theologischen Fakultät der Universität Leipzig forscht und lehrt. Kurt Nowak war aktiv in der Gründungsrunde der Karl-Bücher-Vereinigung von 1991 zur Förderung der Kommunikations- und Medienwis-senschaft an der Universität Leipzig und fachlich wie menschlich besonders geschätztes Ortsmitglied in den Berufungskommissionen für die Besetzung neuer kommunikations- und medienwissenschaftlicher Professuren der Alma mater Lipsiensis. - Im Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst war neben dem engeren, persönlichen Ministerstab, der in einer anderen Veröffentlichung seine dankende Würdigung finden wird, vor allem Ministerialrat Dr. Horst Bienioschek als Referent für die Universität Leipzig von der ersten Stunde an der besonders wichtige, umsichtige Partner, dem Wesentliches für die Reform zu verdanken ist.

[15] In dieser Übergangs-Fakultät waren folgende Sektionen aus der KMU-Zeit zusammengefaßt: Kultur- und Kunstwissenschaften; Germanistik und Literaturwissenschaften; Theoretische und angewandte Sprachwissenschaften (TASS); Fremdsprachen; Afrika- und Nahostwissenschaften; Journalistik; Pädagogik; Psychologie. Beeindruckend weiterblickender, mit Humor kollegial-umsichtiger, glücklicherweise selbstbewußter, aus einer sächsischen Pfarrersfamilie stammender Dekan dieser „Fakultät auf Abruf": der Germanist Prof. Dr. sc. phil. Gotthard Lerchner, habilitiert an der KMU Leipzig 1968, Prof. an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1975-88, seit 1984 o. Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, seit 1988 o. Prof. an der KMU, dann an der heutigen Universität Leipzig. Derzeit ist Gotthard Lerchner Dekan der neuen Philologischen Fakultät. - Drei benachbarte KMU-Sektionen kooperierten bis auf weiteres in der Fakultät für

Philosophie und Geschichtswissenschaft: Philosophie; Politikwissenschaft und Soziologie; Geschichte.

[16] Der „Organ-Weg" von der KMU-Sektion Journalistik über den Gründungs-Fachbereich Kommunikations- und Medienwissenschaften zum heutigen Institut hing entscheidend von den gesetzlichen Vorgaben ab, die im Sächsischen Landtag Schritt um Schritt entwickelt wurden. Für die innere Stabilität war es um so wichtiger, das Gründungsdekanat und das Instituts-Gründungsdirektorat mit einem wissenschaftlichen Kernkollegium zu verbinden, in dem Alt- und Neu-Leipziger gemeinsam die akademische Leitungsverantwortung für die Übergangszeit übernehmen konnten. Eine persönliche, kollegiale Würdigung gerade auch der beteiligten, damals überwiegend noch verhältnismäßig jungen Alt-Leipziger aus der KMU-Sektion wird sich in der für 1998 vorgesehenen Publikation finden lassen.

[17] Jeder mit dieser Situation auch nur einigermaßen Vertraute weiß freilich, daß dies keineswegs einfach war: Auf unterschiedlichsten Manöverebenen der „Kunst der Intrige" wurde durchaus vehement versucht, erst die Zusammensetzung und dann die Strukturarbeit gerade dieser Gründungskommission „gezielt" zu beeinflussen. Vor keinem politischen und publizistischen Druckmittel wurde zurückgeschreckt; die persönliche Unabhängigkeit des Gründungsdekans mußte wohl manche hinterlistige „Antistrategie" auslösen; wir haben in München wie Leipzig jedes dieser Manöver sorgfältig dokumentiert, damit für spätere Darstellungen ein solider Quellenboden zur Verfügung stehen kann. Im übrigen sei auf Anm. 13 verwiesen.

[18] Als erste Ordinaria für diesen nach wie vor zentralen Teilbereich der Leipziger Kommunikations- und Medienwissenschaft und erste ständige Vertreterin des Gründungsdekans hat Gertraud Linz, geboren 1936, ermutigend schnell das Vertrauen der Altleipziger und vieler Studierender gewonnen. Daß sie sich schon nach wenigen Leipzig-Semestern aus bedrängenden gesundheitlichen Gründen gezwungen sehen mußte, die Start-Professur für Journalistik aufzugeben und sich ins private Leben zurückzuziehen, gehört zu dem besonders Schmerzlichen der herausfordernden Umbruchjahre. Die Universitätsprofessorin Dr. Gertraud Linz hat sich unvergeßbare Verdienste um die Reform des Studiengangs Journalistik in der grundlegenden Erneuerungsphase und um die inneren Verknüpfungen von Medien- und Kommunikationswissenschaft an der Alma mater Lipsiensis erworben.

[19] Gerhard Maletzke, Jahrgang 1922, ist für ganze Generationen von Kommunikations-, Medien- und Publizistikwissenschaftlern zu einer verehrten Vaterfigur geworden, deren Anziehungskraft sich erfreulich schnell auch den in der DDR aufgewachsenen Leipzig-Studierenden und deren bisherigen Hochschullehrern mitteilen sollte. Den Gründungsdekan und Gründungs-Institutsdirektor, einen seiner früheren Schüler an der Universität Hamburg und im dortigen Hans-Bredow-Institut für Rundfunk und Fernsehen, hat er gleich 1991 bewundernswert uneitel, voller Humor und uneigennützig vor allem in der kontinuierlichen Struktur-Beratung unterstützt, ab 1992 dann - inzwischen ein 70jähriger - über mehrere Semester als Leipziger Gastprofessor für Systematische Kommunikationswissenschaft.

[20] Dr.disc.pol. Wilfried Scharf, Jahrgang 1945, Dipl.-Sozialw., Akademischer Oberrat am Göttinger Universitätsinstitut, 1987 Vertretungsprofessor für Journalistik an der Universität Hamburg, 1988 Stipendiat an der Universität Wien, gehört zu den wenigen Hochschullehrern der Kommunikations- und Medienwissenschaft, die sich international einen Namen in der Erforschung der SED-Kommunikationspolitik und des DDR-Journalismus erwerben konnten; er zählt zu den frühen (seltenen) altbundesdeutschen Wissenschaftspartnern der seinerzeitigen DDR-Hochschule für

Film und Fernsehen „Konrad Wolf" in Potsdam Babelsberg - wie der HFF München - und hatte sich gleich im Vorfeld der Umbruchzeit nach Leipzig aufgemacht, um in der KMU-Journalistik-Sektion mehrere Vortragsreihen anzubieten, die den neuesten internationalen Entwicklungen in der wissenschaftlichen Forschung und Lehre gewidmet waren. Vom Leipziger Altkollegium und den damaligen Studierenden wurden die Vorlesungen mit hoher Aufmerksamkeit und dankbar gewürdigt. Es sollte leider nicht gelingen, die besonderen Leistungen Wilfried Scharfs in schwieriger Zeit beim Übergang zur neuen Leipziger Kommunikations- und Medienwissenschaft so zu honorieren, wie dies nahegelegen hätte und nach wie vor geboten ist.

[21] Dem damaligen Hochschulstab im Wissenschaftsbereich I der HFF München kann gar nicht genug gedankt werden, beginnend mit Susanne Tomisch, die aus dem Abteilungs- und Lehrstuhl-Sekretariat in unternehmerischer Vitalität „über Nacht" eine hocheffektive München-Leipzig-Koordinationsstelle zu machen wußte. Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen waren damals - neben dem Habilitanden Dr. Rüdiger Steinmetz - Karoline Gallasz, M.A. (heute Managerin bei Pro 7) und Sabine Knott, M.A. (heute Redakteurin im Bayerischen Rundfunk), sowie als Forschungsassistentin Dipl.-Soz. Dr. rer.pol. Monika Lerch-Stumpf.

[22] Karl-Marx-Universität Leipzig, Sektion Journalistik: Stand 1. September 1989 (interne Dokumentation beim Sektionsdirektor).

[23] Eine solche Veranstaltungspause als Denk-Chance hatte ich bei Münchner Frühgesprächen auch schon den in der KMU-Schlußphase Verantwortlichen, besonders Prof.Dr. Günter Raue als seinerzeitigem Direktor der KMU-Sektion, vorgeschlagen; es schien situationszwanghaft zu sein, daß immer wieder Gründe dafür gefunden wurden, als Pflichterfüllung unabweisbar zu machen, was möglicherweise schlicht und einfach - und menschlich so leicht nachvollziehbar - „Flucht" vor klärender Ruhe gewesen sein mag.

[24] „Projekt-Professur" war nicht als (so kaum tragfähige) juristische Figur gemeint, sondern eher arbeitswörtlich, hochschulunternehmerisch: Für ein bestimmtes Initiativprojekt sollte ein/e Hochschullehrer/in auf Zeit gewonnen werden können, ohne daß dafür eine Stiftungs- oder Gastprofessur vorhanden sein mußte. So konnte der Gründungsdekan als langjähriger Verwaltungsratsvorsitzender des Evangelischen Presseverbandes für Bayern das Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) in Frankfurt/Main unter dem weitblickenden Direktor Hans-Wolfgang Heßler, Pfarrerssohn aus Leipzig, dazu motivieren, ab 1992 auf mehrere Semester eine „weltliche" Leipziger Projektprofessur für die Ethik des journalistischen Handelns einzurichten; diese wurde mit großer Resonanz von Dr. Horst Pöttker wahrgenommen, seinerzeit Redakteur der Zeitschrift „medium" und Habilitand an der Universität Siegen, heute in der Nachfolge Kurt Koszyks ordentlicher Professor an der Universität Dortmund.

[25] Diese beiden Zentralbereiche mit zusammen 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben sich inzwischen als gute Konstruktionsidee erwiesen und vielfältig bewährt; ihre Leistungen - auch für die Universität insgesamt - lassen sich aus dem fachlichen Alltag des heutigen Leipziger Instituts und der kooperierenden Fakultäten nicht mehr fortdenken.

[26] Siehe hierzu: Brunnen (Wagenführ), Andrea: Ein „Gegenzeichen" in Leipzig setzen. 1. Internationale Leipziger Hochschultage für Medien und Kommunikation. In: Fernsehinformationen (Gauting/München). Nr. 22/November 1991. S. 664-671. - Reimers, Karl Friedrich (Hg., Leipzig 1993): „Unser Jahrhundert in den Medien. 75. Jahre Universitätsinstitut. I. Internationale Leipziger Hochschultage für Medien und Kommunikation 1991. Vom 1. bis 3. November 1991 (= Leipziger Universitätsbeiträge zur Kommunikations- und Medienwissenschaft. Gründungsbände 1 und 2. Bd. 1/1993). Universität Leipzig, Fachbereich Kommunikations- und Medienwissenschaften - in Gründung -. - Ders. (Hg., Leipzig 1993): Forschen - Lehren - Weiterbilden für Medienberufe in Europa. II. Internationale Leipziger Hochschultage für Medien und Kommunikation 1992. Vom 30. Oktober bis 1. November 1992. (= Leipziger Universitätsbeiträge zur Kommunikations- und Medienwissenschaft. Gründungsbände 1 und 2. Bd. 2/1993). Universität Leipzig, Fachbereich Kommunikations- und Medienwissenschaften - in Gründung-. Interne Bearbeitung/Redaktion beider Gründungsbände: Margarete Keilacker. Dokumentation: Katharina Görg/ Christel Ledderboge.

[27] Der sächsische Gesetzgeber hatte sich erst spät dafür entschieden, an den Universitäten keine Fachbereiche als eigene Ebene zwischen den Instituten und Fakultäten vorzusehen; sonst hätte es durchaus naheliegen können, einen kommunikations- und medienwissenschaftlichen Fachbereich - wenn schon nicht eine Fakultät - mit mehreren Instituten - den heutigen Institutsabteilungen entsprechend - einzurichten. - Auch hat der Sächsische Landtag, abweichend vom bayerischen Beispiel, an wissenschaftlichen Hochschulen und Wissenschaftsbereichen der Kunsthochschulen nach langen, kontroversen Beratungen am Ende keine Lehrstühle vorgesehen; die hauptamtlichen, planmäßigen Professuren sind lediglich den Besoldungsgruppen C 4 und C 3 zugeordnet, akademische „Standes"-Unterschiede entfallen. (Eulenspiegel-Anmerkung: Daß auch sächsische Universitätslehrer trotzdem auffallend dazu neigen, „vom Gesetzgeber unbelehrbar" die Vorgabe des Freistaats zu ignorieren und unter einem eigen-gestalteten Lehrstuhl-Briefkopf mit aller Welt zu korrespondieren, mag sich aus der Wertschätzung einer überlebten Status-Zuweisung ableiten, die deutsche Professoren beim Umgang mit sich selbst immer wieder gern entfalten. Mit demselben Humor war im übrigen zu registrieren, wie überlebtbürgerlich merkwürdigerweise ausgerechnet im SED-Hochschul-Sozialismus mit Statusdifferenzierungen umgegangen wurde: vom Assistenten bis „hoch" zum sogenannten Lehrstuhl-Leiter ...).

[28] Historische und Systematische Kommunikationswissenschaft: Prof. Dr. Arnulf *Kutsch* (aus Münster); Theorie und Soziologie der Öffentlichen Kommunikation: *Wahrnehmung* (Berufung steht bevor); Empirische Kommunikations- und Medienforschung I: Prof. Dr. Werner *Früh* (aus München); Empirische Kommunikations- und Medienforschung II: Prof. Dr. Hans-Jörg *Stiehler* (aus Leipzig, dort auch habilitiert); Allgemeine und Spezielle Journalistik I: *Wahrnehmung* (Berufung demnächst); Allgemeine und Spezielle Journalistik II: Prof. Dr. Michael *Haller* (aus Hamburg); Spezielle Journalistik: Prof. Dr. Siegfried Schmidt (aus Leipzig, dort auch Habilitation); Medienwissenschaft und Medienkultur: Prof. Dr. Rüdiger *Steinmetz* (aus München, habilitiert in Marburg); Medienpädagogik und Weiterbildung: Prof. Dr. Bernd *Schorb* (aus München, habilitiert in Bielefeld); Buchwissenschaft und Buchwirtschaft: Prof. Dr. Dr. Dietrich *Kerlen* (aus Gütersloh/München); Öffentlichkeitsarbeit/Public Relations: Prof. Dr. Günter *Bentele* (aus Bamberg, habilitiert in Berlin).

[29] Kommunikationswissenschaft und Zeitgeschichtliche Publizistik: Prof. Dr. Karl Friedrich *Reimers* (aus München, dort hauptamtlich Ordinarius und Abteilungsvorstand); Kommunikations- und Medienrecht: Prof. Dr. Matthias *Schwarz* (aus München, dort hauptberuflich Rechtsanwalt, nebenamtlich HFF-Lehrbeauftragter);

Kommunikations-Management/PR: Prof. Jürg W. *Leipziger*, M.A. (aus Frankfurt/M., dort hauptberuflich PR-Unternehmer).

[30] Es ist gelungen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im wesentlichen aus dem dafür interessanten Profile-Kern des Nachwuchskollegiums der aufgelösten KMU-Sektion Journalistik zu gewinnen; davon abweichende Entscheidungen in der Empirischen Kommunikations- und Medienforschung/Medienwissenschaft/Medienkultur und Öffentlichkeitsarbeit/PR lassen sich fachlich leicht vermitteln und bestätigen nur um so klarer die Grundregel. - Das Kollegium der planmäßigen Hochschullehrer, der anderen Hauptamtlichen und der Honorarprofessoren wird von Semester zu Semester durch eine beachtliche Zahl von Lehrbeauftragten erweitert, denen die Studierenden frühe Praxis- und Spezialorientierungen unter wechselnder Perspektive verdanken.

[31] Die vielbeachtete Einrichtung dieses ersten Hochschulsenders in der Bundesrepublik wird vor allem der umsichtigen Startinitiative verdankt, die der Medien- und Kommunikationswissenschaftler Rüdiger Steinmetz als geschäftsführender hauptamtlicher Hochschullehrer noch des Gründungsfachbereiches und dann des neuen Instituts unternehmerisch auf den Weg zu bringen wußte. Dabei war die förderliche Zusammenarbeit mit Detlev Kühn, dem Direktor der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) in Dresden, besonders wichtig; als langjähriger Präsident der mit dem Umbruch aufgelösten Bundesanstalt Gesamtdeutsches Institut in Bonn war Kühn seinerzeit einer der Hauptförderer der zeitgeschichtlich-vergleichenden Kommunikations- und Medienforschung und der DDR-Außenseminare im Zyklus „Zweimal Deutschland seit 1945 in den Massenmedien", die bis 1975 von Göttingen aus und ab 1975/76 dann vom Lehrstuhl im Wissenschaftlichen Bereich I der HFF München initiiert und verantwortet wurden.

"Demokratische Erneuerung" der Leipziger Universität in der Wahrnehmung ihrer Angehörigen

Sonja Brentjes
Leipzig/Berlin

Dieser Beitrag will sich mit der Frage befassen, was Angehörige der Leipziger Universität in den Jahren 1992/93 bewegte, wenn sie sich mit der Umstrukturierung der Universität beschäftigten und darüber sprachen. Er beruht auf 40 Interviews, von denen 38 1992/93 durchgeführt wurden. Ein Interview (mit einem Gründungsdirektor aus Heidelberg) wurde erst 1995 durchgeführt. Ein zweites wurde 1995 vervollständigt, nachdem eine gerichtliche Auseinandersetzung abgeschlossen war.

Im folgenden werde ich die interviewten Personen nach ihrer Fächerzugehörigkeit, den politischen Bindungen (in der DDR und in der BRD), ihren Funktionen und Ämtern sowie ihren Stellungen im Umgestaltungsprozeß (Akteure der Umgestaltung, Erleidende, Ausgegrenzte u.ä.) kurz vorstellen. Anschließend werde ich wesentliche Wahrnehmungs- und Reflektionstrends zu drei Themenkomplexen: Demokratisierung, "personelle Erneuerung", wissenschaftliche Umgestaltung beschreiben und diskutieren.

1. Überblick über die Interviewpartner

2 Interviews sind mit auswärtigen Professoren durchgeführt worden. In einem Fall handelte es sich um einen Münchner Psychologen, der einen Leipziger Psychologen zur Anhörung vor der Personalkommission begleitet hat. In dem anderen Fall handelt es sich um den oben schon erwähnten Heidelberger Professor, der die Umgestaltung der Sektion Geschichte als Vorsitzender von 3 Kommissionen: a) Strukturkommis-

sion, b) Fachkommission, c) Berufungskommission, etwa 2 Jahre geformt und geführt hat.

Die übrigen 38 Interviewten waren zum Zeitpunkt der Interviews entweder reguläre Mitglieder der Leipziger Uni oder ehemalige bzw. in unterschiedlichen Stadien der Entlassung befindliche Mitglieder. Die folgenden Tabellen ordnen sie nach ihrer disziplinären und akademischen Herkunft, nach der Geschlechterstruktur, der Mitgliedschaft in Parteien, ihren Ämtern und Funktionen sowie ihren Kommissions- und Gremienbeteiligungen.

Tabelle 1: Disziplinäre Bindung der Interviewten

Fächerstruktur	*Anzahl*	*Bemerkungen*
Journalistik/KMW	8	2 Studenten, 1 techn. Mitarbeiter
Mathe/Informatik/ Chemie/Biowiss.	8	2 StudentInnen
Geisteswiss. (Geschichte/ Archiv/Kulturwiss./ Philos./Theologie)	5	1 Studentin
Medizin	6	2 Studenten
Sprachwissenschaften (Germanistik/Anglistik/ Fachsprachen/Orient.)	6	1 Studentin
Psychologie	2	
Wiwi + Politikwiss.	2	
Uni-Verwaltung	1	

Tabelle 2: Statusstruktur

vor 1990			
Professor-/DozentInnen	Mittelbau	StudentInnen	Sonstige
15+2	12	8	2
nach 1991/92			
Professor-/DozentInnen	Assistentinnen	StudentInnen	
3+1	6	3	

Tabelle 3: Politische Bindungen, Ämter und Funktionen

Politische Bindungen		
DDR	BRD	
20 SED	4 PDS	
1 CDU	1 CDU	
	1 SPD	
Ämter/Funktionen		*Kommissionen/Gremien*
DDR	BRD	
1 Rektor		2 Strukturkom.
1 Prorektor	1 Prorektor	2 Berufungskom.
1 Dekan		1 Vertrauensausschuß
6 Sektions- o. Kliniks-o. Instituts-direktorInnen	1 Institutsdirektorin	4 Personalkommission 2 Fachkommission 1 Auswahlkommission 1 Gleichstellungskommission
1 SED-KL-Sekretär	1 Personalratsvors.	1 Verfassungskommission
1 SED-GOL-Mitglied	4 StuRamitgl.	1 Senatskommission SHEG
2 SED-APO-Sekretäre	2 Mitglieder Sprecherrat Mittelbau	
1 CDU-BL-Mitglied		

Tabelle 4: Zugehörigkeit zur Leipziger Universität

an der Universität vor 3.10.90: 34, davon 6 StudentInnen

an der Universität nach 31.12.93: 14 (ohne StudentInnen)

davon:
- 3 Professorinnen alten + neuen Rechts
- 1 Professor neuen Rechts (Neueinstellung)
- 2 Professoren alten Rechts (1 offene Kündigung)
- 1 Dozentin alten Rechts
- 5 Mittelbau alten + neuen Rechts
- 1 Mittelbau neuen Rechts
- 1 technischer Mitarbeiter alten + neuen Rechts

von den 15 Abgängen: 2 abgewickelt + befristeter Vertrag
- 1 befristeter Vertrag
- 4 abgewickelt
- 6 politische Kündigungen
- 1 Bedarfskündigung
- 1 "Vorruhestandskündigung"

Die Interviews wurden von 12 InterviewerInnen durchgeführt, 8 Frauen und 4 Männern. Neun InterviewerInnen waren Studierende der Psychologie, Philosophie und Kommunikations- und Medienwissenschaften, drei waren WissenschaftlerInnen aus den Fachbereichen Geschichte und Wissenschaftsgeschichte.

Die Interviews arbeiteten nach einem grob strukturierten Fragebogen, sollten aber genügend Möglichkeiten für die Befragten lassen, ihre eigene Erzählung thematisch und narrativ zu bestimmen und zu gestalten. Der Orientierungsfragebogen umfaßte 5 Komplexe: (1) einen biographischen Teil, (2) die Wahrnehmung der Leipziger Uni in der DDR vor Oktober 1989, (3) die Wahrnehmung der Leipziger Uni in der sog. Wende und Erwartungen an die Umgestaltung, (4) die Wahrnehmung des Übergangs von der Karl-Marx-Universität zur Universität Leipzig, (5) die Sicht auf den Zustand und die Probleme der Uni zur Zeit des Interviews.

Zu den von den Interviewten und InterviewerInnen behandelbaren Themen gehörten aufgrund der spezifischen Entwicklungen im Umgestaltungsprozeß der Leipziger Uni im Komplex 3 die Gründung des StudentInnenrates Oktober/November 1989, die Reformversuche von oben, die von November 1989 bis Mai 1990 unternommen wurden, die Gründung von Aktions- und Initiativgruppen sowie die Wahl von Sektionsräten in eben diesem Zeitraum. Mögliche Themen zum 4. Komplex betrafen die Abberufung von ProfessorInnen der verschiedenen Bereiche, die die Bezeichnung Marxismus-Leninismus im Titel trugen, sowie die Aufhebung der entsprechenden Berufungsgebiete, das Scheitern der Reform von oben auf dem Mai-Konzil 1990, der Sturz des Rektorats und die ministerielle Einsetzung eines Interimrektorats, die Verfassungs- und Hochschulverordnungsdiskussion des Sommers 1990, die Auseinandersetzungen um die Vertrauensfrage im Sommer 1990, die Debatte um die freiwillige Erklärung zur Kooperation mit der Staatssicherheit auf dem Oktoberkonzil 1990 sowie die im Dezember 1990 von der sächsischen Regierung beschlossene Abwicklung und ihre Folgen. Im 5. Komplex boten sich als mögliche Themen die Hochschulgesetzgebung 1991-1993, die politischen sowie die fachlichen Überprüfungen ab 1992, die Stellenplanreduzierungen und die sich daran anschließenden Bedarfskündigungen, die inhaltliche Umgestaltung nicht-abgewickelter Bereiche, die Entwicklung von Autonomie und Mitbestimmung an der Leipziger Universität sowie der Umgang der Universität mit Gerichtsentscheidungen an. Nicht jedes dieser möglichen Themen ist von jedem Interviewten besprochen oder jeder Interviewerin befragt worden. Individuelle Präferenzen auf beiden Seiten hatten genügend Spielraum, sich zu entfalten. Ihre Untersuchung und Darstellung muß jedoch einer anderen Studie vorbehalten bleiben.

2. Ansprüche an die "demokratische Erneuerung" der Universität

In der Literatur gilt die Phase vom Herbst 1989 bis zur Hochschulgesetzgebung von basisdemokratischen Aspirationen und Aktivitäten geprägt, deren Intensität seit dem Frühjahr 1990 stetig sinkt. In den Interviews sind basisdemokratische Forderungen, Konzepte, Strukturen und Verhaltensweisen für die Zeit Herbst 1989 bis etwa in die erste Jahreshälfte 1992 erkennbar. Nur wenige Ansätze werden als konsequent ausgeführt beschrieben. Das meiste davon verschwindet in der Folgezeit oder wird als wenig effektiv oder wenig Unterstützung durch die vermutete Basis erhaltend erlebt.

Als basisdemokratische Prinzipien werden benannt: Recht auf Partizipation des Einzelnen, Öffentlichkeit aller Sitzungen und Entscheidungen, Urwahlen, Urabstimmungen, Drittel- oder Viertelparitäten.

Zu den konsequent ausgeführten basisdemokratischen Ansätzen gehören der im Herbst '89 gegründete StudentInnenrat, die z.T. auf Impulse im Herbst '89 in Form Runder Tische (Biowissenschaften), provisorischer Personalräte (Chemie) oder Aktionsgruppen (Theoretische und Angewandte Sprachwissenschaften) folgenden geheimen Wahlen drittelparitätischer Räte in den Sektionen Geschichte, TAS, Journalistik und Biowissenschaften Ende '89/Frühjahr '90 und die aus der basisdemokratischen Explosion des sogenannten Arbeitskonzils Mai 1990 resultierenden Gründungen bzw. Wahlen einer Mittelbauvertretung, der viertelparitätischen Konzile Juni 1990, Oktober 1990 und Februar 1991 sowie der viertelparitätischen Verfassungskommission.

Davon gibt es heute nur noch den StudentInnenrat. Die Mittelbauvertretung hat ihre Basis verloren und ist öffentlich nicht mehr wahrnehmbar. Wahlen zu den Gremien waren seit 1991 für etwa 3 Jahre ausgesetzt. Konzile fanden bis 1994 nicht statt, und der Senat veränderte seine Zusammensetzung in dieser Zeit nur infolge des Abwicklungsbe-

schlusses, Neuwahlen der Dekane und einer Kündigung, die eine Kooperation mit dem KGB thematisierte.

Basisdemokratische Forderungen, Verfahren und Sprache erscheinen in den Interviews darüber hinaus im Kontext der sogenannten personellen Erneuerung: öffentliche Verhandlung von Berufungsvorschlägen, Vertrauensabstimmungen über bisherige Leiter, Berechtigung für Habilitierte, zu Wahlen für Leitungspositionen zu kandidieren, Nutzung von rechtsfreiem Raum, um abgewählte DirektorInnen zu entlassen. Sie beziehen sich jedoch ausschließlich auf die Ereignisse des Jahres 1990. Vereinzelt wurde Basisdemokratie auch als Vehikel zur Durchsetzung inhaltlicher Reformen in Lehre und Forschung aufgefaßt, so in den Sektionen TAS, Geschichte und Journalistik.

Die Forderung nach Partizipation des Einzelnen und das Prinzip der Legitimation durch Engagement gehörten zum rhetorischen Repertoire und zur Funktionsweise verschiedener Aktions- und Initiativgruppen 1989/90, des StudentInnenrates und des Provisorischen Sprecherrates des Akademischen Mittelbaus. Bei einigen Gruppen erschöpfte sich darin ihr basisdemokratisches Potential fast vollständig. Die zeitweilig unüberhörbare und einflußreiche Initiativgruppe für demokratische Erneuerung benutzte nach der Beschreibung der zwei interviewten Mitglieder Handlungsweisen, die typische Muster des politischen Systems der DDR vor 1989 wie Eingaben, Vorsprachen bei höheren Dienststellen, informelle Absprachen u. ä. mit dem neuen, außeruniversitären Medienangebot verknüpften. Eine direkte Auseinandersetzung fand inneruniversitär, wenn überhaupt, gelegentlich in der Unizeitung, auf dem Konzil oder in Varianten auf Wandzeitungsartikel statt.

Die Interviews verdeutlichen, daß Basisdemokratie von Anfang an die Angelegenheit einer Minderheit war. Am drastischsten wird das am Bereich Medizin wahrgenommen. Interviewte Studenten sprechen von der keine gesetzliche Grundlage habenden Einrichtung der Ordinarienversammlung, die den StudentInnenrat der Medizin als Feigenblatt benutze und großen Widerwillen gegen studentische Beteiligung zeige. Alle wesentlichen Entscheidungen würden in einer kleinen Gruppe von Männern um den Dekan und Mitglied des Interimsrektorats sowie den Interimsrektor vorbereitet und nach Möglichkeit bis zu ihrer Ausführung geheim gehalten.

Repräsentative Demokratie, Nicht-Öffentlichkeit und Pragmatismus sind die reformerischen Präferenzen des dritten Mitglieds des Interimsrektorats. Der Slogan von der Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Universität des gestürzten alten Rektors wird vom Interimsrektorat übernommen und dient als Erklärung fehlender konzeptioneller Arbeit.

Mangel an konzeptionellem Denken charakterisiert nach den Interviews auch die Initiativgruppe zur demokratischen Erneuerung. Eines der interviewten Mitglieder beschreibt die Lage wie folgt:

"Wenn ich mich richtig erinnere, wurde darüber gesprochen und das es ja eine große Chance sei, weil Vertreter verschiedener Disziplinen dabei waren und daß das jetzt eine vorrangige Aufgabe sein müßte, weiß aber auch, daß es dazu nicht gekommen ist. ... als dann das Rektorat ... Weiss etabliert war, hatte ich nach einiger Zeit den Eindruck, ..., daß das von der Gruppe nicht geleistet werden konnte. Sie war unter anderen Gesetzen zusammengetreten, und es zeigte sich, daß ... sie sich damit meiner Ansicht nach erschöpfte, weshalb ich dann also auch irgendwann nicht ... mehr hingegangen bin. Danach hat sie sich dann auch sehr schnell aufgelöst."

Die Ernennung von Vorsitzenden einer Strukturkommission durch das Interimsrektorat ist im Sommer 1990 noch eine Ausnahme. Es ist eine Zeit, in der Forderungen nach basisdemokratischer Legitimation aller LeiterInnen mit vehementer Emotionalität vorgetragen wurden. Danach befragt, weist eine Interviewpartnerin Basisdemokratie als Mittel inhaltlicher Transformation zurück. Ihr zentrales Argument personalisiert die Fragestellung, d.h. bezieht sich auf die personelle Besetzung der Sektion und die beschränkte demokratische Kompetenz dieser Personen. Ein zweites Argument besagt, radikale, auf Existenzfragen hinauslaufende Eingriffe könnten nicht auf der Grundlage von Abstimmungen entschieden werden. Ein drittes Argument beruft sich auf die Funktion der Kommission, auf die von ihr verlangte Sachkompetenz, die ebenfalls keiner Abstimmung unterliegen könne.

Die interviewten Studenten der Medizin beschrieben ihre Defizite in bezug auf jedwede Form inhaltlicher Reform der Universität. Sie begründen sie mit der zeitaufwendigen Arbeit am und für den StuRa, fehlender fachlicher Erfahrung, Begrenzung ihres Blickfeldes auf den Bereich Medizin und mangelndem Interesse der Ordinarien an öffentlicher Debatte.

Auf die Frage an einen StuRasprecher des Universitätsklinikums, in welcher Weise er und der StuRa als Ganzes an einer Debatte um die wissenschaftlichen Strukturen des Klinikums und dem 1992 neu festge-

setzten Stellenplan beteiligt gewesen waren und welche Erfahrungen sie dabei sammeln konnten, antwortet er, daß die Studenten daran nicht beteiligt gewesen seien. Der Dekan hätte gegen das Sächsische Hochschulerneuerungsgesetz die Entscheidungsfindung und Beschlußfassung dem Fakultätsrat entzogen. Studentische Beschwerden habe der Dekan nur partiell gelten lassen. "Ich hatte das Gefühl, daß der Dekan das nur in der Richtung kapiert hat, natürlich aus seiner eigenen Perspektive, er wolle doch den Fakultätsrat in Zukunft mehr informieren.", d. h., "über Dinge informieren, die (er) eigentlich zu beschließen hat." Allerdings hätten sich die von dieser Debatte Betroffenen auch nicht öffentlich wahrnehmbar artikuliert. "Ich hatte also nie etwas registrieren können von den Mittelbauern, vom Personalrat oder ... von den Profs. Also weiß ich nicht, was die im stillen Kämmerlein machen. ... Ich weiß nicht, wie sie sich das vorstellen, warum ... die sich so verhalten; ob das ein Überbleibsel ist oder ob das einfach daran liegt, daß in der Medizin so eine hierarchische Struktur ist ..."

InterviewpartnerInnen, die ihre Erwartungen an die "demokratische Erneuerung" der Universität in basisdemokratischen Begriffen beschrieben, neigten teilweise dazu, Basisdemokratie als strukturelles Moment aufzufassen, in dem sie als Individuen dann eher Funktionen wie in einer repräsentativen Demokratie wahrnehmen wollten. Sie hielten sich entweder für unqualifiziert, Verantwortung wahrzunehmen, Entscheidungen zu beeinflussen und mitzugestalten, oder beschrieben die Aufwands-Nutzen-Relation basisdemokratisch intendierter Handlungen, Organisationsformen und Strukturen als enttäuschend sowie die in Sachsen ausgeprägt einseitige, asymmetrische Verteilung politischer Macht, die auch den Universitäten nur den Platz botmäßiger Untertanen zuwies, als demotivierend für ein weiteres Engagement.

2.2. Personelle Überprüfungen

Der als "personelle Erneuerung" apostrophierte Prozeß umfaßte an der Leipziger Universität 5 Komplexe:

1. geheime Vertrauensabstimmungen über die bisherigen LeiterInnen bis auf die unterste Einheit, d. h., Institut oder Wissenschaftsbereich oder Klinik; Sommer 1990;
2. Vertrauensausschuß und Ehrenerklärungen zur hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für die Staatssicherheit und das AfNS; eingerichtet durch Konzilsbeschluß Oktober 1990;
3. Rehabilitierungskommission für Bearbeitung von DDR-Unrecht; eingerichtet erstmalig Anfang 1990; neu gebildet Oktober 1990;
4. Fragebögen zur Zusammenarbeit mit Stasi und zur politischen Biographie: Innenministerium, Frühjahr 1991; Personalkommissionen, SHEG Sommer 1991 – Ende 1992, maximal Mitte 1993; für Neueinstellungen durch Landeshochschulgesetz unbegrenzt verlängert;
5. Fachkommissionen zur fachlichen Biographie; SHEG Sommer 1991 - Ende 92, maximal Mitte 1993.

Die Interviews zeigen, daß die Universität nicht als Institution wahrgenommen wurde, sondern die Einschätzungen sich in aller Regel auf den eigenen Arbeitsbereich beschränkten. Je nach Stand der Auseinandersetzungen in diesen begrenzten Teilen der Universität wurde die Notwendigkeit als auch die Willigkeit zur Reform der gesamten Universität beurteilt. Die These von der Reformunfähigkeit der Universität wurde in den Interviews durch den Prorektor, von seinem ersten Referenten, Mitgliedern der Initiativgruppe für demokratische Erneuerung, der Aktionsgruppe TAS, einem Assistenten einer abgewickelten Sektion und mit Einschränkungen durch einige Sturamitglieder vertreten. Studenten und Assistentinnen der abgewickelten Sektion Journalistik sowie TeilnehmerInnen an den Protesten gegen die Abwicklung und einige der politisch Gekündigten billigten der Universität, insbesondere den eigenen Einrichtungen, Reformbemühungen und Reformbereitschaft zu. Einige dieser InterviewpartnerInnen lokalisierten dagegen die Reformunfähigkeit eher beim interimistischen Rektorat. Darin trafen sie sich mit StuRamitgliedern, die Reformwilligkeit am ehesten bei einer studentischen Minderheit verorteten, an der Professorenschaft und dem wissenschaftlichen Personal jedoch Unbeweglichkeit und Leisetreterei beobachteten.

Die Interviews offenbaren auch eine klare Mißperzeption der Auseinandersetzungsebenen. Mehrheitlich werden die Konflikte als politische und moralische beschrieben. Gelegentlich, insbesondere im Kontext des Rehabilitierungsthemas, klingen soziale Auseinandersetzungen an. Wissenschaftliche Differenzen spielen, auf Personen bezogen, eher eine untergeordnete Rolle. Wenn sie in den Interviews zur Sprache kommen, werden sie vorrangig von HochschullehrerInnen, die

gekündigt wurden, vorgetragen. Vor allem radikalen Erneuerern der eigenen Einrichtung wird mangelnde fachliche Kompetenz vorgeworfen. Sie wird an einem mehr als zehnjährigen Zeitunterschied zwischen Promotion und Habilitation oder gänzlich fehlender Habilitation gemessen. Berichtet wird, daß diese Personen von dem Interviewten oder einem anderen früheren Vorgesetzten unterstützt und zur wissenschaftlichen Qualifikation ermuntert bis genötigt wurden. Der Münchner Psychologe, der als Person des Vertrauens an einer Anhörung durch eine Personalkommission teilnahm, erzählt:

"Dieser eine Fall, das ist der Herr ..., der ja nun auch eine Professur drüben hat, nach allem, was ich da nun von sehr vielen Quellen und Zeugen weiß, ist da ein Märtyrer konstruiert worden, der er nie war."

Auf diese Spannungen bei Rehabilitierungen verweist auch der Prorektor:

"Also es ist ja immer sehr, sehr schwierig, in welcher Weise und gegenüber wem und wo solche Sachen artikuliert werden. Und in welcher Intensität. Wir waren uns aber immer einig, sowohl im ersten als auch im zweiten Rektorat, daß man für ... politische Benachteiligung höchstens, wenn ich das mal so sagen darf, das kann mißverstanden werden, einen außerplanmäßigen Professor kriegen könnte. Denn weil ja dann auch die Schwierigkeit ist, ... daß nicht jeder, der nicht gefördert ist, auch förderungswürdig war. Und daß da vieles verdeckt ist."

Nicht nur die fachliche Qualifikation, sondern auch die Kenntnis wissenschaftlichen Ethos und wissenschaftlicher Kommunikations- und Verhaltensweisen spricht ein ehemaliger Sektionsdirektor der Biowissenschaften, dessen Nach-Wende-Schicksal *Nature* mehrfach zu Berichten veranlaßt hat, seinen Gegenspielern ab:

"Es ist agitiert worden, in Richtungen agitiert worden, die ich einfach als infam bezeichne. Ich war ... nicht dabei. Ich konnte mich zu keiner Zeit etwa zu Dingen äußern. Da liegt das Problem. Die Linie: er muß weg und zwar mit allen Mitteln, nicht nach Prinzipien 'Auge in Auge diskutieren' oder irgendsowas, was man mit den Regeln der scientific community in Übereinstimmung bringen könnte, darum geht es letztlich. Genau, es sind die Regeln, nach denen die scientific community lebt, verletzt worden – mit hoher Wahrscheinlichkeit rein deshalb, weil diese Leute gar nicht wissen, daß es solche Regeln gibt. Sie haben sich nie darüber Gedanken gemacht. Aber Wissenschaft hat ein Regelwerk. Manchmal ist es aufgeschrieben, manchmal auch nicht. Aber Wissenschaftler wissen darum! Wer nicht Wissenschaftler ist, weiß nicht darum! Das hängt für mich nicht davon ab, ob einer einen 'Drrr' hat oder nicht."

Moralische Wertungen spielen vorzugsweise bei der Beschäftigung mit dem Stasithema eine Rolle, treten aber auch mit der Forderung, bisherige Leiter sowie Gesellschaftswissenschaftler müßten sich zu ihrer spezifischen Verantwortung für das politische System der DDR und den Untergang dieses Staates bekennen und daraus persönliche Konsequenzen ziehen, im Kontext der allgemeinen politischen Überprüfung und der Abwicklung auf.

Auch wenn nur ein Interviewter als Mitglied des Vertrauensausschusses unmittelbar an der Bearbeitung des Stasithemas beteiligt war, haben sich auch andere Interviewte dazu geäußert. Sie bilden jedoch eine Minderheit. Die meisten von ihnen vertreten in Übereinstimmung mit der Haltung des Vertrauensausschusses die Auffassung, daß eine Stasibeziehung moralisch verwerflich sei. Eine Gesprächspartnerin hält es für überflüssig, Fragen hinsichtlich der Kriterien zu stellen. Ein weiterer Interviewter begründet seine Ablehnung mit eigenen moralischen Werten und der Auffassung, daß ein Hochschullehrer die Verantwortung für die moralische Erziehung der Studenten trüge und deshalb "sich zu einer solchen Bereitschaft nicht erklären (dürfe). ... Das verstößt meiner Meinung (nach) gegen das Ethos eines Lehrers und Wissenschaftlers, der andere Leute mit seinen Ideen, seinen ethischen Grundwerten voranbringen soll." Deswegen seien alle diejenigen, die eine Verpflichtungserklärung unterschrieben hätten, belastet, "unabhängig davon, inwieweit sie dann konkret an der Ausspionierung von Kollegen oder Studenten ... direkt beteiligt waren."

Der hier wiedergegebene persönliche Standpunkt wird von anderen Interviewten für das Jahr 1990 als Argumentation vornehmlich von Opportunisten wahrgenommen und abgelehnt:

"... jetzt (wurde) auf einmal die Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit eigentlich zu einem der schlimmsten Verbrechen gemacht, ohne daß überhaupt danach gefragt wurde, was ist konkret passiert. Das berührt mich deshalb, es ist sicher Zufall, daß ich nicht beim Ministerium für Staatssicherheit gelandet bin. ... Ich war damals der Meinung, also einen sozialistischen Geheimdienst muß es schon geben. Ich habe den BND nie akzeptiert. ... Ich muß aber sagen, ich bereue, daß ich seinerseits das MfS akzeptiert habe. ... Also ich habe nicht verstanden, wie also nach dem Motto: 'Haltet den Dieb!' auf einmal eine Gruppe hier zu den Hauptverantwortlichen gemacht werden sollte, weil da immer die Gefahr besteht, daß das ... gewissermaßen eine Stellvertreterrolle ist ... ich möchte das ausdrücklich hervorheben, daß ich also nach wie vor der Meinung bin, daß

man, nur weil man als IM für das Ministerium für Staatssicherheit tätig gewesen ist, (nicht) jemanden gleich Verbrechen gegen die Menschlichkeit unterstellen darf. Ich bin mir sicher, daß es das gegeben hat – was heißt sicher, ich weiß, daß es das gab –, aber ich möchte, daß es für jeden konkret, einzeln aufgerollt wird. ... ich finde, daß gerade in dieser Zeit ... die Opportunisten oftmals sich besonders lautstark zu Wort meldeten und dabei also oftmals das Wort Erneuerung im Munde führten, ohne klar zu sagen, was eigentlich Erneuerung ist."

Eine Professorin berichtet von dem auf ihre Kündigung folgenden Rechtsstreit und dem Versuch der Universität, das Stasithema nach anderen erfolglosen Kündigungen zu instrumentalisieren:

"... ich bin schon der Meinung, daß die Kündigungen, wie man sie mir ausgesprochen hat, weil ich nicht bereit war, von mir aus in den Vorruhestand zu gehen, daß man einmal Strukturfragen, dann also mangelnde Qualifikation usw. bis hin zu der diffamierenden Kündigung, angeblich IM bei der Staatssicherheit gewesen zu sein, dagegen doch die Möglichkeiten des Rechtsstaates nutzen sollte und prozessieren sollte ..., um sich hier nicht irgendwelche Dinge, Unredlichkeiten oder andere Dinge, nachsagen zu lassen."

Bei der Beurteilung der Arbeit der Personalkommissionen verschiebt sich die Wahrnehmung der Interviewten deutlich zur Kritik, nicht nur bei jenen, die angehört wurden, sondern auch bei Mitgliedern und Unbeteiligten. Kritisiert werden die Ablehnung gewählter Mitglieder durch den Minister, die Auffüllung leerer Plätze durch informelle Absprachen, die Abweichung ministerieller Entscheidungen von den Empfehlungen der örtlichen Kommissionen, fehlende Öffentlichkeit, zunehmende Formalisierung, der steigende Druck auf die Angehörten, ein Schuld- oder Reuebekenntnis abzulegen, das mangelnde Interesse aller Beteiligten, strukturelle Bedingungen der Machtausübung und Repression in der DDR aufzuklären, der geringe Spielraum der Kommissionen, differenzierte Empfehlungen auszusprechen, die wenig qualifizierte Verwendung der Arbeit der Personalkommissionen durch das Ministerium und seine Juristen, die Möglichkeit politisch Gekündigter, durch Prozesse die Kündigungen rückgängig machen zu können, Verfahrensfehler der Personalkommissionen sowie die Unmöglichkeit, universitätsintern, innerhalb einer Senatskommission erarbeiteten Kriterien politischer Belastung bei politischen und ministeriellen Verantwortungsträgern Berücksichtigung zu verschaffen.

Je nachdem, welche Kritikpunkte angesprochen wurden, fallen die

Urteile über die Tätigkeit der Personalkommissionen von weitgehend positiver Bewertung über "als Mittel ungeeignet" bis hin zu völliger Ablehnung aus.

Wie beim Komplex der Stasimitarbeit werden mit dem Begriff des Rechtsstaates, Meinungsverschiedenheiten zum Thema "Verantwortung und Schuld", Differenzen in der Bewertung des Verhältnisses zwischen kollektiven und individuellen Rechten und Interessen sowie eine geringe Bereitschaft oder Fähigkeit, eigene Auffassungen und Handlungen zu befragen, deutlich. Etwas vereinfacht gesagt, kennzeichnet eine prinzipielle Asymmetrie die Interviews.

Selten wird spontan nur über eigene Anforderungen an andere berichtet und das Verhalten vor allem der Gegenspieler kritisch beleuchtet, sondern auch über Zweifel, sich wandelnde Einschätzungen und Motive oder Entscheidungen, das eigene Handeln zu ändern, erzählt. Deutlich häufiger dagegen findet sich letzteres in den auf die DDR bezogenen Passagen der Interviews.

Verhaltensänderung radikaler Art, d.h. Bruch mit bisherigen Aktivitäten, wurde zweimal beschrieben. Ein Mittelbaumitglied der Senatskommission "Landeshochschulgesetz" und des Sprecherrates des Akademischen Mittelbaus stellte ihre Mitarbeit in diesen Gremien ein, da sie auf Seiten ministerieller und politischer Verantwortlicher nicht nur Desinteresse an universitärer Partizipation, sondern diffamierende Ausgrenzungen abweichender Meinungen erlebte. Eine studentische Vertreterin in einer Personalkommission nahm an den Sitzungen der Kommission nicht mehr teil, weil sie sich ebenfalls in ihren Hoffnungen und Erwartungen enttäuscht sah:

"Also irgendwie habe ich mir gedacht, das wäre so ein Ding, wo für die Leute auch selbst etwas dabei rauskommt und nicht nur Gerichtsverhandlung und Vorführung und ihnen klar machen, daß sie eigentlich kleine idiotische Arschlöcher sind, die sich mit dem System so hervorragend engagiert haben, daß sie für das Neue nicht mehr tauglich sind. ... ich hätte mir eben irgendwie gewünscht, daß die... Leute, die wir allesamt als reichlich (belastet) und also ihre Macht mißbrauchend oder sich immer mehr Macht an Land ziehend, um sie zu mißbrauchen oder für ihre persönlichen Interessen gebrauchen zu können, daß die Leute irgendwie auch gezwungen werden, sich mit ihrem eigenen Tun mal auseinanderzusetzen. Das wäre das, was mir wichtig gewesen wäre oder jetzt noch wichtig ist, daß das passiert.... also daß dann so gesagt wird, ... wie hat Meyer das ausgedrückt? – 'Sie müssen sich vorstellen, wir haben zehn Leute an einem

Ufer stehen und es passen aber nur fünf ins Boot. Und da können wir jetzt mal statistisch davon ausgehen, daß zwei von den übriggebliebenen Fünfen bei der Stasi waren. Jetzt müssen wir uns nur noch überlegen, wie wir die anderen drei loswerden.' ... Als dieser Trend da in den Personalkommissionen einsetzte, dies als so ein Bestrafungsgremium (anzusehen) – also zum Ende habe ich da nur noch Hexenjagd mit assoziiert in meinem Hinterschädel und bin dann auch rausgegangen aus so einem Ding da."

2.3. *Inhaltliche Reformen = Modernisierung?*

Die Interviews lassen etwa sechs verschiedene Ansätze zur inhaltlichen Umgestaltung der Leipziger Universität erkennen:

1. Erhalt und Ausbau des eigenen, als modern oder leistungsfähig empfundenen Forschungs- und Lehrprogramms, z. T. unter Einbeziehung amerikanischer und französischer Vorbilder; Zeit: 1990/91 (z.B.: interdisziplinäre Gruppe Kommunikationstheorie im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium und Nachfolgerin, Lehrprogramm Alte Geschichte);
2. Realisierung eigener Reformversuche aus den letzten DDR-Jahren unter vorrangiger Orientierung auf Erfahrungen und Zustände an Universitäten der alten Bundesrepublik; Zeit 1989/90 (z.B.: Wissenschaftlicher Kommunismus/Politikwissenschaft);
3. Überwindung spezieller DDR-Entwicklungen im Gefolge der III. Hochschulreform 1968 und Orientierung an oder Rückkehr zu den früheren Traditionen; Zeit ab 1990 (z.B.: Theoretische und Angewandte Sprachwissenschaften, Afrika-Nahostwissenschaften);
4. Überwindung ideologischer Determinierung des Berufsbildes und des darauf ausgerichteten Lehrangebotes bei gleichzeitigem Erhalt der systematischen Strukturierung, der Praxisorientierung und der handwerklichen Gediegenheit der Ausbildung; Zeit: 1989/90 und Kommentare zur Ab- und Aufwicklung (z.B.: Journalistik/Kommunikations- und Medienwissenschaften);
5. Schaffung struktureller und stellenmäßiger Grundausstattungen, die mit der "normalen" Universität der alten Bundesrepublik übereinstimmen sollten; Einpassung spezieller, für die bisherige Profilbildung der Leipziger Universität charakteristisch gewesener Elemente und Öffnung für einzelne, neue Besonderheiten; Zeit: nach Abwicklung (z.B.: Prorektor);

6. Aufbau von Fachbereichen oder Instituten, die entweder eine Doublette einer speziellen westdeutschen Einrichtung darstellen sollten oder als bundesdeutscher Konsens dargeboten werden; Zeit: nach der Abwicklung (z.B.: Gründungsdekan Wirtschaftswissenschaften, Strukturkommissionsvorsitzender Geschichte).

Die Durchsetzungsfähigkeit der einzelnen Ansätze hing von der Zeit ihrer Entstehung, der Reputation ihrer Fächer, dem Status der Personen, die diese Ansätze verfolgten, ihren Gegenspielern sowie dem Grad der Institutionalisierung der Ansätze ab.

Am schwersten hatten es jene Vorschläge, die schwach institutionalisiert waren, deren TrägerInnen niedrige Positionen in der akademischen Hierarchie einnahmen, bei denen die Reputation der Mutterfächer minimal war und die keine Unterstützung durch reputations- und statusstärkere Personen erhielten.

Das betrifft beispielsweise den Versuch von drei jungen WissenschaftlerInnen, ihre interdisziplinäre Forschungsgruppe "Kommunikationstheorie" zu erhalten und nach amerikanischem Vorbild in ein interdisziplinäres Dienstleistungszentrum für die Universität zu verwandeln. "Die Ideen sind schon nicht schlecht, aber mit den Leuten nicht", beschied der Prorektor die drei KollegInnen. Der daraufhin angesprochene Minister vermied jegliche Stellungnahme zur eingereichten Konzeption. Auch der von einem Mitglied der Gruppe anschließend unternommene Versuch, innerhalb der Wirtschaftswissenschaften eine vergleichbare interdisziplinäre Lehr- und Forschungseinheit zu etablieren, scheiterte nach 6 Monaten trotz guter Akzeptanz durch die StudentInnen an dem aus Köln nach Leipzig verpflichteten Gründungsdekan. Er hatte

"ja den Auftrag ..., diese ganze Fakultät personell zu reduzieren. Und der hat dann als erstes diese Gruppe aufgelöst. ... wie (er) im Gespräch mir sagte, hat(te) er den Auftrag, einen kompatiblen Bereich in Leipzig zu gründen zur Universität Köln. ... In Köln gab es so eine interdisziplinäre Gruppe nicht und deswegen wollte er die auflösen. Das war sein Argument. Und er meinte, wenn Studenten der Wirtschaftswissenschaften sich je mit solchen Fragen beschäftigen wollen, können sie entweder ein Buch lesen oder zur Sektion Philosophie gehen."

Die starke Personalisierung inhaltlicher Reformen wurde auch an den Umgestaltungen in der Sektion Geschichte deutlich. An dieser Sektion fand eine der problematischsten fachlichen Überprüfungen statt. Der Professor für Alte Geschichte sowie alle seine MitarbeiterInnen

wurden als fachlich unzureichend evaluiert. Mir ist kein anderer Fall flächendeckender Negativbeurteilung an der Leipziger Universität bekannt. In der Fachkommission saß ein Westberliner Althistoriker, der ein auswärtiges Gutachten anfragte, welches negativ war. Der Interviewte erfuhr nie, wer der Gutachter war, und bekam auch das Gutachten nicht ausgehändigt. Die Kontroverse in wissenschaftlicher Hinsicht reichte nach dem Bericht des interviewten Professors lange Jahre zurück und betraf Einschätzungen zum formationstheoretischen Charakter des Römischen Reiches und seiner Erben. Hinzu kamen politische Vorwürfe in einem FAZ-Artikel gegen die Leipziger Althistoriker.

Der interviewte Strukturkommissionsvorsitzende, der ebenfalls der Fachkommission und der Berufungskommission vorstand, erzählte dagegen, daß es in dem Gutachten nicht um differierende Grundauffassungen, sondern um handwerkliche Probleme sowie die Benutzung westlicher Literatur ging. Er sagte aber auch, daß dieser Fall spektakulär sei, da der Begutachtete "eben Ordinarius und Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften gewesen ist. Also das ist in der Tat ... auffällig, ..., daß dann der Gutachter zu einem negativen Gutachten kommt ..."

Die Orientierung seiner Arbeit in der Strukturkommission beschrieb der Interviewte mit 4 Komponenten:

– Einrichtung eines "normalen" westdeutschen historischen Seminars;
– Berücksichtigung Leipziger Spezifika;
– Pragmatismus in Bezug auf alle abschätzbaren Widerstände oder Hindernisse;
– Diskussion bis zur Konsensfähigkeit.

"Ich sagte ja schon, wir konnten nicht ins Blaue hinein planen. ... wir sind davon ausgegangen zu fragen, was braucht ein historisches Seminar als Minimalausstattung, was muß vertreten sein ...? Und das war relativ schnell zu sagen, nicht. Das war kein Problem. Das war Alte Geschichte, am besten mit zwei Professuren; Frühe Geschichte des Mittelalters und Späte Geschichte des Mittelalters; Frühe Neuzeit, Neuere Geschichte und Zeitgeschichte. ... Und im Laufe der Zeit stellte sich heraus, daß selbst diese Vorstellungen, die ich gerade entwickelt habe, also für Leipzig zu groß wären, weil einfach so viele Stellen nicht zur Verfügung standen. Die beziehen sich alle auf die europäische Geschichte Westeuropas, also auf die Geschichte Westeuropas. Da ist die Byzantistik gar nicht dabei gewesen."

Im Verständnis dieser Kommission mußte ein historisches Seminar in der BRD auf jeden Fall westeuropäische Geschichte von den Anfängen bis in die Gegenwart sowie russische Geschichte umfassen. Letztere wurde jedoch aus dem Aufgabengebiet für das Historische Institut ausgeklammert, da ein eigenständiges Osteuropainstitut im Gespräch war. Als westeuropäisch gilt vornehmlich Deutschland, Frankreich, England/Großbritannien und, zu gewissen Perioden, Oberitalien. Im Mittelpunkt der Besetzungen stand dann offenbar deutsche Geschichte.

Darauf bezieht sich auch der Prorektor, wenn er anmerkt, dem neuen historischen Institut der Leipziger Universität werde Germanozentrismus vorgeworfen. Er hofft dagegen, daß die Leipziger Traditionen in osteuropäischer sowie iberoamerikanischer Geschichte bewahrt werden können. Er interpretiert es vorrangig als ein personelles und finanzielles Problem, nicht jedoch als eine prinzipielle Entscheidung, daß Osteuropa mit Ausnahme von Byzanz aus dem historischen Institut ausgegliedert worden ist und für iberoamerikanische Studien eine C3 vorgesehen wurde. Ganz anders dagegen der Kommissionsvorsitzende:

"Was die Besetzung einer Südamerikaprofessur auf C3-Basis bedeutet, daß weiß jeder, der die deutsche Universitätsstruktur kennt. C3-Professuren sind, wenn sie gut sind, schnell weg, wenn sie schlecht sind, hat man nichts von ihnen. ... Das ist also das Problem. Also jedes Fach, das nur mit einer C3-Professur versehen ist, ist in der Gefahr, entweder Sprungbrett für hungrige Genies zu sein. Die sind dann schnell irgendwo anders. ... Oder aber, wenn man jemanden nimmt, der nicht so attraktiv auf fremde Augen wirkt, hat man wieder von ihm weniger ... Das ist aber ein Problem, was die Strukturkommission nicht lösen kann."

Am erfolgreichsten schnitten also Reformpläne ab, die möglichst viele starke Akteure trugen, einschließlich der Landeshochschulstrukturkommission. Am ehesten setzten sich kleine, fächerspezifische Versionen konventioneller Art durch. Dadurch prägte sich der eklektische Charakter der inhaltlichen Reform immer deutlicher aus. So ist es wenig überraschend, daß einige Interviewpartner unter den gekündigten Professoren Profil und Leistungskraft der Universität in den Jahren 1991-93 als auf einem fast absoluten Tiefpunkt befindlich wahrnahmen.

Die Universität als Ganzes hat sich verändert. "... mir scheint es also zumindest ein vertretbares Ergebnis zu sein. Es ist nicht die absolute Katastrophe geworden ... Ich finde, das ist für eine Strukturkommission schon eine ganze Menge", urteilt der Vorsitzende der Strukturkommission Geschichte über seine Arbeit.

Die Identifikation relativer Katastrophen mit Modernisierung soll-

te, wenn überhaupt, auf Reden populistischer Politiker beschränkt bleiben. WissenschaftlerInnen sollten dagegen, wenn sie denn ihre eigene, Identifikation stiften sollende Rhetorik ernst nehmen, kritisch mit den Resultaten ihres Tuns und dem anderer Interessengruppen umgehen. Davon war in den Interviews, wie bereits im vorigen Abschnitt bemerkt, nicht sehr häufig zu hören, auch nicht im Hinblick auf die inhaltlichen Umgestaltungen.

3. Ist die "demokratische Erneuerung" gelungen oder gescheitert?

Der Streit um die Bewertung der Transformation des ostdeutschen Wissenschaftssystems durchzieht seit deren Beginn die Lande. (Vgl. z.B. Die Erneuerung... 1993, S. 23-28, 43f., 48-51; Klinzing 1991) Es überrascht wohl kaum, daß nicht nur die kontroversen Einschätzungen in den Interviews vertreten sind, sondern die Interviewten Beispiele erzählen, die für oder gegen die These sprechen soll, daß der Erneuerungsprozeß erfolgreich verlaufen sei.

Um überprüfbare Urteile über Erfolg oder Mißerfolg dieser Umgestaltung generieren zu können, bedarf es einer Verständigung darüber, was unter diesen Vokabeln verstanden werden soll. Überlegungen dieser Art sind nicht nur in den Interviews kaum zu finden. Allerdings sind die Interviewten danach auch nicht gezielt befragt worden.

Für mich läßt sich ein Prozeß dann erfolgreich nennen, wenn er gemäß der für ihn formulierten Ziele, deren Kriterien und mit den dafür geschaffenen Mitteln durchgeführt wurde. Aus dieser Beschreibung ergibt sich als erstes, in den Interviews thematisiertes Problem für die Bewertung der Umgestaltung, daß diese Ziele, Kriterien und Mittel zumindest an der Leipziger Universität entweder nur zaghaft oder nur in kleinen Gruppen diskutiert wurden. Sie sind folglich nur noch beschränkt rekonstruierbar. Zweitens bestätigen die Interviews die bereits wiederholt in der Literatur vertretene These, daß die Bestimmung von Zielen, Kriterien und Mitteln asymmetrisch erfolgte. Die Konzentration auf die sogenannte personelle Erneuerung und ihre zunehmende Reduktion auf politische Aspekte, insbesondere auf die Kooperation mit der Staatssicherheit, ließ kaum Raum für Debatten zur fachlich-inhaltlichen Zielbestimmung und ihren Maßstäben. So überrascht es nicht, daß nachträglich Bezugsgrößen eingeführt wurden, um die keine öffentlich wahrnehmbare Auseinandersetzung auf Universitätsebene stattgefunden hat. Die zentrale Bezugsgröße dieser Art ist die sattsam bekannte Setzung angeblicher oder tatsächlicher bundesdeutscher Normalitäten. Als drittes Problem weisen die Interviews aus, daß auch in dem vergleichsweise intensiv diskutierten Bereich der sogenannten personellen Erneuerung die Erörterung von Kriterien und Maßstäben auf einzelne Personen und Gruppen beschränkt blieb. Insbesondere durch Funktionen und Mitgliedschaft in der SED definierte Vertreter des alten politischen und wissenschaftlichen Systems wurden faktisch oder gezielt ausgegrenzt. Viertens zeigen einige der Interviews, daß selbst die Anwendung der öffentlich festgeschriebenen Ziele, Kriterien und Mittel in diesem Bereich der Personalumstrukturierung in erheblichem Maße zum einen von politisch angestrebten Resultaten und zum anderen infolge der beabsichtigten schwachen Kontrollierbarkeit der Kommissionen von individuellen Vorstellungen, Auslegungen, Erwartungen und Ängsten der Kommissionsmitglieder beeinflußt und dadurch im Verlauf des Prozesses verändert wurden.

Bisherige Erfahrungen in der öffentlichen Debatte um die Bewertung der Transformation der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft im allgemeinen zeigen, daß die Akzeptanz von Beispielen, die eine positive Einschätzung des Prozesses in Frage stellen können, bei Vertretern der Erfolgsthese sehr beschränkt ist. Das gilt auch für die Leipziger Universität und ihre lokalen Spezifika.

Für die drei Ebenen des Umgestaltungsprozesses – personell, strukturell, inhaltlich – wurden bisher folgende Formen des Umgangs mit potentiellen oder tatsächlichen Gegenbeispielen entwickelt:

1. personell, 2 Strategien:
– moralische Abwertung der Personen, die Beispiele vortragen, und der Personen, die Gegenstand der Beispiele sind,
– Veränderung der Zielbeschreibungen und der Kriterien;
2. strukturell, 2 Strategien:
– Personalisierung des Problems, z.B.: (a) Mehrheit der DDR-HochschullehrerInnen war sozialisierungsgenetisch unfähig zu Demokratie oder Autonomie, (b) Leidensdruck einer Minderheit von HochschullehrerInnen und quantitativ nicht spezifizierter Anteile des Mittelbaus ist einerseits qualitäts- und wertverbürgend und andererseits zu belohnen;

– Strategie der distanzierenden Identifikation, in 3 Formen: (a) ohnmächtiges Ausgeliefertsein an übermächtige, äußere Zwänge, z.B. Verweise auf enormen Zeitdruck, Mangel an Finanzen, normsetzende Gepflogenheiten der alten Bundesrepublik (HRG-Urteil, Kapazitätsverordnung, u. ä.); (b) verbindet momentanes Ertragen schwer erträglicher, äußerer Eingriffe mit Betonen widerwilligen Anpassens und Versprechen auf widerborstiges Verhalten in der Zukunft (z.B. hat Leipziger Uni bereits zwei- oder dreimal die „Schmerzgrenze" bei Stellenreduzierungen erreicht – der Rektor verspricht den Aufstand, falls Ministerium beharrt); (c) präsentiert sich als Erfüllung des politischen Mehrheitswillens, übt dadurch Anpassungsdruck aus und täuscht direkte, keine Spielräume zulassende Beziehung zwischen Landtagswahlen und Universitätsstrukturen und -gegebenheiten vor;
3. inhaltlich:
– vernachlässigbar gegenüber allgemeinen Gewinnen,
– Preis für unvermeidliche Durchgangsphase der Ein- und Anpassung und Vertröstung auf zukünftige Teilreformen,
– vereinzelt in Literatur als Phänomen benannt, aber nicht analysiert.

4. Thesen zur Handlungsmotivierung und -legitimierung von Akteuren der Umgestaltung der Leipziger Universität

Auf der Basis der Interviews, der vorliegenden Literatur der Leipziger Universität und meinen eigenen Erfahrungen als Angehörige dieser Universität lassen sich folgende Thesen zur Motivation und Rechtfertigung des Handelns von Angehörigen der Universität zwischen Herbst 1989 und Anfang 1994 ableiten, die zum einen Klima, Profil und Arbeitsweise an dieser Universität für die unmittelbare Zukunft beeinflussen und zum anderen Resultat der Spezifika der Leipziger "demokratischen Erneuerung" sind. Diese Thesen sind in 2 Komplexe unterschieden. Im ersten habe ich versucht, Motivationen und Legitimationsmuster zu beschreiben. Im zweiten geht es um Spielräume für das Agieren sowie Arten und Formen des Handelns.

I. Thesen zur Handlungsmotivierung und -legitimierung

1. Eine lebhafte Legendenbildung strukturierte den Umgestaltungsprozeß an der Leipziger Uni; es handelt sich dabei um "interpretierende" und "konstruierte" Legenden.

2. Profil, Stärke, Richtung und Wirkung der Legenden wurden nachhaltig von äußeren Quellen beeinflußt und geformt.
3. Die Legendenbildung speiste sich aus 4 inneren Quellen:
– aus dem individuellen Erleben der Leipziger Universität in der DDR, der DDR als Staat und politischem System sowie der permanenten Neubewertung dieser subjektiven Realität ab Herbst 1989,
– aus Bedürfnissen zur Legitimierung individuellen Handelns einschließlich Überlebensstrategien in den einzelnen Phasen der Umgestaltung,
– aus in der DDR erworbenen Orientierungs-, Sach- und Handlungsmustern und deren individueller Spezifikation,
– aus einem Mangel an analytisch-kritischer Kapazität, hochschul- und wissenschaftspolitischer Kompetenz sowie wissenschaftlicher Allgemeinbildung und wissenschaftlicher Qualifikation.
4. Die Legenden trugen zur Zerstörung reformerischen Potentials bei, unterstützten die Ausgrenzung vermuteter Gegenspieler und führten zu einer simplifizierten Problemdefinition, reduktionistischen Zielbestimmung sowie dem Ausschluß von Öffentlichkeit bei der Vereinbarung von Kriterien und Mitteln.
5. Die Legenden erzeugten rituelle Legitimationsformen zur Beteiligung an Reformen, die mit wenigen neuen Sprachkonventionen auskamen, aber gerade deshalb typische DDR-Verhaltensweisen prolongierten.
6. Die Legenden verhinderten das Erkennen inkompatibler Zielbestimmungen und führten zu einem pragmatisch-eklektischen Umgang mit Problemen.

II. Thesen zum Spektrum, Arten und Formen des Handelns

1. Ein ungebremster Opportunismus wurde zur erfolgreichsten Überlebensstrategie der Universitätsangehörigen. (Vgl. Pasternack 1995, S. 55f.)
2. Andere Handlungsweisen wie normativ gebremster Opportunismus (vgl. ebd.), kritisch-distanzierende Partizipation, passiv duldendes Erleiden, neutral-gleichgültige Abkopplung, Nonkonformismus u. ä. wurden für die Mehrheit mit Sanktionen, zumeist Entlassung belegt.
3. Art und Ausmaß der Sanktionen wurden von Alter und Status, disziplinärer und subdisziplinärer Verankerung, politischen und konfessionellen Bindungen sowie Besitz an sozialem Kapital bestimmt.
4. Inhaltliches Reformieren richtete sich universitätsintern bei den

machtpolitisch erfolgreichen Akteuren speziell auf die Sicherung sowie die Erweiterung des eigenen Territoriums.
5. Die Entscheidungen zwischen Herbst 1990 und Ende 1993 wurden zunehmend informell und mit schnell abnehmendem Grad an Öffentlichkeit ausgehandelt.
6. Vertrauensbildende Maßnahmen hinsichtlich der Verläßlichkeit von Versprechen, Zusagen und Vereinbarungen wurden in erster Linie von randständigen Verantwortungsträgern eingeführt.
7. Die Auswahl auswärtiger BewerberInnen um Professuren wurde nach folgenden Präferenzen, deren Wertigkeit variierte, gestaltet:
- Managementpflege
- Geschlecht
- Konfessionszugehörigkeit
- politische Bindungen
- vermuteter Grad von Bereitschaft, Ruf anzunehmen.

Sonja Brentjes, PD, Dr. rer.nat. habil., Wissenschaftshistorikerin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in Kündigung am Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften der Universität Leipzig und z.Z. Gastwissenschaftlerin am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin

Literatur

Die Erneuerung der Sächsischen Hochschulen. Sonderausgabe, Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung, Hrsg. G. Barkleit, Dresden 1993.
hochschule ost November 1991: THEMA: Die Erneuerung und ihre Kriterien, S. 5-21.
Klinzing, L.: Erneuerung - mit und ohne Kriterien. In: *hochschule ost* Nov. 1991, S. 19f.
Laitko, H.: Berlinische Landschaftspflege. Wie man Wissenschaft und Forschung verbessert. In: *hochschule ost* 10/1992, S. 20-27.
Martin-Luther-Universität 1993 - und wie weiter? Der Personalrat zum bevorstehenden Stellenabbau. In: *hochschule ost* 5/1993, S. 100f.
Meyer, H. J.: Zwischen Kaderschmiede und Hochschulrecht. In: *hochschule ost* 6/1992, S. 20-35.
Nitsch, W.: Runde Tische an den Hochschulen. Neue Beteiligungsformen im Wissenschaftsbereich. Frankfurt a. Main 1991
Pasternack, P.: Hochschule in die Demokratie. Fallstudie (Karl-Marx-)Universität Leipzig 1989–1993. Berlin 1995
Der Rektor der MLU zur Erklärung des Personalrates. In: *hochschule ost* 5/1993, S. 102.

Abwicklungsreminiszenzen
Nach-Denken über das Ende einer Akademie*

Hubert Laitko
Berlin

Das sang- und klanglose Ende des für ehemalige Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR aufgelegten Wissenschaftlerintegrationsprogramms (WIP) im Hochschulerneuerungsprogramm (HEP) ruft einen Vorgang in Erinnerung, der bereits seit einem Jahrfünft der Vergangenheit angehört und über den seit zwei Jahren eine seriöse wissenschaftshistorische und -soziologische Untersuchung vorliegt.[1] Schließlich zielte das Programm ja nicht einfach darauf, die von ihm Begünstigten noch fünf Jahre nach dem Auslaufen ihrer akademischen Arbeitsverhältnisse irgendwie weiterzubeschäftigen, sondern darauf, sie mit Hilfe von zweckmäßigen Übergangsregelungen dauerhaft in den Personalbestand von Universitäten und Hochschulen zu integrieren. Dieses Ziel wiederum war mit einem der Essentials des Transformationsprozesses der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft verbunden: Aus westdeutscher Sicht war das Wissenschaftssystem der DDR disproportioniert, der Anteil der Hochschulwissenschaftler war relativ geringer, jener der in außeruniversitären Forschungseinrichtungen Beschäftigten war relativ höher als in der Bundesrepublik, und es erschien daher rational, durch Überführung eines Teilkontingents der in der DDR außeruniversitär Beschäftigten in das Hochschulwesen eine Angleichung der personellen Proportionen an das bundesdeutsche Paradigma zu erreichen. Instrument dieser Intention war das WIP; wenn es nun im wesentlichen erfolglos im Sande verläuft, so hat das zwangsläufig Konsequenzen für die Beurteilung der Solidität der Ausgangsannahmen. Es wird späteren Historikergenerationen vorbehalten bleiben, ein ausgewogenes Bild des Gesamtvorgangs und seiner historischen Bedeutung zu zeichnen - zu einer Zeit, wenn die Interessen der Akteure und die der Betroffenen selbst schon Geschichte sind. Wer heute darüber schreibt, kann die kühle Distanz des leiden-

schaftslosen Analytikers, die Mertonsche „disinterestedness", schwerlich aufbringen. Nichtsdestoweniger veranlaßt der unikale, präzedenzlose Charakter des Geschehens unausweichlich auch schon heute zu Interpretationsversuchen.

1. Der Kontext

Die AdW der DDR, ein mit einer Gelehrtengesellschaft verknüpfter riesiger Komplex von Forschungsinstituten, verschwand auf der juristischen Grundlage von Art.38 EV im Verlaufe von weniger als anderthalb Jahren. Dieser Vorgang griff gravierend in Tausende von Lebenswegen und Lebensentwürfen ein. Es dürfte schwerfallen, in der Weltgeschichte der Wissenschaft vergleichbare Fälle nachzuweisen, erst recht, wenn man die Auflösung der Akademie nicht isoliert, sondern als Moment der mit vergleichbarer Geschwindigkeit erfolgenden radikalen Umwälzung des wissenschaftlichen Institutionengefüges eines ganzen Landes betrachtet.

Der exzeptionelle Charakter des Geschehens kam subjektiv vor allem darin zur Erscheinung, daß das Koordinatensystem der sozialen Wahrnehmung, in dem man von Kindheit an - das betraf um 1990 alle Jahrgänge bis hin zum sechsten Lebensjahrzehnt - sozialisiert war und das sich bis dahin nur sehr langsam verändert hatte, gleichsam über Nacht ins Schwimmen geriet. Dieser Zustand eines mentalen Floating, der auch bei Wissenschaftlern die Grundlagen rationalen Urteilens erschütterte, verstärkte sich noch mit der (politisch gewollten und forcierten) Beschleunigung der Abläufe, die jeden Versuch, Pflöcke einzuschlagen, umgehend ad absurdum führte. Wie aus einer inzwischen vorliegenden Sammlung von Rückblicken der auf der Politik- und Verwaltungsebene mit der Abwicklung der Akademie betrauten Hauptakteure zu entnehmen ist, sah man es dort keineswegs gern, wenn etwa die noch vorhandenen Akademieinstitute die in Art. 38 enthaltene Finanzierungszusage bis Ende 1991 zum Anlaß nahmen, bis zum letztmöglichen Moment einen leidlich stabilen Forschungsbetrieb aufrechtzuerhalten, statt der festgelegten Abwicklung möglichst noch durch Selbstabwicklung zuvorzukommen. Insbesondere die Verwendung der Bezeichnung „Moratorium" für den Garantiezeitraum wurde mit Mißtrauen betrachtet. So bemerkt Jochen Stoehr, Leitender Senatsrat und Abteilungsleiter in der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin, rückblickend: „Die Direktoren kämpften um den Erhalt der Institute, an den problematischen Begriff eines 'Moratoriums' knüpften sich viele Hoffnungen, er produzierte aber nur Tatenlosigkeit..."[2]

So war es politischer Wille, daß man sich in den passageren Status quo gar nicht erst einleben sollte, und Gebot elementarer Klugheit, sich in das Unvermeidliche zu fügen. Das subjektive Befinden jener, die sich im Innern des reißenden Stromes der Ereignisse befanden, läßt sich nur mit Hilfe von Metaphern einigermaßen verdeutlichen. Als Wissenschaftler hatte man eine gewisse Scheu, darüber auch nur zu reden, man empfand es als unseriös, vielleicht sogar als krankhaft. Ich erinnere mich meines Erstaunens, als im Sommer 1990 einer meiner alten Freunde von der Humboldt-Universität in einem öffentlichen Vortrag sagte, die persönliche Raumzeit sei kollabiert, es gebe kein Vorher und kein Nachher, nur noch das dimensionslose Hier und Jetzt. Damals verschaffte mir das ein Gefühl von Erleichterung, weil ein anderer mein eigenes Empfinden in Worte faßte und mir damit die Gewißheit gab, daß meine Urteilsschwäche nicht nur ein ganz privates und damit für keinen anderen wichtiges intellektuelles Versagen war.

Infolge der Erschütterung der Maßstäbe war es auch im wissenschaftlichen Milieu üblich, „aus dem Bauch" zu urteilen. Emotionen und Wertungen, oft bis zur Unversöhnlichkeit radikalisiert, drängten sich in einem für den Umgang unter Wissenschaftlern ungewöhnlichem Maß in den Vordergrund. Sie fanden auch in öffentlichen Äußerungen ihren Niederschlag, und wenn man heute die damals entstandenen Papiere - auch aus der Akademie - liest, sollte man dessen eingedenk sein.

Die extreme Unbestimmheit und Labilität der Situation in der DDR in ihrer Endphase ließ es als den *technisch* einfachsten Weg der deutschen Vereinigung erscheinen, die Strukturen der Bundesrepublik als absolutes, nichthinterfragtes Etalon zu nehmen und sie auf dem bisherigen Territorium der DDR zu implementieren, so wie man einen neuen Betrieb nach den Entwurfs- und Konstruktionsmodi eines bereits bestehenden errichten kann. In der Praxis war das immer noch schwierig genug, aber das zu erreichende Ziel hatte nicht mehr den Charakter eines unbestimmten Ideals, sondern war in Gestalt einer bis in die kleinsten Details durchgearbeiteten institutionellen Realität anschaubar. Als im Frühjahr 1990 die Zeit des Handelns gekommen war, hieß der kategorische Imperativ nicht Innovation (wenngleich das Wort „Erneuerung" geradezu inflationär gebraucht wurde), sondern *Übertragung*, und der angestrebte Zielzustand war eine quantitativ vergrößerte, nicht eine qualitativ veränderte Bundesrepublik. Deshalb habe ich mit Bedacht von *technischer* Einfachheit des Vorgehens gesprochen. Die *historischen* Konsequenzen jener Übertragung liegen hingegen noch weitestgehend im Dunkel der Zukunft. Heute kann wohl niemand mit Sicherheit sagen, ob die unbeabsichtigten Neben- oder Sekundärfolgen der als Struktur-

transfer praktizierten Vereinigung, die sich zur Zeit in Symptomen einer erneuten Entwicklungsdivergenz zwischen Ost- und Westdeutschland äußern, lediglich Perturbationen darstellen, die von der Bundesrepublick auf ihrem tradierten Entwicklungspfad binnen einiger Jahre verarbeitet werden können, oder ob sie eine bleibende Devianz von diesem Pfad einleiten, der das Land insgesamt vor nichtkalkulierte Probleme und neuartige Risiken stellt.

Die 1990 getroffene Grundsatzentscheidung bedeutete auch für das Gebiet der Wissenschaft, daß alle Einrichtungen der DDR primär nach dem Kriterium der *Paßfähigkeit* für die in der Bundesrepublik überkommenen Strukturen beurteilt wurden. Die AdW war in mehrfacher Hinsicht nicht paßfähig. *Erstens* hatte die Bundesrepublik keine Akademien, die gleichzeitig sowohl durch Zuwahlen ergänzte Gelehrtengesellschaften als auch Trägerorganisationen für eine große Zahl von Forschungsinstituten waren. *Zweitens* unterliegen die Akademien der Bundesrepublik dem konstitutiven Prinzip des Kulturföderalismus und können nur von einem Bundesland oder auf vertraglicher Grundlage von mehreren Ländern gemeinsam getragen werden. Freilich wäre das nicht unbedingt ein Hindernis für die Erhaltung des Akademieverbundes gewesen, denn Art. 38 EV schloß eine etwaige Vereinbarung zwischen den neuen Bundesländern, die Forschungsorganisation gemeinsam zu unterhalten, nicht generell aus - aber ernsthaft in Betracht gezogen wurde diese Option nicht. Wenn man den Instituteverbund für sich (ohne die Gelehrtengesellschaft) betrachtet, kommen noch zwei wesentliche Inkompatibilitäten hinzu. *Drittens* nämlich waren - wie neuerdings von Jochen Gläser und Werner Meske detailliert untersucht worden ist[3] - die Akademieinstitute bewußt auf eine möglichst haltbare Integration von Grundlagen- und angewandter Forschung angelegt, während im Institutionengefüge der Bundesrepublik diese beiden Forschungstypen weitaus stärker ausdifferenziert waren und für Grundlagenforschung einerseits, Anwendungsforschung andererseits disjunkte Instituteverbünde mit stark unterschiedenen institutionellen Idealen entstanden waren (Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft). *Viertens* schließlich waren die Institutionen der außeruniversitären Forschung in der Bundesrepublik von vornherein vor allem dazu gedacht, solche Gebiete zu pflegen, die an den Universitäten nicht oder noch nicht institutionalisiert sind; die erklärte Intention der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Forschungsgebiete nicht parallel, sondern nur komplementär zu den Universitäten zu institutionalisieren, wurde von der Max-Planck-Gesellschaft ausdrücklich übernommen.[4] Die AdW der DDR hatte zwar zum Teil auch mit Gebieten zu tun, die an den Universitäten nicht repräsentiert waren, aber

darüber hinaus ging sie weitgehend - seit der Akademiereform 1968 mit besonderem Nachdruck - darauf aus, das systematische Grundmuster der Wissenschaftsdisziplinen mit größtmöglicher Vollständigkeit forschend zu vertreten und damit, ähnlich wie die klassische Universität, dem Ideal der „universitas litterarum" nachzustreben.

Diese vier Züge struktureller Inkompatibilität bedeuteten jenseits aller im engeren Sinne politischen Erwägungen (etwa über die Einfügung in ein zentralistisches Herrschaftssystem usw.) zweierlei. Auf der einen Seite ist evident, daß diese Akademie - auch in modifizierter und „abgespeckter" Gestalt - einfach nicht in das vorgegebene bundesdeutsche Gefüge paßte. Auf der anderen Seite wird deutlich, daß diese Akademie einen gegenüber dem in der Bundesrepublik traditionell vorhandenen Institutionensystem eigenständigen Typus von Wissenschaftsorganisation verkörperte, dessen Eigenart man verfehlen würde, wenn man ihn als unterentwickelte Frühform dessen interpretierte, was in der Bundesrepublik in vollendeter Gestalt vorhanden war. Es war eine Institutionalisierungsvariante, die gegenüber den in Westdeutschland anzutreffenden weder unter- noch überlegen, sondern einfach anders war. Die den Vereinigungsprozeß dominierende Ideologie, die die Entwicklung in der Bundesrepublik als das schlechthin Normale, jene in der DDR hingegen als das schlechthin Abweichende und daher vollständig zu Korrigierende und Auszulöschende reflektierte, ließ keine andere Variante als die der vollständigen Auflösung der Akademie auch nur als denkmöglich erscheinen. Die westdeutschen Hauptakteure der Abwicklung, denen ohne weiteres hohes persönliches Engagement und vielfach auch Sensibilität für die Sorgen der Betroffenen bescheinigt werden kann, betrachteten folgerichtig die von ihnen zu vollziehende Operation als eine Art Naturnotwendigkeit; in dieser Hinsicht sind die von ihnen veröffentlichten Erinnerungen an die Zeit ihres „Osteinsatzes" höchst aufschlußreich. Die durch den administrativ vorgegebenen Zeitrahmen erzwungene äußerste Beschleunugung des Strukturwandels diente wesentlich dazu, das politisch akzeptierte Drehbuch als alternativlos erscheinen zu lassen, weil unter dem extremen Zeitdruck Alternativen weder Gestalt gewinnen noch Proponenten finden konnten.

Die Berliner Akademie hätte nur dann einen Platz im Wissenschaftssystem des vereinigten Deutschland erhalten können, wenn eine alternative Konzeption der deutschen Vereinigung realisiert worden wäre - eine Konzeption, die weit schwieriger und riskanter, aber auch wesentlich *innovativer* gewesen wäre als jene der bloßen Implementation präexistenter Strukturen und Regelungen im hinzugefügten Territorium, nämlich die einer *Fusion der Systeme.* Im Vorfeld und noch

während des ganzen Jahres 1990 ist auch in dieser Richtung gedacht worden. In den 12 Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den „Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit" vom Juli 1990 steht der bemerkenswerte Satz: „Insgesamt gesehen kann es nicht einfach darum gehen, das bundesdeutsche Wissenschaftssystem auf die DDR zu übertragen. Vielmehr bietet der Prozeß der Vereinigung auch der Bundesrepublik Deutschland die Chance, selbstkritisch zu prüfen, inwieweit Teile ihres Bildungs- und Forschungssystems der Neuordnung bedürfen". Eine solche selbstkritische Prüfung hat, wie man sechs Jahre später wohl feststellen darf, ersichtlich nicht stattgefunden.

1990 indes erschien noch eine ganz andere Strategie möglich. Im November dieses Jahres veranstaltete das damalige (zu jener Zeit noch auf eine weite Forschungsperspektive rechnende, 1992 aber selbst abgewickelte) Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) an der Universität Erlangen-Nürnberg ein Werkstattgespräch zum Thema „Fusion der Wissenschaftssysteme. Erfahrungen, Ergebnisse und Perspektiven".[5] Das IGW verfügte über eine in zwanzigjähriger analytischer Arbeit erworbene exzellente Kenntnis der DDR-Wissenschaftslandschaft und war insbesondere kompetent für die Beurteilung der AdW der DDR. Es wäre von nicht unerheblichem wissenschaftshistorischen Interesse zu erfahren, ob die umfangreichen Ergebnisse der Arbeit dieses Instituts bei der Formulierung der die Wissenschaft betreffenden Passagen des Einigungsvertrages zu Rate gezogen worden sind bzw. ob die politische Standpunktbildung auf diesem Feld überhaupt in irgendeiner Weise wissenschaftssoziologisch und wissenschaftstheoretisch instruiert war; sollte das der Fall gewesen sein, dann verbirgt das Ergebnis einen solchen möglichen geistigen Hintergrund jedenfalls erfolgreich. Clemens Burrichter, Direktor des IGW, brachte das Stichwort *„Wissenschaftsunion"* ins Gespräch und bemerkte in seinem Grundsatzvortrag folgendes:

„Ginge es nur um eine Wissenschaftsunion, die aus zwei inkompatiblen und inkommensurablen Wissenschaftssystemen zusammenkomponiert werden müßte, wäre das vergleichsweise einfach: Da das Wissenschafts- und Forschungssystem im bundesrepublikanischen Westdeutschland - mutatis mutandis - erfolgreich und effizient war und ist, was man für das der ehemaligen DDR gerade nicht sagen kann, wäre einer strikten und zügigen 'Einpassung' - wenn sie fair und sachlich verliefe - wenig entgegenzuhalten. Das wäre dann keine 'Kolonialisierung', sondern die richtige Konsequenz... Da wir aber nicht nur einfach eine deutsche Wissenschaftsunion brauchen - und auch das wäre schon ein gigantisches Unternehmen -, sondern insbesondere eine moderne Wissenschafts- und Forschungslandschaft, ist der Fusionsprozeß so unerhört viel schwieriger und komplizierter; es muß schließlich etwas Neues gedacht und eingerichtet werden, das mehr ist als die Summe seiner - vielleicht nur einseitig bereinigten - Teile. Deshalb scheint die Rede von einer Fusion den vor uns liegenden Prozeß richtig auf den Begriff zu bringen. Bisher unterschied man wirtschaftliche, biologische und physikalische Fusionen; gesamtgesellschaftliche hat es in der Geschichte noch nicht gegeben. Wir haben also keine historischen Vorbilder für den vor uns liegenden Prozeß. Bei einer Fusion muß sich jedes der fusionierenden Elemente (Systeme) verändern, sonst ist keine 'Verschmelzung' möglich".[6]

Das Werkstattgespräch, das im Unterschied zu seinen Vorgängern in Bonn und nicht in Erlangen oder im fränkischen Raum stattfand und auf dem auch der letzte Präsident der AdW der DDR, Horst Klinkmann, vortrug,[7] war mit Vertretern der großen Parteien, der westdeutschen Forschungs- und Förderorganisationen, der einschlägigen Ministerien repräsentativ besetzt. Sein Protokoll ist ein Beleg dafür, *daß auch an durchaus prominenter Stelle Alternativen zu dem dann faktisch gewählten Weg gedacht worden sind.* Dies zu berücksichtigen, entspricht dem Hinweis, den Renate Mayntz ihrem Buch über die Transformation der Akademie vorangestellt hat:

„Im Rückblick erscheint eine Kette je für sich unerwarteter Ereignisse leicht als zwangsläufiger Ablauf. Das gilt auch für den dramatischen Prozeß der deutsch-deutschen Vereinigung... Die nachträgliche Umdeutung offener Entscheidungssituationen in durch Sachzwänge bestimmte kann entlastend sein, weil sie uns vom Schuldvorwurf der falschen Wahl befreit. Sie macht aber auch zum Fatalisten, der nicht mehr fragt, warum das vermeidbare Übel eintrat oder das unsichere Gut erreicht wurde".[8]

Das ist eine doppelte Mahnung - an den Historiker, den sie verpflichtet, die unter der Lawine des faktischen Geschehens begrabenen Möglichkeitsfelder freizulegen, und an den Praktiker, dem sie empfiehlt, damit zu rechnen, daß verlassene Optionen ebensowenig spurlos und für immer verschwinden wie verdrängte Komplexe.

Fest steht aber, daß der Fusionsvariante politisch keine Chance gegeben wurde. Verwirklicht wurde - mit allenfalls marginalen Modifikationen - die Option des *institutionellen Transfers*, unterstützt durch den (sowohl zeitweiligen als auch dauernden) *Transfer von Personen in Schlüsselstellungen.* Zur Zeit des erwähnten Bonner Werkstattgespräches waren die Würfel zugunsten dieser Option wohl schon längst gefallen. Die damit gesetzten Bedingungen ließen es praktisch unmöglich erscheinen, daß irgendein Instituteverbund übrigbleiben könnte, und sehr unwahrscheinlich, daß ganze Institute überleben würden. In der Tat überdauerte nur ein einziges der rund 60 Institute in seiner vorher

gegebenen Komplexität - das in Bautzen gelegene Institut für Sorbische Volksforschung, das vom Land Sachsen übernommen wurde.

Kollektiver Akteur der Evaluation, aus der die Empfehlungen für das weitere Schicksal der Institute hervorgingen, war bekanntlich der Wissenschaftsrat, also eine - um wenige ostdeutsche Wissenschaftler aufgestockte - westdeutsche Institution. Die Prozedur verlief nach dem Modus: West bewertet Ost. Grundsätzlich sei hier festgehalten, daß es sich um eine seriöse wissenschaftliche Evaluation handelte, die nichts mit politischer Gesinnungsprüfung zu tun hatte. Die involvierten westdeutschen Kollegen leisteten in der Regel - wenngleich hier und da arrogantes Auftreten von Evaluateuren beklagt wurde - das Menschenmögliche, das sich unter dem politisch vorgegebenen enormen Zeitdruck überhaupt vollbringen ließ; wer von den Evaluierten in dieser Lage existentieller Betroffenheit die Kraft hatte, sich in die Situation seines Gegenübers zu versetzen, mußte das zugeben. Den Akademieinstituten wurde immerhin, anders als den meisten Universitäten und Hochschulen, eine komplette *wissenschaftliche* Evaluation als Grundlage für weitergehende Entscheidungen zuteil. Freilich war sie die Ouvertüre zum Schauspiel der Abwicklung - einer Prozedur, die uns bis dahin unbekannt geblieben war -, und das war ein Umstand, der den ästhetischen Genuß stark dämpfte.

2. Das Finale der Gesamtakademie

Die AdW war die größte Forschungsorganisation der DDR, die - gemessen am Wissenschaftssystem der Bundesrepublik - Funktionen der MPG, der FhG und der industriellen FuE verband, wobei (aus wissenschaftssoziologischer Sicht nicht uninteressante) *funktionelle Legierungen* entstanden. Von den zuletzt rund 24.000 Mitarbeitern wären nach der OECD-Methodik 17. - 18.000 zum wissenschaftlichen Personal zu rechnen. Im wesentlichen handelte es sich um einen naturwissenschaftlichen bzw. naturwissenschaftlich-technischen Forschungsverbund; der gesellschaftswissenschaftliche Anteil war mit ca. 2000 Mitarbeitern eher randständig. Das Basisproblem der AdW - wie aller naturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der DDR - war die unzureichende und besonders in den 80er Jahren tendenziell immer schneller veraltende technische Ausstattung, die durch forcierten Personaleinsatz und Improvisationskunst eher notdürftig kompensiert wurde.[9] Die 1990 in den Medien geflissentlich verbreitete Legende von der intellektuellen Minderqualität und Minderqualifikation des Akademiepersonals konnte im Ergebnis der Evaluation beim besten Willen nicht

mehr aufrechterhalten werden. Symptomatisch war die Einschätzung des Vorsitzenden der Evaluationskommission für die Chemie, Hansjörg Sinn: „Das Urteil reicht von knapp, aber ganz knapp 'unterdurchschnittlich' bis zwischen 'ausgezeichnet' und 'gut'; es liegt praktisch alles in der oberen Hälfte der Bewertung. Jedenfalls nach der Auffassung unserer Kommission sind die Kollegen, die da drüben gearbeitet haben, nicht schlechter und nicht besser als auf unserer Seite." Nach menschlichem Ermessen hätte das Akademiepersonal, ausgestattet mit modernster Technik und ausreichender Information von der Forschungsfront, die nur durch laufende Kommunikation mit den jeweiligen Spitzenzentren zu erwerben ist, keine geringeren Forschungsleistungen erzielt als die Wissenschaftler der Bundesrepublik.

Eine andere, für den Umgang mit der Akademie wesentliche populäre Legende war die Behauptung, die DDR hätte im Vergleich zur Bundesrepublik über eine extrem überproportionierte Ausstattung mit wissenschaftlichem Personal verfügt. In der Tat lag das Personal in OECD-bereinigten Daten relativ zur Gesamtzahl der Erwerbstätigen und zur Bevölkerungszahl um höchstens 10% über dem der Bundesrepublik. Es war nur anders proportioniert; die Forschungskapazität von Hochschulwesen und Wirtschaft war relativ kleiner, die der außeruniversitären staatlich finanzierten Forschung relativ erheblich größer als in der Bundesrepublik. So ergab sich für die AdW ein Anteil von etwa 17% am Forschungspotential der DDR. Bei einer Einpassung in die BRD-üblichen Strukturen wäre also Umverteilung, nicht Abbau angesagt gewesen. Der Gedanke des Wissenschaftsrates, das Forschungspotential der Universitäten auf Kosten der Akademie zu verstärken, hatte durchaus etwas Rationelles, aber er war letztlich nicht mehr als eine plausible punktuelle Einsicht außerhalb eines weitsichtigen und auf gründliche Analyse gestützten Gesamtkonzepts. Von dieser Ausgangslage her darf man mit allem Ernst sagen: Jede Reduzierung des wissenschaftlichen Personals in den neuen Bundesländern um mehr als die genannten 10% Überhang bedeutete objektiv - mit welchen Etiketten man sie auch immer versah - gemessen am Standard der alten Bundesrepublik eine *Ausdünnung der wissenschaftlichen Personaldecke* mit den entsprechenden Folgen für die Position des vereinigten Deutschland in der wissenschaftlichen Welt. De facto sind vom Forschungspersonal der DDR maximal 30% übriggeblieben, von dem der AdW maximal 50% - und das ist mit einem großen Puffer geschätzt, unter Berücksichtigung dessen, daß sehr viele der Verbliebenen in befristeten, bald auslaufenden Arbeitsverhältnissen geparkt sind.[10]

Es ist unbestreitbar, daß die Kopplung von Gelehrtengesellschaft

und Forschungsinstituten nicht der traditionellen Realität der deutschen Akademien entsprach, doch es ist nicht minder zutreffend, daß die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin in ihrer ganzen Geschichte immer wieder - im wesentlichen erfolglose - Vorstöße unternahm, um sich eigene Forschungskapazitäten zu assoziieren, und daß die mit ihrer Neukonstituierung als Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin durch einen SMAD-Befehl eröffnete Möglichkeit, zu einer Trägereinrichtung von Forschungsinstituten zu werden, als Erfüllung einer alten Sehnsucht verstanden worden ist. Diese Assoziation ist m.E. eine sehr interessante, keinesfalls a priori zu verwerfende Gestalt wissenschaftlicher Institutionalisierung. Das Problem bestand vielmehr darin, daß in der DDR der schnelle Aufbau des Institutekomplexes, der in die gesamtstaatliche Planung einbezogen wurde, gleichzeitig dazu diente, die Autonomie der Akademie zu dispensieren. Der Präsident der Akademie - ich beziehe mich hier auf den über mehrere Zwischenstufen erreichten endgültigen Status - wurde zwar von der Gesamtheit der Akademiemitglieder gewählt, zugleich aber vom Vorsitzenden des Ministerrates nicht nur bestätigt, sondern zum verantwortlichen Einzelleiter für alle Institute eingesetzt. So entstand eine durchgehende hierarchische Leitungs- und Weisungspyramide vom Ministerpräsidenten bis zum letzten Forschungs- oder Projektgruppenleiter. Die Akademiereform 1968/69 gliederte das Akademiepotential in eine überschaubare Zahl großer oder sehr großer Institute, die ihrerseits in riesigen Forschungsbereichen zusammengefaßt waren. Die maßgebenden politischen Organisationen der DDR - die SED, die Gewerkschaft usw. - waren nach dem sogenannten Produktionsprinzip aufgebaut und demzufolge unmittelbar in der Akademie und in ihren Instituten präsent; ein nicht unerheblicher Teil des Diskurses über die Gestaltung der Forschung lief in diesen politischen Organisationsformen ab.

Es war in erster Linie dieser Zentralismus mit seinen die Autonomie der Wissenschaft blockierenden Konsequenzen, an dem sich die innere Opposition an der Akademie im Herbst 1989 entzündete. Das Kalendarium der Ereignisse ist seither des öfteren beschrieben worden. Es ist äußerst unübersichtlich, weil zahlreiche Handlungsstränge, aufeinander reagierend, nebeneinander herliefen. Das war die unvermeidliche Konsequenz der Aufspaltung des zentralistischen Monosubjekts Akademie in zahlreiche mehr oder minder selbständig handelnde Eigensubjekte. Die Initiativen von unten waren sehr viel radikaler als die der Akademieleitung und der Gelehrtengesellschaft, so daß die Handlungen der letzteren in einer Situation der fragmentierten Tempi nur als widerwillige Aktionen zum Zweck der Besitzstandswahrung erschienen, aber letztlich waren selbst Akademiemitglieder und Präsidium an einem Zugewinn an Autonomie interessiert. Die Gesamtkomposition des Geschehens wäre eines Shakespeare würdig gewesen: Aus der Teilnehmerperspektive erschienen jene Monate als ein großartiger Aufbruch, während die sehr viel größere Macht der Verhältnisse alles dazu verurteilte, als eine historische Farce zu enden.

Hier sei noch einmal an wenige Daten erinnert, die wie Leuchttürme aus dem Ozean des Geschehens ragen und von denen aus sich der historische Sinn der Abläufe am besten erfassen läßt: der 10.11.1989, der 16.2.1990, der 17.5.1990 und der 3.7.1990 - sie umschließen acht Monate, die die akademische Welt veränderten.

Am 10.11.1989 - von einer aus spontanen Institutsinitiativen gebildeten *„Initiativgruppe Wissenschaft"* schon am 3.11. einberufen, nun zufällig einen Tag nach der Maueröffnung placiert - fand eine Kundgebung auf dem Platz der Akademie (heute: Gendarmenmarkt) statt, auf dem die Mitarbeiter dem Präsidium erstmalig mit dem Anspruch gegenübertraten, eine *basisdemokratische Gegenmacht* zu repräsentieren. Hier wurde die Notwendigkeit einer Reform der Akademie artikuliert - neben den allgemeinen, nicht wissenschaftsspezifischen Forderungen der DDR-Bürgerbewegung, die auch an der Akademie ihr Echo fanden, freilich meist in moderierter Form. Aus der Initiativgruppe Wissenschaft wurde der *Rat der Institutsvertreter*, der seine demokratische Legitimation durch die geheime Wahl von Mitarbeitervertretungen in den Instituten nachholte. Ähnlich wurden überall *Wissenschaftliche Räte* gewählt. Auch das Präsidium mußte die Wahl dieser Gremien empfehlen. Die Mitarbeitervertretungen beschränkten sich keineswegs darauf, klassische Personalvertretungen zu sein, sondern erhoben den Anspruch, in allen Fragen der Institutsarbeit mitzubestimmen. In der gleichen Richtung lagen die Vertrauensabstimmungen, denen sich alle Institutsdirektoren unterziehen mußten und die nur die Hälfte überstand.

Am 16.2.1990 konstituierte sich der - auf Initiative des Rates der Institutsvertreter entstandene - *Runde Tisch* der Akademie, wie alle Runden Tische in der DDR nicht einfach als Beratungsorgan der formellen Leitung gedacht, sondern als mit dieser interagierende Neben- und Gegenregierung. Hermann Klenner, der Moderator des Runden Tisches, sprach von der „Phase einer durch wechselseitige (nichtrepressive) Toleranz temperierten Doppelherrschaft". Den Runden Tisch nannte er ein der Leitung „in allen Grundsatzüberlegungen und -entscheidungen gleichberechtigtes Organ originär-demokratischer Willensbildung".[11] Er sollte nicht als Dauereinrichtung existieren, sondern nur so lange, bis die basisdemokratisch legitimierte Leitung der Akademie auf allen

Ebenen zustandegekommen und eine entsprechende Umstrukturierung erreicht war. Zu allen wesentlichen Fragen entwickelte der Runde Tisch eigene Standpunkte; insbesondere forcierte er die Arbeit an einem neuen Statut, das auf einem Konsilium der Akademie im April als „provisorisches Reglement" angenommen wurde. Die wichtigsten Konsenspunkte waren: Konstituierung der Akademie als zwar öffentlich finanzierte, aber vom Staat unabhängige, selbstbestimmte Einrichtung; Beibehaltung des enzyklopädischen Charakters der Akademie; Beibehaltung der Verbindung von Instituten und Gelehrtengesellschaft. Das Grundmotiv war, daß die demokratische Umgestaltung der Akademie ausschließlich Sache der an ihr Arbeitenden sein sollte; staatliche Stellen hätten sich nicht einzumischen.

Am 17.5.1990 wählte ein Konsilium der Akademie die Leitungsorgane und insbesondere den Präsidenten. Das Konsilium war aus drei Wahlblöcken zusammengesetzt: den Delegierten der Institutsvertretungen; dem Rat der Forschungsgemeinschaft (bestehend aus den Direktoren und den Vorsitzenden der Wissenschaftlichen Räte der Institute); den Akademiemitgliedern. Mit Mehrheit in allen drei Blöcken wurde der Rostocker Mediziner Horst Klinkmann zum neuen Präsidenten gewählt. Die neue *Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin* war als eine Körperschaft öffentlichen Rechts gedacht, in der die Forschungsgemeinschaft der Institute mit ihrem Vorstand und die Gelehrtengesellschaft mit ihren Klassensekretaren durch den Senat und den Präsidenten verknüpft waren. Nach vollzogener basisdemokratischer Rekonstruktion des gesamten Leitungsgefüges von unten nach oben löste sich der Runde Tisch einige Wochen später auf. Doch die Regierung de Maiziére akzeptierte das Ergebnis nicht und beharrte darauf, die Akademie nach dem alten Statut als nachgeordnete staatliche Einrichtung zu führen. Erst nach langen Verhandlungen beschloß der Ministerrat der DDR am 27.6.1990 eine Verordnung, wonach der Akademie Selbständigkeit mit Dienstaufsicht zuerkannt wurde, und am 29.6. konnte Minister Terpe auf dem Leibniz-Tag das alte Präsidium abberufen und Klinkmann als neuen Präsidenten einsetzen.

Das war aber zwei Tage vor der Wirtschafts- und Währungsunion, die die realen Machtverhältnisse in Deutschland klarstellte, und fünf Tage vor dem vielzitierten Kamingespräch, zu dem Bundesforschungsminister Riesenhuber nach Bonn gebeten hatte. Dies mag mit den Worten Klinkmanns wiedergegeben werden, der Ende 1991 rückblikkend den Eindruck formulierte, „daß die Weigerung der de Maiziére-Regierung, die Autonomie der Akademie, wie sie in dem 'provisorischen Reglement' des 'Runden Tisches' konzipiert war, anzuerkennen, von

tieferer Bedeutung war. War es damals auch noch unverständlich und wurde vielfach mit Kopfschütteln oder als Entschuldigung mit Arbeitsüberlastung der Regierung begründet, so ist es vielleicht erlaubt zu sagen, daß der auf Selbstbestimmung beruhende strukturelle und personelle Erneuerungsprozeß unter Betonung der Erhaltung der Forschungskapazitäten der Akademie bereits in seinen Ansätzen hier im Lande und von den sich zur Übernahme der DDR bereitmachenden Institutionen der alten Bundesrepublik nicht nur argwöhnisch betrachtet, sondern dann letztlich auch ignoriert wurde. Mit vertrauensvoller Blauäugigkeit gingen DDR-Wissenschaftsminister und Akademiepräsident dann am 3.Juli 1990 in jenes Kamingespräch, zu dem das Bundesministerium für Forschung Spitzenvertreter aus Wissenschaft und Wirtschaft der beiden deutschen Teilstaaten eingeladen hatte. Vielleicht ist dieses Datum deshalb so bedeutend, weil hier im Gegensatz zu den revolutionären Veränderungen am Beispiel der Wissenschaft erstmals deutlich gemacht wurde, daß der Weg zu einer einheitlichen Gestaltung der deutschen Wissenschaftslandschaft, wie das damals als Schlagwort überall verbreitet wurde, nicht als ein gleichberechtigtes Zusammenfügen, sondern als Einpassung in die Strukturen der alten Bundesrepublik gedacht war".[12]

Die Option einer Erhaltung der Akademie, nun als dritter deutscher Forschungsorganisation neben Max-Planck- und Fraunhofer-Gesellschaft, wurde noch einige Wochen nach dem Kamingespräch weiterverfolgt. DDR-Minister Terpe richtete, unterstützt von Klinkmann, den Antrag an den Wissenschaftsrat, die Akademieinstitute zu evaluieren, um auf diese Weise ein unabhängiges Urteil über deren wissenschaftliche Leistungsfähigkeit zu erhalten. Am 27.7.1990 sollte ein weiteres Konsilium die neue Satzung der Akademie beschließen. 24 Stunden vorher wurde Klinkmann aus dem Ministerium bedeutet, die Abstimmung auf keinen Fall durchzuführen; während der Ausarbeitung des Einigungsvertrages sei die Festschreibung von Strukturen hinderlich. Klinkmann berichtet: „Prof. Terpe hat mir persönlich dann gesagt, daß er überrascht war, mit welcher Vehemenz die in seinem Ministerium tätigen Berater aus dem Westen sich gegen die Abstimmung zu diesem Satzungsentwurf gestellt haben".[13] Der Art. 38 fixierte die Trennung von Instituten und Gelehrtengesellschaft; ein entgegenstehender Beschluß einer basisdemokratisch legitimierten Vertretung der betroffenen Institution hätte als Schönheitsfehler auf dem glatten Weg zum 3. Oktober gewirkt.

Damit war die gemeinsame Geschichte der Akademie beendet. Die Zuständigkeit für die einzelnen Institute ging auf die Sitzländer über; eine einheitliche Interessenvertretung bestand nicht mehr. Die Koordi-

nierung des Abwicklungsgeschehens übernahm eine eigens eingerichtete Abwicklungsstelle, ein Verwaltungsorgan ohne wissenschaftsstrategische Befugnisse. Jochen Gläser gab seinem im Dezember 1992 veröffentlichten Aufsatz die beziehungsvolle Überschrift „Die AdW nach der Wende: erst reformiert, dann ignoriert und schließlich aufgelöst".[14] Alles Weitere vollzog sich auf der Ebene der auf sich allein gestellten Institute, die in laufenden Verwaltungsangelegenheiten mit der Abwicklungsstelle KAI, in Fragen ihres wissenschaftlichen Schicksals aber mit dem Wissenschaftsrat zu tun hatten.

3. Ein Institut und seine Auflösung

Das expansive Wachstum der AdW der DDR hatte in rascher Folge die Gründung neuer Institute ermöglicht. Darunter überwogen bei weitem jene, die etablierte Disziplinen bearbeiteten, doch es gab auch einige, die man als ausgesprochen experimentelle Institutionalisierungen bezeichnen muß. Eines davon war das 1970 entstandene Institut für Wissenschaftstheorie und -organisation (IWTO), ab 1975 Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft (ITW).[15]

Es war ein Kind der Ulbrichtschen Strategie, obwohl es erst in der Honecker-Ära ernsthaft zu arbeiten begann, eine Verkörperung der Idee, daß die einzige Chance der DDR, im Wettstreit der Systeme aus der Defensive herauszukommen, darin bestand, mit allem Ernst auf die einzige verfügbare Ressource zu setzen, die nicht strikt limitiert war: das wissenschaftliche Leistungsvermögen ihrer Bevölkerung. In dieser Zeit überschießender Wissenschaftsbegeisterung erschien die rationale, auf ihrer institutionalisierten Selbstanalyse beruhende Organisation der Wissenschaft als Schlüssel, in kürzester Frist ihre Ergiebigkeit zu steigern. Das Instrument dieser Selbstanalyse aber sollte die science of science sein, die Wissenschaftswissenschaft oder, wie sie im Deutschen bald aus Gründen sprachlicher Gefälligkeit genannt wurde, die *Wissenschaftsforschung,* verstanden als Verbund sämtlicher kognitiven Mittel von der Logik bis zur Ökonomie, die die Wissenschaft auf sich selbst in Anwendung bringen konnte.

Die DDR reagierte mit dieser Gründung auf einen Welttrend. Die 60er Jahre waren die Zeit von J.D. Bernal und D.J. de Solla Price, der „postpositivistischen Wende" in der philosophy of science und der beginnenden quantitativen Wissenschaftsforschung (scientometrics), der Entdeckung globaler Entwicklungsprobleme der Menschheit, die die Wissenschaft als einzigen verläßlichen Garanten des Überlebens erscheinen ließen, und der Entwicklung von Methoden zur Analyse und

Modellierung der Dynamik globaler Zusammenhänge. 1964 edierten M.Goldsmith und A.Mackay in London den Sammelband „The Science of Science. Society in the Technological Age", gewidmet dem 25.Jahrestag des Erscheinens von Bernals Buch „The Social Function of Science", dem 1939 wegen des bald darauf ausbrechenden Weltkrieges die verdiente Wirkung versagt geblieben war. Bernal schrieb in dem darin enthaltenen Aufsatz „25 Jahre später", erforderlich sei eine Strategie der Forschung, die auf einer Wissenschaft von der Wissenschaft beruhen müsse; die Tatsache, daß die Wissenschaft ihrer selbst bewußt wurde, sei der wahrhaft sensationelle Fortschritt in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts.[16] Dieser Band mit programmatischen Beiträgen von Blakkett, Haldane, Price, Powell, Kapiza und anderen wurde umgehend ins Russische übersetzt und übte auf diesem Wege einen enormen Einfluß auf uns aus.

Das Institut war, als es begann, ein Unternehmen von 30-35jährigen; wir hatten das Gefühl, etwas Neues rechtzeitig zu beginnen und darauf Lebenspläne gründen zu können. In der Bundesrepublik erfolgte die Institutionalisierung der Wissenschaftsforschung weitaus weniger konsequent. Das MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der technischen Welt unter C.F.v.Weizsäcker in Starnberg, ein intellektuell faszinierender Beginn, wurde nicht alt. Am ehesten entsprachen dem Ansatz einer polydisziplinären Wissenschaftsforschung das etwa gleichzeitig entstandene, aber auf die Untersuchung der Wissenschaft in der DDR konzentrierte Erlanger IGW und der Bielefelder Komplex für Wissenschaftsund Technikforschung, der aber nicht im entferntesten die Dimension des Berliner Akademieinstituts erreichte. Das 1973 von einer Projektgruppe an der Universität Ulm, deren auf diesem Gebiet wohl bekanntestes Mitglied Ina Spiegel-Rösing war, im Auftrag des Stifterverbandes verfaßte Memorandum zur Förderung der Wissenschaftsforschung in der Bundesrepublik Deutschland nahm ausführlich auf das Berliner Institut Bezug; es blieb im übrigen weitgehend wirkungslos.

Das IWTO begann 1970 mit einer Startbesetzung von ungefähr 20 Mitarbeitern. 1990 hatte das ITW 120 Mitarbeiter, davon 73 Wissenschaftler. Der disziplinäre Fächer, der von der Mathematikerin bis zum Juristen reichte, wurde fortlaufend erweitert, so daß eine außerordentliche Vielfalt disziplinärer Profile vertreten war. Hier ist nicht der Ort, die Geschichte des Instituts zu referieren. Nur zwei Momente seien angedeutet.

1. Das Institut wurde im Laufe seiner Entwicklung - im wesentlichen aus eigenem Entschluß - mehrfach umstrukturiert; der Trend der Strukturierung verlief von einem dominant disziplinären Gliederungs-

prinzip (Wissenschaftsökonomie, Wissenschaftssoziologie, Wissenschaftspsychologie, Erkenntnistheorie usw.) zu einem Prinzip der Gliederung nach komplexen Untersuchungsgegenständen, die in jeder Struktureinheit multidisziplinär angegangen wurden. Die institutionellen Bedingungen an der DDR-Akademie waren grundsätzlich günstig für die Bildung multidisziplinärer Teams.

2. Das theoretische Selbstverständnis des Instituts evolutionierte von einem homogenen Konzept zu einer Pluralität komplementärer Konzepte. Während in den 70er Jahren noch die Intention vorherrschte, als theoretisches Fundament der Wissenschaftsforschung eine einheitliche marxistische Wissenschaftstheorie zu schaffen, die sich von den im Westen vertretenen Wissenschaftstheorien deutlich unterscheiden sollte, setzte sich in den 80er Jahren die Überzeugung durch, daß es angesichts der Hyperkomplexität des Phänomens Wissenschaft zumindest auf lange Zeit unmöglich, wahrscheinlich aber überhaupt illusorisch ist, eine einheitliche Theorie dieses Phänomens zu schaffen; realistisch erschien es vielmehr, mit einer größeren Zahl unterschiedlicher, nicht aufeinander reduzierbarer Perspektiven zu rechnen, die jeweils bestimmte Seiten der Wissenschaft zugänglich machen und einander ergänzen. Mitte der 80er Jahre wurde zur Frage der Konzeptualisierung von Wissenschaft*sentwicklung* eine Serie von Institutskolloquien durchgeführt, die dem Diskurs zwischen den sich immer stärker profilierenden Institutsbereichen dienten. Ihr Resultat wurde in den beiden 1987 bzw. 1988 erschienenen Bänden „Wissenschaft - das Problem ihrer Entwicklung" niedergelegt, von denen wir damals nicht ahnten, daß sie eine Art kollektives Testament des Instituts sein würden. Der zweite Band trug den Untertitel „Komplementäre Studien zur marxistisch-leninistischen Wissenschaftstheorie" und erhob im Einleitungsartikel aus der Feder des Institutsdirektors Günter Kröber ausdrücklich den Anspruch auf theoretische Pluralität, mit anderen Worten, er kündigte die Intention auf, den Marxismus-Leninismus als Verpflichtung zu monolithischer Weltsicht zu verstehen.[17] Die komplementären Richtungen, die sich herausgebildet hatten, waren unterschiedlich weit ausgereift. Die konturiertesten waren damals das Konzept der Wissenschaftspotentiale als Synthese von Soziologie, Ökonomie und Statistik, vertreten von Werner Meske, Hansgünter Meyer u.a.; das Konzept der Entstehung neuer Forschungsrichtungen, repräsentiert von Lothar Läsker, Karlheinz Lüdtke u.a. und entstanden durch eine Verknüpfung des reproduktionstheoretischen Ansatzes bei Marx mit der genetischen Epistemologie der Piaget-Schule und der von B. Latour, K. Knorr-Cetina u.a. vertretenen Richtung der sogenannten Laborstudien; das Konzept der kommunikativen Wissenschaftsforschung von Hans-Peter Krüger, dessen Ausgangspunkt die Verschmelzung des Marxschen Produktionsparadigmas mit dem Habermasschen Kommunikationsparadigma und dem wissenschaftstheoretischen Evolutionismus S.Toulmins war, als dessen erstes bedeutendes Dokument Krügers Dissertation B „Kritik der kommunikativen Vernunft"[18] gelten kann und das sich im weiteren durch die Integration von Ideen der Selbstorganisation von Prigogine und Haken, der Autopoiesis von Maturana und Varela und anderen Elementen des modernen und postmodernen Diskurses bereicherte.

In diesem Zustand weitgehender Ausdifferenziertheit des Instituts, dessen Forschungen von avancierten Themen der Scientometrie bis zu Untersuchungen über die Innovationssysteme wichtiger Drittweltländer reichten, trat der Kollaps der DDR ein. Eine Reihe von Mitarbeitern beteiligten sich an den Reforminitiativen von unten in der Akademie; am Institut selbst regte sich indes kein erkennbarer Widerstand gegen die Leitung - formell fungierte der Direktor wie in allen Instituten natürlich als Einzelleiter in einem zentralistischen Leitungsgefüge, aber die Manier, in der Günter Kröber diese Aufgabe wahrgenommen hatte, war eher eine Mischung von Kollegialität und laissez-faire denn selbst herrliche Autokratie. Im Frühjahr 1990 überstand er mit komfortabler Mehrheit die geheime Vertrauensabstimmung, entschied sich aber unmittelbar darauf - da seine vierte Berufungsperiode im Frühjahr 1990 regulär auslief -, für eine weitere Periode nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Den Empfehlungen der Initiativgruppe Wissenschaft bzw. des Runden Tisches folgend, wurden auch hier die Vertretungsgremien in geheimer Wahl direkt gewählt. Sie ihrerseits wählten ein vierköpfiges Direktorium, das den Innovationsforscher Manfred Wölfling zum ersten Geschäftsführenden Direktor bestimmte, dem ab 1992 ein anderes Direktoriumsmitglied folgen sollte; der Gang der Dinge fügte es so, daß ein zweiter Geschäftsführender Direktor nicht mehr erforderlich war.

Der Wissenschaftliche Rat, dessen Vorsitzender ich war, übernahm eine Aufgabe, die bis dahin den Planungsprozeduren im Mechanismus der staatlichen Leitung oblag: die Diskussion und Bewertung künftiger wissenschaftlicher Vorhaben. Die entsprechenden Anträge gewannen zunehmend Projektgestalt - sie wurden umfänglicher als die früheren Planvorschläge, erreichten aber bei weitem noch nicht das Volumen von DFG-Anträgen. Indes fand diese Arbeit nicht mehr die Stabilität ruhigen wissenschaftlichen Alltags. Als im Sommer 1990 der Fragenkatalog des Wissenschaftsrates eintraf, der im Rahmen des Evaluationsprozesses eine umfassende wissenschaftliche Selbstdurchleuchtung des Instituts erforderte, waren für längere Zeit alle Kräfte auf die

Herstellung der Evaluationsunterlagen konzentriert; als Fazit wurde schließlich eine etwa 200 Seiten umfassende Selbstdarstellung abgeliefert, aus der diverse Formulierungen in das Evaluationsgutachten des Wissenschaftsrates übernommen wurden.

Im großen und ganzen kann man wohl sagen, daß es ab Sommer 1990 keine normale wissenschaftliche Arbeit mehr gab. Wir erfuhren zum erstenmal, was Existenz und Zukunftsunsicherheit bedeutet. Der Kolloquienbetrieb lief zwar weiter, aber er lebte - erfreulich bereichert durch häufigere Vorträge westdeutscher Gäste - von unserer Seite von der Substanz. Längere Zeit rechnete das Direktorium noch damit, daß vielleicht das Institut in verkleinerter Gestalt überleben könnte; in den Evaluationsunterlagen hatten wir in Verbindung mit der Präsentation diverser Projektangebote auch verschiedene Optionen für das künftige Profil des Instituts formuliert - freilich nur für das wissenschaftliche Profil, von möglichen Finanzierungsmodi hatten wir nicht die geringste Vorstellung. Diese Hoffnung gründete sich auf zwei Voraussetzungen: einmal auf die Annahme, daß ein Unternehmen, das in den alten Bundesländern kein direktes Gegenstück hatte, als eine Bereicherung der gesamtdeutschen Wissenschaftslandschaft empfunden werden würde; zum zweiten auf den Umstand, daß wir als einziges gesellschaftswissenschaftliches Institut der Akademie in das überwiegend naturwissenschaftlich orientierte Abkommen über Wissenschaftlich-Technische Zusammenarbeit (WTZ-Abkommen) DDR - BRD einbezogen waren, über enge Beziehungen zum IGW Erlangen verfügten und gut geeignet gewesen wären, in Zusammenhang mit diesem den vermuteten Fusionsprozeß der beiden Wissenschaftssysteme wissenschaftlich zu begleiten.

Beide Annahmen erwiesen sich als politisch naiv. Wir hatten nicht begriffen, daß unter den realen Konditionen des Vereinigungsprozesses das Faktum, sich von dem in der Bundesrepublik Vorhandenen deutlich zu unterscheiden, meist das Gegenteil einer Empfehlung war. Spätestens nach dem Besuch der zuständigen Evaluationskommission des Wissenschaftsrates im Institut im Winter 1990/91 war die Hoffnung, es könne auch nur ein Rumpf des Instituts erhalten bleiben, endgültig verflogen. Der eintägige Besuch verlief in einer ruhigen und kollegialen Atmosphäre; in den Gesprächen fiel uns aber besonders die Skepsis auf, die die Evaluateure den bei uns üblichen polydisziplinären Zusammenschlüssen entgegenbrachten.

Wir konzentrierten uns für den Rest des Jahres 1991 auf zweierlei: auf die Fertigstellung möglichst vieler weit gediehener Texte, solange noch Mittel für die Manuskriptdrucke des Instituts zur Verfügung standen, und auf das Ausfeilen der Projektangebote, um möglichst vielen

Gruppen und Kollegen einen Start in anderen Arbeitszusammenhängen zu erleichtern. Kurzfassungen der Projektofferten, allerdings auf dem Stand vom Herbst 1990, wurden in Bd.2 der von Burkhart Steinwachs 1993 in Konstanz veröffentlichten Dokumentation „Geisteswissenschaften in der ehemaligen DDR" abgedruckt; sie veranschaulichen das intellektuelle Potential des Instituts, auf dessen nachfolgende Nutzung weitestgehend verzichtet worden ist.[19] Als im Frühjahr 1991 das Evaluationsgutachten des Wissenschaftsrates eintraf, bestätigte sich unsere Erwartung. Es wurde empfohlen, das Institut aufzulösen, weil es zu heterogen sei und einer einheitlichen Institutsidee ermangele. Diverse Arbeitsrichtungen und Projekte aus dem Institut wurden positiv beurteilt und zur Weiterförderung empfohlen, indes in der Regel lediglich mit einem Drittel bis der Hälfte des bisherigen Personalbestandes. Erstmalig wurde den Institutsangehörigen mit voller Deutlichkeit bewußt, daß die ihnen bevorstehende Perspektive mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit nicht Übergang an eine andere wissenschaftliche Institution, sondern Arbeitslosigkeit oder Ausstieg aus der Wissenschaft hieß. Diese Gewißheit traf sie in einer Situation, in der die meisten der wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts das vierzigste Lebensjahr überschritten hatten und über ein voll ausgeprägtes wissenschaftliches Profil verfügten.

Das weitere Schicksal der Mitarbeiter nach dem 31.12.1991 ist nicht voll bilanzierbar. Viele habe ich aus meinem Gesichtskreis verloren. Grob geschätzt, befinden sich noch maximal 25% in wissenschaftlichen Arbeitsverhältnissen verschiedenster Art, in der Regel in prekären Zeitverträgen. Nur etwa 10 verfügen über unbefristete Anstellungen in Forschung und Lehre. In einem einzigen Fall - von diversen empfohlenen - fand die Übernahme des Kerns einer ganzen Arbeitsgruppe in eine andere Institution statt; hier handelte es sich um die Kerngruppe der Wissenschaftspotentialforschung unter Werner Meske, für die unbürokratisch einige zusätzliche Stellen am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung eingerichtet wurden, so daß das Team mit Fünfjahresverträgen - seither sind einige „Entfristungen" erfolgt - als „Arbeitsgruppe Wissenschaftsstatistik" weiterbestehen konnte. Alle anderen hatten sich individuell in neue Arbeitzusammenhänge zu bewerben. Es gab einige nicht ganz erfolglose Versuche, Arbeitszusammenhänge auf ehrenamtlicher Basis mit Hilfe eingetragener Vereine zu bewahren. Unmittelbar aus dem ITW entstanden sind beispielsweise die „Gesellschaft für Wissenschaftsforschung", die vorzugsweise die Scientometriker und Interessenten an quantitativer Wissenschaftsforschung vereinigt,[20] und der Verein Wissenschaftssoziologie und -statistik (WISOS), der die stärker soziologisch orientierten früheren Mitarbeiter verbindet.[21] Nichts-

destoweniger sind jene Arbeitsrichtungen, die nur in Gruppenarbeit sinnvoll verfolgt werden konnten, zum großen Teil verlorengegangen.

Ein „Befindlichkeitsfazit" zu ziehen ist kaum möglich. Die wenigen, die in die glückliche Lage gekommen sind, Dauerstellen zu besetzen, auf denen sie einigermaßen an ihre früheren Arbeiten anknüpfen können, haben bessere Möglichkeiten als in der DDR - sofern man ganz allein die persönlichen Arbeitsbedingungen im Blick hat und von größeren Arbeitszusammenhängen absieht. Alle anderen werden eher gemischt urteilen. Die Finalphase am ITW war unter erheblichem Druck verlaufen. Immer wieder wurde versucht, das bis Ende 1991 geltende Moratorium zu relativieren und zu erreichen, daß die Belegschaften schon vorher abgebaut wurden. An anderen Instituten verschlechterte sich in dieser Lage das Klima zum Teil gravierend, weil einzelne Mitarbeiter, den Zug der Zeit nutzend, nachdrücklich versuchten, eigene Benachteiligungen in der DDR geltend zu machen, andere Kollegen mit dem Vorwurf der „Systemnähe" zu desavouieren oder auch beides miteinander zu verbinden, um auf diese Weise die eigenen Chancen zu verbessern. Am ITW kam es nicht einmal zu Anfängen eines solchen bellum omnium contra omnes um das berufliche Überleben. Solange der Wissenschaftliche Rat arbeitete, habe ich gelegentlichen Anregungen, wir selbst sollten Vorschläge unterbreiten, wer bleiben darf und wer gehen muß, strikt widerstanden. Wir haben die Projekte, die uns unterbreitet wurden, inhaltlich diskutiert, haben aber grundsätzlich darauf geachtet, die Kritik an ihren Schwächen in Anregungen zu ihrer Verbesserung zu übersetzen, und haben uns nicht darauf eingelassen, die Kritik an Projekten als Motiv für ein generelles Ranking zu benutzen. Die Mitarbeitervertretung ihrerseits hat sich des qualifizierten Rates westberliner Kollegen bedient, um einigermaßen günstige Bedingungen für die soziale Absicherung zu erreichen. Als Mitte 1991, ein halbes Jahr vor dem Finale, die Umstellung der Gehälter von den alten Osttarifen auf den BAT Ost erfolgte, zeigte sich die Abwicklungsstelle daran interessiert, eine möglichst niedrige Einstufung zu erreichen. Die Mitarbeitervertretung lieferte ihr einen zähen, über mehrere Runden verlaufenden Kampf, bis schließlich eine ziemlich günstige Einstufung erreicht war, die manchem ein erträgliches Arbeitslosen- bzw. Alterübergangsgeld sicherte. Außerdem arbeitete die Mitarbeitervertretung nach dem Muster westdeutscher Einrichtungen einen detaillierten Sozialplan aus. Dieser erwies sich freilich als Makulatur; uns wurde erklärt, daß wir die Zahlung der ungekürzten Gehälter bis Ende 1991 (zum Unterschied von der 70%-Warteschleifen-Regelung des öffentlichen Dienstes) als Sozialplan anzusehen hätten. So verschwand das ITW ebenso wie die übrigen Akademieinstitute von der Bildfläche, ohne daß den Mitarbeitern Abfindungen gezahlt worden wären.

Das ITW war ein Institut, an das man nicht im Zorn zurückdenkt. Zahlreiche seiner Mitarbeiter, die der Möglichkeit verlustig gegangen sind, Wissenschaftsforschung beruflich zu betreiben, haben sich ein lebhaftes Interesse an diesem Gebiet bewahrt. Ein aufschlußreicher Beleg dafür war die Veranstaltung zum 25jährigen Gründungsjubiläum des ITW am 23.9.1995, einst als repräsentative internationale Konferenz geplant, jetzt auf ein bescheidenes Ganztagskolloquium geschrumpft - aber eben ein Kolloquium (zum Thema „Wie aktuell ist komplexe Wissenschaftsforschung heute?") und nicht etwa ein nostalgisches Wiedersehenstreffen. Einer der Redner dieses Kolloquiums war Klaus Meier, ein aus der Arbeitsrichtung Potentialforschung herkommender Vertreter der jüngeren ITW-Generation, der sich seine Sporen mit einer B-Dissertation erworben hatte, in der eine präzedenzlos genaue Methodik zur Analyse von Lebens- und Reproduktionszyklen von Forschungstechnik entwickelt und an mehreren großen naturwissenschaftlichen Akademieinstituten empirisch getestet worden war. Nach der „Wende" hatte er u.a. zusammen mit auf diesem Gebiet engagierten Medizinern sozialwissenschaftliche Begleitforschung zur Einführung der minimal invasiven Chirurgie betrieben, aus der mehrere größere Veröffentlichungen - übrigens auch ein Ratgeber für Patienten - hervorgegangen sind, teils in ABM-Stellen, teils in kurzfristigen Projektstellen, teils als Arbeitsloser. Meier sagte zum Abschluß seines Vortrages: „Der Wissenschaftspark ITW ist Geschichte. An seine Stelle ist jedoch nichts Adäquates und leider auch nichts Besseres getreten. Wissenschaftsforschung hat sich jetzt vielmehr mit institutionellen und persönlich existentiellen Grenzsituationen auseinanderzusetzen. Für viele Wissenschaftler sind es nicht erst seit 1995 sehr beschwerliche Wanderungen durch die Mark Wissenschaftsforschung geworden, jedoch - falls das ein Trost ist - nicht weniger interessant und menschlich aufschlußreich".[22]

4. Konsequenzen

Wenn heute von der Transformation des Wissenschaftssystems in den neuen Bundesländern gesprochen und geschrieben wird, überwiegen optimistische Bewertungen, Lob und Eigenlob. Da ist, so heißt es in tausend Variationen, ein enormes Werk des Neuaufbaus unter schwierigsten Bedingungen in kürzester Zeit vollbracht worden. Die Folie legitimatorischer Ideologie, die das ganze Geschehen lückenlos überdeckt, erweckt den Eindruck, als sei, von einem miserablen Ausgangs-

zustand ausgehend, wissenschaftliches Leistungsvermögen in Größenordnungen neu geschaffen worden, und entspricht so dem schlichten Bild linearen Fortschreitens, das gerade ostdeutschen Gemütern wohl vertraut ist. Den Kritiker verführt diese Art rosiger Selbstdarstellung nur zu leicht dazu, seine Aufmerksamkeit auf die kleinen, aber vordergründig sichtbaren Schönheitsfehler des nunmehr etablierten Systems zu konzentrieren, etwa auf Fälle, in denen ein heute im Osten tonangebender Wissenschaftler westdeutscher Herkunft, der einen fachlich erstklassigen Ostprofessor abgelöst hat, der „dritten Garnitur" seiner Disziplin entstammt usw. Solche Fälle wird es gewiß hier und da geben. Nichtsdestoweniger möchte ich hier von der Unterstellung der Normalität ausgehen - der Annahme, daß das nach westdeutschem Muster eingerichtete Institutionennetz, in dem ein gewisser Teil der ostdeutschen Wissenschaftler unbefristet oder befristet arbeitet, funktionstüchtig und leistungsfähig ist, um so mehr, als es über eine modernere technische Ausstattung verfügt, als sie die meisten Einrichtungen der DDR besaßen.

Der Wissenschaftsforscher kann sich jedoch nicht damit begnügen, den erreichten Status quo grundsätzlich positiv zu bewerten, und die wohlfeile politische Ideologie, die diese Positivwertung einhüllt und überhöht, muß ihn nicht übermäßig interessieren. Was vielmehr erforderlich ist - und es liegen dazu ernstzunehmende Ansätze vor[23] -, das ist die *Beurteilung des Bestehenden im Rahmen einer seriösen Gewinn-Verlust-Bilanz.* Mit anderen Worten: Es geht nicht darum, erzielte Gewinne zu bestreiten oder kleinzureden, sondern darum, ihnen die Verluste gegenüberzustellen, die ihre Kehrseite bilden. Solche Verluste sind im Vollzug der deutschen Vereinigung im Wissenschaftssystem auf (mindestens) folgenden Ebenen eingetreten:

(1) *Verlust wissenschaftlichen Arbeitsvermögens.* Ein großer Teil des in der DDR akkumulierten wissenschaftlichen Arbeitsvermögens ist mit dem unfreiwilligen Ausscheiden seiner Träger aus wissenschaftlichen Arbeitsverhältnissen für Forschung und Lehre verlorengegangen. Es ist hier nicht der Ort, die vorliegenden quantitativen Abschätzungen dieses Teiles zu diskutieren; auf jeden Fall macht er weit über 50% des wissenschaftlichen Personalbestandes der DDR aus. Die Beachtung der Maßstäbe wissenschaftlicher Qualität bei der Übernahme in neue Arbeitsverhältnisse soll nicht in Abrede gestellt werden. Indes wäre es unbegründet, jenen, die die Möglichkeit zu wissenschaftlicher Tätigkeit in regulären Arbeitsverhältnissen verloren haben, pauschal wissenschaftliche Minderqualität zu attestieren. Die hochwertige Arbeit, die westdeutsche Wissenschaftler in den neuen Bundesländern leisten mögen, verringert diesen Verlust nicht; ihre Ankunft ist vielleicht ein

regionaler Zugewinn für Brandenburg oder Sachsen, aber sie verändert die gesamtdeutsche Personalbilanz in keiner Weise, da sie schließlich auch schon vor ihrer Berufung in den Osten wissenschaftlich tätig waren und lediglich den Standort ihres Wirkens verlegt haben. Es fällt auf, daß die einschlägigen Argumentationen der Politik Wissenschaft immer nur als Kostenfaktor hervorheben, während der Gesichtspunkt der Leistungen, die Wissenschaft für eine moderne Gesellschaft erbringt und die jedenfalls die für sie aufgewendeten Kosten übersteigen, in den Hintergrund gerät. Die Größe des durch rigorosen Personalabbau verursachten Verlustes für die Wissenschaft ist erst dann voll zu ermessen, wenn man den großen Aufwand an Arbeits- und Kalenderzeit in Betracht zieht, den die Heranbildung qualifizierten und erfahrenen wissenschaftlichen Personals kostet.

(2) *Verlust interpersoneller Arbeitszusammenhänge.* Der für einen Ostdeutschen vielleicht auffälligste Zug der Neugestaltungspraxis bestand darin, daß ihr unausgesprochen eine atomistische und individualistische Auffassung des wissenschaftlichen Arbeitsvermögens zugrundelag. Gewiß wurden auch Teams oder Fragmente von Teams übernommen. Vorherrschende Tendenz war es aber, bestehende Arbeitszusammenhänge bis hinunter zu den Individuen zu dekomponieren und jeweils für das Individuum zu entscheiden, ob ihm eine Chance geboten werden sollte oder nicht, wobei es als eine vollkommen befriedigende Lösung des Beschäftigungsproblems angesehen wurde, wenn ein Wissenschaftler an irgendeiner beliebigen Stelle, die leidlich seiner Qualifikation entsprach, „unterkam". So wurden zahllose kooperative und kommunikative Netzwerke zerrissen. Während man bei den Beschäftigtenzahlen einen einigermaßen exakten Schrumpfungsnachweis erwarten kann, dürfte es unmöglich sein, den Verlust an interpersonellen Netzwerken quantitativ zu bewerten. Dabei sind die Leistungsvorteile von Schulen und eingespielten Gruppen wohlbekannt, und seitdem gruppensoziologische und -psychologische Verfahren und kommunikationstheoretische Betrachtungsweisen in die Wissenschaftsforschung Einzug gehalten haben, dürfte es als zweifelsfrei erwiesen gelten, daß ein erheblicher Teil des wissenschaftlichen Arbeitsvermögens nicht in den isolierten Individuen lokalisiert ist, sondern in den institutionen-, orts- und milieugebundenen Netzwerken ihrer Interaktion; die Pointe liegt darin, daß solche Netzwerke über längere Zeiträume historisch wachsen müssen und nicht nach Belieben mit Managementmethoden hergestellt werden können. In der Praxis der Neugestaltung ist dieser Umstand weitgehend ignoriert worden.

(3) *Verlust von Potentialen wissenschaftlicher Selbstorganisa-*

tion. Dieser Verlustaspekt schließt unmittelbar an den gerade besprochenen an. Im Grunde verfügt jeder erfahrene Wissenschaftler über ein aus seiner Lebens- und Arbeitserfahrung entspringendes intuitives Wissen davon, daß Wissenschaft ein subtiles, hyperkomplexes Gewebe von Zusammenhängen ist, in dem sich institutioneller Wandel organisch vollziehen muß und das brachiale Eingriffe von außen nicht verträgt. Die jahrzehntelangen leidenschaftlichen Diskussionen wider die „externe" Steuerung von Wissenschaft hatten ihre Wurzel in dieser Gewißheit. Intakte Wissenschaft hat ein hochentwickeltes Vermögen, auf Signale aus dem gesellschaftlichen Milieu mit zweckmäßigen Selbstorganisationsprozessen zu antworten. Durch rigide Eingriffe in ihre interne Struktur wird diese ebenso wertvolle wie begrifflich schwierig zu fassende Fähigkeit untergraben. Daher gehört es zu den gut begründeten Kritiken an den in der DDR unternommenen Reformen des wissenschaftlichen Institutionensystems (Hochschulreformen, Akademiereform), daß dort mit administrativen Methoden in das feine Regulationsgefüge der Wissenschaft eingegriffen und dadurch deren Effizienz beeinträchtigt worden sei. Diese Eingriffe erfolgten jedoch - anders als der Strukturwandel ab 1990 - unter Bedingungen personeller Expansion der Wissenschaftssphäre, und sie gingen zudem bei weitem nicht so tief, berührten eher die Makrostrukturen als die arbeitenden Gruppen; deshalb konnten sich die Selbstorganisationspotentiale der Wissenschaft relativ leicht regenerieren und zweckmäßige Formen der Anpassung an die veränderten Bedingungen („Nischenbildung" usw.) hervorbringen. Die radikalen Strukturänderungen im Rahmen der deutschen Vereinigung reichten bis auf die Ebene der Gruppen und Individuen, setzten die zuvor wirksamen Formen der Selbstorganisation und Milieuanpassung fast vollständig außer Kraft und schufen tabula rasa für institutionelle Neusetzungen.

(4) *Verlust von Institutionalformen.* Die Produktivität einer Wissenschaftslandschaft wird wesentlich vom Reichtum der in ihr vertretenen Institutionalformen bestimmt. Verglichen mit der Bundesrepublik, herrschte in der DDR eine institutionelle Monokultur, die gemäß den Bedürfnissen zentralistischer Steuerung nach und nach durch Nivellierung der ursprünglichen Institutionenvielfalt zustandegekommen war. Nichtsdestoweniger waren in dem schmalen Repertoire der in der DDR vorhandenen Institutionalformen einige, die (wie etwa das auf institutionelle Integration von Grundlagen- und Anwendungsforschung orientierte typische Akademieinstitut) kein Gegenstück in der Bundesrepublik hatten und deren Übernahme dazu beigetragen hätte, die Formenvielfalt in der deutschen Wissenschaftslandschaft zu vergrößern. Diese Chance ist nicht genutzt worden.

(5) *Verlust von Erfahrungen partizipatorischer Demokratie.* Die Aktivitäten von Angehörigen und Sympathisanten der DDR-Bürgerbewegung an der Akademie ebenso wie an weiteren wissenschaftlichen Institutionen und auch am Zentralen Runden Tisch Wissenschaft[24] haben dazu geführt, daß 1989/90 innerhalb weniger Monate ein erstaunliches Maß an Formen unmittelbarer Demokratie im Wissenschaftsbetrieb praktiziert und noch mehr an Gestaltungsideen entwickelt wurde, für deren Umsetzung die Zeit nicht mehr ausreichte. In jenen Monaten wurde vor allem Unzufriedenheit über das noch zu langsame Tempo der Umgestaltungen und den hinhaltenden Widerstand der alten Leitungshierarchie laut; es ist jedoch nicht zu leugnen, daß innerhalb sehr kurzer Zeit erstaunlich viel erreicht wurde und daß sich der interne Demokratisierungsprozeß fortgesetzt hätte, wenn der Akademie eine eigenständige Entwicklungsperspektive beschieden gewesen wäre. Die Perspektive der baldigen und unwiderruflichen Auflösung indes mußte solche Bestrebungen als sinnlos erscheinen lassen. Die Wahl der Direktoren und Leitungsgremien in den Instituten durch die Mitarbeiter und die unabhängige Kontrolle ihrer Tätigkeit von unten war eine beispiellose Errungenschaft, die der Akademie faktisch einen genossenschaftlichen Status verlieh; in der DDR war an solche Formen demokratischer Partizipation nicht zu denken, und auch im Wissenschaftssystem der Bundesrepublik haben sie keinen Platz. Deshalb blieb der Aufbruch der Jahre 1989/90 auf diesem Gebiet praktisch folgenlos.

(6) *Verlust an potentieller Pluralität wissenschaftlicher Positionen und Stile.* Mit Recht sind 1990 große Hoffnungen auf eine „Durchmischung" von Wissenschaftlern ost- und westdeutscher Herkunft in den Instituten und Arbeitsgruppen gesetzt worden, weil der Unterschied der Denkweisen und des Erfahrungshintergrundes im kollegialen Diskurs unbedingt als ein kreativitäts- und entwicklungsfördernder Faktor anzusehen ist. In den neuen Bundesländern hat in der Tat ein gewisses Maß an Durchmischung stattgefunden, jedoch mit gebremster Effektivität, weil sich die westdeutschen Wissenschaftler in der Regel in dominierenden, die ostdeutschen hingegen in abhängigen Positionen befinden - eine Konstellation, die einem gleichberechtigten Diskurs nicht besonders zuträglich ist. In den alten Bundesländern hat es „Durchmischung" hingegen kaum gegeben; man verzichtete auf die Anregung, die aus der Zusammenarbeit mit Kollegen ganz anderer Prägung hervorgehen könnte.

Die hier vorgenommene Akzentuierung der Verluste sollte nicht als Votum für ein einseitiges Bild mißverstanden werden. Da die Ergebnisse der „Erneuerung" der Wissenschaftslandschaft aber in der Regel als

verlustfreier Reingewinn dargestellt werden (allenfalls räumt man soziale Härten ein, kaum jemals Nachteile für die Wissenschaft selbst), soll der prononcierte Hinweis auf die Kehrseite die Notwendigkeit unterstreichen, frei von aller Polemik eine realistische, auf einer nüchternen Gewinn-Verlust-Bilanz basierende Einschätzung der gegenwärtigen Wissenschaftssituation in Ostdeutschland und der ihr innewohnenden Entwicklungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Der Sinn rückblickender Betrachtung der Abwicklung von DDR-Institutionen - in diesem Fall der Akademie der Wissenschaften- besteht nach meiner Ansicht gerade darin, den Blick für die Aufstellung solchen unspektakulären Bilanzen zu schärfen.

Hubert Laitko, Prof. Dr. phil., ist Philosoph und Wissenschaftsforscher in Berlin

Anmerkungen:

* Überarbeitete Fassung eines am Institut für Wissenschaftsgeschichte der Georg-August-Universität Göttingen am 4.6.1996 gehaltenen Vortrages.

[1] R. Mayntz (unter Mitarbeit von H.-G.Wolf): Deutsche Forschung im Einigungsprozeß. Die Transformation der Akademie der Wissenschaften der DDR 1989 bis 1992. Frankfurt a.M./New York 1994.

[2] J. Stoehr: Am Anfang war das Chaos. In: KAI. Entwicklung einer Abwicklung, 3.10.1990 bis 31.12.1993. Hrsg. von KAI e.V.i.L. Berlin 1995, S. 22-23.

[3] J. Gläser/W. Meske: Anwendungsorientierung von Grundlagenforschung? Erfahrungen der Akademie der Wissenschaften der DDR. Frankfurt a.M./New York 1996.

[4] Ansprache des Präsidenten Professor Dr.Butenandt in der Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Hamburg am 11.Juni 1964. In: Jahrbuch der MPG 1964. Göttingen 1964, S. 33.

[5] Fusion der Wissenschaftssysteme. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven. Hrsg. von C.Burrichter und E.Förtsch. XIX.Erlanger Werkstattgespräch Bonn, 7. - 9.11.1990. Erlangen 1991.

[6] C. Burrichter: Zwischenbilanz: Der Fusionsprozeß der Wissenschaften in Deutschland. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven. In: ebd., S. 9-10.

[7] H. Klinkmann: Die Situation der Akademie der Wissenschaften. In: ebd., S. 33-36.

[8] R. Mayntz (wie Anm.1), S. 15.

[9] W. Meske/W. Schütze/K. Meier u.a.: Technik für die Wissenschaft. Entwicklungsprozesse und -probleme der materiell-technischen Basis der Wissenschaft. ITW - Studien und Forschungsberichte H. 20. Berlin 1986.

[10] W.Meske: Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssystems. Eine Zwischenbilanz. WZB P 93 - 401. Berlin 1993, S. 11.

[11] H. Klenner: Entstehung und Tätigkeit des Runden Tisches der weiland Akademie der Wissenschaften der DDR (1989/90). In: *hochschule ost* 9/92, S. 20.

[12] H. Klinkmann: Absturz in die Zukunft. Die AdW der DDR in der Wendezeit 1989/90. In: *hochschule ost* 7/92, S. 37.

[13] Ebd., S. 38.

[14] J. Gläser: Die Akademie der Wissenschaften nach der Wende: erst reformiert, dann ignoriert und schließlich aufgelöst. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte.* Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* B 51/92, 11. Dezember 1992, S. 37-46.

[15] G. Kröber: ITW - 25. In: 25 Jahre Wissenschaftsforschung in Ost-Berlin. Schriftenreihe des Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. Berlin. H. 10. Berlin 1996, S. 12-16.

[16] J. D. Bernal: Fünfundzwanzig Jahre später. In: ders.: Die soziale Funktion der Wissenschaft. Hrsg. von H. Steiner. Berlin 1986, S.9.

[17] G. Kröber: Einleitung: Über Komplexität der Wissenschaft und Komplementarität ihrer Abbildungen. In: Wissenschaft. Das Problem ihrer Entwicklung. Bd.2. Hrsg. von G. Kröber. Berlin 1988, S. 12-19.

[18] H.-P. Krüger: Kritik der kommunikativen Vernunft. Kommunikationsorientierte Wissenschaftsforschung im Streit mit Sohn-Rethel, Toulmin und Habermas. Berlin 1990.

[19] B.Steinwachs (Hrsg.): Geisteswissenschaften in der ehemaligen DDR. Bd.2: Projekte. Konstanz 1993, S. 1123-1153.

[20] H. Laitko/H. Parthey/J. Petersdorf (Hrsg.): Wissenschaftsforschung. Jahrbuch 1994/95. Forum Wissenschaft Studien 28. Marburg 1996.

[21] WISOS ediert seit 1992 eine Schriftenreihe, von der seither 10 Bände erschienen sind.

[22] K. Meier: Wissenschaftspark ITW im Grenzland der Wissenschaftsforschung - oder: Impulse zur Analyse der Forschungstechnik. In: 25 Jahre (wie Anm. 15), S. 122.

[23] Hg. Meyer: Die Paradoxien der Hochschulforschung und das Neugestaltungs-Syndrom. WZB P95 - 401. Berlin 1995.

[24] Ch. Dahme/H. Haberlandt: Arbeitsgruppe „Wissenschaft" des zentralen Runden Tisches. In: *hochschule ost* 5/92, S. 44-58.

Dokumentation

Georg-August-Universität Göttingen
Institut für Wissenschaftgeschichte
37073 Göttingen
Humboldtallee 11
Tel. (49)-0551-39 9467
Fax (49)-0551-39-9748

Kolloquium des Instituts für Wissenschaftsgeschichte im Sommersemester 1996
Entwurf

Dienstags, 16.15 oder 18.15 Uhr (je nach Einzelankündigung), Humboldtallee 11, 3.Stock
Seminarraum bzw. ab 21.5. 2. Stock, Raum 228

Datum	Vortragende	Thema
16.04 18.15 Uhr	Dr. Arne Hessenbruch (Cambridge/England)	Der Röntgenstrahlenstandard und der buchhalterische Vorteil von präzisen Werten
23.04. 18.15Uhr	Kai Torsten Kanz, M.A. (Göttingen)	"The sciences were never at war" Historische Anmerkungen zu einer These von Sir Gavin de Beer
07.05. 18.15 Uhr	Prof. Dr. David King (Frankfurt)	The culmination of Islamic cartography: World-maps for finding the direction and distance of Mecca (Diavortrag)
14.05. 16.15 Uhr	PD Dr. Helmuth Trischler (Deutsches Museum, München)	Forschung für Wissenschaft, Politik und Wirtschaft - Überlegungen zur Geschichte der Fraunhofer-Gesellschaft
21.05. 16.15 Uhr	Peer Pasternack (Leipzig) Dr. habil. Sonja Brentjes (Leipzig und Göttingen)	Von basisdemokratischen Ansätzen zur konservativen Modernisierung: Die Transformation der DDR-Hochschulen und ihre ostdeutschen Akteure
04.06. 16.15 Uhr	Prof. Dr. Hubert Laitko (Berlin) ...(GEW, Berlin)...	Die Auflösung der Akademie der Wissenschaften am Beipiel der Wissenschaftsgeschichte sowie aus der Sicht von Betroffenen und Gewerkschaften
11.06. 16.15 Uhr	Dr. Helga Adler (Berlin) Dr. Beitz (Eilenburg bei Leipzig)	Gleichstellungs- und Abwicklungspolitik im Umstrukturierungsprozeß ostdeutscher Hochschulen
18.06 16.15 Uhr	Prof. Dr. Wolf Rosenbaum (Göttingen) Prof. Dr. Karl Friedrich Reimers (München)	Wissenschaftsumbau Ost am Beispiel der Sozialwissenschaften in Jena und der Kommunikations- und Medienwissenschaften in Leipzig aus der Perspektive westlicher Gründungsdekane
02.07. 16.15 Uhr	Prof. Dr. Werner Bramke (PDS) Dr. Hinrich Enderlein (FDP) Dr. Edelbert Richter (SPD)	Politische Perspektiven auf den Wissenschaftsumbau Ost

Wir laden Sie sehr herzlich zu den Kolloquiumsvorträgen ein und bitten Sie, auch Ihre Studentinnen und Studenten auf das Kolloquium aufmerksam zu machen.
Mit freundlichen Grüßen

Dr. habil. Sonja Brentjes Dr. William Clark Dr.habil. Klaus Hentschel

UNIVERSITÄT LEIPZIG

Karl-Sudhoff-Institut
für Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften

Universitätsklinikum, Karl-Sudhoff Institut
Augustusplatz 10-11, 04109 Leipzig

GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT GÖTTINGEN
Eing. 17. MAI 1996
mit Anlagen
P | K | D | SGL | S

Herrn
Prof. Dr. H.-L. Schreiber
Wilhelmsplatz 1
37073 Göttingen

Leipzig, den 13.05.1996

Magnifizenz!

Dieser Tage las ich die Ankündigung der Kolloquien des Instituts für Wissenschaftsgeschichte der Georg-August-Universität Göttingen (Humboldtallee 11). Mir fällt auf, daß nur wenige der Vorträge wirklich wissenschaftshistorische Themen sind, der größte Teil befaßt sich mit der Umstrukturierung der Wissenschaftslandschaft und auch der Wissenschaftsgeschichte in der ehemaligen DDR. Nun sei ja nicht bestritten, daß dabei auch nicht zu billigende Dinge geschahen. Aber die Betrachtung erfolgt ausschließlich vom Standpunkt der ehemaligen scharfen SED-Genossen, wie sie etwa auch Frau Tobies verkörperte, die vor etlicher Zeit versuchte die Weichen in Göttingen zu stellen. Noch im Sommer 1989 sind beispielsweise über mich Geheimberichte an die Staatssicherheit vom Sudhoff-Institut aus gesandt worden, und zwar nicht von der ebenfalls angeschwärzten „staatlichen Leitung", sondern von den ein scharfes rotes Klima erzeugenden Genossinnen, nur um meine Teilnahme am Weltkongreß für Wissenschaftsgeschichte in Hamburg und München im Juli 1989 zu verhindern. Ich hatte immerhin eine kostendeckende Einladung und auch eine vollkommen ausreichende offizielle Beurteilung. Den genauen Verfasser der Berichte an die Stasi kenne ich nicht, aber das dazu führende Klima wurde von bestimmten Leuten gestaltet.

In den Berichten an die Staatssicherheit waren mir u.a. mangelndes politisches Bewußtsein, keine Einstellung zur DDR, Westkontakte nach Hamburg und völlig entstellte Äußerungen vorgeworfen worden (s. Beilage).
Ich fürchte, daß diese Leute, die wenigstens das Klima schufen, in dem solche Berichte an den berüchtigten DDR-Geheimdienst gesandt wurden um anderen eindeutig Schaden zuzufügen, heute versuchen, die Macht in der Wissenschaftsgeschichte in der Alt-Bundesrepublik Deutschland sich anzueignen. Damit hätte ich beispielsweise niemals die Möglichkeit etwa in Göttingen ein Kolloquium zu bestreiten, da die politisch hundertfünfzigprozentigen Reisekader von einst alles tun werden, die Nichtreisekader von vor 1990 jetzt und weiterhin besonders zu behindern. Ich kann gegen diese Entwicklung nur Verwunderung ausdrücken und angemessenen Protest erheben. Ich hoffe nicht, daß das Institut für Wissenschaftsgeschichte Göttingens in Zukunft ausschließlich von suspekt erscheinenden Leuten wie Tobies u.a. dominiert wird, wie es einst hierzulande mit SED-Dominanz geschah.

Mit vorzüglicher Hochachtung

[redacted]

Komm.-Leiter der Abteilung Geschichte der Naturwissenschaften

INSTITUT FÜR WISSENSCHAFTSGESCHICHTE
(Department of the History of Science)
DER GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT

37073
~~3400~~ GÖTTINGEN,
Humboldtallee 11
Fernruf (0551) 39-1
(Durchwahl 39- 9467)

Offener Brief an Herrn
[redacted]
Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte
der Medizin und der Naturwissenschaften
Augustusplatz 10-11
04109 Leipzig

21.5.96

mit Erstaunen erhielt ich heute eine Kopie des Schreibens, das Sie als "komm. Leiter der Abteilung Geschichte der Naturwissenschaften" am 13.5.96 an den Präsidenten unserer Universität, Herrn Prof.Dr. H.-L. Schreiber sandten. Schon der Umstand, daß Sie sich in Form eines Schreibens an Dritte über unser Kolloquiumsprogramm äußern, ohne vorher das persönliche Gespräch mit Herrn Clark oder mir gesucht zu haben, finde ich irritierend, umsomehr, daß Sie dies in einem Schreiben an unseren Dienstvorgesetzten tun, offenbar mit der Absicht, auf uns Druck auszuüben. Die darin gemachten Behauptungen sind aber dann doch so falsch und haarsträubend, daß ich mich gezwungen sehe, hierauf mit diesem offenen Brief zu reagieren, dem ich auch eine Kopie Ihres Schreibens beilege.

1. Sie behaupten in Z. 2-3, daß "nur wenige der Vorträge wirklich wissenschaftshistorische Vorträge sind". Diese Behauptung ist unrichtig. Von den 10 aufgeführten Vorträgen des Gesamtprogrammes sind die ersten fünf (d.h. 50%) ohnehin wissenschaftshistorisch. Die zweite Hälfte des Kolloquiums behandelt das Thema des Wissenschaftsumbaues Ost aus der Perspektive der Zeitgeschichte und Sozialwissenschaft (im ersten Vortragstermin) und am Beispiel der Wissenschaftsgeschichte (speziell an der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR in der zweiten Sitzung). Auch bei den letzten drei Vorträgen ging es den Veranstaltern um die Beleuchtung der gleichen Themas aus anderen Perspektiven, die zu einer breit verstandenen Zeitgeschichte unserer Auffassung nach dazugehören.

2. Sie behaupten in Z. 7-8, daß die "Beurteilung ausschließlich vom Standpunkt der ehemaligen scharfen SED-Genossen" erfolge. Dies ist unrichtig, und Sie entnehmen dies bereits dem Rednerkreis des letzten Vortrages. Herr Pasternack war niemals Mitglied der SED oder ihrer Nachfolgeorganisationen, und Herrn Laitko werden Sie wohl auch kaum als "scharfen SED-Genossen" im Auge haben.

3. Sie behaupten inn Z. 8-9, daß Frau Dr.habil. Renate Tobies "vor etlicher Zeit versuchte, die Weichen in Göttingen zu stellen." Auch dies ist Unsinn - Frau Dr. Tobies war ein Semester lang hier Lehrbeauftragte und hielt eine Vorlesung zur Geschichte der Mathematik mit Begleitseminar. Diese Einladung geschah auf meine Initiative hin, aber jedweder weiterer Einfluß auf das Kolloqium oder die Institutspolitik war ihr als bloßer Lehrbeauftragter selbstverständlich verwehrt, schon aus Gründen der dafür erforderlichen längerfristigen Planung. Dieser Verdacht erklärt sich m.E. überhaupt nur aus der auch im letzten Absatz ihres Schreibens deutlich werdenden Vorstellung, die ehemaligen SED-Leute würden heute versuchen, "die Macht in der Wissenschaftsgeschichte in der Alt-Bundesrepublik Deutschland sich anzueignen." Eine recht absurde Vision, die Sie da haben.

4. Die Anschwärzung von Ihnen gegenüber der Staatssicherheit belegt leider nicht ausreichend, von wem die Informationen kamen – den mangelnden Zusammenhang zwischen Ihren Belegen und den konkreten Anschuldigungen gegen Frau Tobies, merkwürdigerweise aber nicht explizit gegen Frau Dr. Brentjes, übergehen Sie mit vagen Anschuldigungen gegen die "ein scharfes rotes Klima erzeugenden Genossinnen". Dabei möchte ich betonen, daß es mich wirklich interessieren würde, *wer* die damaligen Denunziationen gegen Sie machte, da ich entgegen Ihrem Vorurteil Intriganten und Denunzianten gegenüber keinerlei Sympathie empfinde. Dies gilt aber auch für Vorgänge, die sich heute abspielen.

5. Das Göttinger Institut für Wissenschaftsgeschichte wurde zu keiner Zeit von "suspekt scheinenden Leuten wie Tobies u.a. dominiert."

Ganz unabhängig von der Richtigstellung Ihrer unzutreffenden bzw. nicht belegten Behauptungen muß ich jedoch noch sagen, daß ich die von ihnen gewählte Form des Protestes als äußerst unpassend empfinde. Sie benutzen erschreckender Weise genau diejenigen Techniken, mit denen auch in der Ex-DDR hinter dem Rücken von Betroffenen (eben auch Ihnen) durch Denunziationen, Anschwärzungen und Anschuldigungen agiert wurde. Ich muß in diesem Zusammenhang erwähnen, daß Sie dieses auch nicht zum ersten Mal tun – mir liegen Unterlagen zu einem weiteren Fall vor, in dem sie nach Erscheinen eines Aufsatzes von einer der Personen, die Sie in Ihrem Schreiben angreifen, einen denunzierenden Protestbrief an den Herausgeber der Zeitschrift schrieben, in dem sie monierten, daß diese Person weiter Aufsätze publizieren könne – offenbar der Versuch, nun genau gegenüber denjenigen Leuten 'Zensur' auszuüben, von denen Sie *wissen*, daß sie politisch anderer Meinung waren und sind, und *vermuten* (ohne dies in Ihren Briefen belegen zu können), daß sie Ihnen früher übel mitgespielt haben. Ich habe den damaligen Vorgang, von dem ich durch eine Anfrage durch den Herausgeber erfuhr, als Ausdruck Ihrer Verbitterung gewertet und zu den Akten gelegt, erkenne jetzt aber, daß dies ein Fehler war, da Sie offenbar auch weiterhin mit diesen Mitteln zu arbeiten gedenken, ohne aus Ihren eigenen Erfahrungen mit dem Unrechtsregime der DDR gelernt zu haben. Es ist genau dies, was mich am meisten enttäuscht und es mir unmöglich macht, Ihre Anschuldigungen Ernst zu nehmen und Ihnen den Respekt zu gewähren, mit dem ich Sie sonst behandelt hätte.

Dr.rer.nat.habil. Klaus Hentschel

Hochschulaufbau in Brandenburg

Steffen Reiche
Potsdam

Zum Grundkonsens der landespolitischen Entwicklungsvorstellungen gehört die Gestaltung einer den Bedürfnissen des Landes gemäßen Wissenschaftslandschaft. Ausdruck des hohen Stellenwertes der Wissenschaftsentwicklung für den Aufbau des Landes und der hierzu bestehenden großen Übereinstimmung im Lande sind die Regierungserklärung der ersten Landesregierung und die einmütige, mit nur einer Enthaltung erfolgte Zustimmung des ersten Landtages zum Brandenburgischen Hochschulgesetz im Mai 1991.

Es war erklärter Wille der politisch verantwortlichen Kräfte, die bei Wiedergründung des Landes vorhandene Unterentwicklung im Hochschulbereich, gekennzeichnet durch vier von der DDR hinterlassene Spezialhochschulen mit schmaler fachlicher Basis und die geringste Studentenquote unter den Ländern der Bundesrepublik, zu beseitigen.

Der Wille zur Beseitigung des Defizits im Studienangebot und zum Aufbau eines angemessenen Forschungspotentials ging auf mehrere Beweggründe zurück. So entsprach es zunächst einmal dem Bildungsauftrag des Staates, den studierwilligen Landeskindern angemessene Studienmöglichkeiten zu bieten. Verbunden war damit ohne Frage die Absicht, diesen, für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes unverzichtbaren Teil der Jugend im Land zu halten. Sodann ging es auch um das Bestreben, den im Zusammenhang mit der Landesentwicklung bestehenden Forschungsbedarf, der durch die Reduzierung der Industrieforschung zusätzlich verstärkt wurde, zunehmend im Lande selbst zu befriedigen.

Diesem Ziel diente auch die Gründung von außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die auf der Grundlage von Empfehlungen des Wissenschaftsrates erfolgte, um den von ihm positiv evaluierten Bereichen der ehemaligen Akademien der DDR die Weiterführung ihrer Forschungsarbeiten zu ermöglichen.

Schließlich war auch ein wesentliches Motiv der durch Erfahrungen in den alten Ländern gesicherte Zusammenhang zwischen Wissenschafts- und Wirtschaftsentwicklung. Er legte es auch für das Aufbauland Brandenburg nahe, die von wissenschaftlichen Einrichtungen ausgehenden Impulse für die wirtschaftliche Umstrukturierung und kulturelle Entwicklung des Landes zu nutzen. Dabei ging und geht es nicht nur um die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze und die Erweiterung des Marktes für regionale Dienstleistungsunternehmen, insbesondere bei der Erfüllung der vom Bund mitfinanzierten Gemeinschafts-aufgabe Hochschulbau, sondern auch und vor allem um die auf dem Wege des Wissens- und Technologietransfers zu erwartenden Anstöße für die Gründung neuer, am fortgeschrittensten Wissensstand ausgerichteter Unternehmen und um die Schaffung eines ansiedlungsfreundlichen Klimas für technologieorientierte Unternehmen aus anderen Regionen.

Die besondere Konstellation der Länder Berlin und Brandenburg einschließlich ihrer möglichen Vereinigung machte es von Anfang an zu einem Gebot für die Wissenschaftspolitik des Landes, die Berliner Gegebenheiten beim Aufbau eigener Kapazitäten zu berücksichtigen. Hiervon waren und sind Anzahl und Art der aufzubauenden Hochschulen ebenso betroffen wie Art und Profil der an ihnen einzurichtenden Fächer und Studiengänge.

Bei der Gestaltung seiner Wissenschaftslandschaft läßt sich das Land von den Empfehlungen des Wissenschaftsrates und der Brandenburgischen Landeskommissionen für Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie für Fachhochschulen, die von 1991 bis 1993 tätig waren, leiten.

Auf der Grundlage des Brandenburgischen Hochschulgesetzes hat

das Land am 15. Juli 1991 die Universität Potsdam, Technische Universität Cottbus, jetzt Brandenburgische Technische Universität Cottbus, und die Europa-Universität Frankfurt (Oder), jetzt Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), gegründet. Dabei wurden die bis dahin bestehende Brandenburgische Landeshochschule Potsdam in die Universität Potsdam und die Hochschule für Bauwesen Cottbus in die Technische Universität Cottbus eingegliedert. Die Hochschule für Film und Fernsehen „Konrad Wolf" Potsdam-Babelsberg wurde vom Land übernommen und wird als einzige künstlerische Hochschule des Landes ausgebaut. Ebenfalls auf der Grundlage des Brandenburgischen Hochschulgesetzes wurden durch Errichtungsverordnung des Ministers für Wissenschaft, Forschung und Kultur vom 22. Oktober 1991 fünf Fachhochschulen gegründet: die FH Brandenburg, FH Eberswalde, FH Lausitz mit den Standorten Senftenberg und Cottbus, FH Potsdam und die Technische Fachhochschule Wildau. Vorgesehen war, diesen Neugründungen zwei bis drei im strukturschwachen Norden des Landes folgen zu lassen.

Die Universitäten und Fachhochschulen entwickeln fachliche Schwerpunkte, die jeder von ihnen ein spezifisches Profil geben, mit dem sich bestimmte Landesinteressen verbinden. So wird die Universität Potsdam durch die Konzentration der Lehrerbildung und durch das besondere Profil der Naturwissenschaften in Verbindung mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die Brandenburgische Technische Universität Cottbus durch die an regionalen Entwicklungsinteressen ausgerichteten Technikwissenschaften und die Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) durch ein dem Brückenschlag zwischen West- und Osteuropa dienendes Profil der Kultur-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften geprägt.

Mit Rücksicht auf das Berliner Angebot wurden von vornherein aus dem aufzubauenden Fächerkanon herausgenommen: Medizin einschließlich Zahnmedizin, Veterinärmedizin, Pharmazie, Agrarwissenschaften, Theologien, kleine Fächer. Beim Grad des Ausbaus der an den Universitäten vertretenen Fächer wird zudem das Prinzip verfolgt, Studiengangsmehrfachangebote, auch im Hinblick auf das Berliner Angebot, nach Möglichkeit zu minimieren.

Wissenschaftsrat und Brandenburgische Landeskommission für Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben dem Land den Aufbau von 34.400 flächenbezogenen Studienplätzen in einer ersten Aufbauphase empfohlen. Der Empfehlung des Landeskommission lag dabei die Vorausschätzung der Studienberechtigten-, Studienanfänger- und Studentenzahlen bis zum Jahr 2010 durch die HIS GmbH zugrunde.

1994 hat die HIS GmbH eine erneute Vorausschätzung durchgeführt, die den starken Geburtenrückgang seit 1990 in Rechnung stellt. Abhängig von der angenommenen Studienberechtigtenquote kommt es zu einem Rückgang der Studienanfängerzahlen ab 2005 bzw. 2008. Bei einer ab 1992 als gleichbleibend angenommenen Bevölkerungszahl (tatsächlich ist seit 1994 eine schwach positive Entwicklung zu verzeichnen) führt auch diese Rechnung zu einer Studierendenzahl zwischen 46.000 und 50.000 im Jahre 2010, wobei ausländische Studierende nicht berücksichtigt sind.

Im angelaufenen Wintersemester 1996/97 liegen die tatsächlichen Studierendenzahlen mit rund 21.000 (ohne Verwaltungsfachhochschulen) deutlich über der prognostizierten Studierendenzahl. Diese Tatsache spricht dafür, daß die Studienbeteiligung in Brandenburg wesentlich schneller zugenommen hat, als der Modellrechnung zugrunde gelegt worden ist.

Ausgehend von dem empfohlenen Aufbau von 34.400 flächenbezogenen Studienplätzen soll das Verhältnis von universitären zu Fachhochschulstudienplätzen 3 : 2 betragen, d.h. von den 34.400 Studienplätzen werden 20.800 an den Universitäten einschließlich der Hochschule für Film und Fernsehen und 13.600 an den Fachhochschulen errichtet.

Als ich 1994 die politische Verantwortung für den Bereich Wissenschaft im Land übernahm, war somit das Entwicklungsziel vorgezeichnet, der Weg zu diesem Ziel aber mit vielen Fragezeichen behaftet. Einem raschen Personalaufbau in den Jahren 1992 - 1995 stand ein mäßiger Fortschritt bei der Schaffung der flächenbezogenen Studienplätze gegenüber. Es war offensichtlich, daß der gesetzte Zeitrahmen für die Einrichtung der Studienplätze kostenmäßig weder vom Bund noch vom Land einzuhalten war und deshalb gestreckt werden mußte. Der forcierte Personalaufbau hatte zwar ermöglicht, daß fast alle vorgesehenen Studiengänge angeboten werden konnten, unübersehbar aber war das Defizit an Ausbildungsplätzen im Laborbereich. Zudem führten die fehlenden Flächen zu hohen Mietkosten.

So stellte sich mir als hauptsächliche Aufgabe die Notwendigkeit

der Konsolidierung des weiteren Hochschulaufbaus, d.h. der Verringerung der Diskrepanz zwischen personellem, baulichem und sächlichem Entwicklungsstand durch Verlangsamung des personellen und Beschleunigung des Aufbaus im baulichen und sächlichen Bereich.

Auch eine weitere Hochschulgründung - wie ursprünglich vorgesehen - mußte im Interesse der Konsolidierung der bestehenden Hochschulen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Eine weitere wichtige Aufgabe im Wissenschaftsbereich bestand in der Vorbereitung der gemeinsamen Hochschulstrukturplanung der Länder Berlin und Brandenburg. Im Neugliederungs-Staatsvertrag, der die Vereinigungsschritte beider Länder regeln sollte, war vorgesehen, hierfür eine gemeinsame Hochschulstrukturkommission einzusetzen, deren Empfehlungen die Grundlagen für die zu erarbeitende Hochschulstrukturplanung bilden sollten. Diesem Vorgehen habe ich von Beginn der Fusionsüberlegungen an vorbehaltlos zugestimmt. Dies nicht etwa, weil ich den brandenburgischen Aufbauplänen skeptisch gegenüberstand, sondern weil ich überzeugt war, daß eine organische Planung für das gemeinsame Land auch im Hochschulbereich zu einem Ergebnis führen würde, das den Bedürfnissen der Gesamtregion noch besser entspräche, als es die bis dahin erreichten Abstimmungen zwischen den Wissenschaftsverwaltungen beider Länder vermochten.

Bekanntlich ist das Projekt der Länderfusion am brandenburgischen Wählerwillen gescheitert, was auch für den Hochschulbereich bedeutet, daß es eine Planung für ein gemeinsames Land nicht geben kann. Der die Fusion vorbereitende Prozeß hat aber in beiden Ländern die Überzeugung gestärkt, daß weitere Abstimmungen zwischen den Hochschulplanungen notwendig und möglich sind. Mit meinem Berliner Amtskollegen habe ich mich deshalb auf folgende Grundsätze der Vertiefung der Zusammenarbeit im Hochschulbereich verständigt:

- wechselseitige Anerkennung von Lehr- und Studienleistungen
- Übernahme von Ausbildungsteilen
- Konzentration von Studienangeboten.

Für jeden der genannten Grundsätze befinden sich konkrete Umsetzungen in der Diskussion, und beide Ressorts werden im kommenden Frühjahr vor dem jüngst geschaffenen Koordinierungsrat der beiden Landesregierungen über die erreichten Abstimmungsergebnisse zu berichten haben.

Der gegenwärtige Trend sinkender Steuereinnahmen, dessen Wende noch nicht in Sicht ist, verbunden mit sinkenden Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und aus Ergänzungszuweisungen des Bundes, erfordert eine Anpassung der Ausgaben des Landes. Von dieser Anpassung werden die Wissensschaftsausgaben nicht ausgenommen, was verständlicherweise zu der häufig gestellten Frage geführt hat, ob eine Kürzung der Wissenschaftsausgaben des Landes mit seinen Entwicklungszielen vereinbar sei. Dabei wird darauf verwiesen, daß Brandenburg im Ländervergleich der Wissenschaftsausgaben, bezogen auf die Bevölkerungszahl, immer noch den letzten Platz einnimmt. Dies ist zwar nicht zu bestreiten, gleichzeitig muß jedoch auch gesehen werden, daß das Land 1996 bei der pro-Kopf-Ausgabe je Studierenden über den Ausgaben aller anderen Bundesländer liegt. Daran wird sich auch 1997 trotz gestiegenen Studierendenaufkommen noch nichts ändern. Wenn also die Wissenschaftsausgaben nicht wesentlich reduziert werden, kann eine weiterwachsende Studierendenzahl versorgt werden. Freilich ist der Punkt absehbar, an dem sich diese Position ändert, wenn es nicht zu einer Steigerung der Wissenschaftsausgaben kommt. So gesehen ist es zu würdigen, wenn bei der für 1997 vorgesehenen Absenkung der Gesamtausgaben des Landes um 1% der Wissenschaftsbereich nur mit einer Ausgabenkürzung von 0,1% betroffen ist.

Im Interesse der Zukunftsfähigkeit des Landes hält die Landesregierung an dem Ziel der Schaffung von 34.400 Studienplätzen fest, auch wenn die finanziellen Rahmenbedingungen zu einer zeitlichen Strekkung bei der Verwirklichung zwingen. Es stellt sich jedoch die Frage, wie mit dem Aufbauziel umzugehen ist, wenn sich mittelfristig eine Absenkung der Wissenschaftsausgaben nicht vermeiden läßt. Um bei der Beantwortung dieser Frage zu einem möglichst breiten Konsens zu gelangen, habe ich einen „Hochschulpolitischen Ratschlag" mit Vertretern der Hochschulen, Verbände, Gewerkschaften und der Politik anberaumt. In Vorbereitung dieses Ratschlages sind die Hochschulen gebeten worden, Szenarien für mögliche Fälle der Haushaltsentwicklung zu erarbeiten. Dabei sind die Schärfung des Hochschulprofils, die Verbesserung der Übereinstimmung von Studienangebot und -nachfrage und die Harmonisierung des Hochschulaufbaus zu verfolgende Ziele. Hinsichtlich der Übereinstimmung von Studienangebot und -nachfrage ist zu erwähnen, daß - wie oben angeführt - die Gesamtnachfrage zufrie-

denstellend ist, die Nachfrageentwicklung nach ingenieurwissenschaftlichen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Studien aber bisher hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist, so daß inzwischen aufgebaute Kapazitäten zum Teil nicht ausgelastet sind. Es ist nur ein geringer Trost zu wissen, daß hier Übereinstimmung mit einem bundesweiten Trend besteht.

Studienangebot und -nachfrage in bessere Übereinstimmung zu bringen, kann nur bedeuten, daß Bereiche mit starker Nachfrage vorzugsweise aufgebaut werden, und daß der Aufbau von Bereichen mit schwacher Nachfrage überprüft wird. Bei den Fachhochschulen hat letzteres bereits dazu geführt, daß das Grundstudium nachfrageschwacher technischer Studiengänge so weit wie möglich zusammengeführt worden ist. Dadurch freigewordene Lehrkapazitäten würden anderen, nichttechnischen Bereich zugeordnet. Dieses Vorgehen hat ohne Frage Grenzen, und im Interesse der Landesentwicklung kann auch nicht auf die technischen Studiengänge verzichtet werden. Bei der landesweiten Überprüfung des Studienangebots hinsichtlich der Tragbarkeit von Mehrfachangeboten ist auch der Blick nach Berlin zu richten und die Frage nach einer weiteren Konzentration von Studienangeboten in der Region zu beantworten.

Ein weiterer Problembereich, der in der laufenden Diskussion der Klärung nähergebracht werden soll, ist die Stärkung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen durch Flexibilisierung und Globalisierung der Hochschulhaushalte und durch Effizienzsteigerung der Hochschulorganisation. Hinsichtlich des Haushaltsgeschehens wird es darum gehen, die Erfahrungen der Hochschulen, die in diesem Jahr mit der Flexibilisierung begonnen haben, zu verallgemeinern für die bevorstehende Einbeziehung aller Hochschulen und die Einführung der Globalisierung vorzubereiten. Ich bin überzeugt, daß die Hochschulen die sich eröffnenden Handlungsspielräume für einen effektiveren Einsatz der Haushaltsmittel nutzen werden, die ihnen eine stärkere Einflußnahme auf ihre eigene Entwicklung ermöglichen und somit eine Stärkung der Hochschulautonomie bedeuten. Um die Hochschulorganisation leistungsfähiger zu gestalten, bedarf es der Schaffung der erforderlichen hochschulverfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen, die es den Hochschulen in leitungs- und entscheidungsmäßiger Hinsicht ermöglichen, ihre Funktion als Dienstleistungsunternehmen wahrnehmen zu können. Diese Funktionswahrnehmung schließt autonomes wettbewerbliches Agieren unter Marktbedingungen ein. Die leistungsabhängig finanzierte Hochschule wird zwar erst am Ende eines Prozesses mit mehreren Schritten erreicht sein, die dafür notwendigen Leitungsstrukturen gilt es aber möglichst bald zu schaffen, damit die mit ihnen verbundene Stärkung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen für ihren weiteren, unter schwierigen Haushaltsbedingungen erfolgenden Aufbau genutzt werden kann.

Steffen Reiche, Pfarrer, ist seit 1994 Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg

Hochschulentwicklung in Sachsen

Hans Joachim Meyer
Dresden

In Zeiten schrumpfender öffentlicher Mittel scheint der Begriff der Hochschulentwicklung, nimmt man nur das seinem semantischen Gehalt zugrundeliegende Bild, ein Euphemismus. Denn streng genommen bedeutet Entwicklung wie auch der jüngere Begriff der Entfaltung, daß etwas an Breite und Umfang zunimmt. Jedenfalls ist dies das allgemeine Verständnis, und jeder Entwicklungsplan, der keinen Zuwachs, sondern stattdessen eine Abnahme bringt, muß schon auf Grund dieser allgemeinen Erwartung gleichsam grundsätzlich Kritik auf sich ziehen. Freilich liegt es im Bild des Entwickelns wie des Entfaltens, daß alles im Prinzip schon vorhanden ist und nur später sichtbar wird oder zum Tragen kommt. Das erinnert nun wiederum an das bekannte Finanzargument, daß, wo nichts zu holen ist, der Kaiser sein Recht verloren hat.

Halten wir uns daher weniger an die Semantik oder eine ohnehin längst verblaßte Metaphorik, sondern, wenn schon nicht lieber, so doch besser an die Realität. Und diese besagt für Sachsen eine Kürzung von 775 Stellen bis zum Jahre 1999. Zusammen mit den bereits von 1993 bis 1996 exekutierten Stellenstreichungen kürzt dies die 1992 beschlossene und umgesetzte Gesamtstellenzahl von 11 000 (an Stelle der 22 000 von 1990!) auf künftig 10 000 Stellen. Daß dieser Abbau einen harten Einschnitt bedeutet, ist offensichtlich. Für Kenner ist sofort klar, daß diese Zahl dem Personal von zwei mittelgroßen Fachhochschulen gleichkommt. Ich will daher gar nicht den Versuch machen, die Härte des Eingriffs in irgendeiner Weise zu verschweigen oder verbal abzumildern. Gleichwohl muß festgehalten werden, daß der Grundsatz der 1992

beschlossenen sächsischen Hochschulstruktur, sich an die günstigste Relation von Hochschulpersonal und Bevölkerung unter den Flächenländern der alten Bundesrepublik - nämlich Baden-Württemberg - zu orientieren, damit weiter Gültigkeit behält, denn Sachsen hat seitdem eine weitere Abnahme seiner Bevölkerung erfahren, während die von Baden-Württemberg zugenommen hat. Auch ist es wohl ein Gebot der politischen Redlichkeit, darauf hinzuweisen, daß die sächsischen Studentenzahlen zwar seit 1992 kontinuierlich ansteigen und sich dieser Anstieg nach aller Voraussicht bis in das nächste Jahrhundert fortsetzen wird, daß aber nach heutigen demographischen Erkenntnissen ab 2010 eine deutliche Abnahme zu erwarten ist. Nun will ich durchaus einräumen, daß im gesamtdeutschen Maßstab eine Abnahme der Studentenzahl in Relation zum Hochschulpersonal und damit eine bessere Betreuungsrelation eine Rückkehr zur Normalität bedeuten würde. Welchen Sinn sollte sonst das Bild von der „Untertunnelung des Studentenberges" haben, das reichlich dazu verwendet wurde, den Beschluß der Ministerpäsidenten von 1977 über die Offenhaltung der Hochschulen trotz einer ständig steigenden Zahl von Studierwilligen zu rechtfertigen, auch wenn die Finanzminister heute davon nichts mehr wissen wollen und im Gegenteil jetzt schon allen Ernstes eine weitere Verschlechterung der Curricularnormwerte verlangen? In Sachsen müssen wir erleben, daß sich die 1991 im Vergleich mit Baden-Württemberg bestimmte Höchstzahl von 90.000 Studenten inzwischen für manche in eine Existenzbedingung für Hochschulen verwandelt hat. Die Hochschule wäre dann gleichsam eine Einrichtung zur Einlösung des Rechtstitels „Abitur" unter den Bedingungen der CNW! Wer solche Vorstellungen hat und auch sonst gern griffig in Schwarz-Weiß-Kategorien denkt, für den ist jede nicht bis an die Grenzen vollgestopfte Hochschule eine „leere Hochschule", deren hochbezahlte Professoren müßig gehen. Rückkehr zur Normalität kann andererseits selbstverständlich auch nicht bedeuten, die Zahl der Studenten wieder auf jenen Prozentsatz einer Altersgruppe drücken zu wollen, der bis in die Mitte der sechziger Jahre typisch war. Ganz unabhängig davon, ob Charakter und Struktur des derzeitigen Hochschulstudiums und der Vorbereitung darauf richtig sind, deuten die meisten verfügbaren Daten darauf hin, daß unsere Gesellschaft eine große Zahl von wissenschaftlich gebildeten Menschen braucht. Es geht also nicht um ein vordergründig finanziell begründetes Plädoyer für eine

Verringerung der Studentenzahlen! Dennoch: Auch wenn es eine der vornehmsten Aufgaben der Wissenschaftspolitik ist, die Notwendigkeit und den Stellenwert von Wissenschaft für die Zukunft der Gesellschaft in die öffentliche Debatte einzubringen und die sich daraus ergebende Priorität für den Einsatz der öffentlichen Mittel zu fordern, so wäre es doch wirklichkeitsfremd anzunehmen, Hochschulentwicklung könne nur Zunahme bedeuten.

Im Verlauf der sächsischen Haushaltsdebatte der Jahre 1995 und 1996 habe ich mit Nachdruck auf die Bedeutung der Universitäten und Hochschulen für eine gute Perspektive des Landes hingewiesen. Darüber ist in den Medien hinlänglich berichtet worden, so daß ich das hier nicht wiederholen will. Vielmehr möchte ich im Rahmen des mir gestellten Themas darzustellen suchen, wie wir das sächsische Hochschulwesen strukturell auf den enger werden Rahmen einstellen wollen, ohne dabei Entwicklung mit Abbau gleichzusetzen. Allerdings kann ich hier nur über vorläufige Überlegungen berichten, weil die Gespräche mit den Universitäten und Hochschulen noch nicht abgeschlossen sind und der sich daraus ergebende Hochschulentwicklungsplan noch vom Kabinett beschlossen und dem Landtag vorgelegt werden muß.

Ich beginne mit einem Prinzip, das seit den Strukturbeschlüssen von 1992 für die sächsische Hochschulpolitik maßgebend ist und auch künftig richtungsbestimmend sein wird: der vorrangigen Stärkung der Hochschulen für Technik und Wirtschaft, d.h. der sächsischen Fachhochschulen. Seit 1992 entwickeln sich diese erfolgreich; der für uns neue Hochschultyp wurde von den Studierwilligen in überdurchschnittlichem Maße angenommen, und es gelang zugleich, die Einheit von praxisorientierter Lehre und angewandter Forschung so überzeugend zu verwirklichen, daß Sachsen auf dem Gebiet der von Fachhochschulen betriebenen Forschung heute in Deutschland eine Spitzenposition einnimmt. Durch den Stellenabbau im sächsischen Hochschulwesen wird eine Verlagerung von Stellen aus den Universitäten in die Fachhochschulen sehr viel schwerer zu erreichen sein. Dennoch bleibt diese gerechtfertigt, weil wir auf Grund der Bewerberlage wissen, daß beim Ausbau bestimmter Fachhochschulstudiengänge eine wesentlich höhere Zahl von Studenten dort immatrikuliert werden könnte. Im Grundsatz liegt der Ausbau der Fachhochschulen auch im wohlverstandenen Eigeninteresse der Universitäten. Allerdings kommt der Vorteil der Universi-

täten nur dann zum Tragen, wenn diese nicht gleichzeitig zu einem solchen Abbau gezwungen werden, daß sich aus den Veränderungen der Proportionen zwischen den Studenten an Universitäten und denen an Fachhochschulen für erstere keine besseren Betreuungsrelationen ergeben. Nach Lage der Dinge werden wir also zunächst vor allem die Möglichkeiten des Hochschulsonderprogramms III für den Fachhochschulausbau nutzen müssen.

Zweitens gehen wir davon aus, daß unsere Kunsthochschulen - die Hochschule der Bildenden Künste in Dresden, die Hochschule für Graphik und Buchkunst in Leipzig, die Musikhochschule „Carl Maria v. Weber" in Dresden und die Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn-Bartholdy" in Leipzig - in ihrem gegenwärtigen Bestand im wesentlichen bewahrt werden können. Sie haben sich in den letzten Jahren gut entwickelt, und die Attraktivität dieser sächsischen Hochschulen hat im deutschlandweiten Vergleich besonders zugenommen.

Aus dem Gesagten folgt, daß die Hauptlast der Veränderungen von den sächsischen Universitäten getragen werden muß. Dabei gehe ich davon aus, daß die derzeitige Zahl der sächsischen Universitäten sinnvoll und wohl begründet ist. Da die Existenz der beiden großen Universitäten Leipzig und Dresden nicht ernsthaft erörtert werden kann, ist dies ein Plädoyer für die weitere Existenz von Freiberg und Chemnitz. Diese beiden Universitäten haben in den letzten Jahren durch Einwerbungen aus den Programmen der Deutschen Forschungsgemeinschaft und von Drittmitteln aus der Ressortforschung und aus der Industrie ihre wissenschaftliche Leistungsfähigkeit eindrucksvoll und überzeugend unter Beweis gestellt. Freiberg, im Jahre 1765 als erste montanwissenschaftliche Hochschule der Welt gegründet, entwickelt überdies für die Lehre ein attraktives ökologisches Profil, das bereits zu einer merklichen Erhöhung des Studiennachfrage geführt hat. Chemnitz ist lebensnotwendig für diese alte Industriestadt und für ganz Westsachsen. Also muß die Aufgabe darin bestehen, die vier sächsischen Universitätsstandorte zu erhalten, aber den Beitrag der Universitäten zum sächsischen Studienangebot zu überdenken und in Teilen neu zu definieren.

Die Leitgedanken für einen solchen Prozeß der kritischen Analyse und partiellen Neudefinition sind Kooperation und Konzentration. Was bedeuten diese beiden Begriffe und wie können die von ihnen ausgedrückten Ziele erreicht werden? Sicher muß die Feststellung nicht näher

begründet werden, daß Kooperation ganz generell ein Wesensmerkmal akademischer Arbeit und wissenschaftlichen Lebens sein sollte. Daher ist die Klarstellung notwendig, daß es bei der Neustrukturierung des sächsischen Studienangebots um arbeitsteilige Kooperation geht, und zwar entweder bei der Durchführung des gleichen Studienganges oder bei der komplementären Spezialisierung gleichartiger Studiengänge. Auf der Grundlage von § 68 Abs. 2 des Sächsischen Hochschulgesetzes, wonach Professoren einer Hochschule auch Lehraufgaben an einer anderen Hochschule übertragen werden können, wird ersteres bereits für die Mathematik-Didaktik in Leipzig und Chemnitz, für die Wirtschaftsgeschichte in Dresden und Freiberg und für die Volkswirtschaftslehre in Freiberg und am Internationalen Hochschulinstitut in Zittau praktiziert. Für letzteres liegen ebenfalls schon gewisse Erfahrungen vor, so z.B. durch die unterschiedliche und sich wechselseitig ergänzende Profilierung der Elektrotechnik in Dresden und Chemnitz. Im Vergleich damit bezeichnet Konzentration einen ungleich härteren strukturellen Eingriff, denn er führt zugleich zur Reduktion, d.h. zur Verringerung der Zahl der Standorte für einen bestimmten Studiengang oder, anders ausgedrückt, zu einer Rücknahme von Mehrfachangeboten des gleichen Studienfaches in Sachsen. Naturgemäß gab es bisher dafür noch keine Beispiele.

Aus den derzeitigen Überlegungen seien exemplarisch hier Studienfächer genannt, für die arbeitsteilige Kooperation oder Konzentration auf einen oder zwei Studienorte erwogen wird. Kooperation dieser Art wäre z.B. möglich bei der Informatik in Leipzig und Chemnitz, den Geowissenschaften in Leipzig und Freiberg, den Wirtschaftswissenschaften in Freiberg und Chemnitz sowie den Nebenfächern der Rechtswissenschaft in Leipzig und Dresden. Die Möglichkeit der Konzentration auf weniger Studienorte bzw. auf einen Standort wird geprüft für die Grundschullehrerausbildung, die Berufsschullehrerausbildung, die Ausbildung evangelischer Religionslehrer, die Ausbildung von Sportlehrern sowie die Diplomstudiengänge Chemie und Geologie.

Der Abbau der Lehramtsstudiengänge muß aus den schon erwähnten demographischen Gründen erfolgen. Ganz generell wird uns der dramatische Rückgang der Geburten in Zukunft vor die größten Herausforderungen stellen. Auch wenn es verhängnisvoll wäre, darauf einfach mit einer Politik des Abbruchs und der Demontage zu antworten, so wäre es doch andererseits unverantwortlich, den starken Rückgang der Schülerzahlen zu ignorieren und dadurch junge Menschen in großer Zahl für die Arbeitslosigkeit auszubilden. Was wir in jedem Fall sichern müssen, auch wenn dies sehr schwierig sein wird, ist ein gewisser Einstellungskorridor für junge Lehrer, damit die Lehrerkollegien nicht überaltern und der sonst in einigen Jahren unvermeidliche Kontinuitätsbruch in der Schule gemildert werden kann.

Ein Aspekt, der sich bei der Debatte um die notwendigen Konsequenzen des Stellenabbaus und den verantwortbaren Umgang mit diesem strukturellen Eingriff aufgetan hat, ist möglicherweise im Blick auf die derzeitige Hochschulreformdebatte von gesamtdeutschen Interesse. Es ist die Frage, ob aus einer leistungs- oder wettbewerbsorientierten Verteilung der öffentlichen Mittel auf die Hochschulen der Schluß gezogen werden darf, daß, wer die meisten Studenten hat oder zu bekommen hofft, auch auf Kosten anderer Hochschulen ausgebaut oder doch jedenfalls geschont werden müsse. Nun trete ich seit langem für einen stärkeren Wettbewerb zwischen den Hochschulen ein, und wir arbeiten in Sachsen auf eine leistungsorientierte Verteilung der öffentlichen Mittel zwischen den Hochschulen und innerhalb jeder Hochschule hin. Das bedeutet zwangsläufig eine Förderung bereits nachgewiesener Leistungsfähigkeit und folglich negative Konsequenzen für weniger leistungsfähige Einrichtungen. Nach meiner Überzeugung wäre jedoch eine ausschließliche Ausrichtung an Studentenzahlen einseitig und in der Konsequenz schädlich. Zunächst einmal gehören zum Leistungsbild einer Universität oder Hochschule zwingend auch die Ergebnisse in der Forschung. Schon deshalb ist eine solche Verkürzung der Leistungskriterien inakzeptabel. Vor allem aber scheint mir das Kriterium der quantitativen Größe für sich genommen für eine Universität oder eine Fakultät durchaus fragwürdig. Welche Ehre besteht darin, die größte Fakultät zu sein, wenn sich zugleich die Studenten über mangelhafte Betreuung beschweren? Und zu glauben, man könne und dürfe Studenten über jedes verantwortbare Maß immatrikulieren, damit man diese im Kampf um Mittel und Stellen als Feuerschutz vor sich hertreiben kann, ist in meinen Augen alles andere als eine überzeugende und moralisch vertretbare Taktik, so groß die Versuchung dazu auch sein mag.

Was ist nun das Fazit über die konkreten Ergebnisse hinaus? In Zeiten expandierender Budgets ist die Formulierung eines Hochschulentwicklungsplans mit Sicherheit nicht nur eine Quelle des Ruhms oder

doch wenigstens öffentlichen Ansehens, sondern auch eine relativ angenehme Angelegenheit. Wenn das Geld knapp ist und Licht am Ende des Finanztunnels nicht erkennbar, dann ist die Erarbeitung eines solchen Konzepts eine schwierige und mühselige Sache. Dafür ist die Notwendigkeit eines Entwicklungskonzepts um so größer.

Hans Joachim Meyer, Prof. Dr. phil., Anglist, ist seit 1990
Sächsischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst

Hochschulen in Thüringen zwischen langfristigem Ausbau und Sofortmaßnahmen

Gerd Schuchardt
Erfurt

Bis zum heutigen Tage konnte der Bevölkerungsrückgang in Thüringen nicht aufgehalten werden. Wir beobachten seit Jahren, daß besonders junge Menschen dem Freistaat den Rücken kehren. Warum? Zum einen erhoffen sich viele in den alten Bundesländern bessere Studienbedingungen sowie ein umfangreicheres Bildungsangebot und zum anderen eine größere Chance auf einen sicheren Arbeitsplatz und bessere Berufsperspektiven.

Eine Ursache für diesen Standortnachteil ist in Thüringen der weitgehende Zusammenburch der Industrieforschung kurz nach der Wende. Ich habe das Wegbrechen der vorhandenen Kapazitäten im Bereich Forschung und Entwicklung miterlebt. Als ehemaliger Forschungsingenieur ist es für mich nicht nur eine politische Aufgabe, sondern ein ganz persönliches Anliegen, dieser Entwicklung entgegenzuwirken und dafür zu sorgen, daß in Ostdeutschland nicht lediglich die verlängerten Werkbänke der Westfirmen entstehen, sondern zukunftsweisende, innovative Bereiche gefördert und ausgebaut werden.

Ich setze mich seit Beginn meiner Amtszeit für einen konstruktiven Ausbau der Hochschulausbildung auf der Basis einer sicheren Planung sowie für Sofortmaßnahmen im Bereich der Technologieförderung ein, die auch langfristig Arbeitsplätze in Thüringen sichern. Hierfür ist eine enge Verzahnung von Hochschulentwicklung und Technologie- sowie Wirtschaftspolitik notwendig. Um dies möglichst schnell und gezielt

voranzutreiben, habe ich 1995 in meinem Ministerium eine eigene Forschungsabteilung gegründet und Richtlinien für die Forschungsförderung aufgestellt, die direkt an der Schnittstelle von Forschung und Entwicklung einsetzen. Eine ausgewogene Förderung von langfristig angelegter anwendungsbezogener Forschung und Grundlagenforschung muß mit dem weiteren Ausbau der bestehenden Hochschullandschaft einhergehen.

Hochschulen erhalten Planungssicherheit bis zum Ende des Jahrtausends

Um junge Menschen in Thüringen zu halten, müssen wir bundesweit vergleichbare Lebens- und Studienbedingungen herstellen. Heute kann ich mit Recht sagen, daß wir den Anschluß geschafft haben. Im Hochschulbereich ist es mir gelungen, eine kurzsichtige und fiskalische Personalreduzierung zu verhindern. Im Gegenteil: ich konnte den Stellenumfang festschreiben.

In meinem Hause wurde ein Stellenentwicklungskonzept für die Hochschulen aufgestellt, dem das Kabinett am 21. Juni 1995 zugestimmt hat. Es ist unverzichtbarer Bestandteil des Landeshochschulplanes und sieht Einsparungen in unausgelasteten Bereichen, aber auch Umstrukturierungen vor. So wird den Hochschulen die Möglichkeit zum Auf- und Ausbau profilbildender Schwerpunkte gegeben. Hiermit wird außerdem gewährleistet, den Aufbau der Fachhochschulen bedarfsgerecht zu fördern.

In diesem Wintersemester haben wir wieder einen Anstieg der Studierendenzahlen in Thüringen verzeichnet. Zur Zeit studieren rund 29.000 junge Menschen an unseren neun Universitäten und Hochschulen. Wir müssen davon ausgehen, daß im Jahr 1999 etwa 48.000 Studierende an den Thüringer Hochschulen eingeschrieben sind, bis zum Jahr 2005 werden es mehr als 57.000 sein.

An den drei Fachhochschulen in Erfurt, Jena und Schmalkalden studieren in diesem Semester rund 7.000 Studenten, davon 1.800 im ersten Fachsemester. Damit haben sich an der Fachhochschule im Vergleich zum Vorjahr knapp acht Prozent mehr Studienanfänger einschreiben lassen.

Nach meinem Amtsantritt als Wissenschaftsminister habe ich es als vordringlichste Aufgabe gesehen, in einem von der Landesregierung

mitgetragenen Landeshochschulplan die strukturelle Entwicklung der Hochschulen in Thüringen und ihre Ausbauplanung festzuschreiben. Den Thüringer Hochschulen bietet der Landeshochschulplan Planungssicherheit bis zum Ende des Jahrtausends. Er beruht auf den Entwicklungsplänen der Hochschulen und erhielt am 20. Februar 1996 die Zustimmung der Thüringer Landesregierung. Der Landeshochschulplan läßt den Hochschulen im Rahmen des finanziell Machbaren den größtmöglichen Handlungsspielraum bei der Erfüllung ihrer Aufgaben.

In diesem Rahmen nutzen die Hochschulen die Möglichkeit der eigenen Profilbildung: So sieht die Technische Universität (TU) Ilmenau einen Ausbauschwerpunkt in der Einrichtung eines breiten und konkurrenzfähigen Ausbildungsspektrums in den Medien- und Kommunikationstechnologien. In diesem Wintersemester hat die TU Ilmenau drei neue Medienstudiengänge eingeführt. Die Bauhaus-Universität Weimar gründete eine neue Fakultät Medien. Im dem neuen Studiengang Medienkultur haben sich bereits 86 Studierende eingeschrieben.

Gemeinsam mit der TU Ilmenau und der Bauhaus-Universität Weimar konzipiert die Friedrich-Schiller-Universität (FSU) Jena einen Studiengang "Werkstoffwissenschaften". Außerdem setzt die FSU Jena den Ausbau der Studiengänge Pharmazie, Geowissenschaften und Biochemie weiter fort.

Die Musikhochschule "Franz Liszt" Weimar hat im Hinblick auf eine zukunftsfähige berufsbezogene Ausbildung den Fachbereich Jazz/Pop gegründet, für den derzeit mit Erfolg die Berufungsverfahren laufen.

Die Pädagogische Hochschule (PH) Erfurt hat sich den veränderten Bedürfnissen in der Erwachsenenbildung angepaßt und bietet beispielsweise auch in Aufbauform einen Diplom-Studiengang im Fach Erziehungswissenschaften an. Die Zukunft der PH Erfurt liegt in der Universität Erfurt. Die Aufgaben der PH sollen laut Empfehlung des Wissenschaftsrates frühestens zwei Jahre nach Aufnahme des allgemeinen Studienbetriebs von der Universität übernommen werden.

Zusammen mit der TU Ilmenau ist die FH Schmalkalden binnen kürzester Zeit zu einem festen Bestandteil der Region geworden und liefert wichtige Impulse für die Infrastrukturbildung in Südthüringen. Die Fachhochschule ist dabei, den Studiengang Maschinenbau durch neue Lehrinhalte und Ergänzungen zu optimieren. Die FH Jena hat ihr Studienangebot im Wintersemester (WS) 95/96 im Fachbereich Werk-

stofftechnik um den Studiengang Umwelttechnik erweitert. Ebenfalls im WS 95/96 hat die Fachhochschule Erfurt die Fachbereiche Restaurierung sowie Transport- und Verkehrswesen neu eingerichtet.

Die Zielstellung der Landeshochschulplanung ist ein quantitativer und qualitativer Ausbau der Hochschulen. In quantitativer Hinsicht bedeutet dies: Bis 1999 sollen 9.000 flächenbezogene Studienplätze geschaffen werden; in qualitativer Hinsicht ist die Gewährleistung einer differenzierten Ausbildungs- und Fächerstruktur wichtigste Aufgabe.

Die Studienreform ist ein weiterer Schwerpunkt der Thüringer Hochschulpolitik. Hier gilt es, bewährte Rahmenbedingungen zu erhalten, um auch weiterhin ein effizientes Studieren an den Thüringer Hochschulen zu ermöglichen. Das Studium soll auch künftig innerhalb der Regelstudienzeit abgeschlossen werden können.

Eine besondere Herausforderung der Thüringer Hochschulpolitik ist der Aufbau der 1994 wiedergegründeten Universität Erfurt. Laut Votum des Wissenschaftsrats haben wir zunächst die Sanierung und den Ausbau der bestehenden Hochschulen auf einen guten Weg gebracht, bevor in Thüringen mit dem Aufbau dieser Universität begonnen wurde.

Die Erfurter Universität soll innovative Strukturen in der Hochschulbildung entwickeln. Aus diesem Grund wurde in das Thüringer Hochschulgesetz eine Experimentierklausel aufgenommen, die der Universität, soweit dies rechtlich möglich ist, Handlungsspielräume eröffnet. Es besteht darüber hinaus auch die Bereitschaft, der Universität Erfurt die Möglichkeit eines Globalhaushaltes zu geben.

Zehn Jahre nach der Aufnahme des Studienbetriebs treten diese Ausnahmebestimmungen für die Universität außer Kraft. Es soll überprüft werden, wie die Absolventen auf dem Arbeitsmarkt akzeptiert werden. Das Ergebnis wird dann zeigen, ob diese Regelung auf alle Thüringer Hochschulen ausgedehnt werden sollte.

Priorität in meiner Schwerpunktsetzung hat der Ausbau der Fachhochschullandschaft. Die Stärke der Fachhochschulen liegt in der Verbindung der Lehre mit wissenschaftlich-methodischer Fundierung und straffer Organisation des Studiums. Deshalb werden die bestehenden Fachhochschulen weiter ausgebaut und neue Studienplätze bereitgestellt. Für eine weitere Fachhochschule in Nordthüringen werden die Planungen konkretisiert und die Planungen für einen Standort in Ostthüringen werden aufgenommen.

Zum Ausbau der Hochschulen gehört für mich nicht nur die Schaffung von neuen Studienplätzen, sondern auch die Bereitstellung einer ausgewogenen Fächerstruktur. Ermöglichten die Fachhochschulen 1991 noch vorwiegend ein Studium in den klassischen Ingenieurdisziplinen, so hat sich bereits jetzt das Ausbildungsspektrum erheblich erweitert. Die Fachhochschule (FH) Schmalkalden verfügt gegenwärtig über fünf Fachbereiche, die FH Erfurt über neun und die FH Jena über zehn.

Nachdem auch die Thüringer Handelskammern sowie die Industrie- und Handelskammern der benachbarten Regionen den Bedarf an solchen Fachkräften erkannt hatten und die mittelständischen Unternehmen großes Interesse zeigten, entschied ich mich für die Einrichtung des Studienganges "Wirtschaftsrecht" an der Fachhochschule Schmalkalden.

Der neue Studiengang löste inzwischen eine Bewerbernachfrage aus, die die Erwartungen bei weitem übertraf. Die Bewerberzahlen beweisen das Interesse an einer derartigen Erweiterung des Fächerspektrums.

Für die Planungen zur Gründung einer Fachhochschule in Nordthüringen habe ich eine Strukturkommission berufen. Sie hat im September 1996 eine Empfehlung sowohl für die Fächerstruktur als auch für den Standort einer vierten Thüringer Fachhochschule vorgelegt, das zukunftsträchtige Studienreformansätze enthält.

So soll beispielsweise der Studienaufbau modular gestaltet werden. Er soll durch fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit nicht nur zu einer Optimierung der Ressourcen führen, sondern wird den Studierenden auch die Ausbildung zum "Generalisten" bieten. Mit einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Breite und Tiefe der Ausbildung sollen die Absolventen universell einsetzbar sein und damit größere Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Im Gegensatz zum Spezialisten, dessen Spezialwissen infolge der rasanten Entwicklung der Technik schnell überholt sein wird, hat der "Generalist" auf Grund seines umfassenden Basiswissens die Chance, sich schneller in neu anstehende Aufgaben einzuarbeiten, um so mit der technischen Entwicklung Schritt halten zu können.

Darüber hinaus eröffnet der modulare Studienaufbau zudem Perspektiven für die Durchführung berufsbegleitender Studiengänge, die insbesondere im Hinblick auf die Forderung wissenschaftlicher Weiter-

bildung auch während des Berufslebens zunehmend an Bedeutung gewinnen werden.

Das Konzept sieht weiterhin im Bereich der Sozialwissenschaften die Einrichtung eines managementorientierten Ausbildungszweiges vor. Damit soll die wirtschaftswissenschaftliche Kompetenz der Absolventen sozialwissenschaftlicher Fachrichtungen gesteigert werden. Damit wird einer Forderung der großen karitativen Einrichtungen entsprochen.

Bei den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen finden sich innovative Ansätze zum einen in dem Vorschlag, einen Studiengang "Public-Management" einzurichten und zum anderen in der Empfehlung, die internen Verwaltungsfachhochschulen des Landes in eine Fachhochschule zu integrieren.

Es ist beabsichtigt, das Kabinett noch im Jahr 1996 mit der Empfehlung der Strukturkommission zu befassen, so daß im kommenden Jahr der Landtag über die Gründung der Fachhochschule Nordthüringen entscheiden kann.

Sofortmaßnahmen gegen den Rückstand im Forschungsbereich

Mit meiner Wissenschaftspolitik verfolge ich das Ziel, geeignete Rahmenbedingungen für eine gesunde Entwicklung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu schaffen. Dabei ist zu beachten, daß die Thüringer Hochschulen, auch die Fachhochschulen, derzeit eine Ersatzfunktion für die weitgehend weggebrochene Industrieforschung erfüllen. Denn die Finanzierung von Forschung und Entwicklung durch die Wirtschaft ist auch heute noch, ebenso wie in den übrigen neuen Ländern, problematisch.

In den alten Ländern werden deutlich mehr als 60 Prozent aller Ausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE) von der Wirtschaft getätigt. Dies ist jedoch nicht auf die neuen Länder übertragbar: Während die Industriearbeitsplätze in den neuen Ländern auf rund ein Drittel zurückgingen, reduzierte sich die Beschäftigung in der industriellen Forschung auf rund ein Siebentel. Der Anteil der FuE-Aufwendungen der ostdeutschen Wirtschaft lag im Jahr 1993 bezogen auf ganz Deutschland bei unter 4 Prozent.

Um dem Durchschnitt der alten Bundesländer zu entsprechen, müßte die Thüringer Wirtschaft jährlich rund 1,5 Milliarden DM mehr

für Forschung und Entwicklung aufwenden, als sie dies derzeit tut oder tun kann.

Die Wissenschafts- und Wirtschaftslandschaft in den alten Bundesländern sind durch eine jahrzehntelange Evolution gut aufeinander abgestimmt. Im Gegensatz dazu haben sich die Verhältnisse in Thüringen und den übrigen neuen Ländern sehr verändert. Doch solange die beiden Bereiche Wissenschaft und Wirtschaft sich nicht ausreichend inhaltlich anpassen, wird der Erfolg der betroffenen Wirtschaftszweige durch einen erschwerten Zugang zu den benötigten Technologien vermindert oder sogar in Frage gestellt.

Außerdem mangelt es den meisten kleinen und innovativen Firmen in den neuen Ländern an Eigenkapital. Damit aber fehlt die finanzielle Voraussetzung für mittel- und langfristig tragfähige Forschung und innovative Produktentwicklung.

Dies war ein Grund, weshalb ich für eine zusätzliche beträchtliche Förderung, insbesondere der Verbundforschung zwischen Universitäten, Fachhochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie für die Förderung der industrienahen Forschung eingetreten bin.

Seit September 1995 fördert mein Haus daher eine Reihe von Maßnahmen, die versuchen, den Erfordernissen einer modernen Forschungs- und Technologiepolitik Rechnung zu tragen und gleichzeitig die besonderen Defizite der neuen Länder in Thüringen soweit wie möglich auszugleichen.

Mit einem Programm zur Förderung der Vorbereitung von Verbundprojekten werden Hilfen für die Planung von Verbundvorhaben gewährt, an denen mindestens eine wissenschaftliche Forschungseinrichtung und mindestens ein kleines, mittleres oder mittelständisches Thüringer Unternehmen beteiligt ist. Es sollen Verbundvorhaben mit hoher Qualität erarbeitet werden, für deren Realisierung Förderanträge beim BMBF, bei der EU oder einem anderen anerkannten Drittmittelgeber gestellt werden.

Damit die Thüringer Forschungseinrichtungen bei der Einwerbung von Drittmitteln konkurrenzfähiger werden, soll ein zeitlich befristetes Programm aufgestellt werden, das die Drittmittelfähigkeit dieser wissenschaftlichen Einrichtung fördert.

Wenn wir das Ziel einer schnellen Umsetzung des ausgezeichneten

vorhandenen Wissens in unseren Hochschulen und Instituten in wettbewerbsfähige und zukunftssichere Problemlösungen und Produkte erreichen wollen, müssen Sofortmaßnahmen für Produktentwicklung und Forschungs- und Technologiepolitik aus einem Guß sein. Um die Innovationskraft zu steigern und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Freistaates voranzubringen, wird der Bereich Forschung und Entwicklung ausgeweitet. Schwerpunkte liegen z.B. auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologien, der Mikrosystemtechnik, der Medizintechnik und der Biotechnologie.

Die Thüringer Hochschulen und die Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen müssen in die Lage versetzt werden, dringend benötigte Innovationspotentiale für den Wiederaufbau einer konkurrenzfähigen Industrie bereitzustellen und soweit wie möglich den Ausfall an industriellen Forschungskapazitäten zu kompensieren.

Mit drei naturwissenschaftlich-technisch geprägten Universitäten, drei Fachhochschulen, drei landesfinanzierten und drei gemeinsam mit dem Bund getragenen Forschungsinstituten verfügt Thüringen über ein leistungsfähiges Forschungspotential zur Unterstützung insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen in Thüringen.

Besonders positiv hat sich in den vergangenen Jahren die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen entwickelt. Von Beginn an hatte das Thüringer Wissenschaftsministerium darauf Wert gelegt, daß Führungspositionen in den außeruniversitären Einrichtungen auch institutionell mit den Thüringer Hochschulen verklammert werden.

Es ist als großer Erfolg zu werten, daß rund 20 Instituts- bzw. Abteilungsleiter gleichzeitig berufene Professoren an Thüringer Hochschulen sind. Die nicht zuletzt hierdurch gestifteten Synergien sind beachtlich.

Diese Politik hat bereits ansehnliche Erfolge erzielt: So erhielt die Region Jena im BioRegio-Wettbewerb des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF) hinter den drei ausgezeichneten Modellregionen ein Sondervotum. Jena bekam die Zusage über einen bevorzugten Zugang zu Projektmitteln und hob sich damit als einzige Region von den übrigen Mitbewerbern ab. Die Jury betonte in ihrer Beurteilung besonders den bewußt auf Synergien setzenden Ansatz der Region.

Schwerpunktbildungen in der Forschung sowie Förderung von Verbundforschung und Institutsgründungen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des Thüringer Innovationspotentials. Durch die Förderung investiver Maßnahmen, die international konkurrenzfähige Forschungsinfrastruktur entwickeln sollen, sollen Kompetenzen gebündelt, Synergien genutzt und Kapazitäten in Forschung und Entwicklung für die Thüringer Wirtschaft bereitgestellt werden.

Die Zukunft des Standorts Thüringen wird in entscheidendem Maße davon abhängen, wie es gelingt, Kompetenz und Kreativität seiner Bürger zu erschließen und für die erforderlichen Innovationen in Wirtschaft und Gesellschaft nutzbar zu machen.

Gerd Schuchardt, Dr.-Ing., Elektrotechniker und Elektroniker, ist Thüringer Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur

Die Transformation der ostdeutschen Forschungslandschaft
Eine quantitative Untersuchung

Hans-Jürgen Czerwon
Berlin

1. Die ostdeutsche Wissenschaft im Übergang

Sechs Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist der Prozeß der Umstrukturierung der ostdeutschen Wissenschafts- und Forschungslandschaft im wesentlichen abgeschlossen. Die Übertragung der universitären und außeruniversitären Strukturen der alten Bundesrepublik auf die fünf neuen Bundesländer und Ost-Berlin war von zahlreichen kritischen, aber zuweilen auch unkritischen Kommentaren begleitet.

Vor gut einem Jahr wurde anläßlich der 5jährigen Wiederkehr der staatlichen Vereinigung aus unterschiedlicher Sicht Bilanz gezogen (vgl. z.B. [1-3]), wobei einerseits die Erfolge bei der Neugestaltung der außeruniversitären Forschung in Ostdeutschland gewürdigt wurden, andererseits jedoch die Nichtwahrnahme von Chancen für eine beispielhafte Erneuerung der Hochschullandschaft bedauert wurde. Es drängt sich der Eindruck auf, daß durch den Einigungsprozeß das forschungspolitische Gleichgewicht zwischen Bund, Ländern und Wissenschaftsorganisationen nicht gestört werden sollte und eine grundlegende Reform nicht im Interesse der Akteure lag. [4] So warnte im Jahr 1991 der

Präsident der Max-Planck-Gesellschaft vor den Gefahren einer unter Zeitdruck ungenügend durchdachten Veränderung des Systems der Forschungsorganisation in der Bundesrepublik, die er unter anderem durch den überproportionalen Zuwachs an Instituten der Blauen Liste in den neuen Bundesländern heraufziehen sah. [5]

Besonders bedenklich stimmen muß im nachhinein das Fazit des ehemaligen Präsidenten des Wissenschaftsrates Dieter Simon, daß die Abwicklung der Akademie der Wissenschaften der DDR und die beabsichtigte Integration von mehr als 1500 Wissenschaftlern in die ostdeutschen Hochschulen unter der falschen Voraussetzung beschlossen wurde, daß an den ostdeutschen Universitäten bzw. Hochschulen nicht oder nur wenig geforscht wurde. Wie verbreitet dieses Vorurteil war, wird aus einem in der renommierten amerikanischen Wissenschaftszeitschrift *Science* publizierten Beitrag deutlich [6]: „It was a devastating blow to research at universities: Funding was increasingly directed to centralized research institutions, the academies, particularly those in and around Berlin. Universities slowly degenerated to advanced job-training institutions, with less and less involvement in research."

Diese Einschätzung war aber auch bei dem die ostdeutsche Wissenschaft evaluierenden Wissenschaftsrat verbreitet, wenn das Forschungssystem der DDR folgendermaßen charakterisiert wird: „... die Vernachlässigung der Forschung in den Hochschulen zugunsten außeruniversitärer Institute in den Akademien ...". [7] Der große Zeitdruck unter dem die DDR-Wissenschaft bewertet werden mußte, hat sicher dazu geführt, daß verschiedene Unzulänglichkeiten bei der Anwendung international anerkannter Kriterien für die Evaluation wissenschaftlicher Leistungen nicht zu vermeiden waren. [8] Unverständlich ist jedoch, daß vorliegende Erkenntnisse oder leicht zu verschaffendes Wissen über die Einbindung der DDR-Wissenschaft in die internationale Wissenschaftskommunikation nicht berücksichtigt wurden. So hätte beispielsweise das Vorurteil über die mangelnde Forschungsaktivität an den Universitäten schnell korrigiert werden können. In einer vom seinerzeitigen Bundesministerium für Forschung und Technologie erst nachträglich in Auftrag gegebenen Untersuchung konnte gezeigt werden, daß im Jahr 1989 der universitäre Anteil am Publikations-Output der DDR in der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung ca. 55 % und der der AdW der DDR nur 27 % betrug und sich die Relation zwischen universitärem und

nichtuniversitärem Anteil im Verlaufe der Reorganisation der Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern nicht gravierend verändert hat. [9-12] Die Konsequenzen dieser mangelhaften Einschätzung des DDR-Forschungssystems hatten Ende 1996 die im Rahmen des Wissenschaftler-Integrations-Programms (WIP) geförderten Wissenschaftler zu tragen.

Die Zurückhaltung, die in der BRD hinsichtlich der Anwendung und Akzeptanz quantitativer Methoden zur Evaluation wissenschaftlicher Leistungen existiert, ist auf der einen Seite verständlich, weil oftmals diese Verfahren sehr unkritisch angewendet und entsprechende Resultate durch die Massenmedien in oberflächlicher Weise interpretiert werden. Andererseits sollte aber durch im Wissenschaftsmanagement Verantwortlichen zur Kenntnis genommen werden, daß international ein verstärkter Trend zur Einbeziehung quantitativer Ergebnisse der Wissenschafts- und Technikforschung in wissenschaftspolitische Entscheidungen, nicht zuletzt bedingt durch die Verteilungskämpfe angesichts der beschränkten Ressourcen, zu beobachten ist. Diese Tendenz gilt auch auf internationaler Ebene, z.B. für die Europäische Union, die alle 2-3 Jahre einen European Report on Science and Technology Indicators herausgibt, der umfangreiches statistisches Material zur Forschungs- und Technologiepolitik europäischer und außereuropäischer Länder enthält. [13]

2. Die „Messung" der Forschungsaktivität mittels bibliometrischer Indikatoren

Gegenstand der Bibliometrie ist die quantitative Analyse von Information über wissenschaftliche Veröffentlichungen, soweit diese in bibliographischen Datenbanken dokumentiert und somit der wissenschaftlichen Gemeinschaft mit Hilfe der modernen Methoden des „information retrieval" zugänglich sind, für bibliothekarische Zwecke (Bibliometrie im engeren Sinn) oder für die Wissenschaftsforschung (Scientometrie). Da trotz der modernen Formen der wissenschaftlichen Kommunikation (elektronische Zeitschrift etc.) die Veröffentlichung von Ergebnissen der Grundlagenforschung in Fachzeitschriften, Tagungsbänden, Monographien usw. immer noch eine Hauptform der Mitteilung derselben für die wissenschaftliche Gemeinschaft ist, sind die in bibliographischen

Datenbanken gespeicherten Daten in besonderer Weise für aussagekräftige statistische Analysen z.B. über Entwicklungstendenzen in den Naturwissenschaften geeignet. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die in diesen Datenbanken gespeicherten Angaben zu Publikationen für bibliometrische Untersuchungen nicht speziell aufbereitet sind. Sie sind nur Rohdaten, die für diesen Zweck aggregiert werden müssen.

Quantitative Methoden der Wissenschaftsforschung auf der Grundlage bibliometrischer Daten werden seit ca. zwei Jahrzehnten vielfältig in der Forschungsevaluation angewendet, z.B. für die Bewertung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit von Ländern, Forschungseinrichtungen etc. oder die Analyse von Trends an den „vorderen Fronten" der Wissenschaft. Hierbei kommt der Nutzung des vom Institute for Scientific Information (ISI, Philadelphia, PA, USA) herausgegebenen Science Citation Index (SCI) eine Schlüsselrolle zu, da mit dieser Datenbank neben Publikations- auch Zitationsanalysen möglich sind, also die Rezeption wissenschaftlicher Veröffentlichungen gemessen werden kann. Darüber hinaus ist der SCI die weltweit größte multidisziplinäre bibliographische Datenbank; in ihr werden regelmäßig Angaben zu Veröffentlichungen aus mehr als 3500 wichtigen internationalen Zeitschriften auf den Gebieten Physik, Chemie, Geo- und Kosmoswissenschaften, Biowissenschaften, Medizin, Agrar- und Ingenieurwissenschaften sowie Mathematik und Informatik gespeichert (ca. 600 000 Dokumente pro Jahr).

Es hat sich gezeigt, daß der SCI für die Widerspiegelung der Publikationsaktivität der in der Wissenschaft führenden Länder und für viele Wissenschaftsdisziplinen repräsentativ ist. Dies gilt auch hinsichtlich der Gültigkeit und Verläßlichkeit bibliometrischer Makroindikatoren für die Bundesrepublik Deutschland sowie die ehemalige DDR. [14] Speziell für die DDR werden Spezifika deutlich, die unter anderem mit der Forschungsstruktur der DDR, der internationalen Kooperation und dem Publikationsverhalten ostdeutscher Wissenschaftler zusammenhängen. (Vgl. auch [9,11,12])

Die mit der Umstrukturierung der ostdeutschen Forschungslandschaft einhergehenden Veränderungen spiegeln sich sowohl im Forschungs-Input (Finanzierung von FuE, Finanzierung nach Sektoren, Zahl des FuE-Personals, Struktur von FuE etc.) als auch im Output (Zahl der Publikationen, Publikationen auf Wissenschaftsgebieten, Zahl der

Patente etc.) wider. Während inzwischen zahlreiche Untersuchungen und Daten zur Personalstruktur und Finanzierung der universitären und außeruniversitären Forschung in den neuen Bundesländern vorliegen (z.B. [15-19], gilt dies nicht für die Resultate der Forschungsaktivität. Da zu erwarten ist, daß sich die tiefgreifenden Veränderungen in Ostdeutschland relativ schnell in den Publikationsindikatoren niederschlagen, wurden die für 1993 vorliegenden Ergebnisse mit denen verglichen, die auf der Jahreskumulation 1995 des SCI (CD-ROM-Version) basieren.

3. Die fünf neuen Bundesländer im Jahr 1995 im Spiegel bibliometrischer Indikatoren

Auf die zahlreichen Schwierigkeiten und Probleme, die mit der Kompilation und Analyse der SCI-Daten verknüpft sind, kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Sie sind teilweise aber ganz erheblich; so wird beispielsweise im Adressenfeld der Datenbank nicht zwischen Frankfurt/Main und Frankfurt/Oder unterschieden, so daß grundsätzlich für jede unter „Frankfurt" abgespeicherte Publikation eine Zuordnung vorgenommen werden muß.

Für 1995 wurden für die fünf neuen Bundesländer (NBL) etwas mehr als 4300 Veröffentlichungen identifiziert, was einer Zunahme der Publikationstätigkeit in den durch den SCI erfaßten Wissenschaftsgebieten gegenüber 1993 von mehr als 40% entspricht.[1] Ungeachtet der jährlich in der SCI-Datenbank vorgenommenen Veränderungen (Erfassung neuer Zeitschriften usw.) ist dies ein erheblicher Zuwachs des Publikationsvolumens. Der Anteil der NBL am gesamten Publikationsoutput Deutschlands beträgt 8,5%. Wissenschaftler an mehr als 100 Standorten waren an den Veröffentlichungen beteiligt, wobei die Wissenschaftszentren Dresden, Jena, Leipzig und Halle dominieren. Um die gewachsene Leistungsfähigkeit der NBL zu illustrieren, wurde ihr Publikations-Output mit dem anderer Transformationsgesellschaften in Mittel- und Osteuropa verglichen. (Abb. 1)

Erwartungsgemäß ist der Publikations-Output ungleich über die neuen Bundesländer verteilt (Abb. 2); bezüglich des Anteils der Universitäten/Hochschulen korreliert er aber sehr gut mit den jeweiligen Länderausgaben für die Hochschulen. [10]

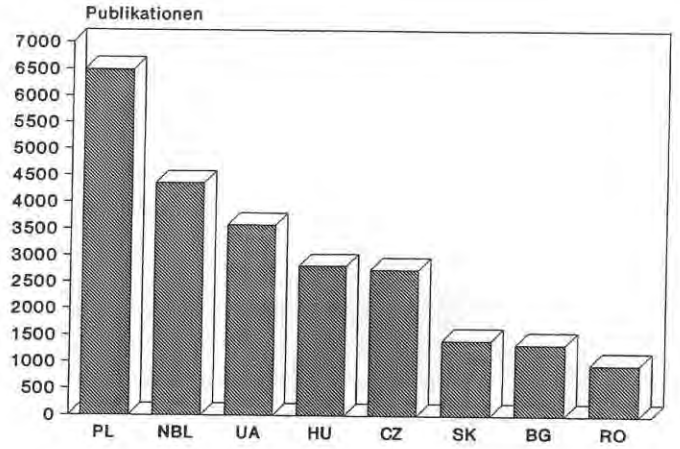


Abb. 1: Publikationsaktivität in den neuen Bundesländern im Vergleich mit osteuropäischen Ländern (Bulgarien, BG; Polen, PL; Rumänien, RO; Slowakische Republik, SK; Tschechische Republik, CZ; Ungarn, HU; Ukraine, UA)

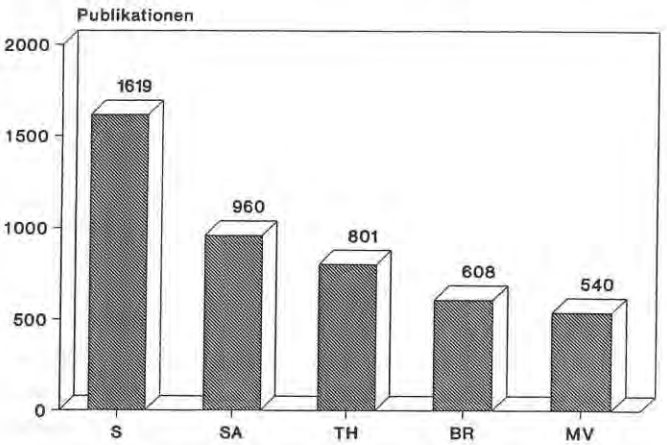


Abb. 2: Verteilung der Publikationen auf die neuen Bundesländer (Brandenburg: BR, Mecklenburg-Vorpommern: MV, Sachsen: S, Sachsen-Anhalt: SA, Thüringen: TH)

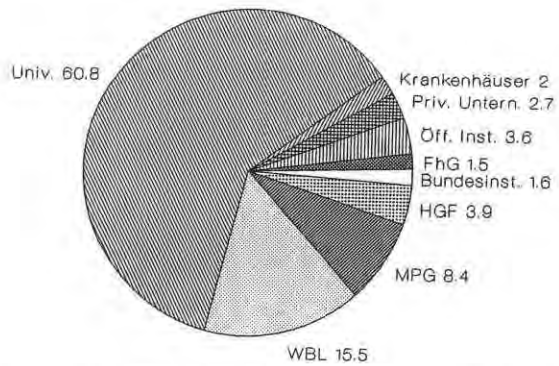


Abb. 3: Relativer Anteil verschiedener Bereiche am Publikations-Output (Angaben in %)

Für die Analyse der Struktur des Publikations-Outputs nach Sektoren bietet sich folgende Aufteilung an:

- Universitäten/Hochschulen
- Wissenschaftsgemeinschaft Blaue Liste (WBL)
- Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren (HGF)
- Max-Planck-Gesellschaft (MPG)
- Fraunhofer-Gesellschaft (FhG)
- Bundeseinrichtungen
- nichtuniversitäre Krankenhäuser und sonstige medizinische Einrichtungen
- andere öffentliche Einrichtungen
- private Unternehmen.

Der relative Anteil dieser Sektoren am gesamten Publikationsvolumen der NBL ist aus der Abb. 3 ersichtlich. Die Dominanz der Universitäten hat sich gegenüber 1993 nicht geändert. Allerdings ist deren Publikationsleistung signifikant gestiegen. Detaillierte Auskunft darüber gibt Tabelle 1, in die zur Ergänzung die Humboldt-Universität zu Berlin aufgenommen wurde.

Die wichtigste Säule der nichtuniversitären Forschung in den neuen Bundesländern bilden die 33 nach 1990 gegründeten Institute der Blauen Liste, die zumeist aus Einrichtungen der AdW der DDR hervorgegangen sind. Die im Vergleich mit den alten Bundesländern überproportional starke finanzielle und personelle Ausstattung der Institute der WBL in Ostdeutschland wird durch ihren Anteil am Publikationsaufkommen deutlich. Ergänzend dazu präsentiert Tabelle 2 eine Rangliste der führenden WBL-Institute in den NBL und Ost-Berlin nach der Publikationsaktivität.

Von den von der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern gegründeten Instituten sind bezüglich des Publikationsaufkommens das MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung (Teltow/Berlin) und das MPI für Mikrostrukturphysik (Halle/Saale) herauszustellen. Der vergleichsweise hohe relative Anteil der MPG am Publikations-Output erklärt sich daraus, daß die an den ostdeutschen Universitäten gebildeten MPG-Arbeitsgruppen in unserer Untersuchung ausschließlich der MPG zugerechnet wurden.

Die ebenfalls aus früheren Einrichtungen der AdW der DDR hervorgegangenen Großforschungszentren (Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin, Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle, GeoForschungsZentrum Potsdam) oder Zweigstellen westdeutscher HGF-Zentren (z.B. DESY, Zeuthen) sind eine weitere Säule der außeruniversitären Forschung in den NBL und Ost-Berlin. (Tab. 3)

Die Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft spielen auf Grund ihrer Ausrichtung auf die angewandte Forschung ebenso wie in den alten Bundesländern in der Grundlagenforschung nur eine untergeordnete Rolle.

Gegenüber 1993 hat der privatwirtschaftliche Anteil am Publikationsaufkommen in der Grundlagenforschung nicht zugenommen. Vielmehr lag der Anteil der Industrieforschung im engeren Sinn in Ostdeutschland weiterhin deutlich unter 2%, während er noch 1989 fast 6% ausmachte.

Zur Veranschaulichung der Spezifika der institutionellen Neugliederung der Grundlagenforschung in den NBL wurde das Publikationsmassiv nach Ländern und Sektoren aufgeschlüsselt. (Tab. 4) Bis auf das Bundesland Brandenburg, wo zwar nach der deutschen Vereinigung drei Universitäten gegründet wurden, die aber abgesehen von der Universität

Tabelle 1: Publikationsaktivität der Universitäten in den neuen Bundesländern und Ost-Berlin (SCI, 1995)

Universität	Zahl der Publikationen
Humboldt-Universität Berlin	947
Universität Leipzig	573
Universität Jena	511
TU Dresden	393
Universität Halle-Wittenberg	380
Universität Rostock	215
Universität Magdeburg	203
Universität Greifswald	164
Universität Potsdam	137
TU Chemnitz-Zwickau	128

Tabelle 2: Publikationsaktivität von Instituten der WBL in den neuen Bundesländern und Ost-Berlin (SCI, 1995)

Institution	Zahl der Publikationen
Forschungszentrum Rossendorf	131
Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (Gatersleben)	104
Paul-Drude-Institut für Festkörperelektronik (Berlin)	98
Institut für Festkörper- und Werkstoffforschung Dresden	92
Institut für Pflanzenbiochemie (Halle)	63
Max-Born-Institut für Nichtlineare Optik und Kurzzeitspektroskopie (Berlin)	60
Astrophysikalisches Institut Potsdam	56
Institut für Halbleiterphysik (Fankfurt/O.)	56

Tabelle 3: Publikationsaufkommen von Instituten der HGF in den neuen Bundesländern und Ost-Berlin (SCI, 1995)

Institution	Zahl der Publikationen
Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin, Berlin	359
Deutsches Elektronen-Synchrotron, Zeuthen	77
UFZ-Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle	47
GeoForschungsZentrum Potsdam	41

Tabelle 4: Relativer Anteil verschiedener Bereiche am Publikationsaufkommen in den neuen Bundesländern (Angaben in %)

	Brandenburg	Mecklenburg-Vorp.	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Univ./ Hochsch.	24,0	70,1	70,0	59,6	66,8
WBL	24,3	11,7	15,4	20,6	5,1
MPG	17,9	8,8	2,7	10,3	9,9
HGF	20,4	0,5	2,3	0,7	-
FhG	4,1	-	1,6	0,6	1,4
Bundesinst.	2,1	2,4	0,4	3,3	1,2
Sonstige öffentl. Einr.	3,7	2,0	2,3	1,4	10,0
Krankenhäuser	2,0	2,8	2,0	0,5	3,4
Private Unternehmen	1,5	1,7	3,3	3,0	2,2

Potsdam auf Grund ihrer Spezialisierung (Technische Universität Cottbus: Ingenieurwissenschaften, Europa-Universität Frankfurt/Oder: Sozial- und Geisteswissenschaften) in den Naturwissenschaften nicht oder nur wenig aktiv sind, dominieren in allen anderen neuen Bundesländern eindeutig die Universitäten. Die in Tab. 1 aufgelisteten Universitäten (natürlich abgesehen von der Humboldt-Universität) liefern den Hauptanteil des universitären Publikations-Outputs in den NBL.

Für die einzelnen Bundesländer sind folgende Besonderheiten hervorhebenswert:

Brandenburg: Von den im Bundesland Brandenburg gegründeten Instituten der WBL sind das Institut für Halbleiterphysik (Frankfurt/Oder), das Astrophysikalische Institut Potsdam und das Deutsche Institut für Ernährungsforschung (Bergholz-Rehbrücke) bezüglich der Publikationsaktivität die wichtigsten. Die Zweigstelle des DESY (Hamburg) in Zeuthen und das GeoForschungsZentrum Potsdam liefern den größten Anteil der in der HGF vereinigten Forschungszentren. Der universitäre Anteil wird zu mehr als 80 % von der Universität Potsdam beigesteuert. Das bedeutendste Institut der MPG in Brandenburg ist das bereits erwähnte MPI für Kolloid- und Grenzflächenforschung.

Mecklenburg-Vorpommern: Neben den Universitäten in Rostock und Greifswald, die das Gros zum Publikations-Output des Landes beitragen, sind von den WBL-Einrichtungen das Forschungsinstitut für die Biologie landwirtschaftlicher Nutztiere (Dummerstorf) und das Institut für Ostseeforschung (Warnemünde) sowie die MPG-Arbeitsgruppen an der Universität Rostock herauszustellen.

Sachsen: In Sachsen ist das Forschungspotential auf die Universitäten und Hochschulen (Leipzig, Dresden, Chemnitz-Zwickau, Freiberg) konzentriert. Von den WBL-Instituten sind das Forschungszentrum Rossendorf, das Institut für Festkörper- und Werkstofforschung (Dresden) und das Institut für Polymerforschung (Dresden) herauszuheben.

Sachsen-Anhalt: In diesem Bundesland wird der universitäre Anteil vor allem durch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg erbracht. Der auf die WBL entfallende Anteil wird durch drei Institute geleistet: Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (Gatersleben), Institut für Pflanzenbiochemie (Halle) und Institut für Neurobiologie (Magdeburg). Als MPG-Einrichtung ragt das MPI für Mikrostrukturphysik in Halle heraus.

Thüringen: In Thüringen geht der universitäre Anteil zur Publikationsleistung fast ausschließlich auf die Friedrich-Schiller-Universität Jena und die Technische Universität Ilmenau zurück. Das außeruniversitäre Publikationsaufkommen stammt vor allem vom Institut für Molekulare Biotechnologie in Jena (WBL), den beiden vom Land geförderten Einrichtungen „Institut für Physikalische Hochtechnologie" (Jena) und „Hans-Knöll-Institut für Naturstoff-Forschung" (Jena) sowie den sieben MPG-Arbeitsgruppen an der Universität Jena.

4. Fazit

Die Transformation des ostdeutschen Forschungssystems hatte vor allem im außeruniversitären Bereich dramatische Konsequenzen. Neben FuE- sind auch bibliometrische Indikatoren geeignet, diese Strukturveränderungen abzubilden. Der Erneuerungsprozeß wird quantitativ sowohl auf der Makroebene (Ostdeutschland insgesamt) als auch auf regionaler Ebene (Bundesländer) sichtbar. Die nahezu vollständige Kopie der Forschungsorganisation der alten Bundesrepublik führte zu einer dominanten Position der Einrichtungen der WBL in den neuen Bundesländern. Dagegen sind die Institute der MPG in Ostdeutschland verglichen mit den alten Bundesländern (gemessen am Publikations-Output) bisher unterrepräsentiert. Wegen der Neugründungen der MPG in den NBL sind in den kommenden Jahren jedoch strukturelle Veränderungen in der nichtuniversitären Forschung zu erwarten mit der Tendenz einer Angleichung an die Struktur der westlichen Bundesländer. Der Zerfall der ostdeutschen Industrieforschung nach 1989 wird ebenfalls bei einem diesen Sektor nicht ganz angemessenen Indikator wie der Aktivität in der Grundlagenforschung deutlich.

Hans-Jürgen Czerwon, Dipl.-Phys., ist Vorstandsmitglied der Forschungsgesellschaft für Wissenschaftskommunikation und -information e.V., Bruno-Apitz-Str. 1, 13125 Berlin

Anmerkung:

[1] Bei einem Vergleich mit den in den Literaturstellen [9-12] präsentierten Resultaten muß berücksichtigt werden, daß für 1995 Ost-Berlin nicht mehr separat erfaßt wurde. Dies ist berechtigt, da die Vereinheitlichung der Wissenschaftslandschaft Berlins weiter fortgeschritten ist.

Literatur:

[1] Parthier, B. (1995): Zur Situation der Wissenschaft in den neuen Ländern - fünf Jahre im Rückspiegel, In: *Wirtschaft und Wissenschaft,* Nr. 4 (1995), S. 2-9.

[2] Simon, D. (1995): Verschleudert und verschludert, In: *Die Zeit*, Nr. 15 (1995), S. 49-50.

[3] Ronzheimer, M. (1995): Mit heißer Nadel, In: *Bild der Wissenschaft*, Nr. 10 (1995), S. 30-34.

[4] Stucke, A. (1993): Deutsche Wissenschaftspolitik im Übergang, In: *Spektrum der Wissenschaft,* (1993) Nr. 11, S. 88-92.

[5] Zacher, H.F. (1991): Wissenschaft und Forschung im vereinten Deutschland, In: *MPG-Spiegel,* (1991) Nr. 5, S. 21-27.

[6] Sabel, B.A. (1993): Science reunification in Germany: a crash program, In: *Science*, Vol. 260 (1993) No. 5115, S. 1753-1758.

[7] Krull, W. (1992): Perspektiven für Wissenschaft und Forschung in den neuen Ländern, In: *Naturwissenschaften*, Bd. 79 (1992) Nr. 2, S. 49-59.

[8] Simon, D. (1991): Die Bestandsaufnahme und Begutachtung der DDR-Wissenschaft durch den Wissenschaftsrat, In: *Spektrum der Wissenschaft*, Nr. 9 (1991), S. 34-41.

[9] Czerwon, H.-J. (1995): Die Umstrukturierung der Grundlagenforschung im den neuen Bundesländern: Vergleichende quantitative Analysen des Forschungsoutputs auf der Grundlage bibliometrischer Daten; Bericht für das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, 30 S.

[10] Czerwon, H.-J. (1995): Transformation of the science system in East Germany: a comparative study of the new federal states and East Berlin, In: *Research Evaluation,* Vol. 5 (1995) No. 2, S. 131-136.

[11] Czerwon, H.-J. (1995): The restucturing of the East German science system as reflected by bibliometric indicators, In: *Science and Science of Science,* (1995) No. 4, S. 13-23.

[12] Czerwon, H.-J. (1995): The research landscape in East Germany after the reunification - a bibliometric analysis, In: Proceedings of the Fifth Biennial Conference of the International Society for Scientometrics and Informetrics (Ed. by M.E.D. Koenig and A. Bookstein), Medford, NJ: Learned Information, 1995, S. 113-122.

[13] The European Report on Science and Technology Indicators 1994 (Report: EUR 15897 EN); Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities, 1994, X, 338 S. + Annexes.

[14] Schubert, A.; Glänzel, W.; Braun, T. (1989): Scientometric datafiles. A comprehensive set of indicators on 2649 journals and 96 countries in all major science fields and subfields, 1981-1985, In: *Scientometrics*, Vol. 16 (1989) Nos. 1-6, S. 3-478.

[15] Meske, W. (1993): Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungssytems - eine Zwischenbilanz, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Report P 93-401) 38 S.

[16] Meske, W. (1993): The restructuring of the East German research system - a provisional appraisal, In: *Science and Public Policy*, Vol. 20 (1993) No. 5, S. 298-312.

[17] Höppner, M. (1994): Problems of integration of newly-founded 'blue-list' research institutes in the new federal states, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Report P 94-403), 25 S.

[18] Meyer, Hg. (1993): Neugestaltung der Hochschulen in Ostdeutschland: Szenarien - Friktionen - Optionen - Statistik, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschhung (Report P 93-402), 90 S.

[19] Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hrsg.) (1996): Bundesbericht Forschung 1996, Bonn, 676 S.

Wende gut - alles gut?
Oder: Sage mir, woher Du kommst ...
Studierende in Dresden und Dortmund sechs Jahre nach der Wende

Gudrun Aulerich & Ruth Heidi Stein
Berlin

1. Problemstellung

Repräsentative Befragungen[1] erbrachten bis in die jüngste Zeit das Ergebnis, daß es zwischen Studierenden in Ost und West zwar einerseits Übereinstimmungen im Studierverhalten gibt - beispielsweise erfreut sich hier wie dort die Betriebswirtschaftslehre großen Zuspruchs, werden hier wie dort Erziehungs- und Sozialwissenschaften von Frauen dominiert -, andererseits studiert man jedoch im Osten auch sechs Jahre nach der Wende "anders" als im Westen.

Typisch für Oststudierende ist noch immer das Streben nach einem kurzen, konzentrierten Studium. An Ost-Universitäten wollen fast doppelt so viele Studierende wie an West-Universitäten ihr *Studium möglichst rasch abschließen*: Ost-Unis 60 %, West-Unis 34% Zustimmung, Ost-FHS 60%, West-FHS 41% Zustimmung.[2] Oststudierende kommen mit *weniger Geld* aus. Ihr Einkommen liegt um fast 400 DM im Monat unter dem der Studierenden im Westen (alte Länder durchschnittlich 1.343 DM, neue Länder 954 DM). Trotzdem *jobben sie seltener* während des Semesters als ihre KommilitonInnen im Westen (alte Länder: durchschnittlich 8 Std./Woche, neue Länder 5 Std.).[3]

Erstaunliche Befunde, wurden doch vielerorts eine schnelle Annäherung des ostdeutschen Studierverhaltens an das westdeutsche erwartet und nachweisbare Unterschiede eher als Rudimente ostdeutscher Traditionen gedeutet. Es stellt sich die Frage, ob es sich bei den Unterschieden

tatsächlich um *"Rudimente"* handelt, oder ob es nicht vielmehr *adäquate Reaktionen der Studierenden auf veränderte Bedingungen in allen Lebensbereichen* sind.

Geht man davon aus, daß sich *Veränderungen der Denk-, Wahrnehmungs- und Handlungsmuster,* wie sie im Zuge der neuen Verhältnisse erforderlich sein können, auf der Basis der vorhandenen vollziehen, so impliziert das, daß sich 'Neues' nur im Rahmen der sozialen Logik, des Möglichkeitshorizontes von bisher Verinnerlichtem entwikkeln kann. Damit sich Veränderungen vollziehen können, müssen *überzeugende Gründe und entsprechende Interaktionspartner* vorhanden sein. Denn die bereits erworbenen Handlungsmuster haben eine Tendenz zur Beharrung (Hysteresiseffekt), und ihre Überwindung beim Betreten neuer Sozialräume erfordert ein hohes Maß an psychischer und physischer Leistung. Dieser Adaptionsprozeß kann subjektiv unterschiedlich verlaufen: Er kann mit Resignation oder Auflehnung bis hin zu Sinnkrisen verbunden sein; an seinem Ende können aber auch Zukunftsoptimismus und die Wahrnehmung und Nutzung von neu eröffneten Handlungsräumen stehen.

Für die Studierenden an Hochschulen der neuen Bundesländer Mitte der *neunziger Jahre* vollzog sich der ohnehin *lebenslaufprägende Übergang von der Schule zur Hochschule* unter dem Eindruck der Transformation ihres Gesellschaftssystems; damit betraten sie in doppelter Hinsicht "neue Sozialräume". Es ist davon auszugehen, daß das nicht vorhersehbare historische Ereignis der Wende für diese Jugendlichen der Anlaß dafür war, ihre Lebensplanung daraufhin zu überprüfen, ob sie unter den neuen Bedingungen noch lebbar ist, ob sich ihnen nun erweiterte Handlungspielräume eröffnen und welche Verhaltensweisen und Strategien sie anwenden müssen, um diese nutzen zu können. *Familie und Hochschule waren für sie wichtige Interaktionspartner in diesem Klärungsprozeß.*

Im Zentrum des Forschungsprojekts "Veränderte Bedingungen - verändertes Studierverhalten?"[4], aus dem hier Ergebnisse vorgestellt werden, stehen folgende Fragen :

- Inwieweit beeinflussen bisherige Sozialisationserfahrungen das gegenwärtige Studierverhalten?
- Haben die Studierenden in ihrer vorhochschulischen Sozialisation ausreichend habitualisierte Dispositionen für eine positive Bewälti-

gung der unübersichtlichen und in ihren Folgen nicht vorhersehbaren Umbruchsituation erworben?

- Oder wirkt sich der mit der Wende verbundene Wandel der Lebenssituation störend auf die Hochschulsozialisation und das Studierverhalten ostdeutscher Studierender im Vergleich mit westdeutschen aus, deren Lebensumstände sich nicht gravierend verändert haben?

2. Forschungsdesign

Um diese sehr komplexe Fragestellung zu beantworten, war bei der Untersuchung, die wir im Sommersemester 1995 durchführten, *die Kombination quantitativer und qualitativer Erhebungs- und Auswertungsverfahren* erforderlich. Sie bestanden in

- einer *schriftlichen Befragung von Studierenden,* die den Vergleich der Ergebnisse mit repräsentativen Untersuchungen ermöglicht; hier wurden Fragebögen von 995 Dresdner und 1430 Dortmunder Studierenden ausgewertet,
- *Interviews mit Studierenden,* um relevante Einflußfaktoren in ihren kontextuellen Bezügen zu erfassen; in Dresden wurden 90 und in Dortmund 65 Gespräche geführt;
- einer *psychologischen Befragung der interviewten Studierenden* zur Erhebung studienrelevanter Persönlichkeitsmerkmale und
- *Gesprächen mit Lehrenden,* um deren Sichtweisen auf die Entwicklung des Studierverhaltens vor dem Hintergrund der institutionellen Rahmenbedingungen zu erfassen.

Es wurde auf *vier Vergleichsebenen* untersucht:

1. *Städtevergleich:* Für die Analyse der sozial-kulturellen Spezifik in Ost und West wurden die *Städte Dresden und Dortmund als Fallbeispiele* ausgewählt. Nordrhein-Westfalen stand in den sechziger Jahren, ähnlich wie die neuen Länder heute, vor der Notwendigkeit struktureller Umgestaltungen: von der Montanindustrie zur Dienstleistungsregion. Die Gebiete unterscheiden sich allerdings darin, daß Sachsen noch aus DDR-Zeiten ein sehr dichtes Hochschulnetz besitzt, das Ruhrgebiet jedoch vor seiner strukturellen Umgestaltung kaum über Hochschulen verfügte.

2. *Hochschultypvergleich:* Es wird an Universitäten und Fachhochschulen untersucht.

Fachhochschulen sind für die neuen Bundesländer eine neue Institution, auch wenn in Gestalt der Ingenieurhochschulen in der DDR ähnliche Vorgängereinrichtungen existierten.

Um Spezifika des Transformationsprozesses an Hochschulen differenziert abzubilden, wurden in Dresden die folgenden drei ausgewählt: die traditionsreiche Technische Universität, die nach der Wende um einige Disziplinen erweitert wurde, eine Fachhochschule, die unter Einbeziehung wesentlicher Teile der Vorgängereinrichtung - einer Hochschule - neu gegründet wurde sowie einer, die nach einem westdeutschen Modell ganz neu entstand.

3. *Fachkulturvergleich:* Es wurden Studiengänge untersucht, die sowohl an Universitäten als auch an Fachhochschulen studiert werden können - Wirtschaftswissenschaften, Sozialpädagogik/-arbeit, Maschinenbau, Architektur[5] - und die durch ausgeprägte fachkulturelle und geschlechtsspezifische Besonderheiten gekennzeichnet sind.

In Dresden repräsentieren sie darüber hinaus wiederum unterschiedliche Formen der Transformation: Sowohl die Sozialpädagogik als universitärer als auch die Sozialarbeit als Fachhochschulstudiengang gab es in der DDR überhaupt nicht. Sie wurden nach der deutschen Vereinigung neu eingeführt. Die Wirtschaftswissenschaften gehören zu den Studiengängen, die nach der Wende abgewickelt und unter westdeutscher Federführung neu gegründet wurden. Im Maschinenbau und in der Architektur blieben die Lehrinhalte im wesentlichen erhalten.

3. Ausgewählte Ergebnisse

Die vorgestellten Ergebnisse stammen im wesentlichen aus der schriftlichen Befragung, ergänzt um Hintergrundinformationen aus den Interviews. Sie gruppieren sich um die familialen Hintergründe der Studierenden als mögliche Einflußfaktoren des Studierverhaltens und die übergreifende Rolle der deutschen Vereinigung.

Besonderheiten der Institution Hochschule als Bedingung des Studierverhaltens in Dresden und Dortmund werden in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift dargestellt.

3.1 Zum Einfluß der deutschen Vereinigung auf Bildungsbiographie und Studienentscheidung

Für die Studierenden in Dortmund hatte die deutsche Vereinigung praktisch keine Folgen für ihr Studium (folgenlos: 98%; die übrigen 2%

sind Studierende, die ihr Abitur / ihre Hochschulzugangsberechtigung in den neuen Bundesländern erworben haben).

In Dresden dagegen ist der Einfluß der Wende auf Bildungs- und Berufsentscheidungen gravierend.

Fast die Hälfte der Dresdner Studierenden sind der Meinung, daß sich durch die deutsche *Vereinigung ihre Bildungschancen vergrößert* haben. Bessere Chancen bei der *Wahl des gewünschten Studienfachs*, des *Studienortes* und für die *berufliche Karriere* sehen vor allem die Wirtschaftswissenschaftler und Architekten. Annähernd 50% der Population antizipieren größere Chancen für die *Berufswahl*, aber ebensoviele sind sich bewußt, daß sich ihre Chancen auf dem *Arbeitsmarkt* angesichts einer ständig wachsenden Konkurrenz um immer weniger Arbeitsplätze *verringert* haben. Daneben betonen Architektur- und Maschinenbaustudenten die Wahlfreiheit des *Hochschulortes*. Die letzteren (65%) sehen aber auch, daß sich ihre Arbeitsmarktchancen mit dem Abbau der Industriestandorte verringert haben.

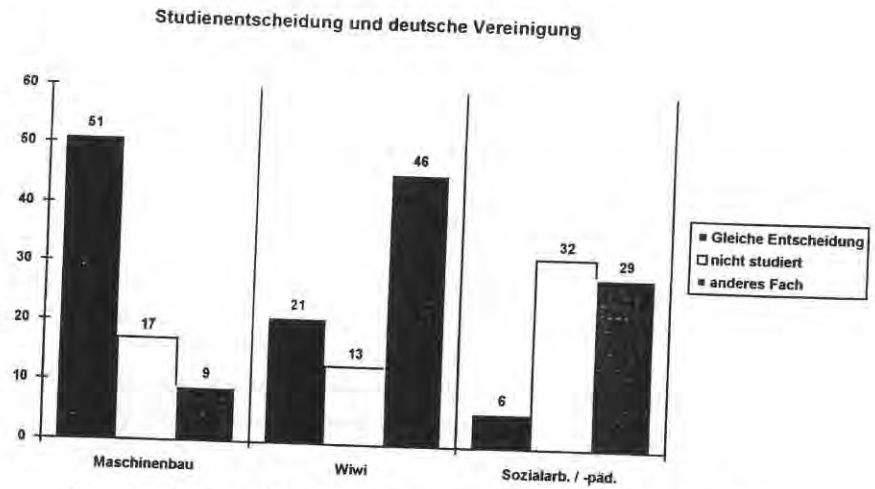
Die Möglichkeit zum *Studium des gewünschten Faches* (76%) begrüßen besonders die Studierenden der Sozialpädagogik und der Sozialarbeit. Für 90% der letztgenannten hat sich erst durch die Wende die Chance eröffnet, *überhaupt ein Studium aufzunehmen.* Die Evangelische Fachhochschule immatrikuliert über eine Sonderzugangsregelung auch ohne Abitur, um Restriktionen aus der DDR auszugleichen, denen bestimmte soziale Gruppen (Kirche) teilweise ausgesetzt waren.

Rund ein Fünftel der Dresdner Studierenden traf die Entscheidung für das Abitur nach 1991 und konnte somit unabhängig von vorher geltenden staatlichen Bevormundungen den Übergang in eine höhere Bildungsstufe planen.

Hervorzuheben ist die Aussage von *zwei Dritteln* (!) der *Dresdner Studierenden,* daß sie ohne die veränderten Bedingungen, die sich im Prozeß der deutschen Vereinigung ergeben haben, eine *andere Studienentscheidung* getroffen hätten, wobei 16 % gar nicht studiert hätten und 37% ein anderes Fach!

Am unabhängigsten von gesellschaftlichen Entwicklungen stellt sich die Studienfachwahl der *Maschinenbaustudenten* dar; sie haben zumeist über Jahre ein stabiles Technikinteresse entwickelt und wollen nun mit einem Studium ihre Neigungen und Fähigkeiten kontinuierlich vervollkommnen (rund 80% Dresden, aber auch 70% Dortmund).

Grafik 1:



Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, HDZ Uni Dortmund, Sommersemester '95

Die Hälfte der Studierenden *wirtschaftswissenschaftlicher* Studiengänge in Dresden hat sich sichtlich durch den Wendeprozeß beeinflussen lassen, vor allem weil der Studiengang attraktiver ist als in der DDR, denn er bietet beruflich weit bessere Verwertungsmöglichkeiten. Dafür haben sie andere Studienwünsche (wie die Interviews zeigten, z.B. Sportwissenschaften oder Biologie) aufgegeben oder bereits begonnene Studien abgebrochen (12% Studiengang-/-fachwechsel). Sie wollen durch das Studium vorrangig eine *gute berufliche Existenz* erreichen, ein Wunsch, der in Dortmund und Dresden gleichermaßen besteht (fast 90%), und orientieren sich mehrheitlich an den *guten Arbeitsmarktchancen* (75%), die sie vermuten. *Verdienst und Karriereaussichten* spielen für die Fachwahl und die Studiengestaltung eine größere Rolle als in anderen Studienfächern, obwohl auch für die Wirtschaftswissenschaftler, wie für die meisten Studierenden besonders in Dresden, die *Erweiterung des Bildungshorizonts* im allgemeinen ein wesentliches Studienmotiv ist.

Für *Sozialarbeiter und Sozialpädagogen* ist die Karriereorientierung nachrangig. Sie wollen durch das Studium primär ihre Neigungen

und Fähigkeiten verwirklichen und ihren *Bildungshorizont erweitern* (rund 80%).

Die *Motive für die Studienwahl* - das gilt sowohl für die Aufnahme eines Studiums generell als auch für das Fach - sind sowohl bei den Dortmunder als auch bei den Dresdner Studierenden stärker intrinsischer als extrinsischer Natur. Das weisen auch die repräsentativen Ergebnisse der HIS-Befragungen aus.

Die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für ein Studium nach der Wende im Osten - Wegfall der zentralen Planung des Hochschulzugangs, der Umlenkung und der zentralen Absolventenvermittlung - trugen dazu bei, daß nun *fast alle Dresdner* Studierenden (93%) in ihrem *Wunschstudiengang* immatrikuliert sind; in Dortmund sind es 87%.

Fazit: Insgesamt wirkte sich die deutsche Vereinigung aus der Sicht vieler Dresdener Studierender in hohem Maße und fast durchweg positiv auf ihre Bildungschancen und ihre Studienfachentscheidung aus.

Daraus läßt sich schließen, daß die vielfach geäußerte Vermutung ostdeutsche Jugendliche hätten es unter DDR-Bedingungen nicht gelernt, mit unstrukturierten, mehrdeutigen Situationen umzugehen, unzutreffend ist. Eher das Gegenteil ist zumindest bei den Dresdner Studierenden der Fall. Sie nutzten die bisher nicht gekannte Vielzahl von Entscheidungsmöglichkeiten und ergriffen sie als Chance.

3.2 Zum familialen background der Studierenden

Einschlägige sozialwissenschaftliche Untersuchungen belegen die fundamentale Bedeutung der familialen Sozialisation auch für das Verhalten in späteren Lebensphasen.

Es stellt sich nun die Frage, wie der familiale background der Studierenden beschaffen ist, der diesen erfolgreichen Anpassungsprozeß begünstigt hat.

Die Eltern - Gewinner oder Verlierer der Wende?

Aus diesem Blickwinkel gewinnt die Einschätzung der Studierenden Bedeutung, ob sie ihre Eltern zu den *Wendegewinnern oder den Wendeverlierern* zählen. Dabei wird mit der Einschätzung Wendegewinner verknüpft - so wurde in Interviews deutlich -, daß sich die Lebensgestaltung der Eltern (Bildung, Beruf, Werte, Lebensziele) auch unter neuen Bedingungen bewährt und daß sich Studierende in ihrer eigenen Lebensplanung daran orientieren.

Die Mehrheit der Studierenden beurteilt die Situation ihrer Eltern nach der Wende bezogen auf ihren *Lebensstandard und das Einkommen* als *positiv*, während sie zu anderen Lebensumständen im Elternhaus - den *sozialen Beziehungen, den Wohnbedingungen, der sozialen Position, der beruflichen Karriere und dem Beschäftigungsverhältnis* - in der Mehrzahl die Meinung äußern, sie seien *gleichgeblieben*. Der Anteil der *Wendeverlierer* ist zumindest in dieser Population relativ *gering*.

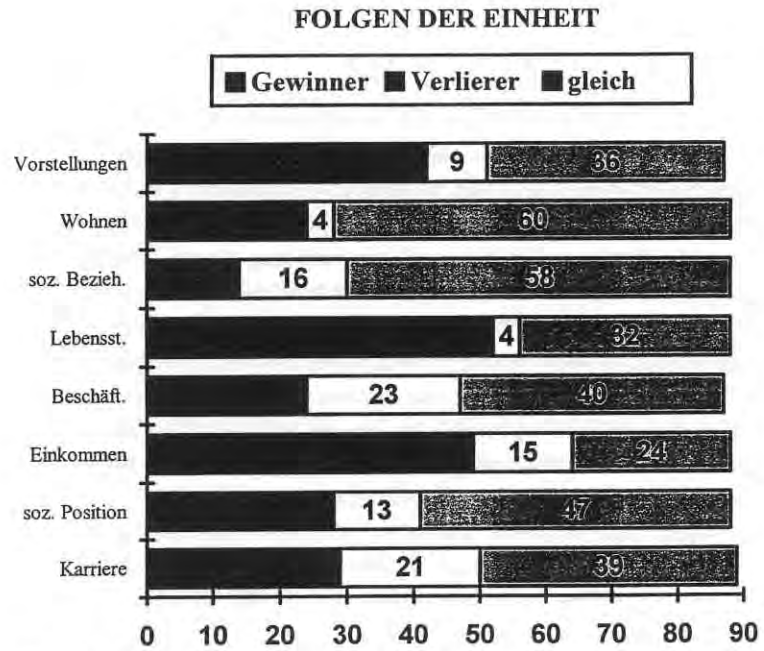
Allerdings muß in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam gemacht werden, daß aus objektiven wirtschaftlichen Daten nur bedingt Rückschlüsse auf die psychische Verfassung der Befragten zu ziehen sind. Darauf verweist Vester: "Viele Ostdeutsche sehen sich (wie schon in der DDR) nicht zuletzt nach moralischen Standards sozialer Gerechtigkeit und Billigkeit geprellt. Zu den Geprellten zählen sich auch statusbewußte Menschen in gehobenen Positionen, die über begrenzte Abstiege um einige Statusstufen verbittert sind."[6]

Auch wenn es solche begrenzten Abstiege in unserer Population sicher gab - dafür sprechen die Angaben zur beruflichen Position im Fragebogen und die Interviews - ist davon auszugehen, daß sich die Entwicklung in den Elternhäusern unserer Studierenden doch durch ein hohes Maß an Stabilität auszeichnet; wo es Veränderungen gab, tendieren sie in der Mehrheit zum Positiven. Das bedeutet, daß das Elternhaus auch nach der Wende weitgehend intakt geblieben ist und daß den Studierenden Sicherheit und Geborgenheit in der Familie - schon in der DDR ein hoher Wert für sie - in Zeiten gewachsener Unsicherheiten im gesellschaftlichen Umfeld weitgehend erhalten blieben.

Bildung als Überlebensfaktor

Wo liegen *Gründe* dafür, daß es unter den Eltern der Dresdner Studierenden so *wenige Wendeverlierer* gibt? Die Hypothese lautete, daß Osteltern über ein hohes kulturelles Kapital verfügen, das sie in die Lage versetzt, sich auch unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zu behaupten.

Grafik 2:

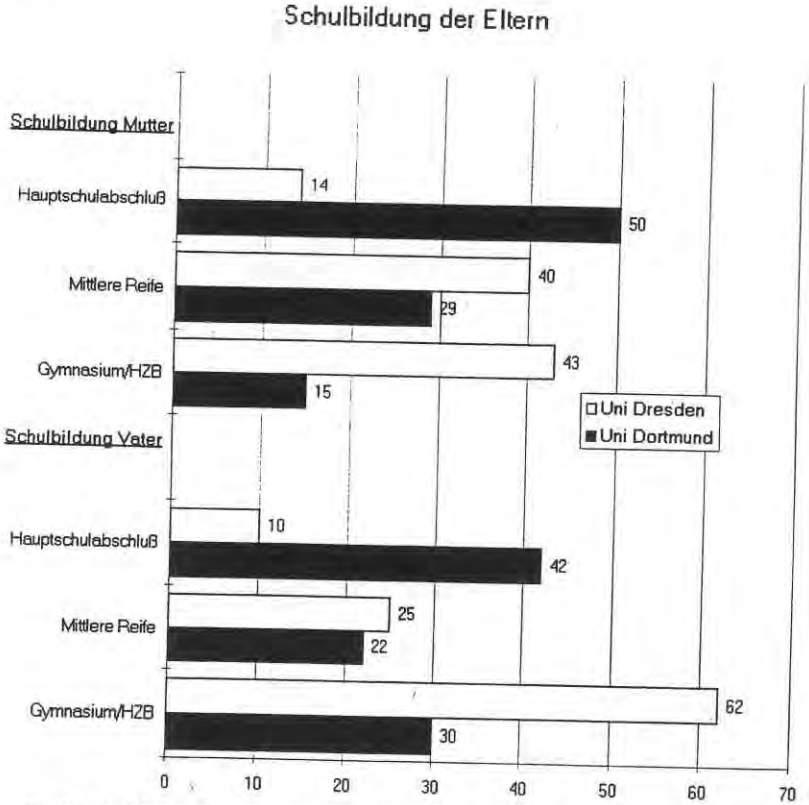


Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, HDZ Uni Dortmund, Sommersemester '95

Die Befragung bestätigte diese Hypothese weitgehend, ist doch das *Bildungsniveau der Eltern* unserer Dresdner Population überdurchschnittlich hoch. Das wird insbesondere im Städtevergleich der Schulbildung der Eltern des universitären Teils unserer Population sichtbar. Danach hat in Dortmund die größte Gruppe bei Müttern und Vätern einen Hauptschulabschluß, in Dresden den Abschluß der Erweiterten Oberschule (EOS), gleichbedeutend mit dem Gymnasium (dieser Begriff wurde in der DDR nicht benutzt).

Von den Dresdener Eltern haben *69% der Väter und 52% der Mütter einen Hoch- oder Fach(hoch)schulabschluß erworben.*

Grafik 3:



Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, HDZ Uni Dortmund, Sommersemester '95

Sie sind, analog zur sozialstrukturellen Entwicklung in der DDR, in ihren Familien häufig Bildungsaufsteiger; die jetzt Studierenden stellen die zweite und auch schon die dritte Generation in dieser Tradition dar. In der DDR war der Erwerb hoher beruflicher Positionen grundsätzlich an Zertifikate gebunden, die als "nachholende Qualifizierung" auch im

Fernstudium erworben werden konnten. In der alten Bundesrepublik dagegen erfolgte beruflicher Aufstieg häufiger als "Bewährungsaufstieg".

Die Selbstrekrutierung der Intelligenz in der DDR ist gleichbedeutend mit der sozialen Schließung in der BRD, die sich trotz Öffnungsbeschluß in den 70er Jahren verstärkte und nun dazu geführt hat, daß die größte Gruppe der Elternschaft zu den Angestellten und Beamten zählt (Universitäten 46%, Fachhochschulen 29%. [7]

Mehr Mütter in Dresden als in Dortmund sind der Gruppe mit *höheren Bildungsabschlüssen* zuzuordnen, weniger der Gruppe ohne beruflichen Abschluß:1991 besaßen 22% der Mütter in den alten Ländern und 54% der Mütter in den neuen einen Hoch- oder Fachschulabschluß. [8]

Es war eine *Besonderheit der DDR, daß das hohe Bildungsniveau nicht nur der Väter, sondern auch der Müttergeneration, verbunden mit ihrer Berufstätigkeit* (rund 90% der Frauen im erwerbsfähigen Alter waren auch beruflich tätig) Lebensorientierungen, Motive, Einstellungen u.ä. ihrer Kinder mitbestimmten. Dieser wesentliche Unterschied zur Situation in vielen westdeutschen Familien hatte für sie fast durchweg positiven Einfluß auf die Entwicklung von Wert- und Lebensvorstellungen und müßte künftig noch genauer analysiert werden.

Meist werden hohe Bildungs- und Qualifikationsabschlüsse als Kern eines hohen sozial-kulturellen Milieus linear mit hohem Einkommen und hoher sozialer Position verbunden. Für Interpretationen dieses gehobenen Milieus in den neuen Bundesländern muß aber beachtet werden, daß die im Westen gebräuchliche *Kategorie "Akademiker"* die Spezifik dieser sozialen Schicht in Ostdeutschland nicht adäquat abbildet. Die *"Intelligenz"* - wie die Bildungselite in der DDR genannt wurde - besitzt zwar ein hohes Bildungsniveau, jedoch war damit in den meisten Fällen kein hohes Einkommen und kein hohes Sozialprestige verbunden - ganz im Gegensatz zu der im Westen bislang überwiegenden Kopplung dieser Faktoren. Der Sinn des Erwerbs hoher Bildung lag für die Intelligenz in der DDR in erster Linie in Optionen für ihre Arbeits- und Lebensgestaltung. Wichtig waren ihnen vor allem interessante, anspruchsvolle Arbeitsinhalte und intakte soziale Beziehungen im Arbeitsprozeß, dagegen waren materielle, finanzielle und statusorientierte Erwägungen eher zweitrangig. Mithin waren für diese Elterngeneration

auch vorwiegend intrinsische Motive bei der Entscheidung für ein Studium und einen akademischen Beruf ausschlaggebend.

Erwerbsstatus beider Eltern vor und nach der Wende

Der Ost-West-Vergleich zum *Erwerbsstatus der Eltern* zeigt, daß die für den *Osten typische Konstellation die volle Erwerbstätigkeit beider Elternteile* ist (daran ändern auch Teilzeitarrangements nichts, die, wie die Interviews bestätigten, viele Mütter in der frühen Erziehungsphase ihrer Kinder getroffen haben), während im Westen noch immer der Vater als Haupternährer der Familie gilt.

In Dresden sind rund 70% der Mütter *und* Väter berufstätig, zwei Drittel der Väter und mehr als die Hälfte der Mütter in unbefristeten Vollzeitstellen. Auch in Dortmund sind knapp zwei Drittel der Väter, aber nur rund 30% der Mütter in Vollzeitstellen tätig.

Die Eltern konnten *Berufserfahrungen auch nach der Wende* sammeln; nur 9% der Dresdner Mütter und 4% der Väter waren zum Erhebungszeitpunkt arbeitslos. Für Menschen *im Osten ist Arbeitslosigkeit* eine völlig neue Erfahrung und eine besondere latente Bedrohung. Unter den Dresdner Eltern blieb sie seit der deutschen Vereinigung 14% der Väter und 20% der Mütter nicht erspart.

Obgleich die Dresdner Eltern über deutlich höherwertige Schul- und Ausbildungsabschlüsse verfügen, unterscheiden sie sich bezogen auf die erreichte berufliche Stellung nur geringfügig von den Dortmundern. Dieses Faktum ist nur vor dem Hintergrund der Wende und damit verbundenen sozialen Abstiegen zu interpretieren. Mit der Privatisierung von Betrieben war die Besetzung von hohen Positionen mit westdeutschen Führungskräften verbunden (Akteurswechsel im Transformationsprozeß); gleichzeitig ging mit der Umstrukturierung von Betrieben auch ein Abbau von Leitungspositionen (lean management) einher, von Arbeitsplatzverlusten durch Betriebsschließungen - seit der Wende zwei Drittel aller Industriearbeitsplätze - ganz zu schweigen.

Nettoeinkommen der Familie - Indiz für Ost-West-Annäherung?

Trotz der Unterschiede in Schulabschluß, Qualifikationsniveau, zeitlichen Aspekten der Berufstätigkeit (lebenslange Erwerbstätigkeit auch der Mütter) und der erreichten beruflichen Position (hier sind sie

allerdings nur geringfügig) gibt es in *unserer Population kaum Unterschiede zwischen Dresden und Dortmund in der Höhe des Nettoeinkommens.*

Die letzte repräsentative Erhebung des Studentenwerks zeigte sogar, daß das durchschnittliche Monatseinkommen der Eltern im Osten - trotz höherer beruflicher Positionen und größerer Anteile an Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind - weitaus niedriger ist als in den alten Ländern. 1994 hatten in den neuen Ländern 60% der Eltern ein monatliches Einkommen unter 4.000 DM; in den alten Ländern liegt ihr Anteil bei 40%, weit mehr als die Hälfte hat hier dagegen mehr als 4.000 DM monatlich zur Verfügung. [9] Damit bestätigt sich, daß die Kausalkette Qualifikation - Position - Einkommen zumindest für den Osten bislang nicht in dem Maße gilt wie im Westen und daß diese Merkmale allein nicht zur Kennzeichnung der besonderen sozialen Milieus ausreichen.

Damit steht im Zusammenhang, daß *zur Beurteilung des ökonomischen Hintergrundes der Studierenden in Ost und West auch der Indikator "Nettoeinkommen der Familie" nicht ausreicht,* und erst recht kann aus einer scheinbaren Ähnlichkeit des Nettoeinkommens nicht auf eine Angleichung der Vermögenslagen in Ost und West geschlossen werden. Vielmehr ist außer dem Fakt, daß dieses Einkommen zumeist aus der Berufstätigkeit beider Eltern resultiert, zu beachten, daß für die Einschätzung der finanziellen Möglichkeiten einer Familie neben dem Einkommen aus der Arbeitstätigkeit das Gesamtvermögen (Sparguthaben, Wohneigentum, Wertanlagen, Erbschaften) zu berücksichtigen ist. Das sind aber Informationen, die nur über die Eltern eingeholt werden könnten.

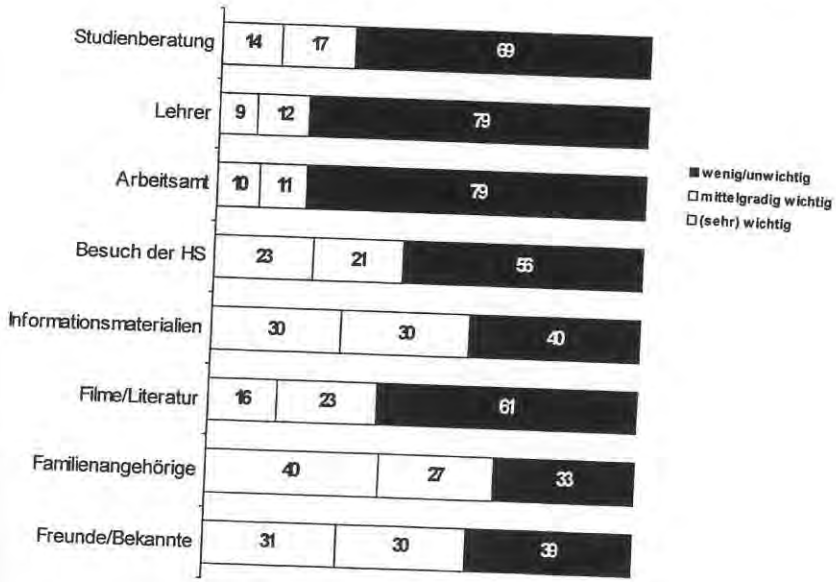
Eltern als Vorbilder und Ratgeber bei der Lebensplanung

Selbst im Rahmen einer so breit angelegten Studie wie dieser ist es schwierig, die Stärke des elterlichen Einflusses auf Bildungsentscheidungen und Studierverhalten im Vergleich mit anderen Einflußfaktoren zu wichten, es liegt jedoch auf der Hand, daß eine Elternschaft, wie wir sie hier charakterisiert haben, sehr gut dafür ausgerüstet ist, ihren Kindern Hilfestellung für ihre Bildungs- und Berufsplanung zu geben. Die Eltern der Dresdner Studierenden vermittelten ihnen ihre *allgemeine Botschaft - Bildung als Wert insbesondere im Hinblick auf den Beruf - eigene Erfahrungen mit Studium und Berufstätigkeit (auch nach der Wende), und sie gaben ihnen soziale Kompetenzen weiter.*

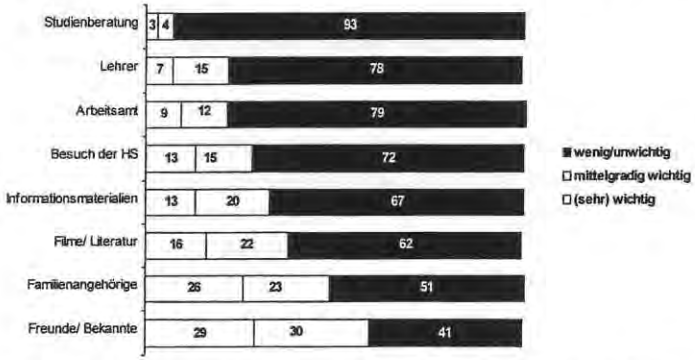
Soziale Kompetenzen als Schlüssel für den Eintritt in neue Sozialräume

Eine wichtige *soziale Kompetenz* sehen wir in der Fähigkeit, sich unter unübersichtlichen Bedingungen *orientieren und informieren* zu können. Sie wurde den Dresdner Studierenden offenbar von ihren Eltern weitergegeben, war aber auch mit Sicherheit für ein "angemessenes" Verhalten unter den gesellschaftlichen Bedingungen der DDR unumgänglich.

Grafik 4: Anteil verschiedener Einflußgrößen auf die Studienentscheidung in Dresden



Grafik 5:
Anteil verschiedener Einflußgrößen auf die Studienentscheidung in Dortmund



Quelle: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst, HDZ Uni Dortmund, Sommersemester '95

Indikatoren für das Vorhandensein dieser Fähigkeiten finden sich in der Frage nach den Einflußfaktoren auf die Studienwahl. Hier zeigt sich, daß sich *die Dresdner Studierenden* in höherem Maße als die Dortmunder Informationsquellen erschließen - eine Strategie, die nach der Wende zu einem generellen Handlungsmuster für das Betreten neuer Sozialräume wurde. Für ihre Studienentscheidung *nutzten* sie *häufiger und umfangreicher die Palette der Informationsangebote als ihre Dortmunder* Kommilitonen. Dabei zeigt sich familialer Einfluß nicht nur vermittelt über die erworbene soziale Kompetenz der Studierenden, sondern die Familie wurde in die Studienentscheidung direkt involviert: 40% der Dresdner gaben an, daß *Familienangehörige für ihre Studienwahl sehr wichtig* waren, gegenüber nur 26% der Dortmunder.

Als soziale Kompetenz ist ohne Zweifel auch die *Fähigkeit zum rationellen Umgang mit Zeit* zu werten, die die *Dresdner* offensichtlich *in höherem Maße besitzen* als die Dortmunder. Das läßt sich nicht nur am *Vorhaben das Studium in der Regelstudienzeit abzuschließen* (Dresden 72%, Dortmund 41%), festmachen, sondern auch an anderen zeitrelevanten Kriterien wie *kürzeren Zwischenzeiten zwischen Abitur und Studienbeginn und einem zügigeren Ablauf des Studiums.*

Zusammen mit dem um rund 4 Jahre *niedrigeren Durchschnittsalter der Dresdner Studierenden* dürfte das einen Berufseinstieg in jünge-

rem Alter bewirken. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Dresdner auch die Fähigkeit zur Zeiteinteilung zum großen Teil in der vorhochschulischen, vor allem familialen Sozialisation erworben haben. Die Berufstätigkeit beider Eltern hat notwendigerweise eine effektivere Nutzung des Zeitbudgets der ganzen Familie zur Folge.

Fazit: Die Eltern der Dresdner Studierenden besitzen mehrheitlich höhere Schulabschlüsse als die der Dortmunder und haben darauf aufbauend auch eine hohe berufliche Qualifikation erworben. Dabei ist auffällig, daß die Mütter annähernd so hoch gebildet sind wie die Väter.

Trotz ihrer besseren Eingangsvoraussetzungen unterscheiden sich die Dresdner Eltern bezogen auf die erreichte berufliche Stellung und das familiale Nettoeinkommen nur unwesentlich von den Dortmundern, was vorwiegend auf wendebedingte soziale Abstiege zurückzuführen sein dürfte. Dennoch rechnen nur wenige Studierende ihre Eltern der Kategorie der Wendeverlierer zu.

Die Bildungs- und Berufserfahrungen der Eltern und ihre soziale Kompetenz trugen zur Ausprägung charakteristischer Merkmale der Population bei, insbesondere zum Streben nach einem zügigen, berufs- und abschlußorientierten Studium in der Regelstudienzeit.

3.3 Studierverhalten in Dresden vor dem Hintergrund elterlicher Studienerfahrungen

Der Bereich der *elterlichen Studienerfahrungen* ist sehr breit und umfaßt neben fachlichen und berufsbezogenen Aspekten eines Studiums solche organisatorisch-praktischen wie Wohnen im Wohnheim, Wirtschaften mit knappen finanziellen Mitteln, solidarisches Arbeiten in Gruppen, Betreuung durch Lehrende, Studierbarkeit des Studiums und Planbarkeit seines Abschlusses.

Wohnen im Studentenwohnheim ist für die Dresdner Studierenden typisch; 40% der Population hier haben sich für einen Wohnheimplatz entschieden. Wohnheime sind in den neuen Ländern immer noch verhältnismäßig preiswert; zudem ist ihre Qualität durch geringere Belegungsdichte und Renovierungsarbeiten deutlich verbessert worden. Es sind aber *nicht nur finanzielle Gründe* die hinter dieser Entscheidung

stehen, sondern *auch soziale*: Kontakte mit anderen Studierenden, vor allem die gegenseitige Unterstützung bei der Bewältigung der Lern- und Alltagsprobleme, werden von überzeugten Wohnheimverfechtern in den Interviews genannt. 22% wohnen - hier spielen ebenfalls ökonomische Erwägungen eine Rolle - bei ihren *Eltern*. Von der *Dortmunder* Population wohnen *rund die Hälfte in einer eigenen Wohnung*, rund ein Drittel bei den *Eltern* und weniger als 10% im *Studentenwohnheim*.

Das *Einkommen der Studierenden* in Ost und West wurde eingangs bereits thematisiert. Unsere Untersuchung ergab, daß 40% der Studierenden in Dresden monatlich nur über maximal 500 DM verfügen können (Dortmund 23%), 27 % haben ein Einkommen von 500 bis 700 DM (Dortmund 13%), für rund ein Viertel liegt das Einkommen über 700 DM. Die größte Differenz zwischen Dresden und Dortmund zeigt sich im Anteil von Studierenden, denen mehr als 1100 DM zur Verfügung stehen. Hier stehen nur noch 6% Dresdner 33% Dortmunder Studierende gegenüber.

Zu den Finanzierungsquellen des Studiums sei hinzugefügt, daß *mehr Dresdner* (43%) als Dortmunder (25%) *Voll- oder Teil-Bafög in Anspruch nehmen*. Hingegen tragen zwei Drittel der Dortmunder, aber nur ein Fünftel der Dresdner zur Studienfinanzierung durch eigene Arbeit bei.

Die *Dresdner Studierenden sind mit ihrer finanziellen Situation sehr unzufrieden* und nennen die *Erhöhung der BaföG-Sätze* bei der Frage nach *notwendigen Verbesserungen an erster Stelle*. Dabei haben sie, wie die Interviews ergaben, *große Vorbehalte gegen elternabhängige Stipendien*. Sie lassen sich in der Regel von ihren Eltern auch weniger Geld geben als ihnen gesetzlich zustände. Selbst wenn diese finanziell gut gestellt sind, möchten sie sie keinesfalls stärker belasten als unbedingt notwendig. Trotzdem bessern sie ihre Finanzen viel weniger als die Dortmunder durch Jobben während des Studiums auf, vorwiegend um den Abschluß in der Regelstudienzeit nicht zu gefährden, aber teilweise auch aus Mangel an Jobangeboten.

Der Wunsch nach *Arbeiten in Gruppen* wird *von den Dresdner Studierenden häufiger* geäußert, und die Arbeit in Gruppen wird häufiger praktiziert als in Dortmund. An den Hochschulen existieren - teilweise

unter neuem Namen - auch noch Seminargruppen. Diese wurden von DDR-Studierenden sowohl aus fachlicher als auch aus sozialer Sicht sehr positiv bewertet. Gemeinsame Arbeit in überschaubaren Gruppen beugt besonders in stark frequentierten Studiengängen, wie beispielsweise der BWL, und an großen Hochschulen Kontaktarmut und Isolation vor.

Wie eine Befragung von Absolventen im Sommer 1992 ergab, die aus eigener Erfahrung den Studienbetrieb sowohl in der DDR als auch unter den Verhältnissen der Bundesrepublik kannten, bejahten rund 80% der Gesamtpopulation von 1.530 AbsolventInnen die positiven Aspekte der Seminargruppen.[10]

Fazit: Die Studienerfahrungen der Eltern und eigene Lebenserfahrungen der Studierenden führen zur Ausprägung gruppentypischer Verhaltensmuster, die sich insbesondere im Umgang mit den Rahmenbedingungen des Studiums - Wohnen, Finanzierung, soziale Kontakte - widerspiegeln und den Verhältnissen angemessen erscheinen.

4. Zusammenfassung

Die bisherige Auswertung unserer Untersuchungsergebnisse, von denen hier nur jene vorgestellt wurden, die den *familialen Hintergrund als wichtigen Faktor* für das Verhalten Studierender erhellen, hat ergeben, daß die *Dresdner sehr wohl in der Lage waren, den fast gleichzeitigen Eintritt in zwei neue Sozialräume - Hochschule und Gesellschaft - positiv zu verarbeiten*.

Einen möglichen Erklärungsansatz sehen wir darin, daß *Dresdner Studierende in ihrem bisherigen Lebensverlauf allgemeine soziale Kompetenzen entwickelt haben*, die ihnen erleichtern, sich in wechselnden Sozialräumen mit jeweils spezifischen, ja entgegengesetzten Anforderungen und Normen zu bewegen. Durch die Doppeldeutigkeit von Staatsdoktrin (Schule, Pionierorganisation usw.) einerseits und geschütztem Familienraum andererseits könnten sie ein *besonderes Gespür, einen sozialen Sinn für adäquates Verhalten entwickelt haben*.

Diese *Fähigkeit zur Integration* kommt ihnen heute bei der Bewältigung andersartig komplizierter Situationen zugute. Wenn ein Teil der heute zu beobachtenden Denk-, Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster

als starres Festhalten an tradierten Normen und als mangelnde Flexibilität beim Umgang mit Neuem gewertet wird, so kann dabei leicht übersehen werden, daß es sich nur scheinbar um Rudimente handelt; zwischenzeitlich ist bei den meisten ein Prüfungs- und Selektionsprozeß abgelaufen, an dessen Ende eine *mehr oder weniger bewußte Entscheidung für plausible Verhaltensweisen* steht.

Die *Nutzung der unstrukturierten Wendesituation als Chance wurde durch mehrere Faktoren begünstigt.*

Das *hohe Bildungsniveau der Eltern, ihre aktuellen wendeüberformten Berufs- und sozialen Erfahrungen sind besonders bedeutsam für die Lebensplanung ihrer Kinder.*

Auf die *Elterngenerationen* unserer Studierendenpopulation hat sich der *gesellschaftliche Umbruch oft gravierender ausgewirkt als auf die Kinder.* Viele der heute in Dresden Studierenden (70 % der Population befanden sich zum Befragungszeitpunkt noch im Grundstudium) waren 1989 kaum älter als 15 oder 16 Jahre. Wenn sich für sie die Wende überhaupt als Bruch darstellte, dann war dies eher ein Bruch in der Bildungsbiographie beim Übergang von der Schule in anschließende Ausbildungsalternativen. In der *Generation der Eltern* waren die wendebedingten Folgen oft weitaus schmerzlicher und nachhaltiger, da sie doch für viele mit *Entwertungen ihres kulturellen Kapitals* - ihrer Ausbildung und ihrer Leistungen in einem langen Berufsleben, ihren Karrierechancen - und auch ihres *sozialen Kapitals* verbunden waren - private Freundschaften überdauerten, jedoch gingen mit dem allgemeinen Abbau von ostdeutschen in leitenden Stellungen auch Einfluß- und damit Machtpositionen verloren, die sich schon altersbedingt kaum mehr korrigieren lassen.

Bei den Studierenden kam die *latent vorhandene Bereitschaft zum Praktizieren neuer Lebensformen hinzu, verbunden mit einem Werte- und Mentalitätswandel, die schon in den 80er Jahren* bei ostdeutschen Jugendlichen als Reaktion auf die starren, einschränkenden Bedingungen ihrer Gesellschaft beobachtet wurden. [11] Sie äußerte sich im Wunsch nach Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, der Ablehnung von Bevormundung und dem Streben nach größerer Freiheit und Weltoffenheit - Wünsche, die nun in einer freien Wirtschaft und einer pluralistischen Gesellschaft potentielle Erfüllungschancen haben. - Diese Einstellungen und Bestrebungen teilten auch viele Eltern, die in ihren Wirkungsbereichen ähnliche Erfahrungen gesammelt und Wünsche entwickelt haben.

Retrospektiv bewerten die Studenten auch in den Interviews die Wende kaum negativ, sondern als Chance für ihre Bildungs-, Berufs- und Lebensgestaltung. Auch sie erhoffen sich - wie ihre Eltern - wertvolle Optionen für ihre berufliche und familiale Zukunft. Aber in einigen beruflichen Wertvorstellungen scheinen sie sich unterhalb der Ebene intrinsicher Motive von ihren Eltern zu unterscheiden. Zumindest ein Teil von ihnen (z. B. viele BWL-Studenten) möchte hohe Bildung auch in finanzielle und soziale Gewinne konvertieren/ transformieren.

Neben den offensichtlichen Unterschieden im Studierverhalten zwischen ost- und westdeutschen sind künftig gerade die "verdeckten" Besonderheiten und Veränderungen und deren schlüssige Erklärung stärker als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung zu thematisieren.

Gudrun Aulerich, Dr. oec.,und Ruth Heidi Stein, Dr. phil., sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen im DFG-Projekt "Veränderte Bedingungen - Verändertes Studierverhalten?" an der TU Berlin

Anmerkungen:

[1] Insbesondere die Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerkes und Studierendenbefragungen der Konstanzer Hochschulforschungsgruppe sind gemeint.

[2] Bargel, Tino: Studium und Studierende im vereinten Deutschland. Konstanz 1994, S. 6

[3] Deutsches Studentenwerk, 14. Sozialerhebung, Hannover 1995, Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Hg.), Bonn 1995, S. 159 und 112

[4] Dieses Projekt wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert. Außer den Autorinnen (Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst) arbeiten darin MitarbeiterInnen des Hochschuldidaktischen Zentrums der Universität Dortmund.

[6] Vester, M., Hofmann, M., Zierke, I. (Hg.): Soziale Milieus in Ostdeutschland, BUND Verlag Köln 1995

[7] Ramm, Michael; Bargel, Tino: Studium, Beruf und Arbeitsmarkt. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 193, Nürnberg 1995, S. 12

[8] Das soziale Bild der Studentenschaft ..., 13. Sozialerhebung ..., Bonn 1992, S. 107-110 im Anhang u. Bild A 2.10 im Anhang

[9] Das soziale Bild der Studentenschaft ..., 14. Sozialerhebung ..., Bonn 1995, S. 59

[10] Stein, Ruth Heidi: Berufsübergänge von Hochschulabsolventinnen und -absolventen aus den neuen Bundesländern zu Beginn der neunziger Jahre. Projektberichte 3/1994. Projektgruppe Hochschulforschung Berlin 1994, S. 52 f.

[11] Friedrich, W.: Jugend und Jugendforschung in der ehemaligen DDR.- In: Zinnecker, J. (Hg.): Osteuropäische Jugend im Wandel.- Weinheim und München 1991

Die Entwicklung der studentischen Mitwirkung in Ostdeutschland

Kai Erik Hörig & Thorsten Schomann
Leipzig

Nach der Wende...

Als erstes war die Wende. Sämtliche DDR-Strukturen wurden unter dem Begriff der Abwicklung an den Hochschulen umgewandelt, das hieß in erster Linie Personalabbau nach unterschiedlichen Gesichtspunkten. Da waren einmal die politisch belasteten Kader und Studiengänge, die aus der Hochschullandschaft verbannt werden mußten, und zum anderen wurden die Hochschulen auch in personalstruktureller Hinsicht dem westdeutschen Vorbild angeglichen. Eine tiefgreifende Veränderung der Struktur der Hochschulen und der Hochschullandschaft in Ostdeutschland war die Folge. Hochschulen und Studiengänge wurden geschlossen oder mit anderen zusammengefaßt, Studienordnungen und Prüfungsvoraussetzungen veränderten sich schnell und grundlegend.

Für die Arbeit studentischer Gremien begann eine so hoffnungsfrohe wie schwierige Zeit. Die FDJ hatte jede Legitimität verloren. Neue Strukturen bildeten sich und strebten nach Anerkennung. Das Modell der Studentenräte überzeugte schließlich die Mehrheit und fand später auch Eingang in die ostdeutschen Landeshochschulgesetze. Vorrangige Aufgabe der sich bildenden 'freien Interessenvertretungsgremien' der Studierenden war es zunächst, den Unmut der Studierenden über die Art und Weise der Einführung neuer Hochschulstrukturen zu organisieren. Kardinalproblem war dabei damals wie heute, daß die Studierende nicht in den Umgestaltungsprozeß einbezogen wurden. Weder wurden anstehende Probleme offen diskutiert noch transparent gemacht. Vertreter der

Studierenden wurden weder hinreichend angehört noch zu ihrer Position befragt.

Erst nach größeren Protesten gelang es z.B. in Sachsen, die eigenen Forderungen überhaupt deutlich zu artikulieren. Dies gelang auch deshalb, weil zu diesem Zeitpunkt ein hohes Maß an Solidarität unter den Studierenden bestand: Nicht nur waren alle gleichermaßen von den gravierenden Veränderungen betroffen. Sie teilten als Studierende in der DDR auch in weit stärkerem Maße als an westdeutschen Hochschulen denselben kulturellen und sozialen (finanziellen) Hintergrund. Obwohl nur wenige konkrete Ziele im Sinne der Studierenden erreicht werden konnten, fand ihre Position doch in den Landeshochschulgesetzen an verschiedenen Stellen Widerhall. Das jetzige StuRa-Modell stellt damit nicht zuletzt das Ergebnis studentischer Einflußnahme auf die hochschulpolitischen Entscheidungen in der Umbruchssituation dar.

Das StuRa-Modell

Im Unterschied zum vorherrschenden Modell studentischer Selbstverwaltung, dem AStA in den alten Bundesländern, wurde in den meisten der neuen Bundesländer die Struktur eines Studentenrates in die Hochschulgesetze geschrieben.[1] Damit hat sich entgegen westdeutschen Modellen studentischer Selbstvertretung, die in vielen Fällen auf quasiparlamentarischen Vertretungsmodellen beruhen, an den meisten Hochschulen in Ostdeutschland ein 'Rätemodell' durchgesetzt, das einen stärker basisdemokratischen Charakter trägt. Es sind hier insbesondere zwei Aspekte, die dem ostdeutschen Modell studentischer Selbstvertretung (SSV) ein anderes Gesicht als demjenigen im Westen verleihen: Basisdemokratie und sachorientierte Arbeit.

Die Basis ostdeutscher SSV liegt beim StuRa-Modell (Studentenrat) betont auf der Ebene der Fachschaften. Diese bestimmen in jährlichen Wahlen über die Zusammensetzung ihrer Fachschaftsräte (FSR), die das prinzipielle studentische Gremium mit unmittelbarem Bezug zur Studiensituation der eigenen Fachschaft darstellen. Nach erfolgter Wahl entsenden diese FSR - entsprechend der Größe der von ihnen vertretenen Fachschaft - eine Anzahl von Vertretern in den Studentenrat. Im Gegensatz zu den FSR ist der StuRa als oberstes Gremium der SSV nur indirekt durch studentische Wahlen legitimiert.

Ein weiteres Charakteristikum des StuRa-Modells ist es, daß es zumeist nur *ein* beschließendes Organ, das StuRa-Plenum, kennt, dessen Größe je nach Hochschule zwischen weniger als 20 und, im Falle Leipzigs, mehr als 60 Mitgliedern, liegen kann.

Jede weitere Strukturierung wird durch die Studierendenschaften, die außer in Sachsen-Anhalt verfaßt sind, selbst vorgenommen. So wählt beispielsweise der StuRa der Uni Dresden Geschäftsführer, die die einzelnen Aufgabengebiete vertreten, der StuRa der Uni Leipzig wählt sich Referenten und zwei Sprecher, die die laufenden, und im Vergleich zu Dresden anders definierten, Aufgaben wahrnehmen sollen.

Konsequenzen für die studentische Selbstverwaltung (SSV)

Wie aus der erwähnten Struktur ersichtlich wird, liegt das Schwergewicht studentischer Selbstverwaltung auf der Ebene der FSR und damit im unmittelbaren Bezug zu den Fachschaften. Was von vielen Studierendenvertretungen gefordert wird bzw. mühsam erkämpft worden ist, kann im StuRa-Modell von vornherein als durchgesetzt gelten: ein starkes basisdemokratisches Element in der Arbeit der SSV.

Auf der anderen Seite muß auch für diese Struktur eine Reihe negativer Konsequenzen konstatiert werden: Die nur abgeleitete Legitimation des StuRas verleiht ihm im Alltag der meisten Studierenden etwas Fernes, Irrelevantes. Das macht es schwierig, Studierende für eine aktive Mitarbeit im StuRa zu gewinnen. Dieses Phänomen findet sich auch bei den Mitgliedern des StuRas selbst wieder: Von ihrer Fachschaft gewählt, haben die Repräsentanten der FSR im StuRa vielfach einen weit stärkeren Bezug zu ihrer Fachschaft als zum StuRa selbst. Ein Teil der Fachschaftsräte steht dem StuRa, der die höchste Form studentischer SSV an der Hochschule darstellen soll, paradoxerweise sogar ablehnend gegenüber. Dabei wird der StuRa nicht als das begriffen, was er sein soll, nämlich eine zu fachschaftsübergreifenden Problemen arbeitende Versammlung von Fachschaftsvertretern. Vielmehr wird er im allgemeinen mit den - vom StuRa gewählten und kontrollierten - ReferentInnen und SprecherInnen identifiziert. Deren Auftreten, Verhandlungsgeschick und ihrer Weitsicht kommt damit eine über die in den Satzungen definierten Aufgaben hinausgehende Bedeutung zu.

Eine andere Folge der Struktur ostdeutscher SSV ist die stärker

sachorientierte Arbeit der StuRä. Ein Grund hierfür ist das fast vollständige Fehlen ideologischer Frontstellungen im StuRa. Obwohl das „Rätemodell" vom Sächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst (SMWK) mit der Absicht in das Sächsische Hochschulgesetz (SHG) aufgenommen worden ist, die politische Kultur unter Studierenden zu fördern, scheint dieses Modell gerade dadurch, daß die Entscheidungsstrukturen näher an die Studierenden herangebracht wurden, einen umgekehrten Effekt auf die (hochschul-)politische Meinungsbildung zu haben: Die große Nähe der FSR als prinzipielle Organe der SSV zu konkreten Problemen in den überschaubaren Zusammenhängen einer Fachschaft gibt auch der Arbeit im StuRa etwas Pragmatisches, in der Summe oft Unpolitisches.

Ein weiterer Grund für die nur schwach ausgeprägte Politisierung der SSV ist in der Schwierigkeit zu sehen, über den Weg der FSR den StuRa mit hochschulpolitischen Gruppen zu besetzen. Obwohl diese auch in Leipzig in zunehmendem Maße aktiv werden, ist doch die Entsendung von Vertretern in den StuRa Aufgabe der FSR und die Bildung größerer, politischer Fraktionen im StuRa damit eher zufällig. Politische Positionierung der meisten StuRä ist daher in der Regel das Ergebnis eines Diskussionsprozesses innerhalb des Gremiums selbst, nicht nur einfach *Funktion* von Mehrheitsverhältnissen.

Auch spielt die Überfrachtung des StuRa-Plenums mit Analyse- und Entscheidungsaufgaben für die Art und Qualität der getroffenen Entscheidungen eine maßgebliche Rolle. Aus der Diskussion der Meinungen der StuRa-Mitglieder ergibt sich im Plenum von Fall zu Fall ein 'Meinungsbild', dementsprechend Beschlüsse gefaßt werden. Notwendige Folge eines solchen Procedere ist die Erschwerung einer kontinuierlichen Arbeit oder einer über mehrere Sitzungen verfolgten politischen Linie. Kommt es tatsächlich zu kompetenten politischen Stellungnahmen, ist dies meist das Resultat der Arbeit von Arbeitsgruppen oder Einzelpersonen aus dem StuRa selbst oder aus seinem näheren Umkreis.

Weitere Entwicklung

Nach einer ersten Formierungsphase des ostdeutschen Modells unmittelbar nach der Wende sank in der Folge politischer Resignation und in Ermangelung von Reizthemen die studentische Selbstverwaltung auf

Dienstleistungsniveau zurück. Nachdem sich die Aufregungen um die Wende gelegt hatten, galt die Hauptaufmerksamkeit der meisten Studentenräte internen Angelegenheiten. Politische Arbeit wurde kaum noch geleistet, vielmehr stand nun der Dienstleistungsbereich im Vordergrund. So schuf man Kinderläden, Zimmervermittlungen, Jobvermittlungen bis hin zur eigenen Fahrschule. Die Finanzierung erfolgte mittels der Semesterbeiträge, die zu entrichten alle Studierenden in den neuen Bundesländern, mit Ausnahme Sachsen-Anhalts, verpflichtet sind. Hochschulpolitische Fragen stießen in studentischen Gremien auf nachlassendes Interesse. Der StuRa beschränkte seine Tätigkeit also vorrangig auf den Servicebereich und die Verteilung der übrigen Gelder.

Dennoch gab und gibt es immer wieder einige Studenten, die sich mit hochschulpolitischen Fragen auseinandersetzten und eine Vernetzung der Studierendenvertretungen anstrebten. Hatte es von 1990 bis 1993 noch den ostdeutschen überregionalen Zusammenschluß KdS (Konferenz der StudentInnenschaften) gegeben, so blieben in der Folge die meisten überregionalen Strukturen allerdings in den Kinderschuhen, beschränkten sich oft lediglich auf den Informationsaustausch, und kamen zeitweise völlig zum Erliegen.

Eine Änderung trat Ende 1995 mit der Diskussion um die 18. BAföG-Novelle ein. Studentischer Protest entwickelte sich vor allem gegen die geplante Verzinsung des Darlehensanteils des BAföG. Endlich gab es mal wieder Anlaß, 'auf die Straße zu gehen', was trotz des nach wie vor nur mangelhaften Interesses an Hochschulpolitik seitens der Studierenden auch aufgegriffen wurde. Vor dem Hintergrund einer hohen Zahl von BAföG-Empfängern insbesondere in Ostdeutschland kam es zu zahlreichen Diskussionen und Demonstrationen. Begünstigt wurden all diese Veranstaltungen dadurch, daß inzwischen ein Generationswechsel unter den Studierenden stattgefunden hatte. Als dann Themen wie Stellenabbau und Studiengebühren an den Hochschulen immer häufiger in den Diskussionen um die deutschen Hochschulen auftauchten, stellte sich erstmalig nach der Wende wieder eine große Betroffenheit der Studierenden ein.

Dies hatte zur Folge, daß das studentische Engagement in hochschulpolitischen Fragen merklich anwuchs. So kamen immer mehr Initiativen von seiten der Fachschaften, welche dann durch den StuRa aufgegriffen und koordiniert wurden. Anfänglich beschränkte sich die

Reaktion auf die geplanten Sparvorhaben auf Information der Studierenden und Mobilisierung von Protest, welcher der schlichten Ablehnung gegenüber den Vorhaben des Bundesministeriums Ausdruck gab. Später ging man dazu über, die Probleme zu diskutieren und die eigene Kompromißbereitschaft zu überprüfen.

Die im Zuge der Protestmaßnahmen gestiegene Sensibilisierung der Studierenden für hochschulpolitische Themen wirkte sich auch positiv auf andere Bereiche der SSV, wie beispielsweise die überregionale Zusammenarbeit, aus.

Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen

Alle Ansätze zur Zusammenarbeit zwischen den StuRä und ASten der Hochschulen haben in Ostdeutschland nach nur 6 Jahren bereits eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Früh war ostdeutschlandweit die schon erwähnte „Konferenz der StudentInnenschaften" (KdS) ins Leben gerufen worden. Nach internen Konflikten entlang hochschulpolitischer Grundsatzfragen und ständig abnehmender Beteiligung brach sie jedoch 1993 auseinander.

In Sachsen wurde daneben bereits 1991 ein landesweiter Zusammenschluß aller Studierendenvertretungen, die Konferenz Sächsischer Studentenräte (KSS), ins Leben gerufen. Bereits vom SMWK im SHG als Landesorgan der sächsischen StuRä vorgesehen, krankte die KSS jedoch von Anfang an am hohen Erwartungsdruck seitens des SMWK, das sich den zügigen Aufbau eines geeigneten Ansprechpartners für studentische Belange wünschte. Der u.a. durch § 94 des SHG von Seiten der Sächsischen Landesregierung eingeforderte hohe Formalisierungsgrad stellte hier den entscheidenden Geburtsfehler der KSS dar, so daß die Arbeit der KSS über Jahre durch eine Satzungs- und Statusdebatte erschwert wurde und schließlich durch mangelnde Teilnahme der sächsischen StuRä fast vollständig zum erliegen kam.

Erst in der zweiten Jahreshälfte '96 kam es auf beiden Ebenen, der sächsischen und der ostdeutschen, wieder zu einer verstärkten Kooperation, die, zunächst in loser Form begonnen, schnell zu einer vertieften Zusammenarbeit zwischen ostdeutschen StuRä und ASten geführt hat. So hatte ein erstes „Ostdeutsches Studierendenvertretungstreffen" am 5. Oktober 1996 an der Humboldt-Universität stattgefunden, sich sogleich

mit der einprägsamen Abkürzung „O.S.T." versehen und die Fortsetzung seiner Diskussion für den 8.-10. November 1996 in Leipzig verabredet. Dabei wurde auch sofort geklärt, daß sich das O.S.T. zwar zur Informations- und Koordinierungsstruktur entwickeln, dies jedoch nicht mit einem Dachverbandsanspruch verbinden sollte. Für jedes Bundesland wurde ein StuRa als Informationsknoten festgelegt, über den unaufwendig überregional wichtige Informationen von einem in andere Bundesländer geleitet werden können. Aus dem Protokoll des Eröffnungsplenums in Berlin: „Die Erwartungshaltungen, die im Rundlauf geäußert werden, reichen von 'neugierig sein' über 'Gleichgesinnte kennenlernen wollen' bis hin zu einem 'Aufbau einer schlagkräftigen ostdeutschen Studierendenbewegung' (nicht so formuliert, aber gemeint). Überwiegender Tenor ist eine abwartende, sich überraschenlassende Haltung."[2]

Zu beobachten war bei allen Teilnehmern nach den langen Debatten der Vergangenheit dabei eine gewisse Theoriemüdigkeit und der offenbar von allen geteilte Vorsatz, zu sachorientierten Lösungen zu gelangen. Geschuldet war diese Haltung auch hier mit einiger Sicherheit einem zwischenzeitlich vollzogenen Generationswechsel unter den Studierenden. Die vielfach zu beobachtende ideologisierende Haltung derjenigen Studierenden, die den Abbruch und Neuaufbau der Hochschulen von Anfang an miterlebt hatten, wich damit einer auf Problemlösung orientierten Haltung einer relativ 'unbelasteten' Studentengeneration.

Ein weiterer Faktor für das Wiedererstarken studentischer überregionaler Zusammenarbeit liegt in den sich erst heute langsam festigenden Organisationsstrukturen der ostdeutschen SSV. Mit der 'Zerschlagung' der ostdeutschen Hochschulen und der Auflösung der FDJ ist viel an organisatorischem Know-how und institutioneller Vernetzung verlorengegangen, was sich die nachfolgenden SSV-Generationen erst langsam wieder erarbeiten mußten. Wenngleich die SSV an einigen ostdeutschen Hochschulen erst in den letzten Jahren in die Krise geraten ist, scheint doch für das Gros zu gelten, daß inzwischen an vielen ostdeutschen Hochschulen auch in dieser Hinsicht ein Niveau erreicht worden ist, das eine ausreichende Basis für eine engere Zusammenarbeit zwischen den StuRä bietet.

Die bisherigen Erfahrungen belegen, daß trotz - oder gerade wegen - der bisher losen Form damit eine Zusammenarbeit auf hohem inhalt-

lichen Niveau möglich ist und die hohe Kompromißbereitschaft der verschiedenen StuRä und ASten sachorientierte Arbeit ermöglicht.

Fazit

Mit den strukturellen Besonderheiten der SSV in Ostdeutschland hat hier die Vertretung studentischer Interessen 'am Studenten' sicherlich bessere Startchancen als in vergleichbaren westdeutschen Gremien. Erst heute, mehr als 6 Jahre nach der Wende, erreicht die SSV an den ostdeutschen Hochschulen allerdings vielerorts einen organisatorischen Grad, der eine überregionale Zusammenarbeit sinnvoll und möglich macht. Ausgemacht ist der Erfolg dieser Zusammenarbeit dabei nicht, und trotz einer günstigen Ausgangsposition wird die Zukunft erweisen müssen, ob der Osten - in diesem positiven Sinne - wirklich anders ist und, wer weiß, dem Westen zur Abwechslung einmal als Vorbild dienen kann.

Kai Erik Hörig studiert Mathematik und ist Öffentlichkeitsreferent des StuRa der Universität Leipzig. Thorsten Schomann, Soziologie und Kulturwissenschaft, ist Sprecher des StuRa ebendort

Anmerkungen:

[1] Obwohl wir einen Überblick über die Verfaßtheit ostdeutscher Studierendenvertretungen im allgemeinen zu geben versuchen, sind doch Ausgangspunkt unserer Darstellung die Erfahrungen in Leipzig und Sachsen. Obwohl wir meinen, daß diese Erfahrungen durchaus auf Ostdeutschland auszuweiten sind, mögen wir daher an mancher Stelle Leipzig- bzw. sachsenlastig wirken. Wir bitten in diesem Falle um Nachsicht.

[2] Nachbereitungsreader zum „Treffen ostdeutscher StudentInnenvertretungen" vom 04.-06. Oktober 1996 an der Humboldt-Uni Berlin, S. 2.

Perspektiven für die Naturwissenschaften der Humboldt-Universität in Berlin-Adlershof*

Michael Müller-Preußker
Berlin

Die Humboldt-Universität zu Berlin (HUB), 1810 mit den vier klassischen Fakultäten Jura, Medizin, Philosophie und Theologie gegründet, ist die älteste Universität Berlins. Wesentliche Impulse zu ihrer Gründung waren von bedeutenden Persönlichkeiten ausgegangen, unter ihnen Fichte und Schleiermacher, deren Reformideen auch die Universitätskonzeption Wilhelm von Humboldts beeinflußten. Danach sollte eine "universitas litterarum" entstehen, in der die Einheit von Lehre und Forschung verwirklicht und den Studierenden eine allseitige humanistische Bildung vermittelt wird. Die Alma mater berolinensis trug von 1828 bis 1945 den Namen "Friedrich-Wilhelms-Universität". Zu ihrem bis in die heutige Zeit reichenden ausgezeichneten wissenschaftlichen Ruf trägt entscheidend bei, daß viele herausragende Gelehrte in ihrer Lehr- und Forschungstätigkeit mit der Universität eng verbunden waren, unter ihnen Gustav Kirchhoff, Heinrich Hertz, Hermann von Helmholtz, Rudolf Virchow, Robert Koch, Wilhelm Foerster, Otto Hahn, Max Planck und Albert Einstein. Nicht weniger als 29 Nobelpreisträger hatten ihre Wirkungsstätte an der Berliner Universität. Seit 1949 trägt sie den verpflichtenden Namen der Brüder Wilhelm und Alexander von Humboldt.

Seit der deutschen Wiedervereinigung erfuhr die HUB einen umfassenden Prozeß personellen, inhaltlichen und organisatorischen Wandels. Alle Professuren wurden ausnahmslos nach einem weltweit offenen Ausschreibungsverfahren neu besetzt. Das nunmehr etablierte For-

schungs- und Lehrprofil umfaßt alle grundlegenden Wissenschaftsdisziplinen der Mathematik, der Naturwissenschaften, der Agrarwissenschaften, der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften sowie der Humanmedizin. Es werden insgesamt 224 Fachstudiengänge bzw. Studienfachkombinationen angeboten, zu denen sich im Wintersemester 1995/96 bereits über 30.100 Studierende immatrikulieren ließen, davon mehr als 9% aus dem Ausland.

Im Unterschied zum an anderen Universitäten beobachteten Trend verzeichnet die HUB auch in den Naturwissenschaften einen Anstieg der Zahl der Studierenden. Mehr als 4.000 hatten sich zum Wintersemester 1995/96 an den beiden Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten eingeschrieben. Die Institute der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät I (Institute für Biologie, Chemie, Pharmazie und Physik) sowie der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät II (Institute für Geographie, Informatik, Mathematik und Psychologie) haben mit der weitgehend abgeschlossenen Personalerneuerung tiefgreifende Strukturveränderungen in Forschung und Lehre erfahren. Erhebliche Investitionen wurden in der Folge in die experimentell-apparative Basis und in die Computerausstattung bzw. -vernetzung getätigt. Damit sind grundsätzlich gute personelle, wie auch materielle Voraussetzungen gegeben, um an frühere Traditionen anknüpfen zu können. Ständig steigende Drittmitteleinwerbungen der Institute, erste von der DFG geförderte Graduiertenkollegs, Innovationskollegs sowie Forschergruppen lassen den Schluß zu, daß die Leistungsfähigkeit der HUB-Forschung deutlich im Wachsen begriffen ist.

Die räumliche Situation aber bleibt für die Naturwissenschaften der Humboldt-Universität (wie auch für andere Disziplinen) unbefriedigend. Die genannten Institute sind derzeit an weit verstreuten Einzelstandorten in der Berliner Innenstadt angesiedelt. Dies erschwert die wissenschaftliche Kommunikation innerhalb der Fakultäten und vorhandene neue Ansätze für interdisziplinäre Kooperationen. Auch wenn sich die Unterbringung einiger Institute im Verlaufe der letzten Jahre durch Anmietung neu hergerichteter Gebäude deutlich verbessert hat, bleiben nach vorliegenden Gutachten Flächendefizite bestehen, ganz abgesehen vom Fehlen potentieller Erweiterungsflächen. Die Bausubstanz einiger Institutsteile bedarf der grundlegenden Sanierung. Für angemietete Gebäude zahlt die Universität jährlich einen zweistelligen Millionenbe-

trag. Darüberhinaus sieht sich die Universität mit Restitutionsansprüchen konfrontiert.

Der geplante Umzug aller mathematisch-naturwissenschaftlichen Institute der HUB an den *Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Berlin-Adlershof*, abgekürzt *WISTA*, soll die räumlichen Bedingungen grundlegend verbessern. Die Entscheidung zugunsten des Umzugs ist vom Akademischen Senat der Universität bereits im Dezember 1991 zu Beginn der eigentlichen Erneuerungsphase getroffen worden.[1] Der Umzugsplan wurde durch Empfehlungen der Berliner Landeshochschulstrukturkommission[2] und des Wissenschaftsrates[3] nachhaltig unterstützt, worauf die Berliner Landesregierung die erforderlichen Planungsschritte eingeleitet hat. Innerhalb der Universität ist der Plan, obwohl grundsätzlich von der Universitätsleitung und von den betroffenen Instituten unterstützt, zunächst nicht mit besonderem Nachdruck verfolgt worden. Die Gremien der Universität waren zu sehr mit den Problemen der personellen und strukturellen Erneuerung befaßt, als daß sie sich mit den notwendigen konkreten Planungsaufgaben und mit der entsprechenden Außendarstellung für den Umzug hätten intensiver beschäftigen können. Auch nahm der Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Adlershof nach Evaluierung der ehemaligen Akademie-Institute und Neugründung von Forschungseinrichtungen verschiedener Trägerorganisationen, nach Ausgründen und Niederlassen kleiner technologieorientierter Firmen erst im Verlaufe der letzten Jahre deutliche Konturen an. Diese führten zu einer zunehmend positiven Bewertung des Umzugs aus HUB-Sicht. Es kann nicht verschwiegen werden, daß es auch heute Vorbehalte gibt gegen die räumliche Trennung der Naturwissenschaften von den Geisteswissenschaften, der Medizin und den Agrarwissenschaften, die im Zentrum der Stadt verbleiben werden. Dieser Vorbehalt ist sehr wohl ernst zu nehmen. Er wiegt aber die erkennbaren Vorteile für eine Standortwahl der Naturwissenschaften der HUB in Adlershof nicht auf.

In Adlershof, das in einer halben Stunde mit öffentlichen Verkehrsmitteln vom Berliner Zentrum aus erreicht werden kann, nimmt heute die *Vision einer integrierten Landschaft aus Wissenschaft und Wirtschaft* Gestalt an. Die Verbindung der *drei Säulen - außeruniversitäre Forschung, Hochschuleinrichtungen und innovative Unternehmen* - soll Synergie-Effekte und Spitzenleistungen in Naturwissenschaft und Tech-

nik hervorbringen, mit deren Hilfe letztlich neue zukunftssichere, intelligente Arbeitsplätze im Bereich der Schlüsseltechnologien geschaffen werden können. Eine urbane Landschaft soll entstehen, in der sich Arbeit, Lehre, Lernen, attraktives Wohnen, Kultur und Erholung in unmittelbarer Nachbarschaft zueinander verwirklichen lassen.

Der WISTA beherbergt heute 15 außeruniversitäre Forschungsinstitute mit ca. 1400 Beschäftigten und rund 150 Millionen DM Jahresetat. Als wichtigstes Kernstück wird derzeit die Elektronen-Speicherringanlage BESSY II gebaut, die als Synchrotronstrahlungsquelle vor allem für Material- und Strukturuntersuchungen weiter Bereichen der naturwissenschaftlichen Grundlagen- und der angewandten Forschung zur Verfügung stehen wird. Ca. 200 Firmen, die in der Regel forschungsorientiert sind, haben sich mit mehr als 2.000 Beschäftigten im WISTA niedergelassen. Ein Innovations- und Gründerzentrum bietet für die Aufbauphase profilkonformer Unternehmen Räumlichkeiten mit der notwendigen hochwertigen Ausstattung. Grundstücke können erworben werden für eine dauerhafte Ansiedlung von Unternehmen. Bei der Zulassung von Unternehmen im WISTA werden vier Fach-Profile vorrangig bedient:

- Chemie, Physik und Anwendung neuer Materialien,
- Optik, Lasertechnik, Photonik,
- Mikrosystemtechnik, Mikroelektronik, Informatik,
- Umweltforschung und Analytik.

Sie sind im übrigen auch im Forschungsspektrum der Naturwissenschaften der HUB vertreten. Den inhaltlichen Schwerpunkten folgend, befinden sich in Adlershof fachbezogene Innovationszentren für Chemische Technologie, für Photonik, für Informatik, für Systemtechnologie und für Umwelttechnologie im Aufbau.

Die Ansiedlung der naturwissenschaftlichen Institute einer Universität im Adlershofer Wissenschafts-, Technologie- und Wirtschaftspark folgt internationalen Erfahrungen, die in verschiedenen Ländern vor allem in den USA und in Japan gemacht werden konnten. Die nachhaltig erfolgreiche Entwicklung einer solchen Region setzt die Präsenz einer Universität mit ihrem entscheidenden Potential ideenreicher junger Studierender und Nachwuchsforscher voraus. Der erwünschte Transfer von Ergebnissen der Grundlagen- und der angewandten Forschung in die Entwicklung technologischer Verfahren und in die Produktion hochwer-

tiger Produkte funktioniert am besten, wenn Forscher und Entwickler sich regelmäßig begegnen und das nicht nur am Arbeitsplatz, in Kolloquia oder bei Tagungen. Technologietransfer findet darüber hinaus am ehesten statt, wenn der wissenschaftliche Nachwuchs angeregt wird, direkt aus der Hochschule in junge, kreative Unternehmen hinüberzuwechseln.

Die Ansiedlung der Humboldt-Universität in Adlershof mit vollem Lehrbetrieb wird zu einem die Qualität des Standortes entscheidend prägenden Faktor. Dies wird so von den in Adlershof ansässigen Instituten, vertreten durch die Initiativgemeinschaft Außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in Adlershof (IGAFA), von Firmen und von den Entwicklungsgesellschaften WISTA Management GmbH und BAAG gesehen und in der Öffentlichkeit mit Nachdruck betont. Von der Qualität der sich entwickelnden Stadt für Wissenschaft und Wirtschaft wird aber die Sogwirkung auf weitere Unternehmen abhängen und letztlich die Möglichkeit, die anliegenden Grundstücke auf dem Immobilienmarkt so gewinnbringend zu veräußern, daß die dem Land Berlin entstehenden hohen Kosten kompensiert werden können.

Das Land Berlin hat die Planungen der Humboldt-Universität für Adlershof beim Wissenschaftsrat zum 25. Rahmenplan im Februar 1995 angemeldet. Die Empfehlungen des Wissenschaftrates, der zugleich das kleinere Projekt der Naturwissenschaften der Universität Potsdam in Golm zu bewerten hat, stehen noch aus. Den Planungen entsprechend, soll die HUB mit ca. 130 Professoren, 340 wissenschaftlichen Mitarbeitern und 320 Mitarbeitern des sonstigen Personals nach Adlershof ziehen. Die dort angestrebte Zahl der Studierenden beträgt 4.350. Abgesehen von der Lösung der bereits erwähnten Probleme der räumlichen Unterbringung, finden die Wissenschaftler und Studenten erweiterbare Arbeitsflächen mit modernster Infrastruktur. Durch die räumliche Nähe gewinnen die Möglichkeiten der Zusammenarbeit in Forschung und Lehre innerhalb und zwischen den Instituten eine neue Qualität. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die unmittelbare Nachbarschaft mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Wirtschaftsunternehmen für beide Seiten anregend und förderlich wird. Zusätzlich zu den bereits bestehenden Kooperationen mit außeruniversitären Forschungsinstituten, wie dem Max-Born-Institut für Nichtlineare Optik und Kurzzeitspektroskopie, dem Institut für Angewandte Chemie, der Bundesanstalt für

Materialforschung und -prüfung, der Berliner Elektronenspeicherring Gesellschaft für Synchrotronstrahlung GmbH (BESSY), der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung und anderen, können die Institute neue Forschungsfelder und auch Kontakte zur betrieblichen Anwendung aufbauen. Die Zusammenarbeit wird sich sowohl auf die Forschung und Entwicklung als auch auf die Lehre und Ausbildung erstrecken. Die Studierenden werden forschungsnahe Beschäftigungen schon während des Studiums finden. Die Universität ihrerseits kann das eigene Forschungspotential im Rahmen gegebener Randbedingungen erkennbaren und (auch finanziell) Erfolg versprechenden Bedürfnissen anpassen. Sie wird mit Weiterbildungsangeboten über neue Entwicklungen in der anwendungsorientierten Grundlagenforschung den ansässigen Unternehmen und Instituten Anregungen geben.

Allerdings muß und kann die Universität Anstrengungen unternehmen, die der Trennung der Naturwissenschaften von den anderen Fakultäten entgegenwirken. Fahrwege der Studierenden sollten möglichst minimiert werden, indem Lehrexporte der Naturwissenschaften an andere Fakultäten in deren Räumen organisiert werden. Die in der Stadtmitte verbleibenden Fakultäten können ihrerseits mit Vorträgen, Kolloquia und Ausstellungen Angebote eines regen geistigen Lebens auf den Adlershofer Standort tragen. Schließlich eröffnet die Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen in Adlershof auch anderen Fakultäten neue Wirkungsbereiche, die wissenschaftlich aber auch finanziell sehr attraktiv sein können.

Ein Kernstück für die kooperativen Beziehungen am Wissenschaftsstandort Adlershof wird das *Informations- und Kommunikationszentrum Adlershof (IKA)* sein. Es wird eine räumliche und organisatorische Verschmelzung von Bibliothek, Rechenzentrum, Multimediaservice und Begegnungszentrum sein, offen für Universitätsangehörige, Mitarbeiter der benachbarten Einrichtungen und andere Interessenten. Mit dem Angebot von modernstem Service bei elektronischer Datenhaltung und Datenverkehr in schnellen Netzen, bei elektronischem Publizieren, aber auch bei herkömmlichen Bibliotheksdiensten soll das Zentrum eine aktive Rolle als Informationsanbieter und -vermittler für den Standort und weit darüber hinaus spielen. Dieser hohe Anspruch bedingt angesichts der rasanten technischen Entwicklungen ein besonders hohes Maß an Flexibilität und Phantasie bei den jetzt laufenden Bauplanungen.

Es ist symptomatisch für die sich entwickelnde Situation in Adlershof, daß das Informations- und Kommunikationszentrum gemeinsam von Universität und WISTA Management GmbH geplant, gestaltet und hoffentlich bald gebaut und betrieben wird.

Die Planung und Realisierung der einzelnen Bauvorhaben der Universität in Adlershof erfolgen naturgemäß zeitversetzt entsprechend Dringlichkeit und (nicht zuletzt) Finanzierbarkeit. Mit Baubeginn 1997 könnten aus heutiger Sicht schrittweise bis zum Jahre 2000 die Neubauten der Institute für Chemie, Geographie, Informatik, Mathematik und Psychologie errichtet und zentrale Lehrräume verfügbar sein. Auch für das IKA und für die notwendigen Verwaltungseinrichtungen ist selbst bei späterem Baubeginn das Jahr 2000 als Fertigstellungstermin anvisiert. Das Institut für Physik, eine Mensa und weitere Lehrräume sollen folgen, bis schließlich im Jahre 2004 mit dem Institut für Biologie der naturwissenschaftliche Campus der Humboldt-Universität fertiggestellt sein soll.

Es bleibt zu hoffen, daß der geplante Ausbau des für Berlin und Umland so wichtigen Wirtschaftsentwicklungsprojektes Adlershof unter Einschluß der mathematisch-naturwissenschaftlichen Universitätsinstitute nicht den bestehenden Sparzwängen geopfert wird. Gegner des Projektes, die sich vor allem an den beiden mit der HUB konkurrierenden Berliner Universitäten angesichts der dramatisch sinkenden Universitätsetats aber auch in politischen Kreisen der Stadt formieren, verkennen, daß auf längere Sicht von einem Gelingen in Adlershof die Zukunft der Berliner Wirtschaft und damit auch der Hochschulen in nicht unerheblichem Maße abhängt.

Michael Müller-Preußker, Prof. Dr. sc. nat., Theoretischer Physiker, Institut für Physik der Humboldt-Uiversität zu Berlin, war von 1994 bis 1996 als Vizepräsident der HUB unter anderem zuständig für die Planung des Umzugs der mathematisch-naturwissenschaftlichen Institute nach Adlershof

Anmerkungen:

* Überarbeitete Fassung eines Vortrags, gehalten am 11. Juli 1996 zum "Tag der Forschung" an der Humboldt-Universität zu Berlin.

[1] Beschluß des Akademischen Senates der Humboldt-Universität 137/91 vom 03.12.1991.

[2] Landeshochschulstrukturkommission (Hrsg.): Stellungnahmen und Empfehlungen zu Struktur und Entwicklung der Berliner Hochschulen. Berlin 1992.

[3] Wissenschaftsrat (Hrsg.): Stellungnahme zu den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereichen der Universitäten in Berlin und Potsdam. Berlin, 22.01.1993, Drs. 1006/93

Eine Randnotiz zu einer „Inventur" der „Geisteswissenschaften in Ostdeutschland" von P. Pasternack

Burchard Brentjes
Berlin

Dieser anspruchsvolle Band[1] zwingt zum Eingehen auf seine Quellen und ihre Urteile, die ansonsten zum guten Teil nicht des Aufhebens wert wären. Jedenfalls geht es mir so mit der Stellungnahme des Ägyptologen Assmann in der Konstanzer Fragebogenkampagne von 1990 über den damals noch von mir geleiteten Wissenschaftsbereich Orientalische Archäologie in Halle. Sie schien mir ihrer Oberflächlichkeit wegen nicht der Beachtung wert, da sie aber nun in der heute üblichen Weise als geschriebene Urweisheit (Akte = Tatsache) behandelt wird, muß eine Antwort erfolgen, auch wenn sie kaum wirksam werden dürfte.

Die Stellungnahme des Herrn Assmann entstand nach einer Unterhaltung mit zehn Wissenschaftlern aus fünf Fächern, die meiner Erinnerung nach kaum 90 Minuten dauerte. Heraus kam eine naturgemäß oberflächliche Einschätzung, die weder die Struktur und Intention noch die Ergebnisse der behandelten - denn analysierten kann man hier nicht sagen - Einrichtung beschrieb, geschweige denn auf dem Verständnis der Lage beruhte.

Nach der von Pasternack kritiklos übernommenen Schilderung wäre der Wissenschaftsbereich ein „Unikum, das andernorts kaum Entsprechungen" gehabt habe. Zwar ist schon diese Aussage falsch - verwiesen sei z.B. auf das „Institut für Orientalische Kunstgeschichte" an der Universität in Köln oder das Nachfolge-"Institut für orientalische Archäologie und Kunstgeschichte" in Halle,[2] wie die Verwunderung darüber, daß eine Einrichtung anders strukturiert sei als die dem „Rich-

ter" bekannten Institute, Zweifel an die Objektivität des Urteilenden hervorruft. Zudem gab der Wissenschaftsrat der BDR, wie bekannt, ein völlig anderes Urteil über diesen Wissenschaftsbereich ab[3] und empfahl seine Weiterführung, wie auch damals Dutzende - m.W. mehr als vierzig - westdeutsche Fachkollegen schriftlich in Halle für den Erhalt dieser Einrichtung votierten.

Pasternack zitiert Assmann:[4] „Hier hat man die 'entkernten', d.h. auf Kosten ihrer sprachwissenschaftlich-archäologischen Aspekte reduzierten Fächer der traditionellen Orientalistik zu einem Riesengebiet 'Orientarchäologie' vereinigt." Das ist schlicht die Unwahrheit. An der Sektion war die „traditionelle Orientalistik" gleich mit zwei Bereichen neben der Archäologie vertreten - und zum Wissenschaftsbereich „Orientalische Archäologie" gehörten stets Philologen. Schon der Gründer des (damals noch) „Seminars für die Frühgeschichte des Orients" hatte an der indischen Nationaluniversität in Santiniketan Sanskrit, Prakrit und Hindi studiert, übersetzte auch später in Halle noch Bengali-Lyrik und schrieb - nicht zuletzt an Hand der indischen Werke seines Lehrers Rabindranath Tagore - dessen Biographie. Zum Bereich Indien gehörten ständig der Sankritist Mehlig und zeitweise Frau Liebau, die Urdu, Hindi und südindische Sprachen betrieb und lehrte. Die Akkadistik vertrat am Bereich der leider früh verstorbene H. Goeseke, der hebräisch, ugaritisch und akkadisch unterrichtete. Nach seinem Tod fanden wir keinen Ersatz und mußten die Stelle abgeben, da es schon damals „Sparpakete" gab. In Zusammenarbeit mit den Kollegen in Leipzig und Jena konnte der Unterricht weitergeführt werden. Es entstanden Arbeiten zur sumerischen Wirtschaftsgeschichte und zu anderen Gebieten sowie in internationaler Zusammenarbeit Sammelbände zur Geschichte des Grundeigentums in Mesopotamien und Studien zur Handelsgeschichte Vorderasiens. Im Bereich Zentralasien arbeitete z.B. Herr Taube über usbekische und tadschikische Volksreligionen und verband diese mit Arbeiten zur Volkskunst Zentralasiens.

Der Arbeitsbereich Ägypten war mit drei Kollegen besetzt, die alle eine volle Ausbildung in altägyptisch und koptisch absolviert hatten. Keiner der Absolventen des Wissenschaftsbereichs legte seine Examina ohne eine solide Ausbildung in den Sprachen seines zukünftigen Arbeitsbereiches ab. Wir hatten um jede Stelle zu kämpfen - wie aktuell! -, und neben beispielsweise der mit fünf Wissenschaftlern besetzten

Arabistik in Halle[5] am Wissenschaftsbereich noch zusätzlich einen Arabisten anzustellen, wäre unmöglich und unsinnig gewesen. An dem heutigen Nachfolge-Institut des Wissenschaftsbereiches gibt es nicht einen Philologen, aber es unterliegt ja auch nicht dem Urteil der Konstanzer Richter. Ein neugebildeter Bereich des Deutschen Archäologischen Instituts nennt sich „Eurasienabteilung" - und dies ohne jeden Philologen - wie „entkernt"! Mir erscheint dies gerechtfertigt und begrüßenswert. Aber wir mußten z.B. die Indologie aufnehmen, um den genannten Wissenschaftlern eine Arbeit ermöglichen zu können. Außerdem waren die Mitarbeiter des Bereichs in Halle nicht schlechthin alle „bloß" Orientarchäologen, sondern jeder hatte seine Spezialausbildung und vertrat seine Disziplin. So war z.B. die indische Altertumskunde durch einen habilitierten Indologen, einen habilitierten Fachmann für indische Archäologie, eine promovierte Kunsthistorikerin für indische Kunst und einen gleichfalls promovierten Lehrbeauftragten für indische Kunst vertreten. Beide nutzten z.B. für die chronologische Ordnung frühindischer Plastik paläographische Methoden. Der Gründer des Instituts Heinz Mode war international anerkannter Fachmann für die indische - vor allem die buddhistische - Kunst. Leider stand er in den letzten Jahren durch seine schwere Erkrankung nicht mehr für die Lehre zur Verfügung. Die anderen Disziplinen waren nicht so reich an Stellen, aber deshalb nicht weniger qualifiziert - so betrieb Frau Dr. Rührdanz nicht nur „Buchmalerei", sondern war und ist eine habilitierte Fachvertreterin für die islamische Kunstgeschichte und Archäologie. Ihre Forschungsarbeit galt in erster Linie der Miniaturmalerei, und sie ist auf diesem Gebiet, das in der BRD vernachlässigt wird, eine international anerkannte Wissenschaftlerin. Das hinderte nach dem Vorliegen des Assmannschen Gutachtens niemanden, sie „mangels Bedarf" zu entlassen und dafür einen jungen Mann als Lehrbeauftragten für das gleiche Fach zu holen. Weiter waren durch habilitierte Kräfte vertreten: Spätantike und osteuropäische Kunst - die dazugehörigen Sprachen wurden im gleichen Hause gelehrt -, die Archäologie und Kunst Ägyptens - die Sprachausbildung erfolgte im Nachbarbereich und in Zusammenarbeit mit Leipzig -, im Aufbau war die Archäologie Zentralasiens - gleichfalls mit einem Habilitierten, dem jetzt seit Jahren die bestehende C3-Stelle trotz internationaler Positivgutachten verweigert wird -, und der „Rest" blieb an mir hängen. Betrieben wurde die Geschichte der Orientforschung in

Halle, schon um die Fächer des Bereichs gegen Einsparungstendenzen zu verteidigen, so war z.B. das Institutsgebäude, das Robertinum, bereits vermessen, um hier das Rechenzentrum der Universität einzurichten

Da es außer den ägyptologischen Instituten in Berlin und Leipzig und zwei Altorientalisten in Leipzig an den Hochschulen der DDR keine Ausbildungsstätte für Altorientalistik, islamische und vorderasiatische Archäologie und für die Kunstgeschichte und Archäologie Zentralasiens und Indiens gab, zugleich aber Nachwuchs an den Museen und der Akademie fehlte, wie andererseits junge Leute in diese Fächer drängten, habe ich damals diese Ausbildungen in Zusammenarbeit mit den jeweils zur Verfügung stehenden Fachleuten organisiert und kann mit Vergnügen auf die Zahl qualifizierter junger Leute schauen, die diese Chance nutzen konnten, auch wenn ein Teil heute arbeitslos ist. Aber dieses Schicksal teilen sie mit so manchen guten jungen Kollegen, die an westdeutschen Hochschulen studiert haben. Allerdings dürfte die Verdrängung aus politischem Haß auf die „Ossis" beschränkt sein.

Assmann attackiert mich für „Minderheitensoziologie" - er meint vermutlich die 1988 von mir organisierte Gedenkkonferenz für die Opfer des Reichspogroms von 1938,[6] die ich vorwiegend mit Kollegen aus anderen Disziplinen bestritt - aus dem einfachen Grund, weil sonst zumindest in Halle nichts dazu geschehen wäre. Mir ist auch nichts bekannt von einer ähnlichen Veranstaltung an einer anderen Hochschule der DDR. Das gleiche gilt für die 1989 durchgeführte Konferenz über die Verfolgung der slawischen Intelligenz in Nazi-Deutschland,[7] über die ja auch heute kaum noch gesprochen wird. Leider scheiterte durch meinen erzwungenen Abgang eine Tagung zum Schicksal der Sinti und Roma, an der niemand in Halle 1990 mehr Interesse hatte. Sie sollte eine 1964 verbotene Konferenz ersetzen.

Für den Fachmann im ägyptischen Elfenbeinturm - es gibt etwas Derartiges als Spielstein - mögen diese Themen fern von den Aufgaben eines Archäologen sein, doch habe ich mich stets nach meiner Überzeugung gerichtet, daß die Verantwortung des Wissenschaftlers über sein Spezialgebiet hinausgeht und er für die Unterdrückten Partei ergreifen muß.

Mein publizistisches Werk galt besonders der Information der Deutschen über die Kulturen des „Ostens" und „Südens", und die Zahl der Übersetzungen - in 15 Sprachen vom Englischen bis zum Japani-

schen - bestätigt mir, das Rechte getan zu haben - auch in Hinblick auf die Arbeiten über die Judenverfolgungen, die Massenmorde an Slawen und die Vernichtung der „Zigeuner". Zudem haben diese Bemühungen keinen Kollegen und auch mich nicht von der fachlichen Arbeit abgehalten.

Assmanns Behauptung, das Betreiben der vorderasiatischen Archäologie in Halle sei an eine gleichzeitige „Akkadistik"-Professur gebunden, erweist sich auch in der gegenwärtigen Lage als irreal - es gibt dort bis heute (1996) keine derartige Einrichtung, da sie in 40 km Entfernung in Leipzig besteht. Die Zusammenarbeit zwischen Angehörigen verschiedener Hochschulen ist für den Herrn aus Heidelberg anscheinend schwer vorstellbar.

Er hat auch mein Engagement in der Klimaforschung kaum verstanden. Mir ging es und geht es dabei um die Auswertung der in mehreren anderen Disziplinen erarbeiteten Erkenntnisse über die Wechselwirkung von Klimaschwankung und Kulturgeschichte. Um aber die dort in Fluß befindliche Forschung nutzen zu können, muß sich der Archäologe in die Grundlagen gleich mehrerer naturwissenschaftlicher Disziplinen einarbeiten, um die auftauchenden Thesen einschätzen zu können, da er sonst rasch überholten Angaben zum Opfer fällt. Daher führte ich 1988 Vertreter von zwölf Disziplinen aus zehn Ländern zusammen. Wenn auch die Publikation der Ergebnisse dieser Tagung der „Wende" zum Opfer fiel, so haben sich m.W. doch alle Teilnehmer mit Gewinn daran beteiligt.

Ungenau ist zudem die Angabe[8] zur Indologie in Halle. Seit der Weimarer Republik war in Halle die Indologie mit der allgemeinen Sprachwissenschaft vereinigt, und dieser Lehrstuhl war noch lange in DDR-Zeiten besetzt. Nicht gelungen ist es Heinz Mode und mir, für Herrn Dr. Mehlig eine Berufung zum Dozenten zu erreichen. Das „Publikationsverbot" hat er sich selbst auferlegt und seine Ablehnung, wissenschaftlich zu publizieren, nach mehreren erbitterten Auseinandersetzungen mit mir erst dann aufgegeben, als ich ihm einen Leipziger Verlag nachwies, der bereit sei, seine Arbeiten zu veröffentlichen. Unverständlich ist mir die Angabe, er sei in der Lehre nicht gefordert worden. Solange ich Verantwortung für den Bereich trug, hatte er völlige Lehrfreiheit wie jeder andere Habilitierte des Bereichs. Er konnte unterrichten, wen, was und wie er wollte. Es gab nie eine Kontrolle oder

eine Vorschrift. Von seinen Rechten als Lehrer und Forscher im Wissenschaftsbereich können mehrere meiner Schüler gleicher Qualifikation heute nur träumen.

Wäre es möglich gewesen, in einem so anspruchsvollen Band die Verhältnisse sachlich zu schildern? Durchaus - es gab das gegenteilige Votum des Wissenschaftsrates, es gibt selbst an der Leipziger Universität Absolventen des Wissenschaftsbereiches, es gibt ausführliche Bibliographien - und ich lebe ja auch noch. Ein mir übersandter Fragebogen wurde zurückgeschickt, da er als Fortführung der an Verleumdung grenzenden Flachheiten im Konstanzer Bericht erschien. Ich hielt es für sinnlos, dies auch noch zu kommentieren. Erst dieses Buch zwingt mich zu einer Stellungnahme. Die Materialbasis des in ihm enthaltenen Urteils ist „zeitgemäß", wenn auch unzureichend.

Man darf nicht vergessen, daß 1933 von allen Hochschulen Deutschlands knapp 3000 Wissenschaftler vertrieben wurden, 1990-1992 aus der Universität Halle allein mehr als 1400 - beide Male unter den Klängen von „Einigkeit und Recht und Freiheit"!

Natürlich hatte der Band keinen Einfluß auf das Ende des Wissenschaftsbereichs, während Assmanns Verdikt wohl daran mitwirkte. Entscheidend waren hierbei jedoch jene Kräfte, die ich in meinem Artikel „As I seem to remember" summarisch als „Neo-Pietisten"[9] bezeichnete. Das war mißverständlich, denn es bezog sich nicht auf so aufrechte Menschen wie Herrn Holz, die ihr Christentum verinnerlichten. Gemeint waren jene, die den Geist des „Schwerts der Pietisten" Lange konserviert haben, der einst den Philosophen Wolff durch eine Denunziation bei Hofe zur Flucht aus Halle zwang, jene Theologen, die schon vor über 40 Jahren mit an Nachrichtendienste erinnernder Intensität andersdenkende Studenten überwachten. Jedenfalls verstehe ich einen Vorfall aus dem Jahre 1990 nur unter einer solchen Voraussetzung. Einer meiner früheren Mitarbeiter versuchte zurückhaltend den damaligen theologischen Prorektor zu einer Haltung zu meinen Gunsten zu bewegen. Er erhielt die Antwort, wie er als Christ für mich sprechen könnte, hätte ich doch 1949 einen Vortrag gegen den Klerikalismus gehalten. Damals war ich Student - aber antiklerikal bin ich noch heute. Jener Prorektor mußte wenige Wochen später sein Amt aufgeben, da aus Greifswald eigenartige Angaben über seine dortige Studentenzeit auftauchten.

Auch die Charakteristik des Rektors, der die Zerschlagung des Bereichs zu verantworten hat, als „anständigen Menschen per se",[10] weil er CDU-Mitglied war, ist irreführend, da viele aufrechte CDU-Mitglieder ihre Ämter verloren haben, obwohl sie es zu DDR-Zeiten mitunter schwer hatten. Doch ändert dies nichts an der Einschätzung dieses Herrn und seiner Hintermänner. Sie waren gut vorbereitet, politisch konsequent und übertrafen alles bisher Dagewesene.

Burchard Brentjes, Prof. Dr., war bis 1992 Professor für Orientalische Archäologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und lebt in Berlin

Anmerkungen:

[1] Die folgenden Darlegungen beziehen sich ausschließlich auf die „Beschreibung" des bis 1990 von mir geleiteten „Wissenschaftsbereichs Orientalische Archäologie" an der Martin-Luther-Universität in dem Band „Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur" von Pasternack, P., Leipziger Universitätsverlag 1996, S. 168-169. Sie sind keine Auseinandersetzung mit den subjektiven Eindrücken des Ägyptologen Assmann, die ihm natürlich freigestellt sind, wohl aber eine Zurückweisung der Behandlung dieser unbegründeten Urteile als Hauptquelle der „Inventur" des Wisenschaftsbereichs. Da in einem Brief des Autors Pasternack vom 21.10.1996 nochmals die Behauptung aufgestellt wird, dieser Assmannsche Bericht sei die einzige vorhandene Quelle (wörtlich „Es können nur die Quellen verarbeitet werden, die es gibt"), muß hier folgendes festgestellt werden:

a) Der Wissenschaftsbereich hat wie wohl alle derartigen Einrichtungen über dreißig Jahre lang jedes Jahr detaillierte Arbeitspläne und danach Arbeitsberichte abgeliefert, die sowohl im Aktenbestand der Universität wie dem des ehemaligen Staatssekretariats und späteren Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen einzusehen sind.

b) Jedes Jahr wurden vollständige Vorlesungsverzeichnisse gedruckt, so daß z.B. die Unterrichtsbeteiligung des Herrn Mehlig sachlich überprüft werden kann.

c) Jährlich erschienen Arbeitsberichte des Zentralinstituts für Alte Geschichte und Archäologie der Akademie der Wissenschaften, in denen stets auch der hallesche Wissenschaftsbereich seine Arbeiten abrechnete.

d) Über jede Tagung des Bereichs sind Protokolle publiziert worden, wie Berichte darüber an die Hochschule gingen.

e) Jeder Mitarbeiter lieferte alle zwei Jahre einen Tätigkeitsbericht ab, der mit einer Einschätzung des Bereichs eingereicht wurde. Sie sind alle einzusehen.

f) Die Mitarbeiter des Wissenschaftsbereichs haben über fünfzig Monographien und Hunderte wissenschaftlicher Artikel publiziert sowie Dutzende Habilitationsschriften, Dissertationen und Diplomarbeiten eingereicht, die alle zugänglich sind.

g) Der Wissenschaftsbereich war an der Herausgabe der „Halleschen Beiträge zur Orientwissenschaft" beteiligt und gab zusätzlich die „Orientalia" mit Arbeiten des Nachwuchses heraus.

h) Mehrmals wurden die Konzeptionen des Bereichs schriftlich eingereicht und zum Teil auch gedruckt.

i) Mehrfach ergänzt wurde die Bibliographie der Mitarbeiter und publiziert. Auch diese Publikationen sind einsehbar.

j) In der Umgebung des Verfassers jener Inventur arbeiten an der Universität Leipzig Absolventen des Bereichs, die mindestens so gut oder schlecht wie der befragte Dekan hätten Auskunft geben können.

Es könnten daneben noch andere Quellen herangezogen werden, wenn man eine ehrliche „Inventur" des Bereichs schreiben wollte, die so nur eine journalistische Zeiterscheinung geworden ist.

[2] Dieses Institut folgte dem umbenannten und weitgehend demontierten Wissenschaftsbereich, dem das Fehlen von Philologen vorgeworfen wird.

[3] Zwar erwähnt Pasternack das Votum des Wissenschaftsrates (a.a.O., S. 205), berücksichtigt es aber nicht und hat sich wohl kaum gefragt, wie dieser Widerspruch zustandekam.

[4] s. Pasternack, a.a.O., S. 168

[5] Die Arabistik war Teil des Wissenschaftsbereichs „Geschichte, Sprachen und Kultur des Vorderen Orients" an der gleichen Sektion und stand natürlich für die Sprachausbildung der Studenten zur Verfügung

[6] s. B. Brentjes (Hrsg.): „Juden in Halle und Jüdische Sakralkunst", In: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe*, XXXVII, 5, Halle 1988

[7] s. B. Brentjes (Hrsg.): Wissenschaft unter dem NS-Regime. Peter Lang-Verlag, Berlin 1992

[8] s. Pasternack, a.a.O., 1995, S. 169

[9] s. B. Brentjes, As I seem to remember, In: *hochschule ost*, 3/1996, S. 71.

[10] s. B. Brentjes: ebd., S. 80-81. Der hochrangige Funktionär der DDR-Wissenschaftspolitik galt den neuen Herrn der Hochschule als integer...

Randnotiz zur Randnotiz

Peer Pasternack
Leipzig

Die vorstehende Veröffentlichung (S. 160-167) schließt einen Briefwechsel ab, der zur Präzisierung unterschiedlicher Auffassungen geführt hat, was auch sprachliche Verschärfungen einschloß. Ausgewogenheitsgründe legen es nahe anzufügen, worin die fortdauernden Entgegnungen des Autors der kritisierten Studie bestehen.[1]

Kritisiert wird von B. Brentjes zweierlei: Zum einen die Quellenbasis der Studie „Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995“,[2] soweit sie den vormaligen Wissenschaftsbereich Orientalische Archäologie an der halleschen Martin-Luther-Universität betrifft, und zum anderen eine Reihe von Aussagen in der wesentlichen dabei verwendeten Quelle.[3] Im folgenden wird ausschließlich der erste Kritikpunkt - die Quellenbasis - thematisiert, denn nur für deren Auswahl ist der Autor verantwortlich.

Die Studie „Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995“ war in wesentlichen Teilen eine Wiederholung der Untersuchung „Geisteswissenschaften in der DDR“ (durchgeführt 1990, koordiniert von der Universität Konstanz aus, deshalb i.f. „Konstanzer Untersuchung“).[4] Innerhalb der 1990er Konstanzer Untersuchung hatte es der Heidelberger Ägyptologe Jan Assmann unternommen, eine Einschätzung der orientalistischen und altertumswissenschaftlichen Bereiche an den DDR-Universitäten zu erarbeiten. Diese Einschätzung war als Bestandteil der Konstanzer Projektpublikation veröffentlicht worden.[5] Die Konstanzer Projektpublikation wiederum ist wesentliches Referenzmaterial für die 1995er Nachfolgeuntersuchung gewesen. Das ergab sich aus der Anlage letzterer als Vergleichsstudie.

Realitätsverzerrungen innerhalb der 1990 formulierten Einschätzungen konnten selbstredend nicht ausgeschlossen werden. Deshalb waren in die 1995 durchgeführte Erhebung mehrere Korrekturgelegenheiten eingebaut worden: (a) eine erneute schriftliche Befragung bereits 1990 beteiligt gewesener WissenschaftlerInnen; (b) eine mündliche Befragung heutiger InstitutsdirektorInnen und Dekane; (c) die Auswertung der, neben der Konstanzer Untersuchung, seit 1990 erschienenen Literatur zu den behandelten Gegenständen.[6]

Die Beschränkung auf die seit 1990 veröffentlichte Literatur resultierte zwingend aus dem Umstand, daß der Autor eines nicht beabsichtigt hatte: für die zwölf in die Untersuchung einbezogenen Einzeldisziplinen bzw. Fächergruppen an den sechs in die Untersuchung einbezogenen Universitäten, mithin für 72 Institute/Bereiche die jeweiligen Institutsgeschichten 1945-1995 zu schreiben. Dies legt zwar B. Brentjes nahe, wenn er für sein Fach auf die Unverzichtbarkeit der Auswertung der Quellen aus vier DDR-Jahrzehnten verweist[7] (und da dieses Fach privilegiert zu behandeln kein Anlaß bestanden hätte, wird dies also recht eigentlich für alle Fächer nahegelegt). Doch sollte es in der 1995er Untersuchung nicht um 72 einzelne Institutsgeschichten gehen, sondern um einen Vergleich der Situation von 1990 mit der von 1995.[8] Dabei sollten zudem bestimmte Fragestellungen beantwortet werden.[9] Etwas anderes wäre weder innerhalb von 18 Monaten Projektlaufzeit noch auf 300 Seiten möglich gewesen. Mit den erwähnten 72 Institutsgeschichten für die Jahre 1945-1995, die bei dieser Gelegenheit noch nicht mitgeliefert werden konnten, werden dagegen noch Generationen von Promovenden beschäftigt sein.

Jedenfalls: Innerhalb der gegenständlich wie durch bestimmte Fragestellungen eingegrenzten Untersuchung "Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995" war es weder möglich noch notwendig, das gesamte in den jeweiligen Fächern und Bereichen innerhalb von vier DDR-Jahrzehnten produzierte Schrifttum zur Kenntnis zu nehmen. Zur Kennt-

nis genommen wurde das seit 1990 erschienene Schrifttum.[10] Für den Hallenser Wissenschaftsbereich Orientalische Archäologie bestand dieses einzig aus den entsprechenden Passagen in dem Bericht von Assmann innerhalb der Konstanzer Projektpublikation.

Die dortigen Einschätzungen seien weithin falsch, wird nunmehr mitgeteilt. Leider erreichen den Autor diese Informationen erst nach Veröffentlichung der 1995 durchgeführten Studie: (a) In der Literatur findet sich, wie erwähnt, keine gegenteilige Darstellung.[11] (b) Im Interview mit dem heutigen Dekan - Bestandteil der empirischen Erhebung 1995 - gab es keine entsprechenden Hinweise. (c) Der ihm zugesandte Fragebogen wurde von B. Brentjes 1995 zwar unbeantwortet zurückgesandt. Doch geschah dies leider nicht mit der Begründung, daß er, der Fragebogen, „als Fortführung der an Verleumdung grenzenden Flachheiten im Konstanzer Bericht" erscheine.[12] Das hätte ja immerhin einen Hinweis auf vom Absender wahrgenommene Realitätsverzerrungen in der Assmannschen Darstellung geben können und damit die Möglichkeit einer entsprechenden Nachfrage seitens des Autors. Vielmehr erfolgte die Rücksendung des unbeantworteten Fragebogens mit dem handschriftlichen Vermerk: „sehe keinen Sinn in der Beteiligung". Solche Auskunft gibt Raum für Interpretationen, aber jedenfalls nicht für Nachfragen.

Ersatzweise wird der Autor nun, nach Abschluß der Erhebung und Veröffentlichung der Studie, darauf hingewiesen, daß es weitere mögliche Quellen gegeben hätte:

(a) „es gibt selbst an der Leipziger Universität Absolventen des Wissenschaftsbereiches" Orientalische Archäologie der MLU.[13] Dem ist gewiß so. Indessen wäre es im Zeitrahmen der Untersuchung ganz unmöglich wie auch methodisch sehr fragwürdig gewesen, zu jedem der behandelten Fachbereiche (wie erwähnt: 12 Fächer/Fächergruppen x 6 untersuchte Universitäten = 72 Institute/Bereiche) in der Universität Leipzig entsprechende Absolventen zu suchen, um sie als Auskunftsagenturen anstelle sonstig nicht vorhandener oder aber sich leider verschließender Quellen zu nutzen.

(b) „es gab das gegenteilige Votum des Wissenschaftsrates"[14] - "gegenteilig" bezieht sich auf Assmann. Dieses Votum lautete:

„[...] Hierzu regt der Wissenschaftsrat unterschiedliche Schwerpunktbildungen an den verschiedenen Hochschulstandorten an, u.a.: [...]

Halle: Aufklärungsforschung, Orientarchäologie",[15] nachdem es kurz zuvor schon etwas ausführlicher eingeführt worden war:

„Für die Bildung einer 'ortstypischen Aura' der Geisteswissenschaften an der Universität Halle empfiehlt der Wissenschaftsrat, anknüpfend an die fruchtbaren Ansätze der Sektion Orientarchäologie ein 'Interdisziplinäres Zentrum für Orientarchäologie' zu errichten. An diesem integrativen fachübergreifenden Schwerpunkt, der in Deutschland einzigartig wäre, sollten die Fächer Vorderasiatische Archäologie, Byzantinische bzw. Christliche Archäologie, Islamische Archäologie und Kunstgeschichte, Indische und Ostasiatische Archäologie und Kunstgeschichte mit den entsprechenden Philologien (Arabistik, Indologie und Sprachen des Oriens Christianus: in Halle ausgezeichnet vertreten) zusammenwirken..."[16]

Dieses argumentativ nicht untersetzte Votum wird in den veröffentlichten Empfehlungen des Wissenschaftsrates auch sonst nicht systematisch begründet. Es ist höchstens aus verstreuten stichpunktartigen Erwähnungen der halleschen Orientarchäologie - teils beschreibenden, teils wertenden Charakters - zu erklären, auch wenn es sich daraus nicht zwingend ableiten läßt. Diese verstreuten Erwähnungen sind viererlei:

(1) *„... führten die zumeist willkürlichen Strukturentscheidungen zur Konzentration und Zwangsintegration geisteswissenschaftlicher Fächer in größere Struktureinheiten an den klassischen Universitäten in einigen Fällen zur Herausbildung interessanter und potentiell vielversprechender Arbeitsbereiche, an die die Weiterentwicklung der Geisteswissenschaften in den neuen Ländern anknüpfen sollte. Beispiele hierfür sind die 'Orient-Archäologie' an der Universität Halle..."*[17]

(2) *„... und in Halle haben sich verschiedene Fächer zu einer 'Sektion Orientarchäologie' zusammengetan, die eine Historische und Vergleichende Kunstgeschichte und Archäologie des Orients (von Algier bis Japan) anbietet."*[18]

(3) *„Halle plant neben Professuren für Judaistik und Indologie ein Seminar 'Orientalische Archäologie und Kunst'. Die in Halle ausgezeichnet vertretene Arabistik (mit Ausrichtung auf Klassisches Arabisch) soll in Richtung Semitistik ausgeweitet werden. Besondere Bedeutung hat weiterhin die international hochangesehene Abteilung Sprachen des Oriens Christianus."*[19]

(4) *„Mögliche regionale Schwerpunkte der Geschichte sollten mit Blick auf die besondere Bedeutung der Orientarchäologie an dieser Universität im Bereich der außereuropäischen Geschichte gesucht werden (z.B. Geschichte des Alten Orients)."*[20]

Diese lediglich stichpunktartige Erwähnung der halleschen Orientarchäologie in den Wissenschaftsratsempfehlungen ist natürlich nicht von den halleschen Wissenschaftlern zu verantworten, sondern vom

Evaluationsgremium. Unabhängig von der Verantwortung dafür bleibt im hiesigen Zusammenhang - dem Problem, ob die Quellenkreuzung Wissenschaftsratsempfehlungen vs. Assmann einen sachlichen Widerspruch ergibt - jedoch die Frage: Wenn einerseits der Wissenschaftsrat eine recht summarische Empfehlung trifft, die einschließt, daß an vorhandene „Ansätze" „angeknüpft" werden solle, er diese Empfehlung aber nicht systematisch begründet; wenn andererseits Assmann eine weit ausführlichere Darstellung liefert, die nicht nur reichlich kritisiert, sondern auch ausgiebig lobende Erwähnungen enthält, und er insoweit den Eindruck differenzierter Beschäftigung mit dem Gegenstand und ebensolcher Einschätzung desselben nahelegt: Wo ist dann der Widerspruch, der dem Autor von „Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995" hätte auffallen sollen? Schließlich hat Assmann nicht die Abschaffung der in dem Bereich vertretenen Fächer vorgeschlagen.

Es bleibt das Bedauern, die wertvollen inhaltlichen Informationen von B. Brentjes nicht vor Abschluß der Studie "Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995" zur Verfügung gehabt zu haben. Immerhin konnte auch niemand der im Rahmen der 1995er Untersuchung Angesprochenen von der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse überrascht sein: Daß diese publiziert werden, war im Zusammenhang der Fragebogenerhebung ebenso mitgeteilt worden wie die methodische und inhaltliche Bezugnahme auf die Konstanzer Untersuchung von 1990.

Peer Pasternack, Dipl.-Pol., Universität Leipzig

Anmerkungen:

[1] Das eher ungewöhnliche Verfahren, dies unter Ausnutzung des privilegierten Zugriffs auf Veröffentlichung in dieser Zeitschrift zu tun, scheint gerechtfertigt dadurch, daß der Streitpartner augenscheinlich gerade wegen der redaktionellen Beteiligung des Autors an dieser Zeitschrift seinen Beitrag gern hier und nicht irgendwo andernorts veröffentlicht sehen wollte.

[2] Peer Pasternack: Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995. Eine Inventur. Vergleichsstudie im Anschluß an die Untersuchung „Geisteswissenschaften in der DDR", Konstanz 1990. Leipzig 1996.

[3] diese ist: Jan Assmann: Orient- und Altertumswissenschaften. In: Burkhart Steinwachs (Hg.): Geisteswissenschaften in der ehem. DDR, Konstanz 1993, S. 80-91.

[4] Vgl. Burkhart Steinwachs, a.a.O.

[5] Assmann, a.a.O.

[6] Vgl. die Darstellung der Quellen der Studie: Pasternack, a.a.O., S. 31.

[7] Vgl. Burchard Brentjes, im vorliegenden Heft, S. 166f., Fn. 1.

[8] Vgl. Pasternack, a.a.O., S. 29-31.

[9] Vgl. ebd., S. 38-43.

[10] Vgl. ebd., S. 31.

[11] Der Artikel von Burchard Brentjes: As I seem to remember, in: *hochschule ost* 3/1996, S. 71-82, der bereits einige Korrekturen enthält, erschien erst nach Manuskriptabschluß der Studie.

[12] Vgl. Brentjes, im vorliegenden Heft, S. 165.

[13] Ebd.

[14] Ebd.

[15] Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin. Teil IV, Köln 1992, S. 123.

[16] Ebd., S. 117f.

[17] Ebd., S. 19.

[18] Ebd., S. 91.

[19] Ebd., S. 93.

[20] Ebd., S. 116f.

Zu den „Erinnerungen" des Herrn Prof. Burchard Brentjes in *hochschule ost* 3/1996

Alice Stern
Halle/S.

Es ist schon eine sehr seltsame Aufarbeitung von 40 Jahren DDR, die Herr Prof. Brentjes vorlegt (*hochschule ost* 3/1996, S. 71ff.). Hier werden keine Fakten dargestellt, sondern vernebelte Beschuldigen ohne irgendeinen Beweis dafür antreten zu können. Dies beginnt auch schon mit seiner Überschrift, denn er meint sich ja zu erinnern. Besser wäre es wohl für einen historisch arbeitenden Wissenschaftler, sich an Fakten zu halten, die auch belegbar sind.

Als verwitwete Ehefrau von Prof. Dr. Leo Stern kann ich sehr wohl aus eigener Kenntnis des Ablaufs zu den hier geschilderten Ereignissen Stellung nehmen und sie gegebenenfalls auch beweisen.

Prof. Dr. Leo Stern kam nach Berufungsverhandlungen mit der Landesregierung des damaligen Landes Sachsen-Anhalt bzw. mit der Martin-Luther-Universität im Jahre 1949 und zu Beginn des Jahres 1950 auf Wunsch der Martin-Luther-Universität im Sommer 1950 nach Halle und nahm mit Beginn des Herbstsemesters 1950/51 seine Lehrtätigkeit auf. Seine Berufung nach Halle stand in keinerlei Zusammenhang mit einer Auflösung der sowjetischen Militäradministration in Österreich, wie Burchard Brentjes versucht, glauben zu machen (vgl. Brentjes, a.a.O., S. 74). Ein Blick in das Geschichtsbuch beweist, daß die Auflösung der Missionen aller Alliierten in Österreich, also auch der sowjetischen, nach Abschluß des österreichischen Staatsvertrages erfolgte. Dies war im Jahre 1955!

Woher die Information kommt, daß Leo Stern Offizier des NKWD

war (so Brentjes, ebenda), ist nicht nachvollziehbar. Er war es jedenfalls zu keiner Zeit.

Als Österreicher hatte Leo Stern an der Universität Wien studiert, promoviert und als Assistent gearbeitet. Nach 'rassischer' und politischer Verfolgung gelangte er nach Inhaftierung und Konzentrationslageraufenthalt über die Tschechoslowakei zur Emigration in die Sowjetunion. In den Jahren 1936 - 1938 nahm Leo Stern in den Internationalen Brigaden am spanischen Bürgerkrieg teil. Ab 1938 folgten dann eine Lehrtätigkeit am 1. Pädagogischen Institut für Fremdsprachen in Moskau sowie Vorlesungen an der Moskauer Universität. Als „Österreichischer Freiwilliger in den alliierten Armeen", so die exakte Bezeichnung auch in allen vorliegenden Dokumenten, diente Leo Stern von 1941 - 1945 in der Roten Armee. Im April 1945, nach Wien zurückgekehrt, blieb er in Österreich.

Die Universität Wien wurde mit dem Sommersemester 1945 wiedereröffnet. An dieser Universität Wien und später an der Hochschule für Welthandel Wien hatte Leo Stern eine Gastprofessur inne. Bis zu seinem Ruf an die Universität Halle war er Abteilungsleiter am Institut für Wissenschaft und Kunst in Wien.

Die Behauptung, daß Leo Stern mit dem ehemaligen Minister für Staatssicherheit, Zaisser, verwandt oder verschwägert sei (so Brentjes, ebenda), ist wahrheitswidrig. Es ist nicht bekannt, woher Herr Brentjes diese Information hat. Hier allerdings findet sich auch ein Übergang zu den Informationen zu Prof. Mode und seiner „Gruppe", wie Herr Brentjes es nennt (vgl. Brentjes, ebenda, S. 73 f.).

Dieser Prof. Heinz Mode, unter dem Decknamen „Pfeil", hat mit 17 weiteren Damen und Herren aus dem näheren und weiteren Arbeitskreis als inoffizieller Mitarbeiter für das MfS über Leo Stern „berichtet", ihn verleumdet und Lügen über ihn verbreitet. Neben dem IM „Pfeil" haben hier eifrig mitgearbeitet die IM „Eschweiler", „Diane", „Ostrowski", „Pohl", „Fink" u.a. Die Klarnamen dieser IMs sind mir aus den Unterlagen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Außenstelle Halle, wohlbekannt.

Die Unterlagen aus dem Ministerium für Staatssicherheit, Bezirksverwaltung Halle, Abt. V/I, „Handakte über Prof. Dr. Leo Stern", geben beredte Auskunft über die „Berichte". So kann man dort lesen: „Stern ist

ein Trotzkist ...", „Er ist ein Austromarxist ..", „Er trieb Prof. Kofler zur Flucht ...". Insbesondere letzte Bemerkung ist insoweit völlig abwegig, da Prof. Kofler zur Zeit der Aufnahme der Lehrtätigkeit von Prof. Leo Stern an der Universität gar nicht mehr tätig war und es zwischen den Herren niemals einen persönlichen Kontakt gegeben hat (vgl. Brentjes, ebenda S. 74 f.).

Dieser Art der „Berichterstattung" gegenüber dem Ministerium für Staatssicherheit mit den Formulierungen „Man erzählt sich...", „Man weiß ganz genau...", „Man hat Belege für ..." (Handakte über Prof. Dr. Leo Stern, a.a.O.) ist leider sehr ähnlich der Wortwahl in den Erinnerungen des Herrn Brentjes. Solche Formulierungen „...wie man sich .... allgemein erzählte..." (Brentjes, ebenda S. 75) sind wohl die etwas verklärten Erinnerungen des Herrn Prof. Brentjes.

In diesen Erinnerungen geht es aber noch weiter abwärts, wenn er sich im Stile einer Courts-Mahler zu erinnern scheint, daß „die realen Entscheidungen für die Universität ... im Kaffeekränzchen der Frau Stern gefallen sein (sollen)". Schon diese Formulierung birgt in sich einen Grad von Verbindlichkeit, der bei historischer Betrachtung ein Schaudern erzeugt. Ich habe niemals ein derartiges Kaffeekränzchen veranstaltet oder besucht. Daß Entscheidungen zur Universitätspolitik in einem Kaffeekränzchen von mir gefallen sein sollen, muß ich deshalb als diskriminierend zurückweisen.

Alle diese hier getroffenen Ausführungen, meinen verstorbenen Mann und mich betreffend, kann ich selbstverständlich mit Unterlagen belegen. Die Tätigkeit von Heinz Mode und Gruppe sind durch die Unterlagen des Staatssicherheitssdienstes belegt (Handakte über Prof. Dr. Leo Stern a.a.O.).

Ich scheine mich deshalb nicht nur zu erinnern, sondern ich weiß es.

Über 3 Prozent mehr Studienanfänger – erneut Rückgang bei Ingenieurwissenschaften

283.100 Studienberechtigte haben sich im Studienjahr 1996 (Sommersemester 1996 und Wintersemester 1996/97) erstmalig für ein Studium an einer deutschen Hochschule eingeschrieben. "Damit ist die Studienanfängerzahl gegenüber 1995 um 3,5 Prozent gestiegen", erläuterte der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Hans-Uwe Erichsen, am 20.11.1996 in Bonn die Ergebnisse der neuesten Umfrage der HRK. "Der Anstieg liegt innerhalb der Prognose der Kultusministerkonferenz, die mit einem Anstieg zwischen 2,3 - 6,8 Prozent gerechnet hat. Damit ist die Phase rückläufiger Studienanfängerzahlen zwischen 1991 und 1994 endgültig vorbei. Bis zum Jahre 2010 ist aufgrund der demographischen Entwicklung, des veränderten Ausbildungsverhaltens in den östlichen Bundesländern und des allgemeinen Trends zu höheren Qualifikationen mit einem Wachstum der Studienanfängerzahlen zu rechnen." Die Zahl werde voraussichtlich auf bis zu 378.000 steigen und damit den bisherigen Höhepunkt von 320.000 im Jahre 1990 erheblich überschreiten. "Damit erweist sich die Kürzungs- und Streichungspolitik im Hochschulbereich in den meisten Bundesländern, in der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau und bei der Studienförderung als kurzsichtig und unvertretbar. Das staatliche Verhalten entspricht weder der Ausbildungsnachfrage der jungen Generation noch der im Hinblick auf die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik notwendigen Förderung von Qualifikation und Forschung."

Der Anstieg der Studienanfängerzahlen fällt nach Regionen und Hochschularten unterschiedlich aus. Er ist in den östlichen Bundesländern mit 7,2 Prozent auf 45.500 Studienanfänger stärker ausgeprägt als in den alten Bundesländern mit 2,8 Prozent auf insgesamt 237.600

Studienanfänger. Während im Osten die nach der Vereinigung neu gegründeten Fachhochschulen eine Steigerung von 8,4 Prozent und die Universitäten von 6,4 Prozent verzeichnen, haben im Westen die Universitäten fünf Prozent Sudienanfänger hinzugewonnen, während die Fachhochschulen Einbußen um zwei Prozent hinnehmen mußten.

Die Gesamtzahl der immatrikulierten Studierenden ist insgesamt um 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken und liegt im Wintersemester 1996/97 bei 1.845.000. Während in den östlichen Bundesländern die Studierendenzahlen auf gleichem Niveau blieben, ist im Westen eine Abnahme um 2,1 Prozent zu verzeichnen. Insgesamt sind nun in den alten Ländern 1.637.000 Studierende und 208.000 in den neuen Ländern eingeschrieben.

Daß trotz gestiegener Anfängerzahl die Gesamtzahl der Studierenden abnimmt, ist darauf zurückzuführen, daß die starken Jahrgänge von Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre ihre Examina machen und die Hochschule verlassen. "Hier zeigen sich auch die Früchte der Hochschulstrukturreform", erklärte Erichsen. "U.a. die Einführung von Studienstandsnachweisen, die obligatorische Studienberatung von Langzeitstudierenden an einigen Hochschulen und die Freiversuchsregelung führen offensichtlich dazu, daß zügiger studiert oder eine Entscheidung über einen Studienabbruch früher herbeigeführt wird."

Erstmals hat die HRK auch die Entwicklung der Anfängerzahlen in den Ingenieurwissenschaften und der Informatik bei den Hochschulen erfragt. In den Ingenieurwissenschaften ist seit Beginn der 90er Jahre aufgrund der rezessiven wirtschaftlichen Entwicklung und der damit verbundenen Arbeitsmarktprobleme für Ingenieure ein drastischer Rückgang der Studienanfängerzahlen zu verzeichnen. Sie sanken auf das Niveau der frühen 80er Jahre, als die Gesamtzahl der Studienanfängerzahlen noch 20 Prozent niedriger lag. Die Umfrage der HRK zeigt, daß sich dieser Trend im Maschinenbau und in der Elektrotechnik fortsetzt. In der Elektrotechnik ist von 1994 auf 1995 ein Rückgang um über 16 Prozent zu verzeichnen, der im Jahr 1996 mit weiteren zwei Prozent zwar gebremst, aber noch nicht aufgefangen ist. Im Maschinenbau sind seit 1994 die Anfängerzahlen von 1994/95 um knapp acht Prozent um weitere vier Prozent zurückgegangen.

"Diese Entwicklung gibt zu großer Sorge Anlaß, weil sie in absehbarer Zukunft zu einer 'Ingenieurlücke' zu führen droht", warnte Erichsen. "Die künftigen Abiturienten sollten sich nicht nur an der aktuellen Arbeitsmarktsituation orientieren. Die Wirtschaft muß Abschied nehmen von der kurzsichtigen stop-and-go-Politik bei der Einstellung von Hochschulabsolventen. Qualifizierte, motivierte und innovative Mitarbeiter zu gewinnen, rechnet sich langfristig, nicht in Quartalsbilanzen. Aber auch der Wettbewerb auf globalen Märkten läßt sich nicht in Quartalen gewinnen, sondern benötigt längeren Atem", betonte der HRK-Präsident.

Im Bereich des Bauingenieurwesens zeigt sich nach einem aufgrund der günstigen konjunkturellen Lage starken Anstieg bis zum Jahre 1994 bei nachlassender Baukonjunktur ein deutlicher Rückgang der Studienanfängerzahlen. Eine ungebrochene Aufwärtsentwicklung verzeichnet dagegen die Informatik. Nach einem leichten Rückgang der Studienanfängerzahlen im Zeitraum 1990 bis 1992 ist nun wieder ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen.

Hochschulrektorenkonferenz

Wie Phönix aus der Asche
Die Metamorphose der ADEH zum JUK

Am 7. November ist eine Ära an der Friedrich-Schiller-Universität zu Ende gegangen: die "Aktionsgemeinschaft Demokratische Erneuerung der Hochschule" (ADEH) hat sich selber aufgelöst. [Vgl. auch *hso* 10-11/93, 39-44, und 5-6/95, 55-67 - d.R.] Die zahlreichen alten und wenigen neuen Mitglieder sahen die demokratisch-reformerischen Ziele erreicht. Und so wurde die Aktionsgemeinschaft nach einer längeren ruhigen Phase zu Grabe getragen, bevor ihre Reputation Schaden nehmen konnte. Doch die basisdemokratischen Inhalte sollen in anderer Form weitergeführt werden: in einem Arbeitskreis "Zeitgeschichte der Universität", der die einzelnen universitätshistorischen Aktivitäten bündeln soll, und vor allem im Diskussionsforum "Jenaer Universitätskreis".

Viele der anwesenden Mitglieder sahen die Struktur der ADEH als überholt an, ihre Funktion jedoch nicht. Bevor sie als 'Professoren-Stammtisch' o.ä. abqualifiziert würde, sei eine Reform notwendig. Diese wurde dann auch einstimmig beschlossen: Die ADEH hat sich in ihrer jetzigen Form aufgelöst. Doch die basis-demokratische, fakultätsübergreifende Diskussion und Information soll ein neues hochschulpolitisches Gremium übernehmen, der "Jenaer Universitätskreis" (JUK).

Hier sollen alte ADEH-Tugenden – wie Rede- und Meinungsfreiheit ohne Rücksicht auf Alters- und Hierarchieunterschiede – erhalten und neue Themen mit weiteren Mitgliedern behandelt werden. "Ein wesentliches thematisches Anliegen des Gesprächskreises könnten Probleme unterschiedlicher deutscher historischer Erfahrung in Ost und West sein oder Probleme der fortdauernden Verschiedenheiten, die daraus resultieren und dazu angetan sind, kommunikative Komplikationen hervorzurufen", formuliert es Gottfried Meinhold, der die ADEH seit Mitte 1994 gemeinsam mit Gernot Neugebauer leitete. Diese Fragen der inneren Einheit in Deutschland standen zwar auch in den letzten beiden Jahren im Vordergrund. Doch man war sich einig: Die Inhalte müssen von einem neuen Leitungsgremium klarer bestimmt und vorbereitet werden.

Übergreifende, universitäre Themen wie Demokratiedefizite und -gefahren, Details aus den Prozessen der Universitätserneuerung oder das universitäre Wir-Gefühl sind Ansatzpunkte für zukünftige Diskussionen.

Doch was war die ADEH? Die Aktionsgemeinschaft entstand in der Wendezeit. Ende 1989 trafen sich zunächst sieben Universitätsangehörige – überwiegend Mediziner – und setzten sich offen für die demokratische Erneuerung ein. Ihnen schlossen sich rasch zahlreiche Universitätsangehörige aus allen Bereichen und Schichten an, die zuvor in unterschiedlichen oppositionellen Reformgruppen, die sich in der kritischen Auseinandersetzung mit Staat und SED entwickelt hatten, gewirkt hatten. Die gebündelten Kräfte entwickelten in der am 7. Dezember 1989 gegründeten ADEH die ersten Forderungen: Auflösung der undemokratischen Leitungsstrukturen und Räte, demokratische Neuwahl einer Universitätsleitung, Änderung der Kaderpolitik, Erarbeitung eines neuen Hochschulgesetzes. Mit diesen Zielen begaben sich die Mitglieder außerhalb der damaligen Gesetzlichkeit, sie setzten also für

eine demokratische Entwicklung die eigene Person ein – und aufs Spiel. Wie wir heute wissen, hatten sie Erfolg. Ebenso gelang ihnen die Befreiung von Partei und Stasi, die Etablierung neuer Universitätsstrukturen sowie die Vorbereitung der universitätsinternen Evaluation. All dies erfolgte durch mutigen Einsatz in zahlreichen Gesprächen und dadurch, daß die ADEH-Mitglieder sich zur Wahl für führende Positionen in den Universitätsgremien stellten. Doch eine "Rolle als außerparlamentarische Opposition wäre mit unserem Demokratie-Verständnis nicht zu vereinbaren", sagt der Mitbegründer und langjährige Sprecher, Dietfried Jorke – ohne Titel, denn in der ADEH zählten nicht Titel, sondern Argumente. "Um die anstehenden Probleme wurde in stundenlangen Diskussionen gerungen, alle Lösungsvorschläge bedurften eines Mehrheitsbeschlusses", erläutert er die Arbeitsweise der ADEH. "Motiviert gingen die Mitglieder in der Folge daran, in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich für diese Lösungsvorschläge zu werben und sich nach Möglichkeiten der Verwirklichung umzusehen".

Das Besondere an der ADEH war, daß sie alles aus eigener Kraft erreicht hat. Und so zählt Dietfried Jorke zu ihren erhaltenswerten Tugenden: Basis-Demokratie, Offenheit, Toleranz, Kollegialität sowie die Mischung aus interdisziplinärem und gesamt-universitärem Geist.

Diese Ideale sähe nicht nur Dietfried Jorke gern im neuen Gesprächskreis wieder. Wenn die Themen interessant genug sind, wird der JUK rasch weitere Teilnehmer erreichen. Offen steht das neue universitäre Gesprächsforum allen Interessierten jeden Alters, die sich als Teil der Friedrich-Schiller-Universität fühlen und deren Zukunft aktiv gestalten wollen.

Axel Burchardt (Jena)
(aus: Alma mater Jenensis, *10.12.1996)*

Verfehlte Reformhoffnungen und mißlungene Aufklärung

Rainer Eckert über die fehlende Vergangenheitsbewältigung an der Humboldt-Universität

Auch sechs Jahre nach der Revolution von 1989/90 in der DDR und der ihr folgenden Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten hat eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Funktionen und Aufgaben, mit Möglichkeiten und Defiziten von Wissenschaft in der DDR noch kaum begonnen. Grundsätzlich scheinen sich aber zwei konträre Auffassungen gegenüber zu stehen. So vertreten die einen die These von einer Universität, die sich ihre Integrität wahrte und an der letztlich nach wissenschaftsimmanenten Kriterien geforscht und gelehrt wurde, während die anderen meinen, die Situation vor 1989 wäre vom Verlust an Wissenschaftlichkeit im Würgegriff der SED-Politisierung gekennzeichnet gewesen.

Letztlich sind diese Auffassungen in ihrer Totalität falsch. Um ihre Dichotomie zu überwinden, ist es an der Humboldt-Universität heute notwendig, in einem interdisziplinären Verbund verstärkt nach internen Spielräumen und nach persönlichen Haltungen ostdeutscher Studenten und Professoren unter der SED-Herrschaft zu fragen. Dies ist gerade unter den Bedingungen unzumutbarer Sparzwänge unumgänglich, weil die Aufdeckung eigener Defizite und dem Verstricken in die Diktatur heute die moralische Rechtfertigung für den Protest gegen aus der Politik kommende Zwänge schafft. Dazu kommt, daß – wenn es beim bisherigen Desinteresse von Universitätsleitung und dem Gros ihrer Mitarbeiter an der jüngsten Geschichte der Humboldt-Universität bleibt – diese von außen, in erster Linie von Forschern der Freien Universität, geschrieben werden wird. Eine eigene kritische "Aufarbeitung" von Geschichte hat

aber auch die Voraussetzung, daß die dafür benötigten Archivalien zugänglich sind. Richtlinie dafür sollte die zweite Novellierung des Bundesarchivgesetzes sein, die die Sperrfristen für Archivalien der DDR aufhebt. Darüber hinaus gibt das Berliner Archivgesetz die Möglichkeit, Akten über Personen von zeitgeschichtlicher Bedeutung ohne Zeitgrenze einzusehen. Zu solchen Persönlichkeiten gehörten wohl auch die Professoren der hauptstädtischen Universität in der DDR, zumal viele von ihnen auch politische Funktionen, so in der SED, ausübten. Entscheidend für die Benutzung ist dabei das öffentliche Interesse an zeitgeschichtlicher Forschung. Unerträglich für Zeitgeschichtsforschung ist dagegen eine Auffassung, wie sie der behördliche Datenschutzbeauftragte der Universität im Streit um den Antrag auf die Archivbenutzung durch Boris Salomon für sein Projekt "DDR-Germanistik in Finnland 1973–1990" vertrat, als er dem Antragsteller schrieb: "Auch wenn Sie sich um das Herausarbeiten allgemeiner Strukturen bemühen, was schon mal dem besonderen öffentlichen Interesse widerspricht, wollen Sie dies mit Daten natürlicher Personen tun. Dies kann nicht datenschutzkonform geschehen." Konsequent zu Ende gedacht bedeutet diese Auffassung, daß Zeitgeschichtsforschung ohne Angaben über "natürliche Personen" auskommen müßte und damit am Ende angekommen wäre.

Verbleib wichtiger Aktengruppen aus dem Archiv der Universität muß geklärt werden

Neben dem Zugang zum Archiv der Humboldt-Universität bedarf auch der Verbleib wichtiger Aktengruppen bzw. die wahrscheinliche Aktenvernichtung Ende 1989 und 1990 der Aufklärung. Die inzwischen im Berliner Landesarchiv deponierten universitären Disziplinarakten harren der Auswertung, und ungewiß ist, was mit den schriftlichen Unterlagen des Ehrenausschusses der Universität geschehen wird. Die Auseinandersetzung um die jüngste Universitätsgeschichte ist jedoch nicht nur eine um die Akten. Ein generelles Defizit besteht weiterhin darin, daß die Kriterien für Wissenschaftlichkeit oder den Verlust dieses Anspruches unter diktatorischen Bedingungen ungeklärt sind. Das gilt auch für das Spannungsverhältnis zwischen dem Zwang zur soliden Berufsausbildung und ideologischen Anforderungen. Darüber hinaus liegen auch das konkrete Funktionieren der verschiedenen universitären Einrichtungen und die Einwirkungsmechanismen der SED auf die Universität weitgehend im Dunkeln.

Wenig strittig ist dagegen wohl, daß die Situation an der Humboldt-Universität in den 80er Jahren durch die Wissenschafts- und "Kader"-politik der SED geprägt war. Dazu gehörten das Abgehen vom im 19. Jahrhundert formulierten Humboldtschen Ideal der Einheit von Lehre und Forschung (die entsprechend dem sowjetischen Vorbild verstärkt an die Akademie der Wissenschaften verlagert wurde), geheimdienstliche Überwachung, die Praxis von Zensur und kalter Bücherverbrennung sowie das Strangulieren wissenschaftlicher Freiheit durch einen doktrinären Marxismus-Leninismus. Trotz dieser forschungsfeindlichen Rahmenbedingungen konnten an der Berliner Universität aber auch respektable wissenschaftliche Leistungen erbracht werden. Darüber hinaus gab es bei der Durchsetzung der ideologischen Ansprüche der SED, die die Partei der meisten Wissenschaftler an der Universität war, Unterschiede zwischen den verschiedenen Sektionen. Allerdings ist die einfache Gleichung – hier unpolitische Naturwissenschaften, dort politische Geisteswissenschaften – zu simpel. Entscheidend war dagegen, daß die DDR-Wissenschaft in weiten Teilen keine instrumentalisierte Wissenschaft war, sondern sich selbst zum Herrschaftsapparat zählte. Kennzeichnend waren weiterhin Privilegierung bestimmter Mitarbeiter, Systemgläubigkeit und bewußtes Mittragen der SED-Herrschaft.

Obrigkeitsstaatliches Denken und halbherzige Reformgedanken

Wenn die Humboldt-Universität in den 80er Jahren auch zu den ideologischen Bastionen der SED-Herrschaft zählte, so zeigten sich doch auch hier erste Risse. Dazu zählten die zaghaften Proteste einiger Mitarbeiter gegen das "Sputnik"-Verbot von 1988 und die halbherzigen Reformgedanken, die sich etwa im Umkreis des Projektes "Moderner Sozialismus" auf den Machterhalt der SED mit ausgewechseltem Führungspotential und veränderter Konzeption richteten. Die Tragik dieser Reformbestrebungen liegt letztlich darin, daß sie sich nicht von obrigkeitsstaatlichen Traditionen lösen konnten. Grotesk wurde dies Anfang Oktober 1989, als mit Rainer Land einer der Reformer Kontakt zu Markus Wolf aufnahm, um ihn über das Projekt zu informieren. Wolf reagierte nach eigenen Aussagen begeistert und pflegte in den nächsten Wochen auch die Kontakte zu den Professoren Dieter Segert und Michael Brie. Mag dies für diejenigen, die die DDR mit einem Reformkonzept erhalten wollten, auch sinnvoll erschienen sein, so kann es kaum eine Rechtfertigung dafür geben, daß noch am 22. Oktober Rainer Land, Rosemarie Will und Dieter Segert in einem "Strategiepapier" formulierten: "Unseres Erachtens ist es nötig, klar zu sagen, bis wohin der Spielraum solcher Initiativen [die der oppositionellen Bürgerbewegung – R. E.] reicht und ab wann der Staat berechtigt und verpflichtet ist, die Arbeit informeller Gruppen zu kontrollieren, zu kanalisieren oder gegebenenfalls auch zu verbieten". Weiter hieß es: "der Staat darf und muß [ihre – R.E.] Tätigkeit unterbinden, wenn Verfassungsfeindlichkeit vorliegt", und "lassen sich nichtöffentliche oder konspirative Formen der Arbeit nachweisen, so besteht ebenfalls das Recht und die Pflicht staatlichen Eingriffs." Hier ging es um die Machtverteilung innerhalb der SED unter Ausgrenzung der DDR-Opposition. Dagegen konnte sich eine Gegenelite der Bürgerbewegung an der Humboldt-Universität nicht herausbilden. Dies war ein Grund dafür, daß nach 1990 ein Elitenwechsel unter maßgeblichem Heranziehen westdeutscher Wissenschaftler nötig war.

Die Bürgerbewegung des Jahres 1989 war an der Humboldt-Universität nur ein Strohfeuer

An der geistigen Vorbereitung der Revolution von 1989 war die Humboldt-Universität unbeteiligt. Im Herbst 1989 gab es nur ein kurzes Aufflammen des Protestes, das vor allem von Studenten und Mitarbeitern des Mittelbaus (mit dem Schwerpunkt an der Charité) ausging und wie ein Strohfeuer schnell wieder erlosch. Die studentischen Forderungen selbst zielten auf unabhängige Studentenvertretungen, offene Informationspolitik, Reisefreiheit, Entwicklung der "sozialistischen Demokratie", Rettung des "Sozialismus in der DDR" und Reformierung des Wahlsystems. So beschränkt diese Forderungen auch waren, so entsprachen sie im Kern dem Forderungskatalog nicht geringer Teile der Bürgerbewegung in der DDR des Oktobers 1989. Die Lehrenden der Humboldt-Universität brachten nicht einmal ein so geringes kritisches Engagement wie die Studenten zustande. Nach einer Phase des Entsetzens über den Zusammenbruch des von ihnen getragenen politischen Systems dominierten sehr schnell die Bestrebungen nach einer äußerlichen Neuorientierung, um so das eigene berufliche Überleben zu sichern.

Die neugewählten universitären Gremien rekrutierten sich weitgehend aus dem alten Personal und machten so eine Selbsterneuerung unmöglich. Für die aus dem studentischen Aufbruch übriggebliebenen 30 oder 40 Aktivisten wurden Themen wie der Aufbau des Studentenra-

tes, elternunabhängiges Bafög und das Statut der Universität wichtig. Die im Herbst 1990 begonnene zögernde Reformdebatte erzwang die äußere Bedrohung. Proteste flammten erst wieder gegen die beabsichtigte "Abwicklung" einzelner gesellschaftswissenschaftlicher Bereiche auf und erreichten einen hysterischen Höhepunkt mit der Kampagne "Unseren Heiner nimmt uns keiner", als Rektor Heinrich Fink der Zusammenarbeit mit dem MfS bezichtigt wurde. Ganz unabhängig davon, wie es damit wirklich bestellt war, ist entscheidend, daß eine gerade den Sturz einer Diktatur erlebt habende Studentenschaft wieder blind vertraute und die Frage nach Finks wirklicher Rolle unter der Herrschaft der SED ausblieb. Die Auseinandersetzung um die Geschichte der Universität wurde in den folgenden Jahren auch nur von verschwindend wenigen der neu berufenen westdeutschen Professoren befördert. Zum Schweigen vieler Ostdeutscher mag beitragen, daß in einigen Fachbereichen die Gefahr ihrer zunehmenden Ausgrenzung besteht.

Die Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit der Universität muß auf der Tagesordnung bleiben

So hat eine breite und öffentliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit an der Humboldt-Universität noch kaum begonnen, spärliche Ansätze sind weiter verkümmert und die vorliegenden Ergebnisse stammen von Außenseitern, die oft aus eigener Betroffenheit heraus forschen. Es gab bisher weder eine öffentliche Ehrung der Opfer und des Widerstandes unter beiden deutschen Diktaturen, noch eine daran erinnernde Gedenktafel oder von der Universität publizierte wissenschaftliche Veröffentlichung. Wenn sich Gruppen von Studenten mit Widerstand und Verfolgung an der Universität unter der Diktatur auseinandersetzen, ist der Nationalsozialismus gemeint. Auch die 1991 ansatzweise beginnende Diskussion um die Staatssicherheitsverstrickungen der Universität ist gescheitert. Dabei geht es nicht darum, daß noch eine größere Anzahl "inoffizieller Mitarbeiter" an der Universität arbeiten würde, sondern vielmehr darum, daß ein inneruniversitärer Diskurs über ethische Maßstäbe des Verhaltens von Forschern und Universitätslehrern gegenüber totalitären Geheimdiensten ausblieb. Darüber hinaus ist die Geschichte von Opposition und Widerstand an der Humboldt-Universität bisher extrem vernachlässigt worden, und die Oppositionellen haben wohl auch weiterhin mit dem Problem ihrer moralischen Anerkennung zu ringen. Rein formale Rehabilitierungen als Opfer der SED-Diktatur können hier

kaum weiterhelfen, außerplanmäßige Anstellungen scheiterten in der Regel an den jetzt gültigen, bundesdeutschen, formalen Berufskriterien, und der gegenwärtige Sparzwang läßt keine Veränderung erwarten. Unabhängig davon bleibt die Auseinandersetzung mit der jüngsten universitären Vergangenheit auf der Tagesordnung.

(aus: UnAufgefordert. Die Studentenzeitung der HUB, *Nr. 77/ Juli 1996)*

Tragische Momente...

Zwei Anmerkungen zu einem Artikel von Rainer Eckert

Dieter Segert über seine Erfahrungen an der HU im Herbst 1989

Der Artikel von Rainer Eckert kommentiert einen Streit um den Zugang zum Universitätsarchiv. Im Kern jedoch bezieht er sich auf die Geschichte der Humboldt-Universität vor 1989 und den Umgang mit ihr bis heute. Seine Akteurperspektive ist dabei genau auszumachen: Es ist die der "Außenseiter, die oft aus reiner Betroffenheit heraus forschen" und heute keine Chance auf eine planmäßige Anstellung haben. Die Mehrheit der Universitätsangehörigen dagegen zählte sich – so Eckert – vor 1989 "selbst zum Herrschaftsapparat". Nach 1989 dagegen paßten sie sich nach kurzem Entsetzen und "einer äußerlichen Neuorientierung" an, um beruflich zu überleben. Gerade deshalb auch sei der "Elitenwechsel unter maßgeblichem Heranziehen westdeutscher Wissenschaftler nötig" gewesen. Die Universität, so wie ich sie wahrgenommen habe, kann ich hierin allerdings nicht wiederfinden. Liegt das wiederum an meiner speziellen Sicht auf sie, ausgehend von meinem speziellen Akteursinteresse? Ist Zeitgeschichte wegen ihres subjektiven Rückbezuges vielleicht nur als Sammlung von Geschichten denkbar, die in ihrer Summe Unbeteiligten absurd erscheinen müssen?

Eine Möglichkeit besteht in einer öffentlichen Auseinandersetzung um die verschiedenen Sichten auf die Zeitgeschichte. Dabei können die verschiedenen Sichten gegeneinandergestellt werden. Auf diesem Feld ist zwar wenig, aber doch schon mehr geschehen, als Eckert dargestellt

hat. Er hat zum Beispiel die Konferenz zum Jubiläum der Wiedereröffnung der Universität 1946 im Mai des Jahres [1996] nicht erwähnt, was umso merkwürdiger ist, als er selbst einer der Initiatoren war. In der Konferenz sind politische Abhängigkeiten von der Macht der SED und relative Autonomien ihr gegenüber an einzelnen Fächern zu verschiedenen Zeiten diskutiert worden. Die öffentliche Resonanz war allerdings seitens der Alt- wie Neuhumboldtianer gering.

Eine minimale Verpflichtung gegenüber den mehrheitlichen Sinnhorizonten der Beteiligten (für die es immer auch Dokumente gibt) ist bei aller Interessengeleitetheit der historischen Darstellung allerdings erforderlich. Eine Verletzung eines solchen Objektivitätsgebotes scheint mir gegeben, wenn die Universität noch in den achtziger Jahren als "ideologische Bastion der SED-Herrschaft" charakterisiert wird, in der es nur zaghafte Proteste und halbherzige Reformgedanken gegeben habe. Eine zeitgeschichtliche Analyse, die es allerdings gerade dazu noch nicht gibt, würde sicher auf die Veränderungen im politischen Verhalten stoßen, die sich unter dem Eindruck der sichtbar werdenden Krisenzeichen der DDR-Gesellschaft und der sowjetischen Perestrojka an der Universität vollzogen haben.

Ich kann hier nur versuchen, mich exakt zu erinnern. Da es allerdings vor 1989 keine entwickelte Öffentlichkeit gab, sind meine Erinnerungen eher zufälliger Natur und vor allem in meiner damaligen Arbeitsstätte, der Sektion Marxistisch-Leninistische Philosophie, entstanden. Zunächst gab es seit 1982, den ersten deutlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR, eine Diskussion über die Wirtschaftspolitik der SED, die in jener Frage allerdings, wie damals häufig, in gebückter Haltung (und ungewollter Naivität) vorgetragen wurden: Ob es denn nicht angebracht sei, den Aufwand stärker in den Einzelhandelspreisen zum Ausdruck zu bringen? Ob nicht die hohe (allerdings in ihrem Ausmaß damals nicht bekannte) Auslandsverschuldung der DDR eine radikale Änderung der Politik notwendig mache? Mit Gorbatschow bekam die Diskussion in den Schulen der sozialistischen Arbeit oder der Weiterbildung für Hochschullehrer und den Parteiversammlungen der SED dann auch eine direkte politische Note: Es wurde über Versuche einer Erweiterung der betrieblichen Demokratie (Wahl der Leiter), schließlich den sowjetischen Versuch einer "politischen Reform" diskutiert. Eine kurze Zeit lang bestand noch einmal Hoffnung auf die Verwirklichung von Idealen, die mit dem sozialistischen Programm trotz der praktischen Erfahrungen

mit der Politik der SED verbunden geblieben waren. Die Empörung über das Verbot des 'Sputnik' (und der sowjetischen Filme) im November 1988 war deshalb so groß, weil man sich zu große Hoffnungen auf die Wirkungen der Perestrojka auf die DDR machte.

Unter den Studenten gab es auch nicht erst im Herbst 1989 einige Bewegung. Schon zum Verbot des 'Sputnik' äußerten sich mehr Studenten als Lehrkräfte. Dann kam das Pfingsttreffen 1989, in dessen Vorbereitung seitens der FDJ-Kreisleitung auf Druck der Studenten hin an der Humboldt-Universität (parallel zu anderen Hochschulen in der DDR) versucht wurde, neue Formen der politischen Präsentation, aber auch Räume für unzensierte öffentliche Diskussion zu finden.

Studenten organisierten während des Treffens eine Fragebogenbefragung der Teilnehmer, die jedenfalls ein anderes Stimmungsbild als das der DDR-Medien zu Tage förderte. Schließlich dann die vielfältigen Proteste gegen die bewaffnete Niederwerfung der Demonstrationen in Peking Anfang Juni. Schwächer war allerdings die Reaktion auf den immerhin weithin gefühlten Wahlbetrug während der Kommunalwahl im Mai gewesen. Hier überwog der Protest auf Knien, wie oben beschrieben. Und generell blieb man im Rahmen der internen Öffentlichkeit: Man schrieb im Regelfall Protestbriefe an die politischen Leitungen der Universität oder der FDJ. Und die blockten im Normalfall diese Unmutsäußerungen ab, um nicht 'oben' in Mißkredit zu geraten. So bin meist auch ich verfahren, als ich ab November 1988 als ehrenamtlicher GO-Sekretär der SED Verantwortung für "meine Sektion" getragen habe. Die Studenten, auch die Lehrenden, blieben mit ihrem Protest innerhalb der Universität oder zumindest der DDR-Institutionen. Die Krise der DDR wurde mit Besorgnis und teilweise verwirrt registriert. Der Durchbruch zu einer anderen Ordnung geschah tatsächlich nicht an den Universitäten, sondern individuell im Sommer auf den ungarischen Campingplätzen und ab Ende September auf den Straßen Leipzigs. Energisch mitgemacht haben die Studenten allerdings bei diesem öffentlichen Protest, und nicht erst ganz spät: Als sich Anfang September das Neue Forum bildete, gab es einige von ihnen, die sich dort engagierten. Austritte aus der SED an der Universität gab es ebenfalls im Sommer und Herbst wesentlich mehr als jemals zuvor. Eine erste Versammlung auf der Straße fand am 11. Oktober statt (vor der Mensa-Nord). Zumindest im Rahmen der DDR-Studentenschaft gingen in den folgenden Wochen wichtige politische Impulse von den Humboldt-Studenten aus.

Über das Sozialismusprojekt an der HUB, an dem ich beteiligt war, hat Rainer Land im Zusammenhang dieser Replik genügend geschrieben. Nur auf ein Moment möchte ich noch aufmerksam machen, auf die nachträgliche Wertung unserer Handlungen als "tragisch" oder "grotesk". Man merkt dieser Wertung ein Maß an Unverständnis an, welches gerade ein Zeithistoriker nicht haben sollte. Wenn man einen menschlichen Maßstab für Handeln entwickeln will, muß man seine Chancen und Risiken aus der Zeit heraus, in der es stattfand, ableiten. Man muß "von vorne" (aus der Situation der damaligen Alternativen), nicht "von hinten" (den heute sichtbaren Resultaten des Handelns) schauen. Nur aus der Sicht des 3. Oktober 1990 bekommt unser damaliges Handeln eine gewisse Absurdität. Im übrigen ist es wohl nicht anders als in der "großen Geschichte": Sie erscheint im Nachhinein immer als eine Sammlung von vergeblichen Leidenschaften, groteskem Verhalten, tragischen Momenten.

Rainer Land über das Projekt "Moderner Sozialismus"

Rainer Eckert äußert sich über "fehlende Vergangenheitsbewältigung", "Verfehlte Reformhoffnungen und mißlungene Aufklärung". Vom Umgang mit den Akten – in diesem Fall den Universitätsakten – kommt er auf das Projekt "Moderner Sozialismus", das Michael Brie, Dieter Segert, Rosemarie Will, Rainer Land u.a. 1988 und 1989 als wissenschaftliches Vorhaben an der HUB betrieben haben. Einige verfälschende Zitate und unsinnige Behauptungen von Eckert können hier nicht so stehen bleiben. Eckert zitiert aus einem Text vom 22.10.1989: "Der Staat darf und muß" die Tätigkeit "informeller Gruppen unterbinden, wenn Verfassungsfeindlichkeit vorliegt", und behauptet, dabei ginge es um die Ausgrenzung der DDR-Opposition. Dies ist aber grob sinnwidrig zitiert und falsch interpretiert. Eckert verschweigt, daß es sich bei unserem Text um eine Stellungnahme für die Zulassung der Opposition, insbesondere des Neuen Forum, handelt.

Nehmen wir den Text, auf den Rainer Eckert sich bezieht. Da steht für jeden nachlesbar: "Informelle Gruppen... bedürfen keiner besonderen Genehmigung" (Texte zu Politik, Staat und Recht. Dietz Verlag Berlin 1990, S. 63). Das bedeutet, sie dürfen ohne jede vorherige staatliche Prüfung tätig werden. Aus dem Text kann man eindeutig entnehmen, daß der Staat (resp. die damalige DDR-Regierung und das Politbüro der SED) nach unserer Auffassung kein Recht hat, die Tätigkeit informeller Gruppen zu kontrollieren, solange sie sich im Rahmen der Verfassung bewegen bzw. versuchen, die Verfassung auf dem Rechtsweg zu ändern (S. 64). "Natürlich ist es zulässig, die rechtmäßige Ordnung mit rechtmäßigen Mitteln zu verändern." Eine Seite weiter kann jeder explizit nachlesen: "... der Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit gegen das neue Forum (ist) nicht aufrechtzuerhalten" (S. 65).

Mit der von Rainer Eckert vorwurfsvoll zitierten Forderung, "klar zu sagen, ...ab wann der Staat berechtigt und verpflichtet ist, die Arbeit informeller Gruppen zu kontrollieren, zu kanalisieren oder ... zu verbieten", verbindet sich doch gerade eine wichtige rechtsstaatliche Position: Der Staat darf eben nicht positiv definieren, was jemand wollen oder tun muß, damit er zulassungsfähig ist. Sondern er muß Kriterien für die Nichtzulassung oder das Verbot definieren und im einzelnen nachweisen. Jede politische Organisation, die nicht nachweisbar unter eindeutig definierte Ausschlußkriterien fällt, darf nicht verboten werden und muß unter dieser Voraussetzung auch formell zugelassen werden, weil "ein Eingriff des Staates nicht berechtigt ist" (S. 63).

In dem Text wird aber nicht nur das Recht und der Rahmen für informelle politische Tätigkeit beschrieben, sondern auch ein Weg zur formellen Zulassung des Neuen Forum, der natürlich analog auch auf andere Bürgerbewegungen und oppositionelle Parteien anwendbar war (S. 64f.). Es wird eine grundsätzliche Neuregelung der Zulassung politischer Parteien und Organisationen zum politischen System in einem Verfahren vorgeschlagen, das nicht im Ermessen der Exekutive stehen darf. Für die Wahlen wird ein Verhältniswahlrecht mit einem Mindestsatz von 5% – analog zum damaligen Wahlrecht der Bundesrepublik West – vorgeschlagen (S. 70). Dies bedeutet natürlich: Abschaffung der Einheitsliste der "Nationalen Front" und die Forderung an die SED, sich Wahlen in einem offenen Mehrparteiensystem zu stellen. (S. 70).

Mir ist ziemlich unklar, warum Eckert ausgerechnet an diesem Text versucht, uns zu disqualifizieren. Jeder, der sich die Mühe macht, diesen Text als Ganzen zu lesen, wird die Absurdität von Eckerts Deutung

feststellen können. Gerade dieser Text war nämlich eine Korrektur der zu Recht oft kritisierten Position aus einem Thesenpapier (A. Brie, M. Brie, W. Ettl, D. Segert: "Elf Thesen zur Krise von DDR und SED" vom 8. Oktober 1989. In: R. Land: Das Umbaupapier. Rotbuchverlag Berlin, 1990). Darin ist zu lesen, daß man den oppositionellen Kräften einen begrenzten legalen Raum einräumen soll, deren Einfluß auf die Entscheidung für unterschiedliche Varianten des Sozialismus aber begrenzen muß. Dieser Text argumentiert nun tatsächlich ausgrenzend. Wie es dazu kam, habe ich in einer Vorbemerkung bei der Veröffentlichung zu erklären versucht. Es war ein Papier, mit dem einzelne Vertreter der SED-Führung bewegt werden sollten, einer Absetzung von Honecker und einem "Perestrojka-Kurs" zuzustimmen. Deshalb enthält es einerseits eine sehr scharfe Beschreibung der inneren Krise der DDR, aber zugleich auch Zugeständnisse an die Machtvorstellungen dieser Herren. Innerhalb des Sozialismusprojekts gab es damals unterschiedliche Meinungen darüber, ob solches Vorgehen zweckmäßig und zu vertreten sei – aber geschrieben ist geschrieben. Gerade deshalb war es mir immer wichtig herauszustellen, daß diese ausgrenzende Position in dem Papier vom 22.10.1989 korrigiert ist. Dies bedeutet nun nicht, daß wir dann mit den Vorstellungen der Bürgerbewegung politisch konform gingen, aber es bedeutet, daß wir sie eben nicht ausgrenzend, sondern als gleichberechtigte Bewerber um politische Macht behandelt haben.

Was Rainer Eckert nicht versteht, nicht verstehen will oder nicht zugeben will, ist: Gerade in dem von ihm angeriffenen Text wird durchweg eine rechtsstaatliche Verfahrensweise vorgeschlagen, denn wir sagten unserer (damals) eigenen Partei, der SED, daß in einer konsequenten Anwendung rechtsstaatlicher Prinzipien die einzige Chance besteht, politisch zu überleben – und sich selbst dabei zu reformieren. Eckert deutet das Projekt "Moderner Sozialismus" ausschließlich als Versuch, die alte SED-Macht zu retten, und will nicht sehen, daß damit auch eine grundsätzliche Änderung der SED, des Machtapparates und der DDR konzipiert war und gefordert wurde.

Statt die Leute vom Sozialismusprojekt immer wieder mit unrichtigen Behauptungen und sinnentstellenden Zitaten ins moralische Zwielicht zu rücken, könnte Eckert die realen politischen und wissenschaftlichen Differenzen analysieren und diskutieren, wobei unbestritten bleibt, daß wir politisch auf verschiedenen Seiten standen (und sicher noch stehen):

Wir waren keine Oppositionellen, auch keine halbherzigen. Aber wir haben wissenschaftlich und politisch nach Reformen gesucht, die die Sackgasse eines "gegenmodernen Staatssozialismus" überwinden. Für mich war dabei wichtig, auch Ansätze für eine neue "Entwicklungslogik" moderner Gesellschaften zu finden, die das zerstörerische Konkurrenzverhalten aufheben und eine ökologisch und sozial verträgliche Evolutionsweise einleiten (vgl. Das Umbaupapier, S. 15ff., S. 39). Dieses Konzept verfolge ich auch heute noch (vgl. Land, Rainer: Evolution der Moderne und Emanzipation. In: *Berliner Debatte INITIAL* 6/1993), es steht zur Kritik.

Im Herbst 1989 wollten wir keine Vereinigung mit der BRD und keine Rückübertragung des Eigentums. Und wir wollten unsere (damalige) Partei, die SED, zwar dazu bringen, Macht mit anderen zu teilen und sich selbst aus einer leninistischen Staatspartei in eine moderne Partei zu reformieren, aber wir wollten sie damals nicht auflösen.

Unterschiedlich ist auch die Art, mit den Machtstrukturen umzugehen. Ich halte den Zugang zu Macht- und Staatsapparaten für eine unverzichtbare Voraussetzung reformpolitischen Engagements; das galt auch für die DDR. Zwar habe ich den achtziger Jahren nicht mehr geglaubt, daß man über die SED-Führung oder den Partei- und Staatsapparat zu Reformen kommen kann, und mich aus der Politik weitgehend zurückgezogen. Aber als mit dem Exodus des Sommers 1989 der Zusammenbruch des alten Regimes aufschien – was Untergang der DDR oder auch die Chance ihrer Reformierung bedeuten konnte –, habe ich keine Hemmungen gehabt zu fragen, wie man den Machtapparat selbst nutzen kann. Man kann nachlesen, was Gegenstand des von Rainer Eckert "grotesk" genannten Gesprächs mit Markus Wolf war. Es ging darum, Möglichkeiten und Wege für eine Absetzung Honeckers und den Rücktritt des gesamten Politbüros herauszufinden (vgl. Wolf, Markus: In eigenem Auftrag. Schneekluth Verlag München 1991, S. 184). Ich habe keinerlei schlechtes Gewissen, dies im Sommer 1989 gewollt und auf verschiedenen Wegen versucht zu haben.

(aus: UnAufgefordert *Nr. 78/ Oktober 1996)*

Rainer Eckert, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität. Dieter Segert, Prof. Dr. phil., ist Professor für Komparatistik Osteuropas am Institut für Sozialwissenschaften der HUB. Rainer Land, Dr. phil. habil., ist Sozialwissenschaftler bei der Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik (GSFP) Berlin.

PUBLIKATIONEN

1. DDR-Wissenschafts- & -Hochschulgeschichte

Eppelmann, Rainer/Möller, Horst/Nooke, Günter/Wilms, Dorothee (Hg.): ***Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik*** (Studien zur Politik Bd. 29). Schöningh Verlag, Paderborn 1996. 806 S. 128,- DM. Im Buchhandel.

Die Herausgeber des Bandes sind durchwegs bekanntermaßen Konservative, und sie sind bis auf Möller Politiker. Ersteres ist nicht völlig ohne Einfluß auf die Auswahl der wissenschaftlichen Koordinatoren für das Werk und die Zusammenstellung seiner AutorInnen geblieben. Letzteres vermittelt dem Leser, daß es sich bei dem Band nicht nur um ein Geschichtsbuch handelt, sondern gleichermaßen um ein Dokument aktualer Geschichtspolitik. Dies berücksichtigend, kann das nach Stichworten aufgebaute Buch mit Gewinn genutzt werden. Unter anderem findet sich auch eine Reihe von Stichwörtern aus dem hier interessierenden Gegenstandsfeld behandelt, wie etwa „Wissenschaft und Forschung", „Hochschulen und Universitäten", „Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW", „Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML)", „Juristische Hochschule Potsdam (JHS)", „Marxistische Philosophie" oder „Intelligenz".

Judt, Matthias/Ciesla, Burghard (Ed.): ***Technology Transfer Out of Germany After 1945*** (Studies in The History of Science, Technology and Medicine). Harwood Academic Publishers, Amsterdam 1996. 151 S. ca. DM 98,-.

Die Beiträge des Bandes fragen nach dem wissenschaftlich-technologischen Ertrag des intellektuellen Transfers für die Alliierten, nach dem Umgang mit den politischen Vergangenheiten der einzelnen deutschen Experten (recht bald hatte sich sowohl bei Amerikanern wie Sowjets die bequeme Annahme „technokratischer Unschuld" durchgesetzt) sowie nach den Differenzen zwischen Sowjetunion und USA im Umgang mit den deutschen Wissenschaftlern.

Förderverein Konkrete Utopie (Hg.): ***Wissenschaft in der DDR*** (= *Utopie kreativ* 73/74-Nov./Dez. 1996). NDZ/Neue Zeitungsverwaltung, Berlin 1996. 59 S. DM 7,50. Bezug bei: ASGmbH, Schnellerstr. 139, 12439 Berlin.

Der Themenschwerpunkt enthält folgende Beiträge: „Zur Theorie einer Analyse der Wissenschaftsentwicklung in der DDR" (Clemens Burrichter/Gerd-Rüdiger Stephan), „Wissenschaftlich-technische Revolution: Akzente des Konzepts in Wissenschaft und Ideologie der DDR" (Hubert Laitko), „Verpaßte Möglichkeiten? DDR-Historiker in den sechziger Jahren" (Bernd Florath), „Formationstheorie zwischen Dogma und Wissenschaft" (Wolfgang Küttler).

Hager, Kurt: ***Erinnerungen***. Faber & Faber, Leipzig 1996. 460 S. DM 39,-. Über den Buchhandel.

Kurt Hager war im SED-Politbüro nicht nur für Ideologie und Kultur zuständig, sondern auch für Wissenschaft. Manche Erinnerung gilt auch diesem Bereich.

Schulze, Edeltraud (Hg.): ***DDR-Jugend. Ein statistisches Handbuch.*** Unter Mitarb. v. Gert Noack. Akademie-Verlag, Berlin 1995. 262 S. DM 158,-. Über den Buchhandel.

Auf 70 Seiten werden u.a. die Studierenden in der DDR statistisch aufbereitet: nach Studienformen, Neuzulassungen und Studienabschlüssen, sozialer Zusammensetzung, Wissenschaftszweigen. Quellen sind sowohl das Statistische Jahrbuch der DDR wie unveröffentlichte statistische Berichte des DDR-Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesens.

Meyer, Hansgünter (Hg.): ***25 Jahre Wissenschaftsforschung in Ostberlin. „Wie zeitgemäß ist komplexe integrierte Wissenschaftsforschung?" Reden eines Kolloquiums*** (Schriftenreihe des Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. Berlin H. 10). Berlin 1996. 240 S. Bezug bei: WISOS e.V., Siegfriedstr. 185/ 0031, 10365 Berlin.

Anlaß des dokumentierten Kolloquiums war der 25. Jahrestag der Gründung des (mit der AdW zum 31.12.1991 geschlossenen) Akademie-Instituts für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft. Der aus dieser Gründung entstandene, bis heute spürbare Impuls für Wissenschaftsforschung in (Ost-)Berlin wird in zahlreichen Beiträgen detailliert verfolgt und beschrieben, u.a.: „Ostberliner Wissenschaftsforschung - Rückblicke auf ihr Potential" (Hg. Meyer), „ITW - 25" (Günter Kröber), „Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftsforschung - vor dem Hintergrund der Vergangenheit, vor den Herausforderungen der Zukunft" (Hubert Laitko), „Quantitative Wissenschaftsforschung: Von ihren Anfängen in einzelnen Institutionen bis zur Gründung einer internationalen Gesellschaft" (Hildrun Kretschmer), „Erfahrungen mit einer Theorie - Eine Geschichte in West-Ost-Retrospektive" (Hans Jörg Sandkühler), „Marxistische Wissenschaftsforschung - Ein Blick zurück" (Gert-Rüdiger Wegmarshaus), „Die 'Potentialforschung' als eine Arbeitsrichtung in der Wissenschaftsforschung" (Werner Meske), „Wissenschaftspark ITW im Grenzland der Wissenschaftsforschung" (Klaus Meier), „Zur theoretisch-konzeptionellen Vorgeschichte einer Institutionalisierung (Eine späte Reminiszenz zur Entstehungsgeschichte des IWTO/ITW)" (Georg Domin), „Die Wende - der kleine Schlag auf den Hinterkopf? Gesellschaftswissenschaftler in der DDR und das Paradigma-Konzept" (Eva Kellner), „Wissenschaftstheoretische Innovationen in der Soziologie - Ein Aspekt disziplinär-integrativer Wissenschaftsforschung aus ITW-Erfahrungen 1974 - 1991" (Hg. Meyer), „Bemerkungen zur Geschichte der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der DDR 1990 - 1992" (Herbert Wöltge), „Zwischen Reform und Demontage: Das Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP)" (Jutta Petersdorf/Bruno Hartmann).

Hennig, Eckart (Hg.): ***Dahlemer Archivgespräche Bd. 1.*** Hrsg. vom Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin 1996. 159 S. Bezug bei: Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Boltzmannstr. 14, 14195 Berlin.

Zwei Beiträge interessieren im hiesigen Kontext: „Wissenschaft in Berlin - Anmerkungen zum ersten Nachkriegsjahr 1945/46" (Peter Nötzoldt) und „Berliner Wissenschaftshistorische Kolloquien (BWK) des Bereiches Wissenschaftsgeschichte am Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR", eine Auflistung aller von 1977-1991 stattgefundenen Kolloquien mit jeweils Datum, ReferentIn(nen) und Vortragsthema/-themen sowie eine Bibliographie der daraus hervorgegangenen Publikationen.

Gallée, Caroline: ***Georg Lukács. Seine Stellung und Bedeutung im literarischen Leben der SBZ / DDR 1945 - 1985*** (Studien zur deutschsprachigen Gegenwartsliteratur Bd. 4). Stauffenberg Verlag, Tübingen 1996. 459 S. DM 128,-. Im Buchhandel.

Zum 70. Geburtstag 1955 bescheinigte man Lukács in der DDR, der „eigentliche Doktorvater" aller fortschrittlichen Philologen zu sein. Ein Jahr später wurde diagnostiziert, daß Lukács mit seinem „Ästhetizismus" insgeheim „beträchtlichen ideologischen Schaden" anrichte. 1985,

zum 100. Geburtstag, war er dann wieder „einer der größten Denker unseres Jahrhunderts". Das Wechselspiel in der DDR-Lukács-Rezeption war wesentlich auch ein wissenschaftsinterner Vorgang, da die jeweils aktuelle Linie sich immer wissenschaftlicher Expertise versicherte. Entsprechend werden in der Dissertation u.a. die Debatten an den Hochschulen, in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* und den *Weimarer Beiträgen* dargestellt und analysiert.

Haney, Gerhard/Maihofer, Werner/Sprenger, Gerhard (Hg.): ***Recht und Ideologie. Festschrift für Hermann Klenner zum 70. Geburtstag*** (Haufe-Schriftenreihe zur rechtswissenschaftlichen Grundlagenforschung). Haufe Verlag, Freiburg i.Br. 1996. 552 S. DM 98,-. Über den Buchhandel.
Klenner, bekannter Rechtsphilosoph in der DDR, gehört zu den exakt fünf ostdeutschen Rechtswissenschaftlern, denen die westdeutsche Disziplin Anerkennung über das Jahr 1989 hinaus zollt (die anderen sind K. Bönninger, U.-J. Heuer, R. Lieberwirth und K. A. Mollnau). Die Festschrift enthält neben einer Klenner-Bibliographie u.a. auch drei Artikel, die sich mit Aspekten der DDR-Rechtswissenschaftsgeschichte befassen: „Der Untergang der DDR und die Rechtsphilosophie" (Ralf Dreier), „Die Maßlosigkeit der Macht und das Recht. Anmerkungen zu einem folgenschweren und doch mißglückten Versuch, dem Rechtswissenschaftler H. K. die Sucht des Denkens auszutreiben" (Jürgen Marten), „Schwund der Mitte. Über eine frühe Differenz zwischen Arthur Baumgarten und Karl Polak" (Karl A. Mollnau).

Heise, Thomas/Teschke, Holger (Hg.): ***Ingenieure. Rudolf Bahros Protokolle aus den siebziger Jahren. Aus einem Manuskript, versteckt zwischen Einweckgläsern*** (Drucksache H. 18). Hrsg. vom Berliner Ensemble, Berlin 1996. 39 S. DM 5,-. Bezug bei: Alexander Verlag, PF 191824, 14008 Berlin.
In einer editorischen Notiz erläutert Herausgeber Heise die Geschichte des Manuskripts: Es sind Interviewprotokolle, angefertigt als Vorarbeiten zu Bahros Dissertation. Sie befanden sich seit den frühen siebziger Jahren als Blaukopie im Keller des Hauses von Wolfgang Heise. Nach Aussage des letzteren habe es sich um das meistgesuchte Manuskript in der DDR gehandelt. Interviewt worden waren von Bahro Produktions- und Forschungsingenieure aus DDR-Industriebetrieben. Die Authentizität berührt, die systemsprengende Kraft der Darlegungen erschließt sich dem heutigen Leser nur noch mit Mühe. Wenn diese Papiere „meistgesucht" waren, sagt das mehr über die Suchenden.

Brie, André: ***Ich tauche nicht ab. Selbstzeugnisse und Reflexionen*** (rote reihe). edition ost, Berlin 1996. 286 S. DM 24,80. Über den Buchhandel.
Geschrieben als autobiographische Notizen eines inner- wie außerhalb seiner Partei umstrittenen PDS-Politikers, sind diese Aufzeichnungen in wesentlichen Teilen auch durch subjektive Authentizität ausgezeichnete Darstellungen des Wissenschaftsbetriebes der DDR in den 80er Jahren: Brie war bis zum Beginn seiner politischen Karriere 1989 Friedensforscher und Abrüstungsexperte an der Akademie für Staat und Recht in Potsdam.

Schulze, Hans-Joachim/Leisinger, Ulrich/Wollny, Peter (Hg.): ***Passionsmusiken im Umfeld Johann Sebastian Bachs. Bach unter den Diktaturen 1933 - 1945 und 1945 - 1989. Bericht über die wissenschaftliche Konferenz anläßlich des 69. Bach-Festes der Neuen Bachgesellschaft, Leipzig, 29. und 30. März 1994*** (Leipziger Beiträge zur Bachforschung Bd. 1). Olms Verlag, Hildesheim 1995. 279 S. DM 49,80. Über den Buchhandel.
Von der zweiteiligen Konferenz interessieren hier die Beiträge unter dem Titel „Bach unter den Diktaturen", soweit dabei auch die Musikwissenschaft in der Zeit nach 1945 berührt wird: „Bach-Pflege und Bach-Verständnis in zwei deutschen Diktaturen" (Rudolf Eller), „Neue Bachgesellschaft und DDR" (Lars Klingberg), „Erfahrungen mit der Verwendung des Aufklärungsbegriffs in der Bach-Forschung" (Martin Petzold), „Heile Welt der Forschung: Das Bach-Jahrbuch" (Hans-Joachim Schulze), „Eine Anmerkung zum Thema 'Bach und die Aufklärung'" (Hans Grüß), „Bach-Bilder im Zeichen schuldhafter Verstrickung und des Kalten Krieges"(Gerd Rienäcker), „Kirchenmusik und Bach-Pflege in der DDR" (Hartwig Eschenburg), „Wirkungslose Behinderungsversuche: Zur Situation der Bach-Pflege in den Kirchen der DDR" (Wolfgang Hanke).

Pasternack, Peer (Hg.): ***Hochschule & Kirche. Theologie & Politik. Besichtigung eines Beziehungsgeflechts in der DDR.*** Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, Berlin 1996. 399 S. DM 58,-.
Der Band versammelt die zum Thema zwischen 1992 und 1996 in *hochschule ost* erschienenen 32 Beiträge, ergänzt um ein ausführliches Interview mit dem Ausbildungsreferenten des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Konrad von Rabenau. Abgeschlossen wird der Band durch eine annotierte Bibliographie, die sämtliche zwischen Ende 1989 und Mitte 1996 erschienenen Zeitschriftenartikel (167) und eigenständigen Publikationen (44) zum Beziehungsfeld Hochschule - Kirche - Theologie - Politik in der DDR verzeichnet.

Lipowski, Egbert/Wiedemann, Dieter (Hg.): ***Jahrgänge. 40 Jahre HFF 'Konrad Wolf'*** (Beiträge zur Film- und Fernsehwissenschaft Bd. 47). Vistas Verlag, Berlin 1995.191 S. DM 32,-. Im Buchhandel.
Aus Anlaß des 40. Jahrestages der HFF-Gründung befassen sich einige Beiträge des Bandes mit der Hochschulgeschichte und daraus abzuleitenden Zukunftsentwürfen: „Die Anfänge der Filmhochschule Potsdam-Babelsberg und ihr Gründungsrektor Kurt Maetzig. Skizzen zu einer Rekonstruktion" (Günter Agde), „Die HFF - Oldtimer oder Newcomer?" (Wolf-Dieter Panse) sowie „Filmkunst und Medienwissenschaft - nur eine Zweckehe? Konzept für eine medienwissenschaftliche Ausbildung an der HFF 'Konrad Wolf'" (Dieter Wiedemann).

Grobe, Daniela: ***Journalismus und Journalistik unter Parteidiktat. Die Nachricht in der journalistischen Methodik der DDR. Ein informationspolitisches Beispiel*** (Deutsche Hochschulschriften Bd. 1048). Verlag Hänsel-Hohenhausen, Egelsbach/Frankfurt a.M./Washington 1995. 278 S. DM 72,-. Im Buchhandel.
Die Münsteraner Dissertationschrift untersucht die in der Journalistikausbildung an der Karl-Marx-Universität verwendeten (und zuvor ebendort erarbeiteten) Gestaltungsanleitungen für journalistische Beiträge und konzentriert sich hierbei auf die Nachricht. Von daher gelangt die Darstellung zu allgemeinen Aussagen über die Informationspolitik in der DDR.

Bielka, Heinz: ***Beiträge zur Geschichte der medizinisch-biologischen Institute Berlin-Buch 1930 - 1995.*** Hrsg. vom Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin Berlin-Buch, Berlin ²1995. 136 S.
Die Entwicklung des Bucher Campus begann 1930 mit der Gründung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung. In der DDR beherbergte er bedeutende Akademieinstitute. Nach Evaluierung, Akademieauflösung und daraus folgender Umstrukturierung sind nun auf dem Gelände das Max-Delbrück-Centrum, zwei große Kliniken und 15 biotechnologisch orientierte Firmen angesiedelt.

Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft (Hg.): ***Das Gesundheitswesen der DDR - zwischen Konzept und Realität. Wissenschaftliche Arbeitstagung der Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft e.V., Berlin den 26.11.1994*** (Medizin und Gesellschaft Veröffentlichungen Bd. 1). 70 S. DM 5,-. Bezug bei: Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft, Dr. Lothar Roland, Rathausstr. 13, 10178 Berlin.

Drei Beiträge berühren die akademische Medizin und sind insoweit im hiesigen Kontext von Interesse: „Der Einfluß personeller Verluste, insbesondere von Ärzten, auf die Gesundheitspolitik der SED und die Entwicklung des Gesundheitswesens" (Herbert Kreibich), mit entsprechenden Tabellen; „Die Arbeit des Ausschusses für Gesundheitswesen der Volkskammer der DDR von 1981-1990" (Peter Schwartze): ein Beitrag, der Interesse erheischt, weil sein Autor u.a. wegen der Beteiligung an den dort beschriebenen Aktivitäten 1992 von seiner Professur an der Universität Leipzig abberufen und entlassen worden war; „Die Aus-, Weiter- und Fortbildung der medizinischen Hochschulkader in der DDR. Tradition, Vorzüge und Schwächen" (Bodo Mros).

Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft (Hg.): ***Dokumentation zur Geschichte des Gesundheitswesens der DDR. Teil I: Die Entwicklung des Gesundheitswesens in der sowjetischen Besatzungszone (1945 - 1949)*** (Medizin und Gesellschaft Veröffentlichungen Bd. 3). Berlin 1996. 97 S. DM 5,-. Bezug bei: Interessengemeinschaft Medizin und Gesellschaft, Dr. Lothar Roland, Rathausstr. 13, 10178 Berlin.
Einen wesentlichen Teil der Darstellung machen die Themenfelder „Interessenvertretung und Förderung der medizinischen Intelligenz in der Wissenschaft" und „Reform des Medizinstudiums. Neueröffnung und Erhaltung der Berliner Universität" aus. Ein Dokumentenanhang belegt die einleitenden Übersichtsdarstellungen.

Seils, Markus: ***„Auftrag: Die planmäßige ideologische Umgestaltung der Universitäten". Staatliche Hochschulpolitik im Land Mecklenburg-Vorpommern 1945 - 1950.*** Hrsg. vom Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Schwerin 1996. 153 S. Bezug bei: Der Landesbeauftragte, Öffentlichkeitsarbeit, Bäckerstr. 17, 19053 Schwerin.
Quellengestützte zeitgeschichtliche Darstellung.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): ***Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung. Veranstaltung zum Thema „Bildung / Wissenschaft / Erziehung / Kultur". Veranstaltung zum Thema „Die Geschichte der Wende"*** (Zur Arbeit der Enquete-Kommission. Anträge, Debatten, Berichte Bd. 3). Schwerin 1996. 262 S. Bezug bei: Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Sekretariat der Enquete-Kommission „Leben in der DDR...", Schloß, Lennéstr. 1, 19053 Schwerin.
Auf 104 Seiten dokumentiert der Band das Protokoll der Anhörung zu Bildung, Wissenschaft, Erziehung und Kultur, die am 28. September 1996 stattgefunden hatte. Als sachverständige Experten waren eingeladen worden Georg Lichtenstein, Otto Kumert, Hartwig Eschenburg, Günther Wildenhain, Ernst Albert Arndt, Wolfgang Schmidtbauer, Jörg Ohlemacher und Willibald Bratrschovsky.

2. Ostdeutsche Wissenschaftsentwicklung & -politik

Vademecum Stätten der Lahre 2: Kunst- und Fachhochschulen. 9. Aufl. Raabe Fachverlag, Bonn 1996. 1.500 S. DM 390,-. Über den Buchhandel.
Das Who Is Who der deutschen Kunst- und Musikhochschulen sowie Fach- incl. Verwaltungsfachhochschulen. 50.000 Lehrkräfte der über 200 Hochschulen, sortiert nach 219 Fachgebieten.

Forschungsagentur Berlin: ***Beschäftigtenentwicklung in der wirtschaftsnahen Forschung der neuen Bundesländer 1995.*** Berlin o.J. (1996). 3 S. + 10 S. graph. Anh. Bezug bei: FAB, Köpenicker Str. 325, 12555 Berlin.
Die Untersuchung ergibt, daß erstmals im Vergleich von 1994 zu 1995 der Stellenabbau in den industriellen F&E-Abteilungen gestoppt wurde. Dabei ist auffällig, daß der Abbau von Stellen in größeren Unternehmen durch Personalaufstockungen in kleineren Unternehmen und durch Neu- bzw. Ausgründungen aufgefangen wird.

Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg" (Hg.): ***Das Ende des Wissenschaftler-Integrations-Programms. Ein drohender Verlust*** (Brandenburgische wissenschaftspolitische Hefte 2/1996). Potsdam 1996. 38 S. Bezug bei: Brandenburger Verein für politische Bildung „Rosa Luxemburg" e.V., Benzstr. 18/19, 14482 Potsdam.
Mit folgenden Beiträgen: „Chronologie zum WIP" (Frank W. Baier), „Ein Blick zurück? 5 Jahre WIP" (Martin Holtzhauer), „'DDR-Geschichte so bewerten wie sie war'. Potsdamer WIP-Historiker verbinden Theorie und Praxis" (Christel Panzig), „Hoffnung für WIP - Chance für Universität? Ein Report über die Bemühungen eines WIP-Projektes, in die Universität Potsdam integriert zu werden" (Brigitte Tiersch), „'Perspektiven' für WIP" (H. Tiersch) und „Sozialwissenschaftliche Forschung im und für das Land Brandenburg - WIPianerinnen berichten" (Irene Zierke).

NachbereitungsREADER zum „Treffen ostdeutscher StudentInnenvertretungen" vom 04.-06. Oktober 1996 an der Humboldt-Uni Berlin. Hrsg. vom RefRat der Humboldt-Universität. o.O. (Berlin) o.J. (1996). 18 S. Bezug bei: RefRat HUB, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.
Nach längerer Kommunikationsabstinenz hatten sich die ostdeutschen Studierendenvertretungen einmal wieder zusammengefunden. Der Reader dokumentiert Vorbereitung und Ablauf des Treffens.

Trost, Günter (Hg.): ***Test für Medizinische Studiengänge (TMS): Studien zur Evaluation*** (20. Arbeitsbericht des Institut für Test- und Begabungsforschung). Bonn 1996. 248 S. Kostenlos bei: Institut für Test- und Begabungsforschung, Koblenzer Str. 77, 53177 Bonn.
Unter anderem enthält die Publikation die Resultate einer Untersuchung „Wie funktioniert der TMS bei den ostdeutschen Testteilnehmern? Vergleichende Analysen der deutschen Teilnehmer an den alten und den neuen Bundesländern", durchgeführt von Franz Blum, Judith Ebach und Matthias Meyer.

Herbert, Frank-Lothar/Haenschke, Winfried/Heydecke, Rolf/Tapp-Heydecke, Ursula: ***Trotzdem kreativ. Lebensabschnitte ohne Berufsarbeit sinnvoll nutzen.*** Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft QUEM, Berlin 1995. 78 S. Kostenlos bei: Arbeitsgemeinschaft QUEM, Öffentlichkeitsarbeit, Storkower Str. 158, 10402 Berlin.
Darstellung der Ergebnisse einer Pilotstudie über das Realverhalten von Langzeitarbeitslosen aus akademischen Berufen (wobei die Untersuchungsgruppe zu 62% aus WissenschaftlerInnen besteht). Die Studie soll klären, in welchem Maße und welcher Art und Weise solche Arbeitslosen weiterhin kreativ tätig sind oder sein wollen, was sie dabei antreibt und hindert, und wie sie ihre Möglichkeiten sehen, sich weiterhin selbst zu verwirklichen. Besondere Berücksichtigung findet die Situation der über 50jährigen, die kaum noch Chancen für einen Wiedereinstieg ins Berufsleben haben.

Bulmahn, Edelgard/Braune, Tilo (Hg.): ***Standortfaktor Hochschule.*** Hrsg. vom Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie. Berlin 1996. 57 S. Kostenlos bei: Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin.
Dokumentation einer Fachtagung „Standortfaktor Hochschule. Vom Wert einer Hochschule für die Region" am 30. Mai 1996 in Greifswald. Im Mittelpunkt der Debatten stand die Wissenschaftslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern.

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (Hg.): ***Gleichberechtigung'. Was können Hochschulen und Forschungseinrichtungen für die Chancengleichheit von Frauen im Beruf leisten? 3. Brandenburger Symposium zur Hochschul- und Forschungsplanung, Potsdam, 27. Oktober 1993*** (Brandenburger Schriften zu Wissenschaft und Forschung, Bd. 5). Verlag für Berlin-Brandenburg, Potsdam 1996. 99 S. Im Buchhandel.
Mit Beiträgen von Hinrich Enderlein, Gerhard Kempter, Anke Burkhardt („Studentinnen und Akademikerinnen vor und nach der Wende. Statistisches zu Ausbildung und Berufstätigkeit"), Hedwig Rudolph und Ute Frevert. Desweiteren Dokumentation der Podiumsdiskussion.

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (Hg.): ***Forschungskooperation. Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen. 6. Brandenburger Symposium zur Hochschul- und Forschungsplanung, Potsdam-Rehbrücke, 12. Januar 1994*** (Brandenburger Schriften zu Wissenschaft und Forschung, Bd. 8). Verlag für Berlin-Brandenburg, Potsdam 1996. 99 S. Im Buchhandel.
Mit Beiträgen von Hinrich Enderlein, Christian Barth, Ulrich Schreiterer, Manfred Scheifele und Dirk Hartung („Institutionelle und inhaltliche Beziehungen außerhochschulischer und hochschulischer Forschung. Das Beispiel der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Max-Planck-Gesellschaft"). Desweiteren Dokumentation der Podiumsdiskussion.

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (Hg.): ***Empfehlungen für den weiteren Aus- und Aufbau der Fachhochschulen im Land Brandenburg*** (Brandenburger Schriften zu Wissenschaft und Forschung, Bd. 9). Verlag für Berlin-Brandenburg, Potsdam 1996. 135 S. Im Buchhandel.
Aktuelle Empfehlungen der Brandenburgischen Kommission für Wissenschaft und Forschung.

Stein, Monika (Hg.): ***Berlin - Brandenburg. Perspektiven für Frauen an Hochschulen. Dokumentation der Gemeinsamen Jahrestagung der Landeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen am 26. April 1996 in Potsdam*** (Frauen-Prisma. Wissenschaftliche Beiträge zur Frauenforschung H. 4). Hrsg. von der Gleichstellungsbeauftragten der Universität Potsdam. Kostenlos bei: Universität Potsdam, Gleichstellungsbeauftragte, Am Palais 10, 14415 Potsdam.
Die ostspezifischen Hauptbeiträge sind: „Probleme und Forderungen zur Frauenpolitik an Hochschulen in Brandenburg" (M. Stein) sowie „Erfolge und Grenzen der Frauenpolitik an Hochschulen in Berlin" (Marianne Kriszio). Desweiteren wird ein Hearing dokumentiert, an dem sich VertreterInnen der Ministerien, der Parlamente und der Landesrektorenkonferenz sowie die Teilnehmerinnen der Tagung beteiligt hatten.

Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (Hg.): ***Forschungsbericht 1992 - 1993*** Potsdam o.J. (1994). 46 S. ***Forschungsbericht 1993 - 1994.*** Potsdam o.J. (1995). 59 S. ***Forschungsbericht 1994 - 1995.*** Potsdam o.J. (1996). 63 S. Kostenlos bei: Moses Mendelssohn Zentrum, Rembrandtstr. 27, 14467 Potsdam.

Reich, Andreas: ***Hochschulgesetz Sachsen-Anhalt. Kommentar.*** Verlag K.H. Bock, Bad Honnef 1996. 511 S. DM 168,-. Über den Buchhandel.

Ulrich, F. Eckhard: ***ich habe aufgegeben dieses land zu lieben. Gedichte.*** Fliegenkopf Verlag, Halle/S. 2., erw. Aufl. 1994. 81 S. DM 19,80. Über den Buchhandel.
Der Autor, Prof. für Innere Medizin an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, hatte in der DDR für die Schublade Gedichte geschrieben, war nach 1989 in den Verdacht einer Inoffiziellen Mitarbeiterschaft für das MfS geraten, hatte einen Ausweg aus den daraufhin einsetzenden Angriffen im Freitod 1992 gesucht und war danach von dem IM-Vorwurf entlastet worden: In einer schwierigen Situation sei er Anfang der 70er Jahre zum Schein auf erpresserische Forderungen des MfS eingegangen, habe sich gleichwohl sofort in seiner Klinik dekonspiriert, woraufhin er zum Beobachtungsobjekt des MfS geworden sei. Diese Umstände verschafften dem Gedichtbändchen - Arbeiten aus den Jahren 1960 bis 1987 enthaltend - herausgehobene öffentliche Aufmerksamkeit. Die zweite Auflage enthält einen Nachruf von Friedrich Schorlemmer: „An einer vergifteten Atmosphäre gestorben". 1996 erhielt Ulrich posthum den Literaturpreis der Bundesärztekammer.

Kutsch, Arnulf/Stiehler, Hans-Jörg: ***„... weil die Dinge ganz anders funktionieren." Leipziger Studentenenquéte 1994*** (Leipziger Beiträge zur Kommunikations- und Medienwissenschaft Bd. 2). Vistas Verlag, Berlin 1996. 206 S. DM 44,-. Im Buchhandel.
Aus der zum 2.1.1991 abgewickelten Sektion Journalistik an der Karl-Marx-Universität Leipzigheraus wurde im unmittelbaren Anschluß das Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft gegründet. Dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung lag daran, die Situation der Studierenden während des Umbruchs am Institut zu dokumentieren. Es förderte deshalb eine empirische Studie, deren Ergebnisse hiermit vorgelegt werden. Untersucht wurden die soziale Zusammensetzung und soziale Lage, die Wege zum und neben dem Studium, Studienmotivatitionen und Erwartungen an das Studium wiean die Berufstätigkeit, die Bewertung des Studiums, Zeitverwendung, Freizeitverhalten und Mediennutzung, Lebensorientierungen und politische Standorte.

Meyer, Hans Joachim: ***Lehrlinge im eigenen Land. Reden über Kultur 1991 - 1996*** (Kulturelle Infrastruktur Dokumente I). Hrsg. von R. Zimmermann, M. Th. Vogt und H. Häckel. Universitätsverlag Leipzig, Leipzig 1996. 153 S. Bezug über den Buchhandel.
Der Autor ist nicht nur sächsischer Wissenschafts- sondern auch Kunstminister. Einige der in dieser Eigenschaft gehaltenen Reden berühren auch unseren Gegenstand: Mehrere Ansprachen galten dem Literaturinstitut in Leipzig, dasselbe gilt für das Bibiothekswesen, hier insbesondere die Sächsische Landesbibliothek in Dresden.

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst/Landesverband Sachsen im Deutschen Bibliotheksverband e.V. (Hg.): ***Bibliotheken für alle. Bau, Sanierung und Ausstattung Öffentlicher Bibliotheken in Sachsen seit 1991.*** Dresden 1996. 71 S. Kostenlos bei: SMWK, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Wigardstr. 17, 01097 Dresden.

Von 278 hauptamtlich geleiteten Öffentlichen Bibliotheken in Sachsen werden 32 Einrichtungen vorgestellt, deren räumliche Situation und Fachausstattung durch Fördermittel in den zurückliegenden fünf Jahren entscheidend verbessert werden konnten.

Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (Hg.): ***Internationale Beziehungen sächsischer Hochschulen und Forschungseinrichtungen.*** Dresden 1996. 52 S.+Anl. Kostenlos bei: SMWK, Pressestelle, Wigardstr. 17, 01097 Dresden.

Dargestellt werden internationale Hochschulpartnerschaften im allgemeinen und mit den USA im besonderen, die Entwicklung des Ausländerstudiums, die Funktionsweise der Akademischen Auslandsämter und die Zusammenarbeit mit dem DAAD, studentische Initiativen, Beteiligungen an internationalen Programmen (LEONARDO DA VINCI, SOKRATES, ERASMUS, TEMPUS, INTERREG II) sowie regional verankerte Initiativen (Internationales Hochschulinstitut Zittau, Französische Sommeruniversität in Leipzig).

3. Wissenschaft & Hochschulen in Mittel- und Osteuropa

Zielinska, Alicja: ***Polens Hochschulen im Umbruch*** (Materialien und Dokumente Hochschule und Forschung Bd. 79). Hrsg. von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Bezug bei: GEW-Hauptvorstand, Vorstandsbereich Hochschule und Forschung, Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt a.M.

Die Autorin von der Sektion Wissenschaft der Gewerkschaft Solidarnosc gibt einen kurzen historischen Abriß zur Geschichte des polnischen Hochschulwesens, resümiert sodann die aktuellen gesetzlichen Grundlagen und im weiteren die Entwicklungen der letzten Jahre incl. der Darstellung von Wissenschaftsfinanzierung und internationaler Zusammenarbeit der polnischen Hochschulen.

Hochschulrektorenkonferenz (HRK) (Hg.): ***Bulgarisches Gesetz über die Hochschulbildung vom 12. Dezember 1995*** (Dokumente zur Hochschulreform 115/1996). Kostenlos bei: HRK, Öffentlichkeitsarbeit, Ahrstr. 39, 53175 Bonn.

Oswald, Ingrid/Possekel, Ralf/Stykow, Petra/Wielgohs, Jan (Hg.): ***Sozialwissenschaft in Rußland Bd. 1. Analysen russischer Forschungen zu Sozialstruktur, Eliten, Parteien, Bewegungen, Interessengruppen und Sowjetgeschichte. Deutsch-russisches Monitoring.*** Berliner Debatte Wissenschaftsverlag, Berlin 1996. 272 S. DM 30,-. Im Buchhandel.

Neben den von deutschen und russischen Autoren verfaßten Beiträgen über die im Titel des Bandes genannten Forschungsfelder enthält ein informativer Anhang Institutionenprofile russischer sozialwissenschaftler Forschungsinstitute und ein Verzeichnis sozialwissenschaftliche relevanter russischer Zeitschriften. Der Band ist mit einem Namensregister ausgestattet.

Peer Pasternack

ZUM SCHLUSS

Ohne Orte: Kantinen-Worte

1

"Nachrichtlich für das Reisekostenrecht zuständige oberste Landesbehörden

Betr.: Auslandstagegeld bei Möglichkeit der Inanspruchnahme einer Kantine

Bezug: Allgemeine Verwaltungsvorschrift (AVV) vom 25. August 1995 (GMBI S. 724)

Zur einheitlichen Anwendung des Artikels 2 Abs. 1 der AVV bin ich aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen damit einverstanden, wenn im Vordruck 'Reisekostenabrechnung' für Auslandsdienstreisen nachstehende Fragestellung zu den Reiseerläuterungen aufgenommen wird: 'Bestand die Möglichkeit der Inanspruchnahme einer Kantine/eines Kasinos?'

Ist 'nein' angekreuzt worden, ist das Auslandstagegeld für die nachfolgend aufgeführten Orte mit bekanntermaßen vorhandenen und prinzipiell auch für Dienstreisende zugänglichen Kantinen/Kasinos (Kantinen-Orte) Ankara, Athen, Brasilia, Brüssel, Den Haag, Genf, Housten, London, Luxemburg, Moskau, New York, Paris, Prag, Rom, Straßbourg, Washington D.C. und Wien nur dann ungekürzt zu zahlen, wenn die nicht bestehende Möglichkeit der Inanspruchnahme zusätzlich besonders begründet wird. In sonstigen Fällen kann grundsätzlich von einer Begründung abgesehen werden. Ist keine Angabe gemacht worden, ist seitens der Abrechnungsstelle von der Möglichkeit der Inanspruchnahme auszugehen.

Mein Rundschreiben vom 20. Oktober 1995 – D I 5 – 222 201/1 – (GMBI S. 933) hebe ich zum gleichen Zeitpunkt auf."

I. A. Dr. Unverhau, Bundesministerium des Innern, 18. Juni 1996

2

"Bezug 1. RdSchr. des Bundesministeriums des Innern vom 18. Juni 1996 – D I 5 – 222 201/1

2. RdErl. des Kultusministeriums Mecklenburg-Vorpommern vom 04.12.1995 – VII 303a – 0322–01/001

Das als Anlage beigefügte Rundschreiben des Bundesministeriums des Innern vom 18. Juni 1996 übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme und Beachtung."
I. A. Glißmann, Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern, 10.07.1996

3
"Kanzler mdB um möglichst große Verbreitung! Vor allem der Begriff des 'Kantinen-Orts' sollte in die Rechtsgeschichte eingehen."
Kohler, Rektor, 12. Juli 1996

4
"600, verbreiten, bei KM die Adresse der einschlägigen Kantinen erfragen."
Jacob, Kanzler, 17. Juli 1996

5
"Ihr Schreiben vom 10.07.1996
Sehr geehrte Frau Gließmann, in bezug auf ihr o. g. Schreiben, möchte ich sie bitten, uns die Adressen der einschlägigen Kantinen der jeweiligen Kantinenorte mitzuteilen."
Müller, Dezernat 600 (Personalangelegenheiten), 17.07.1996

6
"Ihr Schreiben vom 17.07.1996
Mit Bezugsschreiben wurde um die Bekanntgabe der Adressen der auch für Dienstreisende zugänglichen Kantinen der jeweiligen Kantinen-Orte im Ausland gebeten. Dieser Bitte kann zum einen aufgrund des Nichtvorhandenseins eines entsprechenden Verzeichnisses nicht entsprochen werden, zum anderen ist die Anwendung eines solchen Verzeichnisses aber auch nicht erforderlich. Bei Dienstreisen in sog. Kantinen-Orte wird das Vorhandensein entsprechender Kantinen aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung unterstellt."
I. A. Glißmann, Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern, 31.07.1996

(aus: Journal der E.-M.-Arndt-Universität Greifswald Okt. 1996)

hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland

1. Jahrgang 1991/92
Themenschwerpunkte: Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Die Erneuerung und ihre Kriterien * Hochschulstruktur in Sachsen. Rundtischgespräch * Heinrich Fink und der Umgang mit der Vergangenheit * Bundestagsausschuß-Anhörung: Perspektiven der Hochschulentwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen * Jürgen Teller Honorarprofessor * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten * Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Die Studierenden 1989/90 * Streitsache Latinum

2. Jahrgang 1992/93
Themenschwerpunkte: Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler * Frauen in der Ostwissenschaft * Tagung des SPD-Wissenschaftsforums * Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive * Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel * Hochschulen und MfS * Methodologische Wende? * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Verbände(-Schicksale) im Osten * Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und danach * Positionen zum Sächsischen Hochschulgesetz * Personalstruktur-Neugestaltung * Die ostdeutschen Archive * Forschung und Technologie in Osteuropa * Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus * Politische Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

3. Jahrgang 1993/94
Themenschwerpunkte: Erneuerungsgruppen bilanzieren * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin - eine Debatte * Gleichstellungsmanagement Ost * Bundestagsdebatte: Industrieforschung in den neuen Bundesländern * Habilitiertentagung in Leipzig * Streitfall Multiple Choice * Studierende 1994 * Berufungsverfahren West und Ost * Singularitäten

4. Jahrgang 1994/95
Themenschwerpunkte: Forschung über Wissenschaft Ost * Dissertationen in der DDR * Singularitäten * Fern studieren in Ostdeutschland * Archive in Ostdeutschland II * Mittel- und Osteuropa: Wissenschaft im Transit * Sozialistische Intelligenz * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik I * Synopse Hochschulrecht Ost

5. Jahrgang 1995/96
Themenschwerpunkte: Prekäre Wissenschaftsstrukturen Ost * Singularitäten * Erziehungswissenschaft, Potsdamer Modell & Bildungsforschung Ost * Kirche & Hochschule, Theologie & Politik II * Dialektik der Einpassung * Tschechien: Hochschulforschung & Bibliothekssystem * Frauenforschung Ost: Geschichte & Bilanz des Neubeginns * Ausbildungsförderung: Politik & Protest in Ost & West * kunsthochschule ost

Insgesamt 43 Hefte, 4.505 Seiten. Nachbestellungen nur jahrgangsweise (jeweils DM 100,- zzgl. Versandkosten) oder komplett (DM 450,- zzgl. Versandkosten)

Kopiervorlage:

Bestellung

Ich bestelle:

1. ein kostenloses Probeexemplar zum Kennenlernen — DM 0,--
2. Nachbestellung 1. - 4. Jahrgang (39 Hefte) — DM 500,- zzgl. Versandkosten
3. .....mal *hochschule ost* im Jahresabonnement (4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) — DM 98,-
4. .....mal *hochschule ost* im PrivatabonnentInnen-Abo (4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) — DM 42,-
5. .....mal *hochschule ost* im Abo für Nichtverdienende (4 Hefte incl. DM 10,- Versandkosten) — DM 31,-

(Begründung der Anspruchsberechtigung bitte unterstreichen: Studierende/r - Erwerbslose/r - Vorruheständler/in - Pensionär/in -

Sonstiges:.....)

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.
Habe ich mich für 3., 4. oder 5. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.

.....

Name

.....

Adresse

.....

.....

Datum Unterschrift

Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.

.....

2. Unterschrift

Einzusenden an:
Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Universität Leipzig,
PSF 920, 04009 Leipzig